



SITZUNGSPROTOKOLL

zur 20. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

Sitzungstermin: Freitag, 29.06.2012

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 23:34 Uhr

Ort, Raum: großem Sitzungssaal des Rathauses, 2. Stock

Anwesend sind:

Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager	Vorsitz
UGRin Waltraud Balaska	
STR Martin Czerny	
STR Mag. Konrad Eckl	
STRin DI.Dr. Maria Theresia Eder	
STR Abg.z. NÖ. Landtag Arch. DI Willibald Eigner	
GRin Martina Enzmann	
GR Wolfgang Essl	
UGR Johann Fanta	
GRin Eva-Maria Feistauer	
STR Karl Hava	
STR HR DDr. Holger Herbrüggen	
GR Sen.Rat i.R. DI Peter Hofbauer	
STR Mag. Roland Honeder	
GRin Katharina Höng	
GR Johannes Kehrner	
GR Ing. Leopold sen. Kerbl	
GR Hans Kickmaier	
GRin Ursula Kohut	
STR Dr. Stefan Mann	
STR Peter Mayer	
STR Thomas Mayrhofer	
STR Min.Rat Dr. Josef Pitschko	
GR Ingrid Pollauf	
GR Markus Presle	
GR Christoph Raz	
Vzbgm. Reg.Rat Richard Raz	
GR Werner Rochlitz	
GR Dr. Bernhardt Schweeger-Exeli	
GR Leopold Spitzbart jun.	
GRin Mag. Eva Stöber	
GR Martin Trat	
GR DI Peter Tscheliesnig	
GR Friedrich Veit	
GR Ing. Alexander Weber	

GR Karl Weiss	
GR Eduard Wieshaider	
STR Mag. Sepp Wimmer	(von 17:00 - 22:10 Uhr anwesend)
GR Mag. Martin Zach	
Stefan Konvicka	(von 17:00 - 20:44 Uhr anwesend)
Alexander Lung	(von 17:00 - 19:18 Uhr anwesend)
StADir. Mag. Michael Duscher	
GA-Leiter BD. Ing. Manfred Fitzthum	
StADir-Stellvertreter Mag. Hannes Gelbenegger	
GA-Leiter KADir. Mag. Günther Schwarz	
Ortsvorsteher Heinz Uldrych	
Ortsvorsteher Karl-Josef Weiss	(von 17:00 - 19:30 Uhr anwesend)
Edith Mroz	Schriftführerin

Abwesend sind:

GR Michael Angel	entschuldigt
GRin Elisabeth Pröglhöf	entschuldigt
GA-Leiter Mag. Christian Eistert	entschuldigt
Leiterin des Personalamtes Mag. Irene Kern	entschuldigt
Kontrollamtsleiterin Marlies Schulz	entschuldigt
Ortsvorsteher Johann Bauer	entschuldigt
Ortsvorsteher Ing. Manfred Hoffelner	entschuldigt
Ortsvorsteher Günter Knapp	entschuldigt
Ortsvorsteher Franz Resperger	entschuldigt

Tagesordnung:

- . Begrüßung und grundsätzliche Feststellung der Beschlussfähigkeit
- . BürgerInnenbeteiligung gemäß GR-Beschluss vom 2.7.2010
- . Absetzen von Gegenständen von der Tagesordnung
- . Dringlichkeitsanträge - Beschluss über die Zuerkennung der Dringlichkeit
- 1. Entscheidung über Einwendungen gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung
- 2. Bericht des Bürgermeisters
- 2.1. Erledigung von Dringlichkeitsanträgen - Bericht
- 3. Bericht über die 13. Sitzung des Prüfungsausschusses
- 4. Bericht der Umweltgemeinderäte
- 4.1. Umweltbericht - UGR Waltraud Balaska
- 4.2. Umweltbericht - UGR Johann Fanta
- 5. Handyparken in Klosterneuburg
- 6. Aufnahme eines Kommunaldarlehens; Sportstätten Klosterneuburg GmbH
- 7. Nachtragsvoranschlag 2012
- 8. Aufnahme eines Kommunaldarlehens; Straßenbau 2012
- 9. Behandlung der Dringlichkeitsanträge, die in die Tagesordnung aufgenommen wurden
- 9.1. Dringlichkeitsantrag PUK - Bestellung eines/einer "Fahrradbeauftragten"
- 9.2. Dringlichkeitsantrag PUK - Vorfinanzierung eines barrierefreien Zugangs zum Bahnsteig Richtung Wien im Bahnhof KlbG-Weidling
- 9.3. Dringlichkeitsantrag PUK - Inanspruchnahme eines Urbanisierungsexperten
- 9.4. Bausperre für erhaltenswerte Gebäude im Grünland (Geb) - KG Kierling Nr. 14* & Nr. 47 und KG Klosterneuburg Nr. 45* & Nr. 46, KG Klosterneuburg
- 9.5. Dringlichkeitsantrag Die Grünen - 14 Mio. Sanierung Happyland
- 9.6. Dringlichkeitsantrag Die Grünen - Golfplatzprojekt: Städtische Nachhaltigkeitsprüfung
- 9.7. Dringlichkeitsantrag GR DI Hofbauer - Installierung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens
- 10. ÖTK Klosterneuburg Zuschuss f. Markierung u. Instandhaltung der Wanderwege 2012
- 11. Allgemeiner Sportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 12. ASKÖ ATUS Turn- und Sportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung für 100-Jahrfeier
- 13. ASKÖ ATUS Turn und Sportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 14. Sportunion Basketballklub Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 15. Sportunion Basketballklub Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung für Mieten
- 16. HSV Zillenfahren Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 17. Kraftsportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 18. Männer Turnverein in Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 19. Ruderverein Normannen - finanzielle Unterstützung
- 20. Österreichischer Touristenklub Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 21. ULC Klosterneuburg Road Runners - finanzielle Unterstützung
- 22. SC Klosterneuburg 1912 - finanzielle Unterstützung für Mieten
- 23. 1. Union Schwimm Club Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
- 24. FC Olympique Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung

25. Klosterneuburger Schützenverein - finanzielle Unterstützung
26. Claudia Hecher - finanzielle Unterstützung
27. Union Racketlon Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
28. Pfarre St. Leopold - finanzielle Unterstützung
29. Bibliothek St. Martin - finanzielle Unterstützung
30. Hans Peter Binder - finanzielle Unterstützung
31. Komitee zur Kritzendorfer Heimatpflege - finanzielle Unterstützung
32. Kammermusikverein Niederösterreich - finanzielle Unterstützung
33. Kompanie Freispiel - finanzielle Unterstützung
34. Verein Strombaden - finanzielle Unterstützung
35. Pfarre St. Leopold - finanzielle Unterstützung
36. Verein Kunst Vergnügen – finanzielle Unterstützung
37. Sportclub Klosterneuburg 1912 - finanzielle Unterstützung
38. Julius-Raab-Stiftung - finanzielle Unterstützung
39. ARGE Streuobst - finanzielle Unterstützung
40. Literaturgesellschaft Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
41. Suburban Productions - finanzielle Unterstützung
42. TRI Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
43. Volleyball Club Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung
44. Sportunion Basketball Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung für Miete der Babenbergerhalle
45. NMS Hermannstraße, Langstögergasse und Sonderschule - Finanzielle Unterstützung für das Projekt X-Point (Schulsozialarbeit)
46. Kindergärten - Anpassung des Kostenbeitrages für Spiel- und Fördermaterial
47. Klosterneuburger Tierschutzverein - finanzielle Unterstützung
48. Rotes Kreuz Klosterneuburg - Wartungskosten Haustechnik
49. Rotes Kreuz - finanzielle Unterstützung
50. Rotes Kreuz - finanzielle Unterstützung des Projektes FIRST RESPONDER
51. Verlängerung Rahmenvereinbarung Straßenneubau und Künetteninstandsetzung
52. Transparentwerbung im Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Klosterneuburg
53. Förderrichtlinien für das Radroutenoptimierungsprogramm Eco Plus
54. Projektsänderung ÖBB Lärmschutz
55. Brückeninstandsetzungen 2012
56. Herstellung einer Radwegquerung und Ankauf einer Radroutenbeschilderung
57. Fertigstellung des Radweges Wienerstraße
58. Grundeinlösungen öffentliches Gut
59. Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes - Auflage 01/2012
60. Sonderschule - Nutzungsvereinbarung
61. Pflegevereinbarung für den Jüdischen Friedhof
62. Bestellung zum Leiter des Klimabündnisarbeitskreises
63. Kindersozialdienste St. Martin - finanzielle Unterstützung zur Ferienbetreuung behinderter Kinder
64. Finanzielle Unterstützung Verein Naturpark Eichenhain

- 65. Mentaler Gesundheitstag - "Balance für Körper, Geist & Seele"
- 66. Strandbad Klosterneuburg - Eintrittsermäßigung bei Sportland NÖ Veranstaltungen
- . Debatte über die Baurechtsverträge, die im nicht öffentlichen Teil zu beschließen sind

Begrüßung und grundsätzliche Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

BürgerInnenbeteiligung gemäß GR-Beschluss vom 2.7.2010

Frau Eva Maršálek spricht zum Thema **Mobilfunksenderbau**. Sie informiert, dass in Zusammenarbeit mit Ärzten für eine gesunde Umwelt, AUVA, Arbeiterkammer, Österreichische Ärztekammer, Wiener Umweltschutzanstalt und Österreichische Wirtschaftskammer – Sektion Gewerbe und Handwerk – eine neue Broschüre „Leitfaden Senderbau“ – auch in Klosterneuburg ein Dauerthema – herausgegeben wurde. Diese Broschüre richtet sich als Anleitung oder Ideengeber für die praktische Umsetzung der Mobilfunksendererrichtung und wäre nützlich für Bewilligungs- und Genehmigungsbehörden, Baubehörden in den Gemeinden, aber auch für die Betreibergesellschaften, für die exponierten Betroffenen und für die anderen Interessensvertretungen und beratenden Stellen. Der Anwendungsbereich sind die gesamten hochfrequenten elektromagnetischen Felder. Man habe nicht nur die angeblich so „bösen“ Mobilfunksender herausgegriffen, sondern sich fokussiert auf die Mobilfunksender, aber auch auf Rundfunk- und Fernsehsender und auf andere, den Funkverkehr dienende ortsfeste Anlagen, wie WLAN, Tetra, Amateurfunk usw. Der Planungszielwert, der hier von all diesen Institutionen, die das verfasst haben, angegeben werde, ist ein Milliwatt pro m² Gesamtexposition für alle diese Emittenten, und zwar für Orte, an denen sich Menschen länger als vier Stunden aufhalten: Schulen, Wohnungen, Arbeitsplätze. All das seien sensible Orte, wo man diesen Grenzwert einhalten solle. Es haben sich diese Organisationen nicht damit begnügt zu sagen, dass es so sein sollte, sondern in dieser Broschüre, die auf den verschiedenen Homepages downgeloadet werden könne – auch auf der Plattform Mobilfunkinitiativen, die sie vertrete – habe man auch Tipps für die Errichtung von ortsfesten Mobilfunkanlagen, aber auch die möglichen emissionsmindernden Aspekte, die man eben im Planungsstadium berücksichtigen könne und dann sei es eben möglich, beide Probleme zusammen zu führen und zufriedenstellend zu lösen – einen niedrigen Emissionswert, aber die Versorgung mit Mobilfunk, und das sei im Prinzip das Ziel, dass man diese Technologie nutzen könne, ohne dass sich jemand überfahren fühle und entweder auf Grund seiner massiven Grundstücksentwertung oder auf Grund seiner mehr oder weniger berechtigten Angst, wobei sie gar so unberechtigt nicht sei, denn die IAC, die Internationale Krebsagentur, die als Beraterin der WHO tätig sei, habe im Mai 2011 die elektromagnetischen Felder, die Radiofrequenzen, die hochfrequenten, als mögliches Karzinogen Stufe 2b eingestuft. Ein mögliches menschliches Karzinogen heiße im österreichischen oder deutschen Sprachgebrauch nicht das, was Frau Brock von der Mobilkommunikation in einer medialen Aussendung transportiert habe, dass es dann unmöglich sei, dass es Krebs auslöse. Möglich und unmöglich seien zwei konträre Termini. Möglich sei, dass es nicht passieren müsse, unmöglich sei bei möglich aber nicht ausgeschlossen, es heiße aber natürlich nicht zwingend. Gar so unberechtigt seien die Ängste nicht, aber es gebe natürlich vieles, was bei einer bestimmten Menge für den Menschen nicht 100 % gesund sei. Da komme es immer auf die Menge an und deswegen dieser Leitfaden „Senderbau“ wie man die Mobilfunksender errichten könne, damit sich die Leute a) nicht überfahren fühlen und b) dass Mobilfunk zwar sichergestellt sei, aber die Dauerexposition der Betroffenen, die nicht freiwillig gewählt sei über 24 Stunden pro Tag, 365 im Jahr, so lange es Mobilfunk gebe, so gering als möglich sei. Der Spagat sei zu schaffen. Die Stadt Feldkirch habe diesen Spagat geschafft. Nun gebe es eine österreichweite Broschüre und nicht von einer mehr oder weniger ernst zu nehmenden Bürgerinitiative oder eines gemeinnützigen Vereins, sondern von all diesen Institutionen, die für Glaubwürdigkeit und ernst zu nehmende Anliegen sprechen. Für Fragen stehe sie zur Verfügung. Sie sei Klosterneuburgerin und die Stadtgemeinde Klosterneuburg wisse, wo sie zu erreichen sei. Hier wäre das ein guter Weg, sich das von Seiten der Stadtgemeinde zu Herzen zu nehmen und da in dieser Richtung aktiv zu werden.

Frau Maršálek überreicht dem Bürgermeister die oben zitierte Broschüre, der diese an Baudir. Ing. Fitzthum weiterreicht, um, wie er sagt, das mit den bisherigen Beschlüssen im Gemeinderat zu koordinieren.

Als nächster Redner wird Herr **Hannes Neidl** zum Thema **Golfplatz** sprechen. Der Bürgermeister hält fest, dass im Rahmen der BürgerInnenbeteiligung ein Redner zu einem Thema einmal im Jahr sprechen könne. Hier werde eine Ausnahme gemacht, weil schließlich die Relevanz des Themas gesehen werde und, weil sich nicht vier Redner gemeldet haben, sei das im Sinne es zu gestatten.

Herr Neidl stellt sich vor. Er sei Landwirt und als Vertreter der Landwirte Klosterneuburgs hier. Er führt aus, dass die Landwirtschaft in Klosterneuburg unter sinkenden Betriebszahlen leide und an immer weniger werdenden Buschenschankbetrieben. Das zwingt ihn dazu, seine Ängste und Sorgen mitzuteilen. Die tierhaltenden Betriebe seien alle in der glücklichen Lage einen Betriebsnachfolger zu haben. Man habe versucht, die Betriebe zu vergrößern und für die nächsten Generationen lebensfähig zu erhalten. Der geplante Golfplatz werde das Flächenangebot in Klosterneuburg weiter reduzieren, eine Entwicklung, die sie als Landwirte nicht zulassen können. Darüber hinaus werde die geplante Wasserversorgung nachhaltig in den Wasserhaushalt des Wienerwaldes und der betroffenen Region eingreifen. Sie wollen nicht die Blockierer bzw. Verhinderer von Projekten sein, sondern die Bewahrer und Schützer einer wertvollen Kulturlandschaft und der Lebensgrundlage landwirtschaftlicher Betriebe. Diese Kulturlandschaft werde von den Landwirten seit Generationen gepflegt und gehegt und diene der gesamten Bevölkerung als Naherholungsgebiet, das dann verloren sei. Die geplanten baulichen Maßnahmen, wie die Geländeänderung werden sich nachteilig auf das Landschaftsbild auswirken. Er fordert auf, man möge die Kulturlandschaft schützen, aber auch die Landwirtschaft. Sie pflege und hege diese Kulturlandschaft für nachkommende Generationen und Sorge damit für ein besonderes Erscheinungsbild in der Gemeinde. Klosterneuburg brauche diese grünen Lungen, denn in der Vergangenheit seien bereits viele Flächen verbaut und durch Verhüttelung als Lebensgrundlage entzogen

worden. 15 ha pro Tag gehen alleine in NÖ. verloren. Er stellt die Frage, ob man das wolle und ob man wisse, dass alleine im Umkreis von 29 km es bereits 15 Golfplätze gebe und ob man da noch einen brauche? Für die Versorgung der Weltbevölkerung von 9 Mrd. Menschen müsste die landwirtschaftliche Fläche bis 2050 um 70 bis 100 % ausgedehnt und nicht, wie es in Klosterneuburg alleine durch den Golfplatz geplant sei, um 23 % verringert werden. Er wisse, dass einige Gemeinderäte sagen, dass das das „Kraut nicht fett“ mache. Wenn sich das aber jeder um den CO₂-Ausstoß denken würde, wäre der Klimaschutz schon jetzt gestorben. Eine alte Bauernweisheit laute, Kleinvieh mache auch Mist. Die Geschichte widerhole sich. Vor ca. 40 Jahren sollte am gesamten Gelände des Haschhofes ein Sporthotel samt Sportanlagen errichtet werden. Zu dieser Zeit sei zum Glück der gesamten Klosterneuburger Bevölkerung ein Bauer Bürgermeister gewesen, der diese Vorhaben ablehnte und die landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Landwirte und die Kulturlandschaft für die gesamte Bevölkerung erhalten habe. Er fordert den Gemeinderat auf, mit Augenmaß für die Bevölkerung Klosterneuburgs zu agieren und nicht den Verlockungen des Kapitalismus zu folgen, denn die Auswirkungen könne man derzeit in Spanien beobachten. Man möge eines bedenken, dass die Landwirte für die Bevölkerung arbeiten, nicht nur durch die Pflege der Landschaft, sondern auch durch die Produktion von Nahrungsmitteln und durch die Schonung der Umwelt. Man solle ihnen und der Bevölkerung Klosterneuburgs helfen, indem sie gegen dieses Projekt voten.

Der Bürgermeister vermerkt, dass eine weitere Behandlung dieses Themas ohnehin statfinde und man daher nicht etwas in die Wege leiten müsse. Es gebe die Abwicklung von Prüfungen. Im Rahmen seines Berichtes komme werde man auch noch auf diesen Punkt zu sprechen kommen und auch im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages der Grünen.

Absetzen von Gegenständen von der Tagesordnung

TOP Ö41 und Ö61 werden von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP N8 wird im öffentlichen Teil am Ende der Tagesordnung behandelt.

TOP Ö62 wird vor TOP Ö5 behandelt.

Über Ersuchen von GR Mag. Zach über die Punkte betreffend Baurechtsverträge im nicht öffentlichen Teil, bei denen es doch um Vermögen der Gemeinde gehe, findet die Diskussion darüber im öffentlichen Teil der Sitzung statt.

Diese Vorgehensweise wird ohne Einwendungen zuerkannt.

Dringlichkeitsanträge - Beschluss über die Zuerkennung der Dringlichkeit

Über Ersuchen des Bürgermeisters erfolgt die Diskussion über Dringlichkeitsantrag Nr. 5 – gemeinsam mit TOP Ö6.

Die Dringlichkeit wird einstimmig zuerkannt.

1	Entscheidung über Einwendungen gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung
----------	---

Es liegen keine schriftlichen Einwände vor. Daher gilt das Protokoll als genehmigt.

2	Bericht des Bürgermeisters
---	-----------------------------------

- **Resolution des Gemeinderates vom 8.5.2011 - Beibehaltung des Vorsteuerabzuges für Schulen – Schreiben Bundeskanzleramt**

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass vom Bundeskanzleramt im Schreiben vom 21.6.12 mitgeteilt wird, dass die gegenständliche Resolution an die in Frage kommende Fachabteilung im BM für Finanzen zur Prüfung der Argumente weitergeleitet worden sei.

- **Zuständigkeit des Prüfungsausschusses – Anfrage an NÖ. Landesregierung**

Der Bürgermeister führt aus, dass auf Grund eines Dringlichkeitsantrages der Grünen betreffend die Causa STR Czerny eine Anfrage an das Land, betreffend Prüfungsrahmen im Prüfungsausschuss ergangen sei, das eine schriftliche Stellungnahme abgegeben hab. Er werde in den nächsten Tagen auf alle Fraktionen zukommen, wie dieses Thema weiter behandelt werde, um es abzuwickeln.

- **Golfplatz – Status**

Der Bürgermeister berichtet, dass an das Land die sog. Scopingliste vom Ausschuss für Raumordnung abgesandt worden sei. Diese sei gestern von der Stadtgemeinde publik gemacht worden und auf der Homepage der Stadtgemeinde unter www.klosterneuburg.at einsehbar. Es sei die Information über die Abwicklung solcher Projekte vorgesehen und die Scopingliste in voller Gänze abgebildet, um zunächst den Überblick zu erhalten, was ohnehin Gegenstand im Prüfungsverfahren sei und dann seien die Informationen, wie es weitergehe und wie überhaupt der Prozess abgewickelt werden könne, öffentlich gemacht, auch in Absprache mit dem Land. Als nächste Entscheidung werde das Land die Scopingliste an die Stadtgemeinde zurücksenden, entweder ergänzt oder bestätigt mit dem Rahmen, der schon vorliege und mit dieser Prüfliste werde der Betreiber konfrontiert und müsse das der Stadtgemeinde vorlegen. Auch sei schon ein landwirtschaftliches Gutachten beschlossen worden, das bereits im Dezember vom Gemeinderat verabschiedet und in der letzten Stadtratssitzung beauftragt worden sei. Da werden die Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe begutachtet, und auch diese gehen in die Prüfung ein.

2.1	Erledigung von Dringlichkeitsanträgen - Bericht Vorlage: Sta-Dion/0045/2012
-----	--

Wie in der Sitzung des Gemeinderates am 16. April 2010 zugesagt, darf ich Ihnen die Beratungsergebnisse über jene Dringlichkeitsanträge zur Kenntnis bringen, die den Ausschüssen vom Gemeinderat zugewiesen wurden:

Dringlichkeitsantrag GR DI Hofbauer 4/16.12.2011 – Rettung der Pionierlehrsammlung im Klosterneuburger Pioniermuseum

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kultur, Bildung und Wissenschaft zugewiesen. Dieser befasste sich mit der Thematik in mehreren Sitzungen bzw. Besprechungen vor Ort unter Beiziehung von Offizieren der PITS und den Herren Kohoutek und Krenn (Pioniermuseum).

Die Magdeburg-Kaserne wird, wenn die militärische Nutzung eingestellt wird (voraussichtlich 2013/2014), in den Verkaufsprozess gehen. Im Zuge der Absiedelung der PITS werden die Großgeräte von der PITS nach Bruck-Neudorf mitgenommen (vor allem Geräte im Außenbereich), der „Innenbereich“ des Museums soll in Klosterneuburg verbleiben.

Die Intention der Stadt sollte es sein, die Exponate und Bestände des Pioniermuseums im Einvernehmen mit der PITS zu übernehmen und in Klosterneuburg zu halten.

Dazu Variante 1: Das Stabsgebäude in der Magdeburg Kaserne als Räumlichkeit für das Pioniermuseum zu gewinnen und als Zukunftsvision als Museums-/Kulturzentrum (ev. Feuerwehrmuseum, Mährisch-Schlesisches Heimatmuseum) weiter auszubauen. Hier müssten jedoch allfällige Vergabeverfahren mit SIVBEG abgewartet sowie Finanzierungsmöglichkeiten geklärt werden.

Variante 2: Sollte die Stadt Wien die Marine-Kaserne kaufen, so sollte geprüft werden, ob dort nicht auch das Pioniermuseum untergebracht werden könnte.

Unabhängig von Variante 1 und 2 werden jedoch weitere alternative Standorte oder Möglichkeiten überlegt werden.

Dringlichkeitsantrag Die Grünen 5/2.3.2012 – Ausweitung des Leihradangebots „Next Bike“ – weitere Stationen

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr, öffentliche Verkehrsflächen und Beleuchtung am 11.4.2012 beraten. Im Zuge der Beratung wurde festgehalten, dass die Errichtung von zusätzlichen Verleihstationen nicht im Budget 2012 vorgesehen ist. Wenn die Errichtung von weiteren Stationen weiter verfolgt wird, soll dies mit Hilfe von Sponsoren (z. B. IST Austria) geschehen. Die Annahme wird einerseits aufgrund der derzeitigen Ausleihvorgänge (ca. 80 pro Jahr) sowie dem Umstand, dass fast jeder Bürger selbst ein Rad besitzt, bezweifelt.

Dem Antrag zur Ausweitung des Leihradangebotes „Next Bike“ wurde mehrheitlich nicht näher getreten.

Dringlichkeitsantrag Die Grünen 6/2.3.2012 – Übernahme der Berufsschulkosten für Lehrlinge

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde in den Dienstgeberbesprechungen am 28.3. und 6.6.2012 behandelt. In diesen Sitzungen wurden die freiwilligen Leistungen der Stadtgemeinde Klosterneuburg für ihre Lehrlinge dargelegt sowie die verschiedenen Lehrlingsförderungen vom Land NÖ aufgezeigt. Seitens des Dienstgebers wurde ein Infoblatt über alle Fördermöglichkeiten zusammengestellt, das jedem Lehrling persönlich übergeben wird. Die Lehrlingsbeauftragte sowie die Mitarbeiterinnen des Personalamtes werden – falls gewünscht – bei der Beantragung Hilfestellung leisten. Der Antrag um Übernahme von Internatskosten wird von den Mitgliedern der Dienstgeberbesprechung aufgrund der dargelegten Fördermöglichkeiten nicht mehr weiter behandelt.

Dringlichkeitsantrag GR DI Hofbauer 8/2.3.2012 – Errichtung von Buswartehäuschen, Personenunterständen

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr, öffentliche Verkehrsflächen und Beleuchtung am 11.4.2012 beraten. Im Zuge der Beratung wird berichtet, dass in Klosterneuburg derzeit 236 Haltestellen - wovon 60 Haltestellen mit Buswartehäusern ausgestattet sind – bestehen. Weiters wird berichtet, dass laufend Verbesserungen und Erneuerungen bei den Wartehäusern durchgeführt werden. Pro Jahr werden 2 Wartehäuser in Eigenregie neu hergestellt bzw. ersetzt. Es wird einstimmig beschlossen, dass eine Prioritätenliste erstellt werden soll. Die Fraktionen werden ebenfalls Prioritätenvorschläge einbringen. Die Reihung der zu errichtenden Wartehäuser soll in erster Linie aufgrund der Einstiegsfrequenzen festgelegt werden.

Dringlichkeitsantrag Die Grünen 3/20.4.2012 – Einführung eines Transparentkodex für Mitglieder des Klosterneuburger Gemeinderates

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Organisation und Umweltschutz am 8.5.2012 beraten. Nach längerer Diskussion einigten sich die Ausschussmitglieder, dieses Thema in den einzelnen Fraktionen zu beraten und im Herbst wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

Dringlichkeitsantrag Die Grünen 7/20.4.2012 – Anregung einer Sonderprüfung durch den Prüfungsausschuss: Gegenstand: Grundstücks- und Bauaktivitäten Wirtschaftsstadtrat KR Martin Czerny

Eine Nachfrage des Leiters der Rechtsabteilung beim Amt der NÖ Landesregierung hat ergeben, dass dieser Antrag nicht in die Kompetenz des Prüfungsausschusses fällt (siehe beiliegendes Protokoll des Prüfungsausschusses vom 11.6.2012).

Zur Kenntnis genommen.

3	Bericht über die 13. Sitzung des Prüfungsausschusses Vorlage: Kontr.A./0012/2012
----------	---

Zum Bericht des Prüfungsausschusses sprachen: GR Kickmaier, STR Dr. Pitschko, STR Mag. Wimmer, GR Dr. Schweeger-Exeli, Bgm. Mag. Schmuckenschlager.

Wortmeldungen:

GR Kickmaier bringt den Inhalt der Prüfung durch den Prüfungsausschuss und seine Empfehlungen zur Kenntnis.

STR Dr. Pitschko hält fest, dass die Babenbergerhalle, wie fast alles in Klosterneuburg, ein Defizitbetrieb sei. Die jährlichen Abgänge bewegen sich zwischen € 316.000,-- (2009), € 159.000,-- (2010) und € 188.000,-- (2011), was im Prinzip pro Monat einem Abgang von € 15.000,-- entspreche (ca. S 200.000,--). So sollte man meinen, dass die Halle gut ausgelastet wäre, weil immer wieder Veranstaltungen und Einmietungen seien. Wenn man sich aber die Ziffern etwas genauer anschau, dann wundere man sich schon. Zum Teil seien die Mieteinnahmen solche, die quasi die Stadtgemeinde sich selbst zahle im Wege über Subventionen für die Hallenmiete. Der Prüfungsausschuss nenne hier Zahlungsrückstände und führe an, dass der Großteil der Zahlungsrückstände für Hallenmieten zu Lasten eines einzigen Sportvereines gehe. Er geht sodann ausführlich auf den im Prüfungsausschuss zitierten sowie auf den Fall einer Veranstaltung ein, wo die Forderung einer zweitägigen Hallenmiete offen ist, zu der der Gemeinderat eine Förderung von € 2.856,-- beschlossen hatte. Er meint, dass man sich da fragen müsse, ob dieser Gemeinderat weiterhin so großzügig umgehen solle mit Subventionen für Veranstaltungen in der Babenbergerhalle, weil, obwohl die Stadtgemeinde die Miete selbst zahle und trotzdem die Halle einen Abgang von € 180.000,-- oder mehr habe, man dann die Halle und deren Nutzung einmal als solches hinterfragen müsse, besonders unter dem Aspekt, dass der Prüfungsausschuss feststelle, dass die Halle dringend sanierungsbedürftig sei, und wer die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadtgemeinde Klosterneuburg kenne, wisse, dass die nächste Kreditaufnahme notwendig werden würde. Die Stadtgemeinde Klosterneuburg sei überhaupt sehr großzügig, was die Subventionen betreffe. In Zusammenhang mit der Babenbergerhalle werde auch der Mythos Filmfestival angeführt. Das sei diese Jux-Veranstaltung am Rathausplatz - gut besucht -, wo man glauben sollte, es würde Geld hereinkommen. Faktum sei, dass (Zitat PA-Bericht Seite 18, letzter Satz): „Nach Abzug eines Finanzierungsbeitrages des Amtes der NÖ Landesregierung in Höhe von € 10.000,-- betrugen die Kosten des vierwöchigen Festivals, die von der Gemeinde zu tragen waren, € 8.474,56.“ D.h. € 10.000,-- werden vom Land und rund € 8.500,--, in Summe € 18.500,-- für ein vierwöchiges Filmfestival gezahlt und das wären pro Woche grob gerechnet € 4.500,--. Solange man sich solche Sachen leisten könne, frage er sich, wieso man noch über Kreditaufnahmen diskutiere.

STR Mag. Wimmer hält fest, dass seine Wortmeldung auch in die Richtung wie STR Dr. Pitschkos Aussage gehe. Ihm wundere oft, welche Prioritäten der Prüfungsausschuss setze. Es sei sicherlich notwendig, dass zukünftig Geld, das man nicht habe, für Sanierungen in die Hand genommen werde, aber es stehe keine Zeile, was man tun solle, um das Defizit bei der Babenbergerhalle zukünftig zu verringern. Hier müsse er STR Dr. Pitschko beipflichten, dass das Geld, das man nicht habe, sehr locker ausgegeben werde. Er würde sich schon eine Überlegung wünschen, um Ideen zu bekommen, wie das Defizit verringert werden könnte. Man müsse es – so wie Herr Neidl gesagt hatte - nicht so groß aufhängen wie Spanien, aber man sei seit 20 Jahren verschuldet. Man habe zwei oder drei Haushalte gehabt, die positiv gewesen seien, aber ansonsten habe man durchaus Defizite. Das sei eine systematische Frage. Man könne durchaus einmal ein Defizit haben, und das werde immer wieder vorkommen, aber man habe die Verschuldung zum System gemacht.

GR Dr. Schweeger-Exeli erläutert, dass die Grünen in der schwarz-grünen Koalition auch beim Schuldenmachen beteiligt gewesen seien. Wenn man nach Dornbirn schaue oder wie unlängst nach Göppingen und sich dort die Stadtsäle anschau, dann können einem nur die Tränen in die Augen schießen, weil das bei uns grindig ausschaue. Er denke sich, ob die Frage, ob man mehr Einkünfte erzielen könnte, nicht unmittelbar mit Investitionen zusammenhänge, die dort gemacht würden, um einen Stadtsaal entsprechend und würdig zu gestalten. Man werde so die Einnahmen nicht steigern können, und auch werde da GR Kickmaier nichts dazu beitragen können.

Der Bürgermeister möchte „grindig“ nicht unwidersprochen lassen. „Nostalgisch“ ginge in Ordnung.

Zur Kenntnis genommen.

4	Bericht der Umweltgemeinderäte
4.1	Umweltbericht - UGR Waltraud Balaska Vorlage: Bgm-Amt/0114/2012

Waltraud Balaska
Umweltgemeinderätin der Stadtgemeinde Klosterneuburg

Bericht gemäß § 9 NÖ Umweltschutzgesetz zur
20. Sitzung des Gemeinderates am 29.06.2012

Abschlusspräsentation Energiekonzept:

Am Mittwoch, 25.04.2012, fand im großen Sitzungssaal des Rathauses die Abschlusspräsentation des kommunalen Energiekonzeptes statt.

In den vergangenen Monaten wurden die Energiesituation in Klosterneuburg sowie die Einsparungs- u. Nutzungspotentiale bei Biomasse, Wind, Wasser und Sonnenenergie ermittelt. Die Ergebnisse wurden aufgearbeitet und zu einem Maßnahmenplan für die Energiezukunft Klosterneuburgs zusammengeführt. Das Konzept ist die Grundlage für die Strategie des weiteren Ausbaus von alternativen Energien sowie der Eindämmung von Energieverbrauch in Klosterneuburg und die Grundlage für Entscheidungen über aufeinander abgestimmte energiepolitische Maßnahmen der Stadtgemeinde.

Ablagerungen im Grüngürtel Weidlinger Hauptstr. 54:

Mag. Eichberger informierte mich am 05.03.2012, dass Herr Brand um eine Räumungsfrist bis Ende April gebeten habe und dann den Platz für Materiallagerungen bzw. für einen Kanalbau auf seinem Grund benötigt. Die Frist wurde ihm gewährt. Herr Brand informierte am 03.05.2012 die Stadtgemeinde, dass die Aufräumarbeiten umfangreicher seien als angenommen, er noch etwas Zeit benötigt, aber seit Mitte Mai sollte der Platz wieder den behördlichen Auflagen entsprechen. Mit Stand von 19.06.2012 ist festzustellen, dass das Chaos geordnet aber nicht beseitigt ist. Da diese Angelegenheit BH anhängig ist, dient dieser Bericht zur Information.

Anrainerbeschwerden in Weidlingbach:

In einer Anrainerbeschwerde wurden gegenüber der Nachbarfamilie schwere Vorwürfe erhoben. So kam es zur Entsorgung von Fäkalien über die Waldstraße, Holzschneidearbeiten bis in die Nachtstunden, Sparzierfahrten mit Auto und einem Traktor/Bagger auf der Waldstraße. Bei dem Versuch ein klärendes Gespräch mit den Verursachern zu führen kam es zu keinem positiven Ergebnis. Die Erklärungen der Gesetzeslage endeten in der Entgegnung, Zitat: „Das Gesetz bin ich.“ Nachdem auch noch vier Hunde freilaufend im Wald unterwegs sind, wurde Revierleiter Koppel von mir informiert. Ebenso wurden Herr DI Lerch und Herr Mag. Eichberger von der Bezirkshauptmannschaft von mit informiert. Weiters war auch der Amtstierarzt HR DDr Herbrüggen wegen der Hunde vor Ort.

Seitdem ist weitgehend Ruhe und auch das Chaos und die Abfälle wurden beseitigt.

Verbrennung von Gartenabfällen in Weidlingbach:

Nach Beschwerden über sehr starke Rauchentwicklung informierte ich vor Ort die Verursacher. Das aufklärende Gespräch hat schließlich zur Beendigung des Missstandes geführt.

Ablagerungen von Grünschnitt im Strassengraben:

Nach Überprüfung vor Ort sind zwei Verursacher möglich. Nach Gesprächen erklärte sich aber niemand betroffen. Nun wird der Straßendienst des Landes zur Entsorgung aufgefordert, damit bei Starkregen der Wasserabfluss nicht behindert ist.

Anruf wegen Verbrennens von Gartenabfällen in Klosterneuburg:

Bei meinem Anruf bei der Familie erklärte man mir, es handelt sich nur um ein Grillfeuer. Ich war dann doch vor Ort – es war kein Grillfeuer sondern Baumschnitt. Ich habe ein aufklärendes Gespräch geführt.

Beschwerde bez. des Hundekots in Klosterneuburg:

(im Besonderen der Bereich Ziegelofengasse/Siedendorfergasse.) Wir werden versuchen eine gemeinsame Lösung zu finden. Wünschenswert wäre auch eine gesetzliche Änderung seitens des Landes NÖ dahingehend, dass Stadtgemeinden die Möglichkeit erhalten Aufsichtspersonal einzusetzen. Mögliche Strafen wie in Wien hätten vielleicht eine abschreckende Wirkung.

Andauerndes Hundegebell:

Ganztägig bis in die Nacht dauerndes Hundegebell sorgte für großen Unmut und eine Verständigung. Der Hundebesitzer meinte, Hunde müssen bellen. Die Anrainer fürchten sich vor dem Hundebesitzer. Ich habe nach Rücksprache mit dem Amtstierarzt vorgeschlagen, die Beschwerdeführer sollen ein Bellprotokoll führen, dann könnte DDr. Herbrüggen einschreiten.

Neubesetzung Klimabündnis Arbeitskreis:

Am 12.06.2012 fand im Rahmen des Verwaltungsausschusses ein Kandidaten Hearing für die Neubesetzung der Leitung des Klimabündnis Arbeitskreises statt. Drei Kandidaten hatten die Möglichkeit, sich und ihre Vorstellungen zu präsentieren. Die Ausschussmitglieder entschieden sich für Hr. Mag. Zbiral. Die Entscheidung war einstimmig und wird im Bericht des Bürgermeisters öffentlich mitgeteilt.

Kontakt:

balaska@aon.at

Wortmeldungen nach TOP Ö4.2

Zur Kenntnis genommen.

4.2	Umweltbericht - UGR Johann Fanta Vorlage: Bgm-Amt/0115/2012
-----	--

BERICHT

von Umweltgemeinderat Johann Fanta

zur

20. Gemeinderatssitzung der Stadtgemeinde Klosterneuburg
am 29. Juni 2012

Als Umweltgemeinderat bringe ich folgendes zu Bericht:

Biosphärenpark Wienerwald

Am 23. Mai 2012 lud der Biosphärenpark Niederösterreich zu einer Wienerwald-Wiesen-Wanderung in die Stegleiten ein. An die 30 Teilnehmer konnten sich an Erklärungen zum Pflanzenreichtum dieser Wiesen erfreuen. Frau Dipl.Ing. Wrška vom Biosphärenpark führte den anwesenden Personen diverse Gräserarten Personen in der freien Natur vor. Blumenraritäten wie die Kuhschellen, die wilden Orchideen, der Vielblüten-Hahnenfuß, die Ungarische Diestel, der Berg-Klee, die Breitblatt-Platterbse, die Knäuel-Glockenblume, der Aufrechter Ziest und die Karthäuser-Nelke kommen in niederschlagsreichen Jahren im Großraum Klosterneuburg in großer Anzahl vor. Die Dringlichkeit des Schutzes von Naturwiesen und der sorgsame Umgang bei allfälliger Bearbeitung ergibt sich daraus, dass einige davon auf der roten Liste der gefährdeten Pflanzenarten zu finden sind. Die Wanderung durch die heimischen Wiesen fand großes Interesse und war für die Verantwortlichen vom Biosphärenpark Wienerwald ein voller Erfolg.

Wiesenwanderungen der Volksschulen

Wie bereits angekündigt, erfolgten im Mai Wiesenwanderungen mit Volksschul-klassen aus Klosterneuburg, Kritzendorf und Kierling. Diese Wanderungen sollten neben der inhaltlichen Aufgabe der Wissensvermittlung auch ein schönes Naturerlebnis für Lehrer und Schüler sein

Ehrung für Landwirte

Am 16. Juni 2012 fand der „Tag der Artenvielfalt“ auf dem Cobenzl in Wien statt. Hier wurden unter anderem drei Klosterneuburger Landwirte geehrt, die Wienerwaldwiesen bewirtschaften.

Illegale Ablagerungen

Im Kierlinger Maital sind vermehrt Grasschnittablagerungen illegal von den angrenzenden Gartenbesitzern auf der Bachböschung abgelagert worden. Nach Rücksprache mit dem Straßenmeister der Stadtgemeinden, Herrn Referatsleiter Andreas Gschirrmeyer, werden die Grundbesitzer von der Stadtgemeinde angeschrieben und aufgefordert den hinterlassenen Grünschnitt vom öffentlichen Gut sofort zu entfernen.

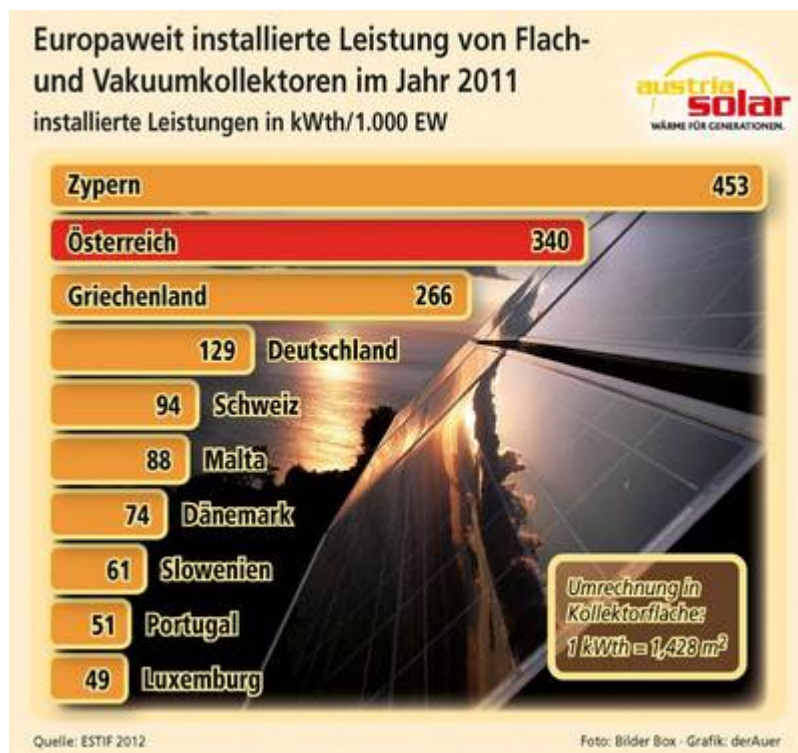
Brückenquerung Stegleiten

Wie schon berichtet, wird die Brücke über den Kierlingbach im Bereich Stegleiten - Supermarkt – Hauptstraße errichtet. Die Bauarbeiten sind bis September 2012 abgeschlossen, sodass ein Übergang in diesem Bereich möglich sein wird. In Folge wird es vielen Benutzern der öffentlichen Verkehrsmittel, sowie Anrainern im Gehweite des Supermarktes möglich sein, der stark befahrenen Bundesstrasse auszuweichen und entlang der „Wunderl Allee“ zu gehen.

Spitzenplatz für Österreichs in EU Ranking für Solarenergie

Im aktuellen EU-Ranking für Solarenergie, dabei wird die Nutzung von Solarenergie für Warmwasser und Heizung bewertet, erreicht Österreich wieder einen Spitzenplatz. Die thermische Leistung Österreichs von 340 kWth pro 1.000 Einwohner ist im EU Vergleich die zweitbeste nach Zypern mit 453 kWth pro 1.000 EW. An dritter Stelle liegt Griechenland mit 266 kWth pro 1.000 EW.

Die Vergleichsdaten liefert eine Marktstatistik des Europäischen Solarverbandes ESTIF. Das Ergebnis zeigt, dass in Österreich schon seit Jahren das Potential von Solarenergie erkannt und genutzt wird und dadurch eine Positionierung auf Augenhöhe mit Südländern, die deutlich mehr Sonneneinstrahlung haben, möglich ist. Trotz dieses guten Wertes im internationalen Vergleich ist die Nutzung von Sonnenenergie noch nicht ausgeschöpft. Daher ist die Fertigstellung des Energiekonzeptes der Stadtgemeinde Klosterneuburg und die Umsetzung der vorgegebenen Empfehlungen und Maßnahmen ein großer Beitrag den unsere Stadt für nachhaltige Energienutzung und künftige Bewertungen Österreichs bei internationalen Vergleichsmessungen leisten kann.



Grafik: Quelle: ESTIF 2012

Zu TOP 4.1 und 4.2 sprachen: GR Enzmann, GR Fanta, GR Kehrer

Wortmeldungen:

GR Enzmann stellt die Frage, welche Klosterneuburger Landwirte am 15. Juni, dem Tag der Artenvielfalt, geehrt worden seien?

GR Fanta antwortet, es seien dies die Landwirte Neidl, Vitovec und er selbst gewesen.

GR Kehrer stellt fest, dass die immer wiederkehrende Diskussion Früchte trage. Die Inhalte und die Struktur werden besser. Alleine beim Umweltbericht von GR Fanta, der von Solarenergie berichtet, dass sie so angepriesen werde, würde er gerne wissen, wie hoch der Anteil hier in Klosterneuburg sei.

Zur Kenntnis genommen.

5	Handyparken in Klosterneuburg Vorlage: GA II/5/0083/2012
---	---

Um in Klosterneuburg eine Alternative zur Entrichtung der Kurzparkzonenabgabe mittels Parkschein zu schaffen und es jetzt eine für die Stadt kostengünstige Variante gibt, soll ab Herbst 2012 das Handyparken eingeführt werden.

Das Handyparken für Klosterneuburg wurde von zwei Unternehmen, A1-Handyparken und Trafficpass Holding GmbH, angeboten. Bei beiden Unternehmen handelt es sich um Dienstleister, die das Handyparken in mehreren Städten bereits anbieten.

Nach eingehenden Diskussion und Prüfung der Vor- und Nachteile der beiden Anbieter sowie der Kosten für die Stadtgemeinde Klosterneuburg und die Benutzer - wobei vor allen die unmittelbaren Einführungskosten, als auch die laufenden und längerfristigen Kosten berücksichtigt wurden, hat sich das Angebot der Firma Trafficpass Holding GmbH als das für die Klosterneuburg am besten geeignetste herausgestellt.

Der Preis für einen 6-monatigen Probebetrieb beträgt EUR 3.600.-- inkl. USt., bei Übernahme des Systems sind weitere EUR 6.900.-- inkl. USt. zu entrichten. Für Support, Ab- und Verrechnung sowie Bereitstellung der Überwachungsgeräte ist eine monatliche Pauschale von EUR 288.- inkl. USt. zu entrichten. Abgesehen von der Monatspauschale entstehen der Stadtgemeinde Klosterneuburg ab der Übernahme des Systems keinerlei Kosten. Alle Kosten - auch der Probebetrieb - werden erst im Jahr 2013 fällig.

Für die Benutzer des Handyparkens fallen derzeit (Stand 1.6.2012) EUR 0,15 inkl. USt. pro Transaktion an, für Vielparker besteht die Möglichkeit eines Flatratemodells zum Preis von EUR 3.-- inkl. USt. pro Monat, wobei die Nutzung mit 3 Kfz-Kennzeichen limitiert ist.

Der Probebetrieb wird ab 1. Oktober 2012 beginnen und soll ab 1. April 2013 in den Regelbetrieb übergehen, falls nicht seitens der Stadtgemeinde Klosterneuburg bis 22.3.2013 schriftlich gekündigt wird.

Beschluss:

Der beiliegende Vertrag mit der Firma Trafficpass Holding GmbH in 1010 Wien, Kärtner Ring 5/7/7, für das Handyparken in Klosterneuburg ab 1.10.2012 zu den Bedingungen des Angebots vom 23.5.2012 wird abgeschlossen.

Zum Antrag sprachen: STR Hava, STR Mag. Wimmer, GR Kehrner, GR Dr. Schweeger-Exeli, STR Dr. Pitschko, GR DI Hofbauer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager,

Wortmeldungen:

STR Hava möchte seiner Freude Ausdruck verleihen, dass nach sechs oder sieben Dringlichkeitsanträgen der SPÖ das Handyparken in Klosterneuburg eingeführt werden solle. Er habe auch die Kolumne vom Chefredakteur der NÖN gelesen, welcher einen Traum gehabt hatte, dass das eingeführt würde. Er fragt, ob in dem Traum auch der verstorbene Verkehrsstadtrat STR Preisl erschienen wäre, der das Problem auf den Tisch gebracht und die ersten diesbezüglichen Anträge (erster 12/2005) eingebracht hatte? Er habe in der Präambel gelesen, dass das nur mit Smartphones funktionieren werde. Er gibt zu bedenken, dass es in Klosterneuburg Bürger geben werde, die kein Smartphone zur Verfügung haben und fragt, ob diese dann ausgeschlossen würden? In Wien funktioniere das mit den Smartphones ziemlich gut. Er möchte darauf hinweisen, dass man auf den Probebetrieb aufmerksam machen und mit einer entsprechenden Werbung hinausgehen solle, damit das gleich gut funktioniere. Er möchte auch auf Seite 6 des Vertrages hinweisen, wo ein Fehler bei Modell B stehe. Es müsste richtig € 6.750,00 heißen, und das müsse richtiggestellt werden.

STR Mag. Wimmer hält fest, dass auch die Grünen seit vielen Jahren Überlegungen zum Handyparken angestellt haben. Er habe sich damals auf Grund der sehr hohen Kosten (€ 30.000,--) nicht sehr intensiv dafür eingesetzt. Jetzt sei man bei ca. € 8.000,--. Das sei ein vertretbarer Betrag, den man sich für die Bevölkerung leisten könne und man werde sich das einmal anschauen

GR Kehrner bekundet, dass Handyparken auch ein Kernthema der SAU gewesen sei. Vor zwei Jahren sei im Ausschuss diesbezüglich die Stimmung jedoch noch etwas skeptisch gewesen, doch sei das nach zwei Jahren auch vom Tisch. Auch wenn dieses System nur mit Smartphon funktioniere, sei es trotzdem eine gute Wahl, vergleichsweise in Bezug auf die Investitionskosten und auch wegen des hohen Servicestandards, den man dort bekomme. Außerdem könne man in Wien ab Sommer auch damit parken, ebenso in Linz, Salzburg und Klagenfurt. Es dürfte das System sein, das man österreichweit anwenden könne. Er findet es für sehr wichtig, dass man mit dem gleichen System in ganz Österreich umgehen könne. Er glaubt, dass die Bevölkerung ziemlich sehr bald flächendeckend mit Smartphons ausgestattet sein werde, vor allem, weil man andere Handys gar nicht mehr bekomme. Das sei nicht nur ein Service an die Bevölkerung, sondern auch ein Service an die heimische Wirtschaft, vor allem am Stadtplatz, dass man Kurzparken mit Handyparken bewältigen könne. Er schaue da optimistisch in die Zukunft und sage danke. Er finde das sehr gut und hoffe, dass der Antrag heute beschlossen werde.

GR Dr. Schweeger-Exeli meint, der Sache ambivalent gegenüber zu stehen. Er werde sich daher der Stimme enthalten, nicht so sehr, weil schon wieder etwas für die Autofahrer gemacht werde und nicht für Andere – was ihm persönlich immer schmerze. Vor allem aber fehle die Feststellung, ob das ertragsmäßig besser oder schlechter aussteige, als das bisherige Papier- und Bleistift-Parking. Letztlich gehe es darum, dass nicht Beträge lukriert, sondern Parkflächen frei werden für EinkäuferInnen, die insbesondere auf den Stadtplatz kommen, um einzukaufen. Wenn man das Handyparking habe, dann habe man die Möglichkeit das zu umgehen – genauso wie es in Wien immer wieder umgangen werde. D.h. Begrenzungen von Parkzeiten seien mit dem ihm bekannten System nicht möglich. Da werde die Parkzeit verlängert, so lange man den Obolus leiste.

Es wird eingeworfen, dass das hier nicht gehe.

Dazu sagt GR Dr. Schweeger-Exeli, dass ihm das dann lieber sei. Der Ertragsvergleich könne sich dann wahrscheinlich nach dieser Pilotphase herausstellen, und dann könnte über den endgültigen Betrieb entschieden werden.

STR Dr. Pitschko bemerkt, dass man dazu sagen müsse, dass - im Gegensatz zur Annahme der NÖN - die Zettelwirtschaft nicht falle. Es werde praktisch das System der Parkscheine weiter bestehen bleiben. Die Einwendungen GR Dr. Schweeger-Exelis halte er durchaus für begründet, weil es bequemer sei, wenn man seine Parkzeit verlängern könne. In Wien sei es wichtig, dass man zahle. Dass man drei oder vier Stunden dort stehe, sei nicht so wichtig. Es könne durchaus sein, dass das passiere. Dann habe man einfach das, was man früher gehabt habe, indem diejenigen, die die Uhr weitergedreht haben, mit dem Smartphon oder Handy einfach ihre Parkzeit weiter eintragen. Wenn man seinen Parkschein auswechselt, müsse man wenigstens zu seinem Auto gehen. Dass dafür von der Stadtgemeinde noch etwas zu zahlen sei, sehe er nicht ein und auch nicht, wo die Serviceleistung sei für diejenigen, die kein Smartphon haben, die sich dort nicht anmelden und sich das antun wollen, sich gar nicht auskennen oder einfach beim bisherigen System bleiben wollen. Die große Errungenschaft sehe er nicht – nur, dass wir es haben.

Nach einer kurzen Debatte stellt STR Dr. Pitschko fest, dass man weiter so arbeiten werde, auf der einen Seite mit den Zetteln und auf der anderen Seite mit diesem Handyparken. Er fragt, wo stehe, dass das nur € 8.000,-- kostete. Er addiert die Beträge und kommt auf ca. € 10.000,--, wozu noch € 288,-- monatliche Pauschale kommen. Dass das so billig sei, finde er nicht – vielleicht meine man

deshalb, weil es früher teurer gewesen sei. Er hoffe, dass man nach der Probephase einen Bericht bekomme. Vorläufig sei er noch skeptisch und daher werde er sich der Stimme enthalten.

GR Kheer nimmt Replik auf die Wortmeldung GR Dr. Schweeger-Exelis. Es sei für Verkehrsplaner eine umstrittene Geschichte, wenn man eine Infrastruktur in einer Stadt habe und darauf verzichten könne. Das Problem in Klosterneuburg sei jedoch, dass die lokale Wirtschaft am Stadtplatz derart bedroht sei, dass diese Wirtschaft vom Auto abhängen – was beide nicht wünschen. Da aber die Leute hauptsächlich mit dem Auto fahren, sollte man daher das Stadtzentrum fördern, um Sachen, wie das Einkaufszentrum überflüssiger zu machen. Das mit der maximalen Parkdauer gehe sogar in Wien nicht. Man könne es zwar versuchen, aber man werde auch dort gestraft, und in Klosterneuburg werde es auch nicht möglich sein. Wenn man eine neue Energie einführe, dann führe man diese fast immer überlappend ein, weil die Leute nicht damit umgehen können. Daher sei es ganz klar, dass die Zettelwirtschaft noch erhalten bleibe. In zehn Jahren, könne er sich leicht vorstellen, dass das nicht mehr möglich sei. Keiner wisse, wie sich die Technologie in zehn Jahren entwickle, aber das sei die Zukunft. Er nehme an, dass alle großen Städte Österreichs auf diesen Zug aufspringen und auch Wien als eine der Vorreiterstädte, noch dazu eine Stadt mit großer Lebensqualität. Es wäre der falsche Weg, es nicht zu machen. Es koste auch wirklich nicht so viel.

GR DI Hofbauer hält fest, dass STR Hava Recht habe. Der Antrag sei vom 16.12.2005 gewesen, eingebracht von den Sozialdemokraten, den Freiheitlichen, der PUK und der damaligen Familienpartei. Wenn er mit Anträgen komme aus den 80er oder 90er Jahren, dann löse das immer Heiterkeit aus. Diese seien in seinem „kleinen Rathaus“ gestapelt und er finde sie auch, aber nicht deswegen, um sagen zu können, sie hätten Recht gehabt, sondern sollten sich die Damen und Herren Politiker langsam daran gewöhnen, dass sie Rechenschaft ablegen müssen. Es solle so sein, dass man sich merke, was der Eine oder Andere gesagt hatte – auch wenn er nicht mehr in der Politik sei. Wenn STR Mag. Wimmer heute sage, sich dafür ausgesprochen zu haben, stimme es nicht. Er habe sich mehrmals dagegen ausgesprochen. Sieben Mal sei der Antrag gestellt worden, und da sei nicht einmal die Dringlichkeit zuerkannt worden aus parteitaktischen Überlegungen. STR Preisl habe sich darüber geärgert. Man habe gesagt, das einmal abzulehnen, damit er nicht Recht habe. Jetzt, weil er nicht mehr da sei, mache man sich damit wichtig. Ein altes Schema – damit könnte er ein Abend füllendes Programm machen, wo das überall geschehen sei – z.B. Silbersee – und das müsste man auch einmal durchleuchten und sagen, dass es so nicht gehe.

Der Bürgermeister fügt an, dass die Technologie definitiv eine andere sei.

STR Mag. Wimmer bemerkt, gehofft zu haben, ohne persönliche Differenzen die Diskussion führen zu können und sie sachlich zu machen. Er stehe noch immer dazu. Er glaube schon, dass sich GR DI Hofbauer ungerecht behandelt fühle, aber seine (Wimmers) Position sei noch immer die gleiche – damals wie heute. Das habe damals € 30.000,-- (über S 400.000,--) gekostet. Daher sei das für die Grünen nicht einmal ein Punkt gewesen, wo man darüber diskutieren bräuchte, weil es einfach zu teuer gewesen sei. Hier habe man € 10.000,--. Das sei ein Drittel davon, und daher sei das ein Punkt zu sagen, sich das einmal anzuschauen. Er stehe dazu, dagegen gewesen zu sein. Wenn es heuer auch noch € 30.000,-- gekostet hätte, dann wäre er genauso dagegen gewesen. Man werde das noch bei der Diskussion um das Happyland sehen, dass man auch die Finanzen im Auge behalten sollte und nicht so zu tun, als würde das Geld einfach von irgendwo herein schneien und es würde nie wieder eine Rechenschaft geben. Er stimme GR DI Hofbauer zu, dass die Frage der Rechenschaft auch irgendwann kommen werde von den Generationen, die fragen, warum so viel Schulden aufgenommen worden seien.

Abstimmungsergebnis: 2 Enthaltungen (STR Dr. Pitschko, GR Dr. Schweeger-Exeli)

Mehrheitlich beschlossen.

6	Aufnahme eines Kommunaldarlehens; Sportstätten Klosterneuburg GmbH Vorlage: GA II/1/0044/2012
----------	--

Zur Finanzierung der Generalsanierung der Sportstätten Klosterneuburg GmbH gemäß dem Masterplan (GR 20.04.2012, TOPkt. 2.1) ist ein Kommunaldarlehen von EUR 11 500 000,-- aufzunehmen.

Die Angebotseinholung erfolgte am 07.05.2012, die kommissionelle Anbotsöffnung fand am 30.05.2012 statt. Als Bestbieter wurde die Hypo NOE Gruppe Bank AG, 3100 St. Pölten, Kremser Straße 20, ermittelt.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg nimmt bei der Hypo NÖ., als Bestbieter zur Finanzierung der Generalsanierung der Sportstätten Klosterneuburg GmbH ein Kommunaldarlehen von EUR 11 500 000,-- zu folgenden Bedingungen auf:

Laufzeit: 29,5 Jahre, davon 4,5 Jahre tilgungsfrei
 Zuzählung: 100 % je nach Baufortschritt. Endzuzählung auf Grund der Endabrechnung.
 Besicherung: nein
 Tilgungszeitraum: 25 Jahre
 Rückzahlung: halbjährlich ab 31.03.2017 in fallenden Annuitäten mit gleichbleibender Kapitaltilgung. Der Stadtgemeinde Klosterneuburg wird die Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung (ganz- oder teilweise) unter Einhaltung einer sechswöchigen Kündigungsfrist zu den Fälligkeitsterminen eingeräumt.
 Zinsverrechnung: halbjährlich, dekursiv kal/360.
 Verzinsung: Variabler Zinssatz mit Bindung an den veröffentlichten 6-Monats-EURIBOR. Für die jeweilige Zinsperiode (Kalenderhalbjahr) gilt ein Zinssatz (3 Dezimale) in Höhe des zwei Bankarbeitstage vor dem jeweiligen Zinsanpassungstermin geltenden 6-Monats-EURIBOR zuzüglich eines Aufschlages von 1,19 %-Punkten (ohne Rundung, 3 Dezimale), das ergibt zu Zeit 2,182 % (Stand 02.05.2012). Als Zinstermine gelten der 31.03. und der 30.09., als Zinsanpassungstermine gelten der 01.04. und 01.10. eines jeden Jahres.

Sonstige Kosten, Gebühren und Spesen werden keine verrechnet.

Zur Finanzierung der Generalsanierung der Sportstätten Klosterneuburg GmbH gemäß dem Masterplan (GR 20.04.2012, TOPkt. 2.1) ist ein Kommunaldarlehen von EUR 14 000 000,-- aufzunehmen.

Die Angebotseinholung erfolgte am 07.05.2012, die kommissionelle Anbotsöffnung fand am 30.05.2012 statt. Als Bestbieter wurde die Hypo NOE Gruppe Bank AG, 3100 St. Pölten, Kremser Straße 20, ermittelt.

Dieser TOP wird gemeinsam mit Dringlichkeitsantrag Nr. 5 behandelt.

Der Beschluss auf Beiziehung des Geschäftsführers der Happylands, Herrn Konvicka, als Auskunftsperson erfolgt einstimmig.

Zu den Anträgen Ö6 und DA 9.5 sprachen: STR Mag. Wimmer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, GR DI Hofbauer, GR Dr. Schweeger-Exeli. STR Dr. Mann, Vzbgm. Reg.Rat Raz, GR Rochlitz, GR Kehrer, STR Dr. Pitschko, STR KommR. Czerny, GR Mag. Zach, STRin Dr. Eder, STR Mayrhofer, STR DI Eigner, GR Spitzbart, STR Mag. Honeder, GR Essl

Wortmeldungen:

STR Mag. Wimmer glaubt, dass es bei der ganzen Diskussion, die in Klosterneuburg über die

Sanierung des Happyland um € 14 Mio. (ca. S 180.000 Mio.) bei einem Schuldenstand von € 62 Mio. (S 800 Mio.) geführt werde, nicht darum gehe, ob das Happyland saniert werden solle. Selbstverständlich müsse man Geld in die Hand nehmen, auch wenn man keines habe. Das müsse eben Geschick der Politik sein zu schauen, was man sich leisten könne und was realistisch sei. Die Grünen sagen, € 14 Mio. seien auf Grund der Gesamtverschuldung der Stadt von € 62 Mio. mittels Darlehens bis 2040 zu viel. Das werde ab 2017 in Summe alleine für diesen Happyland-Kredit von knapp € 800.000,-- sein. Es gebe weitaus keinen anderen Kredit, den Klosterneuburg derzeit oder in der Geschichte in dieser Größenordnung habe oder gehabt habe. Jetzt sei die Frage, was man machen könne. Aus Sicht der Grünen sei ganz klar, dass man hergehen und sich das anschauen sollte, und das gemeinsam mit der Bevölkerung. Das sei auch ein Kritikpunkt, dass man einfach von Seiten der ÖVP das € 14 Mio.-Projekt hergelegt und gesagt habe, es wäre alternativlos. Wenn etwas alternativlos sei, dann habe man auch nicht eingefordert, mitzudiskutieren. Man sollte überlegen und sich darüber klarwerden, dass das, was heute zu beschließen sei, über 25 Jahre (zweieinhalb Jahrzehnte) die finanziellen Geschicke dieser Stadt maßgeblich beeinträchtigen werde. Da brauche man kein Politologe sein, sondern nur die öffentliche Diskussion verfolgen, wo heute die Frage weiter offen sei, ob der Euro weiter bestehen werde oder nicht. Dann sei es für alle – unabhängig davon, ob er gewählt werde oder nicht – klar, dass das nächste Jahrzehnt ein wirtschaftlich sehr schwieriges für die öffentlichen Haushalte und die Bevölkerung werde, und er wisse nicht, ob die Menschen, und das sei das Grundprinzip, das dieses Refinanzierungsprinzip dieser Happylandsanierung vorsehe, vermehrt in Scharen und Massen in das Happyland strömen werden, um dort praktisch die Einnahmen zu erhöhen. Er glaube, dass die Menschen andere Sorgen haben werden. Daher sei der Ansatz der Grünen, weil 20 Jahre lang nicht wirklich dieses große Paket in die Hand genommen worden sei, dass man jetzt auch noch ein halbes Jahr Zeit habe. Binde man die Bevölkerung ein und mache man ihr klar, dass diese 14 Mio., einfach zu groß seien und schaue man wie man das z.B. mit einem Betrag von € 7 Mio, der die Hälfte betrage und auch schon groß sei, bewerkstelligen könne. Viele Dinge seien so gestaltet, wo man sagen könne, wenn das Geld vorhanden wäre, dann könne man sich noch ein Sommerfreibad beim Happyland leisten, das defizitär sei und 200 m habe man das tolle Strandbad - auch defizitär - und das finanziere man auch. Er glaube, es wäre an der Zeit, mit den Leuten klar zu sprechen, dass man sich nicht mehr alles leisten könne, was man wolle. Er selbst würde sich auch gerne einiges leisten. Er sei so viele Jahre im Happyland gewesen und auch GR DI Hofbauer, der einer sei, der Jahrzehnte lang versucht hatte, Verbesserungen einzufordern, dass er sage, man könne jetzt nicht dieses Paket ohne Diskussion mit der Bevölkerung schnüren. Der Bevölkerung sei es, die das Happyland benutzen werde. Man gehe aber wieder her, im alten politischen Denken und beschließe etwas, ohne die Bevölkerung eingebunden zu haben, weil man alles so gut wisse. Das sei ein Fluch in die Zukunft. Wer werde 2032 wissen, dass noch weitere zehn Jahre jährlich € 800.000,-- zurückzuzahlen seien, nur für dieses Projekt? Daher sei der Vorschlag der Grünen – und GR DI Hofbauer habe es auf den Punkt gebracht in einem Schreiben an die GemeinderätInnen – zurück an den Start, Einbindung der Bevölkerung, ihr klar zu machen, das Happyland sanieren zu wollen, sich aber diese € 14 Mio. im Interesse der Jungen nicht leisten zu können. Die Grünen seien überzeugt, dass dieses Paket nicht morgen, übermorgen und auch nicht 2015 ein großes Problem bereiten werde, aber ab 2017, wenn jährlich diese € 800.000,-- fällig seien, dann werde die Stadt auf viele Dinge der Infrastruktur verzichten müssen, die man sich dann nicht mehr leisten könne. Daher wäre es vernünftiger, ein gemeinsames Paket zu schnüren, wo alle eingebunden wären – die Freiheitlichen, GR DI Hofbauer, die SPÖ, die PUK, die Grünen, die SAU ganz besonders, weil das die Generation sei, die mit dieser finanziellen Belastung werde leben müssen. STR Mag. Wimmer schlägt vor, die Punkte seines Dringlichkeitsantrags einzeln abzustimmen. Er betont, mit Herrn Konvicka als Geschäftsführer hätte einem nichts Besseres passieren können. Der Mann sei engagiert und habe Ideen, doch sei die Frage, ob diese Ideen auch einer gewissen Kontrolle einer unabhängigen Wirtschaftsprüfung Stand halten. Diese habe es jedoch bisher nicht gegeben. Das seien Zahlen, die Herr Konvicka mit der KPP nach bestem Wissen und Gewissen erstellt haben, aber es gebe keine Kontrolle, ob diese Prognosen, die man sich hier erwarte, auch eintreffen. Es seien in den Unterlagen viele Punkte – 50

% Umsatzsteigerung usw. -, die die Grünen sehr kritisch sehen und die auch laut Aussage von Fachleuten im Grunde nicht erreichbar seien. Bevor man sich hier ein großes Risiko antue, wäre es gescheiter, den zweiten Punkt dieses Projekts von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfungsinstitut auf Zahlen und Fakten und Prognosewerte überprüfen zu lassen. Es werde so sein, dass die Politiker sich vertschüssen und die Leute, die heute diese Entscheidung treffen für diese € 14 Mio. dann in 10 oder 15 Jahren nicht zur Verantwortung stehen werden. Es sollte so sein, zu sagen, man schaue sich das Projekt an. Da gehe es nicht um Peanuts, sondern um eine Größenordnung in einer Dimension einer Verschuldung der Stadt, die in einer tristen Wirtschaftslage aufgenommen werde. Daher würde er appellieren, dass gemeinsam versucht werde, in den nächsten Monaten ein gemeinsames Projekt mit einem geringeren Finanzierungsbedarf auf die Beine zu stellen. Die Grünen seien auf jeden Fall dazu bereit.

Der Bürgermeister merkt an, dass der eine Antrag tatsächlich von einem Gesamtrahmen von € 14 Mio. für die Sanierung des Happylands handle. Das Zweite sei die Aufnahme des Kommunaldarlehens – das was zurückzuzahlen sei – von € 11,5 Mio. Das komme aus der Rechnung heraus, in die die Förderungen des Landes einbezogen seien. Bei der Einbindung des Masterplanes müsse man auch schon die Kletterhalle mitbedenken. Als über die Kletterhalle diskutiert worden sei, sei auch schon über den Masterplan diskutiert worden. Er sei somit nicht plötzlich auf die politischen Tische gekommen.

GR DI Hofbauer bedankt sich für die lobenden Worte STR Mag. Wimmers. Es bestehe Übereinstimmung zwischen ihnen beiden. Die meisten Meinungsunterschiede haben sie meistens auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der hier keinen Platz habe. Er habe ein Schreiben verfasst und an fast alle Gemeinderäte gerichtet – bei manchen habe er irrtümlich die Email-Adresse falsch eingegeben, wie bei GR Wieshaider. Er repliziert, dass am 6.10.2011 ein Masterplan groß angekündigt worden sei, der € 52.000,-- koste. Dann seien ein paar Seiten vorgelegt worden, auf dem Plattitüden draufgestanden seien. Jeder, dem er das gezeigt hatte, habe gesagt, er hätte das auch machen können. Auch die nachgebesserten Masterpläne haben sich nicht wesentlich unterschieden. Da seien dann Bilder verrosteter Rohre drinnen gewesen. Eine Kernaussage dieses Fragments sei der Rückbau des Eislaufplatzes. Es sei von STR KommR. Czerny angeboten worden, den Eislaufplatz auf dem Rathausplatz zu machen (das war nicht im Fasching). Zwei Jahre später – so stehe es zumindest in der NÖN -, sage der Betreiber, dass der Eislaufplatz wieder Gewinne abwerfe. Das alleine müsse schon genügen, dass er den Masterplan infrage stelle. Er fragt den Gemeinderat, wer, der sich sein Haus sanieren lasse, herginge und ohne Vergleichsangebote einzuholen, einen Sanierungsplan nehmen würde? Er fragt die Wirtschaftstreibenden im Gemeinderat, ob sie mit reinem Gewissen da zustimmen können. Er möchte wissen, wer ein schlechtes Gewissen habe, wenn er dem Fraktionszwang folgend seine Hand hebe. Das alleine würde schon genügen zu sagen, dass es ein Pfusch sei. Dann sei es auch geheim gehalten worden, obwohl heute der Ruf zu Transparenz laut werde. Es seien fadenscheinige Ausreden gewesen, dass man es geheim halten müsse, weil man sonst keine Subventionen bekäme. Ein weiteres Beispiel – Masterplan 2010, Seite 33. Mögliche Angebote: Bausteine - ein Tauchturm und ein Aerodeon. Er habe gesagt, man solle auf Badminton und Tischtennis Rücksicht nehmen - das sei übrigens von der ÖVP versprochen worden – er müsste nur die Wahlpropaganda heraussuchen. Das sei aber damit abgetan worden, es wären nur Randsportarten. Dazu müsse er sagen, dass dann keine ordentliche Bedarfserhebung gemacht worden sei, denn es dürfte dem hohen Gemeinderat und den Fachleuten nicht zur Kenntnis gelangt sein, dass beides – Tischtennis und Badminton – olympische Disziplinen seien. Man habe sogar einen Weltranglisten Nr. 1 im Tischtennis und im Jahr 2011 sei die österreichische Staatsmeisterschaft im Happyland gewesen. Man spreche da von Randsportarten und gehe her und mache den Eingangsbereich, wofür man € 600.000,-- (rund S 9 Mio.) ausbebe. Er möchte da wissen, was die Sportler davon haben, wenn sie einen neuen Eingangsbereich haben. Das sei ein Blödsinn. Von einem Plan könne da überhaupt nicht die Rede sein. Er fragt noch einmal, wer auf Basis eines solchen Planes einen einzigen Euro in so ein Projekt oder so einen Plan investieren

würde. Er stellt die Anfrage:

- Welche Referenzen hatte die mit der Erstellung des Masterplanes beauftragte Firma?
- Von welchen Planungsbüros wurden Vergleichsangebote eingeholt?
- Welche Alternativen wurden geprüft?
- Mit welchen Betreibern von Freizeitanlagen wurde zum Zwecke des Erfahrungsaustausches Kontakt aufgenommen?
- Auf Basis welcher Kalkulation sind die Erzielung von Mehreinnahmen zu erwarten?
- Welche wesentlichen Verbesserungen ergeben sich für die sportausübenden BürgerInnen?

Daher sei seine Forderung: Zurück an den Start. Es sei im Moment keine Basis für eine Entscheidung da: Vergleichsanbote einholen, Alternativen prüfen, professionelle Bedarfserhebung. Wo seien realistische Kalkulationen? Der Bürgermeister bleibe übrig, wenn die Geschichte in die „Hosen“ gehe. Dann stehe keiner hinter ihm, der ihn hineintheatert hatte. Aus seiner Sicht (Hofbauer) sei das Ganze ein Pfusch, nicht professionell gemacht. Er betone noch einmal, damit ihm niemand unterstelle, gegen die Sanierung des Happylands zu sein – ganz im Gegenteil: Wenn er Jahrzehnte lang die Sanierung Happyland gefordert habe und im Gemeinderat aufgestanden sei, habe der Bürgermeister oder sein Stellvertreter gesagt, es gehöre hier nicht her - weil das unangenehm gewesen sei. Das habe man nun davon, und das sei jetzt übrig geblieben, dass jemand jetzt hergehe, er wolle das Happyland retten. Auf diese Art und Weise sei es jedoch nicht zu retten. Er appelliere noch einmal, sich zu überlegen, wenn sie bei der Abstimmung die Hand heben, ob sie es mit guten Wissen und Gewissen machen können und im Sinne der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit handeln. Sie werden dafür zur Verantwortung gezogen werden. So mache man so etwas nicht!

Der Bürgermeister erklärt, dass die Antworten von STR KommR. Czerny kommen werden. Möglicherweise seien sie schon zugesandt worden.

GR Dr. Schweeger-Exeli dankt Herrn Konvicka, dass er sich die Zeit genommen hatte, um das Zahlenwerk durchzugehen und zu erklären - was erschwert worden sei durch die Teilnehmer an der Besprechung. Auch möchte er Mag. Schwarz danken, der in Bezug auf diese Fragen und auf den Nachtragsvoranschlag sehr kompetent Antwort gegeben habe. Er schmiere nicht gerne Honig ums Maul, doch müsse das anerkannt werden. Für ihn sei die wesentliche Frage überhaupt noch nicht gestellt worden, nämlich welche Verantwortung man als Gemeinderat/rätin habe. Die Verantwortung sei nicht nur das Geld, sondern vor allem auch die Wohlfahrt. Wenn STR Mag. Wimmer davon gesprochen habe, das man jetzt 25 Jahre zurückzahlen müsse, dann möchte er gleich daran erinnern, dass Leute, die Wirbelsäulenbeschwerden oder sonstige Bewegungsapparat-Beschwerden haben und keine Möglichkeit gehabt haben, Sport zu betreiben, wie viele Jahre diese darunter leiden. Das sei sehr ernst und etwas, was er zum Nachdenken mitgebe. Er glaube, dass die Gesundheitsschäden, die möglich seien und die auftreten, wenn man kein vernünftiges Sportzentrum habe, weit größer seien - nicht nur individuell, sondern auch volkswirtschaftlich gesehen -, als die Millionen, die man jetzt in die Hand nehmen müsse. Punkt 2): Für ihn sei nicht einzusehen, dass STR Mag. Wimmer sage, € 14 Mio nein, aber € 7 Mio. ja. Was sei das Kriterium, das dazu ermächtige, hier zu sagen, die Hälfte (50 %) der Kosten wären gerechtfertigt, die anderen nicht? Er bedauere ähnlich wie GR DI Hofbauer, dass das sehr große Konvolut an Zahlen sehr lange unter Verschluss gehalten worden sei. Er halte das für nicht günstig und es habe eine Menge an Polarisierungen mit sich gebracht, was er gar nicht wolle, weil ein so wichtiges Projekt, eine so wichtige Einrichtung etwas sei, was über den Parteienhickhack hinaus erhaben sein sollte. Der eingeleitete Antrag lege nichts Anderes fest als den Rahmen. Denn auf Grund des bisherigen Masterplans können allerhöchstens direkte Detailplanungen gemacht werden. Ohne diese Detailplanungen sei es unmöglich, morgen irgendeinen Auftrag zu geben. Es sei auch vollkommen

sinnlos zu Detailplanungen zu gehen, wenn man nicht wisse, wieviel man in die Hand nehmen müsse, ob es € 7 Mio., wären, wie STR Mag. Wimmer bereit wäre aus der Kasse zu zahlen, oder ob es € 14 Mio. wären. Das sei ein wesentlicher Punkt.

GR Dr. Schweeger-Exeli stellt einen **Zusatzantrag**:

Der Masterplan ist Rahmen für Detailplanungen. Diese Detailplanungen sind im Gemeinderat als Projektvorschlag zur Freigabe vorzulegen und zu genehmigen.

Er meint, dass man nicht sagen sollte, damit sei alles gegessen, egal was in der Detailplanung herauskomme, sondern man sollte sie im Detail anschauen. Was überhaupt nicht dagegen spreche, sei, das in Zusammenhang mit BürgerInnenbeteiligung zu machen. Finanz- und Budgetpolitik sei natürlich in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik. Es werde STR Mayer nichts anderes übrig bleiben, als diese Summen entsprechend vorzusehen. Er persönlich habe durchaus seine Meinung, woher Geld hergenommen werden könne. Die Subventionitis müsse genau angeschaut werden, was genau gerechtfertigt sei an Subvention und was auf Grund schärferer Kriterien ausrangiert werden müsse. 2) Der überbordete Straßenbau, den man seit Jahrzehnten dauern miterleben müsse und wo im Nachtragsvoranschlag ein einziger Lichtblick herrsche und € 300.000,-- weniger Schulden für Straßenbau aufgenommen werden, als es ursprünglich geplant gewesen sei. Die Frage, ob die Prognosen eintreffen werden, sei natürlich eine Frage nach der Kristallkugel. Er habe sich diese Zahlen sehr ernsthaft angeschaut und würde sagen als eine Diagnose, die er als Unternehmensberater, aber nicht mit Spezialität im Finanzbereich sagen könne, dass viele von den Steigerungserwartungen relativ konservativ getroffen worden seien. Er sehe als Negativum des Masterplans, dass das Gesamtvolumen, das in Werbung gesteckt werde, zu niedrig sei, und das müsste erhöht werden. Es gebe auch andere Kritikpunkte, die er habe. Sie sollten dann in einem Detailplan wirklich verankert sein. Ein Beispiel sei, dass man für die Instandhaltung nur € 200.000,- in die Hand nehmen sollte pro Jahr, dass nicht wieder einen solchen Investitionsrückstau, wie man ihn in den letzten 30 Jahren erlebt habe, zustande komme. Das, was man für Instandhaltung in die Hand nehme, sollte auf jeden Fall höher sein als die veranschlagte Abschreibung für Abnutzung, weil sonst habe man wieder eine konstante Entwertung des Familiensilbers in Form des Happylands. Es gebe ein paar Sachen, von denen er schon glaube, dass sie ihre Replik erfordern. Wenn geschrieben worden sei, dass der Eislaufplatz plötzlich Gewinne abgeworfen habe, dann sei das natürlich eine kameralistische Aussage, die in dem Zusammenhang als unsinnig anzusehen sei, weil der bestehende Eislaufplatz ohne Investition in die Infrastruktur natürlich keinen Gewinn abwerfen könne. Wenn man diese Investition tätige, dann müsse man sie über Jahre abschreiben und dann sei der Gewinn weg. Es müsse auch klar sein, dass es bestimmte Bereiche gebe, die nicht kostendeckend zu führen seien. Das zeige die Erfahrung nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland, dass ein Schwimmbad unmöglich kostendeckend zu führen sei. Man könne zwar den Verlust ein wenig herunterfahren, aber man könne es nicht gewinnbringend machen. Daher seien die Forderungen, die immer wieder gestellt werden, dass man wie bei der Kletterhalle einen Kooperationspartner suchen und ein PPP-Modell eingehen solle, nicht realistisch. Welcher Wirtschaftstreibende wäre dazu bereit, in einem absoluten Defizitbetrieb zu investieren? Diese Erwartung sei Unsinn. Das könne nicht passieren und könne nur mit Quersubventionierungen kommen in Bereichen, wo man mehr verdiene als in Bereiche, wo man mit Sicherheit Verluste machen werde. Aus seiner Sicht wäre auch der Eingangsbereich nicht so negativ zu bewerten, wie es sein Vorredner gemacht habe, denn dort werden zwar keine Sportler aktiv sein, aber diese Flächen werden verpachtet und damit sei zu erwarten, dass die Attraktivierung des Eingangsbereiches auch Leute anziehe und die Möglichkeit schaffe, dort Umsätze zu erzielen, um die Bedürfnisse der SportlerInnen abzudecken. Es seien verschiedene Kalkulationen vorgelegt worden, die durchaus Hand und Fuß haben. Wenn er davon ausgehe, dass der Eingang der Kalkulation Sauna nur eine 3 %ige Erhöhung der Umsätze vorsehe, dann sei das konservativ und für die Klosterneuburger leistungsfähige Bevölkerung durchaus akzeptabel. Er wisse nicht, ob

sozusagen die Vermietung des Fußballfeldes mit Kunstrasen mit 50 % Auslastung realistisch sei, aber er könne sich vorstellen, dass bei geeigneter Werbung der Zusatznutzen geschaffen werde durch das Schwimmbad und anderer Faktoren und es durchaus möglich sei, das zu erzielen. Er möchte das so nicht verteufeln. Er sei auch nicht erfreut darüber, dass das jetzt im letzten Moment komme, da es eine Vorbereitungszeit erfordere, das Datenmaterial durchzunehmen. Er möchte daran erinnern, dass auch die Frage zu stellen sei, ob die Benützung durch die Schulen, für die in Sportzentren ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts sei, ob das nicht klipp und klar ausgedehnt werden solle auf das Gymnasium Klosterneuburg. Es sollten Methoden gefunden werden mit Pauschalierungen, die zur Entlastung sehr wohl des Personal des Happylands als auch der verschiedenen Schulen und überwiegend auch der Lehrer, beitrage und hier eine andere Form der Abrechnung zu finden. Das gehörte verhandelt. Die Gröschlerzählerei, wenn eine Schulklasse mit 30 Kindern jeweils seinen Obolus ablegen müsse, sei unwürdig in der heutigen Zeit. So müsse man das nicht machen. Zur Frage der Traglufthalle sagt GR Dr. Schweeger-Exeli, dass man beim Tennisbereich bereits einen Tennisplatz eingebüßt habe. Dort sei eine 100 %ige Auslastung. Er sei ziemlich überzeugt, dass sich eine Traglufthalle relativ rasch amortisieren könne. Es sei auch ganz klar, wenn man von einer Sauna spreche, die an der Auslastungsgrenze sei, dass es erstaunlich scheine, dass sich der Umsatz fast verdoppeln solle. Wenn man wisse, dass fast 40 % mehr Sauna geschaffen werde, dann sei das nicht mehr so überraschend. Es könne sein, dass er sich verrechnet habe, er bitte daher Herrn Konvicka, ihn zu korrigieren. In Bezug auf den Abgang, den das Happyland bis jetzt erzielt habe, sei seit langer Zeit dieser Abgang immer wieder bei den Budgetsitzungen des Gemeinderats beschlossen worden, unter anderem auch von den Grünen, die sich jetzt so viel Sorgen um die Zukunft machen. Diese Sorgen seien durchaus gerechtfertigt, und er wolle diese Sorgen nicht herabspielen, aber es müssen andere Wege gefunden werden als die, die klassisch subventionieren, finanzieren, indem man die Entscheidung treffe, dass das im Sinne der Volksgesundheit und Wohnfahrt wirklich wichtig und dass diese Frage der Gesundheit wirklich in den Vordergrund zu stellen sei. Es sei eine Schande, dass es so lange gedauert habe, bis dieses Happyland saniert werde, und die kursierenden Sager, dass man es am besten gleich zusperren solle, halte er für extrem unverantwortlich und nicht im Geringsten gerechtfertigt. Die PUK werde diesem Antrag zustimmen. Er bitte jedoch auch um die Zustimmung zu seinem Zusatzantrag.

STR Dr. Mann bemerkt, dass STR Mag. Wimmer heute die entscheidende Frage gestellt habe, ob man sich ein Freizeitzentrum leisten wolle. Er (Mann) sei der Meinung, dass man sich jede Investition genau anschauen müsse und anschauen, ob diese Investition zweckmäßig sei, aber Klosterneuburg als drittgrößte Stadt NÖs brauche ein attraktives Freizeitzentrum. Man habe die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, ihr ein entsprechendes, attraktives Angebot zu machen. GR Dr. Schweeger-Exeli habe zu Recht darauf hingewiesen, dass es heute die Frage sei, einen entsprechenden Finanzierungsrahmen festzulegen. Es gehe nicht um Details, sondern um einen Finanzierungsrahmen. Jede Verzögerung bei diesem Finanzierungsrahmen bedeute ein Risiko, dass die Bedingungen für die Finanzierung in Zukunft nicht besser, sondern schlechter werden. Das bedeute das Risiko, dass Schäden auftreten, und auch das könne nicht in unserem Interesse sein. Die SPÖ unterstütze daher das Projekt einer Generalsanierung des Happylands, aber sie werde sich dennoch kritisch jede Kostenentwicklung anschauen. Ein solches Projekt müsse wirklich auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft werden, aber man habe die Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt.

Vzbgm. Reg.Rat Raz meint, mit GR Dr. Schweeger-Exeli in der Vergangenheit nicht oft einer Meinung gewesen zu sein, aber er müsse ihm alles Lob zollen. Er, so wie STR Dr. Mann haben es im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Gemeinderats erfasst und auch richtig gesagt: Man stehe zum Happyland, und man brauche ein Freizeitzentrum. Man stehe auch zu den Vereinen, zu den Sportlern, den Familien und den Schülern. Er möchte das noch einmal betonen, weil das wichtig sei. STR KommR Czerny habe alle Unterlagen mit und werde auch die entsprechenden Auskünfte geben. Es sei leicht, sich herzustellen und den Lehrmeister zu spielen, aber hinten und vorne passe es nicht. Die Darstellungen von GR DI Hofbauer seien nicht der Wahrheit entsprechend, was den

Masterplan betreffe und zu dessen Forderung „Zurück an den Start“ frage er, wie oft man noch zurück an den Start solle? Jedes Jahr werde die Sanierung teurer. Man müsse es angehen und man mache die Hausaufgaben. Jetzt möchte man es durchziehen.

GR Rochlitz bemerkt, wenn er die Medienberichte und die Presseaussendungen STR Mag. Wimmers verfolge, dann sei er zu tiefst beunruhigt. Er sei sehr beunruhigt, wenn ihm suggeriert werde, dass jetzt die Mehrheitsfraktion die Millionen auf den Kopf haue. Diese Aussage einer Oppositionspartei sei jedoch verständlich. Jetzt wisse er – er sei noch nicht lange im Gemeinderat, die meisten KollegInnen seien länger hier –, dass im Happyland die letzten Jahre eisern gespart worden sei. Böse Zungen behaupten oder wissen es, dass ein Investitionsstau da sei. Wir, die heute Jungen haben hier eine schöne, fette € 14 Mio.-Kröte. Man habe da zwei Varianten. Entweder schlucke man diese oder man mache die nächste Schmalspurlösung. Diese koste dann € 7 Mio. Das sei auch noch viel Geld, aber diese € 7 Mio. haben einen Pferdefuß. Das heiße unweigerlich, dass man in 10 Jahren dann nicht mehr von € 14 Mio., sondern von € 40 Mio. spreche, weil man dann von Neubau spreche. Weil, wenn man die Generalsanierung dieses Schwimmbades nicht sehr bald angehe, dann sei das keine Generalsanierung mehr, sondern dann komme der berühmte „Architektenradiergummi“, sprich der Bagger. STR Mag. Wimmer habe noch etwas Tolles gesagt – altes Politikerdenken – der Gemeinderat entscheide, was für die Bevölkerung gut sei und was in der Stadt passiere. Er fragt, wofür der Gemeinderat gewählt sei und ob es nicht eine ureigentliche demokratische Aufgabe der Volksvertreter sei, Entscheidungen zu treffen? Natürlich könne man sagen, man habe das neue Politikerdenken und frage für alles und jedes Externe, rede sich dann auf die Externen aus, die dann in der Regel der Fälle nicht demokratisch legitimiert seien – wie auch immer – schließlich seien es ertragsorientierte Berater und man sitze dann da und sage schließlich, dass das die Experten gemacht haben. Dann werde irgendwann die Frage auftauchen, wozu man da sitze. Was ihn noch mit Sorge erfülle: Ja, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien schwierig, aber man rede letztlich auch von einer Investition innerhalb der Stadt, die auch ein volkswirtschaftlicher Motor sei. Man könne natürlich auch alles zu Tode sparen mit Konsequenzen, die man in den 30er Jahren gesehen habe. Das dürfe man nicht vergessen. Die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte begannen mit der Machtergreifung Hitlers 1933 mit einem beachtlichen Wahlergebnis. Eine Regierung in Deutschland habe gespart, gespart, gespart – koste es, was es wolle. Wenn man sich die Wahlergebnisse der NSDAP davor anschau, dann komme man darauf, dass diese weit unter der Wahrnehmungsgrenze gewesen seien. Man wisse also, dass man ein Einnahmenproblem habe, aber man habe auch die Verantwortung, das, was man ausbebe und die Schulden, die man aufnehme, in der Stadt zu investieren, zum Wohle der Wohlfahrt, wie GR Dr. Schweeger-Exeli erwähnt hatte und auch zum Wohl der Volkswirtschaft. Er finde es aus diesem Grund besonders bedenklich, dass man sich hinstelle und sage, unsere Kinder müssen das zahlen. Er sage, hoffentlich müssen sie das zahlen und man habe nicht in den nächsten 25 Jahren dank einer sinnlosen Sparpolitik auf allen öffentlichen Ebenen wieder einen Weltkrieg – 1945 habe dann keiner mehr die Schulden zahlen müssen.

GR Kehrner bemerkt, zwischen sprachlos, entsetzt und verwundert zu sein. Er findet es als eine Frechheit, wenn es ein Freizeitzentrum sein solle, dass man da Sachen vermische, die nicht vermischt werden sollten. Inhaltlich habe er mit diesem Masterplan insofern ein Problem, dass für diesen Masterplan als erster Planungsschritt zur Entwicklung eines solchen Infrastrukturprojekts die gesamten Planungskosten im Durchschnitt um die 10 % betragen, diese aber ganz beträchtlich auch die Bau- und Erhaltungskosten beeinflussen. Die Planung sei relativ günstig, habe aber enorme Auswirkungen. Der Masterplan sei der erste Schritt und soll eine Zieldefinition vorgeben. Das Ziel eines Masterplans sei die Erarbeitung eines Vorschlags zur Neuausrichtung des Happylands. Das sei eine Zielvorgabe und solle ein Masterplan sein. Er solle nicht in die Detailplanung gehen – das passe schon so. Hier sei das aber keine Neuausrichtung. Wenn der Eingangsbereich € 200.000,-- koste und sich darüber die Leute aufregen, könne er sagen, nicht zu wissen, ob er sich darüber aufregen könne, weil er nicht wisse, was mit dem Bad geplant sei und

welche Ausrichtung dieses Bad haben solle, ob es ein hochklassiges Wellnessbad sein solle, dann hätte ein Eingangsbereich um € 200.000,-- natürlich Sinn. Wenn es aber auf Sport ausgerichtet sei, dann wäre das vielleicht zu viel. In den Empfehlungen für die Neuausrichtung stehe dann, es sei eine Positionierungschance für die Stadtgemeinde. Er fragt, wie man sich positioniere? Die Positionierungschance sei mit der Zielvorgabe schon wieder erklärt. Oder: Innovatives und zukunftsorientiertes Vorzeigeprojekt schaffen. Das sei klar. Es stehe aber nicht, was für eine Ausrichtung sei. Es fehlen diesem Masterplan die Vision, wie das Happyland in 10 Jahren ausschaue und welche Aufgabe das Happyland habe. Es gebe für jedes große Projekt einen Masterplan. Wenn man sich diese anschau, dann sei immer eine eindeutige Zielvorstellung – eine Vision, das wolle man erreichen, dieses Service wolle man bieten, das seien die Prioritäten. Da stehe das jedoch einfach nicht drinnen. Das sei die Aufgabe eines Masterplans, und das fehle ihm eindeutig. Daher müsse er zustimmen, dass man eine zweite Meinung brauche und daher könne er nicht diesem Antrag zustimmen. Wie könne man ohne eine Zieldefinition, eine Vision, über solche Beträge urteilen? Da schwingen man sich selbst zu Experten auf und sage, es wäre so und so viel Geld da. Diese Experten seien alle nicht. Natürlich müsse man Externen vertrauen in solchen Fragen, aber da müsse man dem Masterplan und wenn man dem zustimme und somit dem Investitionsrahmen, einem Projekt zustimmen, dass verständlich sei und nicht einem ziellosen Masterplan. In diesem Sinne könne er den € 14 Mio. leider nicht zustimmen. Er werde dem Antrag der Grünen zustimmen, das Ganze noch einmal durch eine Masterplanung oder eine Planung zu präzisieren. Natürlich brauche man das Sportzentrum. Wie Vzbgm. Reg.Raz gesagt hatte, dass man sich für die Sportler einsetze – er (Kehrer) arbeite seit sechs Jahren dort unten als Schwimmtrainer und habe dort auch Volleyball gespielt. Er sei auch einer von denen, die das Happyland wollen. Es gerade auf diese Frage zu reduzieren, finde er als polemisch und unfair ihnen gegenüber, weil sie alle dasselbe wollen. Alle wollen dasselbe und das Beste. Auf Grund dieses Masterplans, dem die Charakteristika des Masterplans fehlen, könne man das nicht beschließen, und das wäre unverantwortlich.

STR Dr. Pitschko findet, dass es einige sehr originelle Wortmeldungen zu dem Thema gegeben habe. Es sei schon bezeichnend, wenn man einen chronischen Defizitbetrieb zum Klosterneuburg Familiensilber zähle, der jährlich ca. € 800.000,-- koste - in unterschiedlichen Ausformungen: Zuschüsse für Betriebskosten, Investitionskostenzuschüsse. Ohne die jährlichen Zahlungen der Stadtgemeinde wäre das Happyland schon längst pleite. Er sei immer der Meinung gewesen, Familiensilber wären ertragreiche Positionen – Unternehmen -, aber nicht ein chronischer Defizitbetrieb. Selbst wenn laut Aussagen der SPÖ die Gefahr des Faschismus herbeigeträumt werde, für den Fall, dass man diese € 14 Mio. nicht beschließe, könne er sich auch nicht anschließen. Er habe das Problem, wie man die Firma ausgewählt habe, die diesen Masterplan erstellt habe und zum Zweiten sei dieser Masterplan ergänzungsbedürftig. Es werde immer gesagt, man mache das für die Bevölkerung. Das sei so Ben Gurion. Jetzt wäre die Frage, wie viele Klosterneuburger tatsächlich dieses Happyland nutzen. Seien das 10 % oder 20 % der Bevölkerung? Mehr werden es nicht sein. Er würde sagen, dass 80 % es nicht regelmäßig nutzen. Was Sportler betreffe – es werde von der Volksgesundheit gesprochen – frage er, wer da regelmäßig hineingehe? Das seien die Vereine! Er erinnere, dass sie vor Jahren versucht haben, als Gemeinderat die kleine Halle zu mieten, um Fußball zu spielen. Das sei jedoch nicht gegangen, obwohl sie es bezahlt hätten, weil diese Halle von Vereinen ausgebucht sei, und zwar von Vereinen, die man da sehe als Subventionsempfänger der Stadtgemeinde Klosterneuburg. D.h., die Gemeinde zahle einen Betriebskostenzuschuss, die Gemeinde trage einen Investitionskostenzuschuss und die Einnahme, die als private ausgewiesen werden und die von Vereinen angeblich kommen, kommen auch wieder von der Gemeinde über Subventionen an die Vereine. Es wäre jetzt interessant bei den Gesamteinnahmen, wie viel tatsächlich aus den Kassen der Stadtgemeinde Klosterneuburg kommen. Dann sei er wahrscheinlich schon – historisch betrachtet – bei € 900.000,--. Jetzt komme die große Frage der Erneuerung. Das Erste, was er sich bei so einer als Frage stelle, sei, wer es nutze, wie oft er es nutze und was die Kostenbeiträge seien? Kostenstellenrechnungen durchgängig

über die letzten fünf Jahre gebe es nicht, daher könne er die Kosten nicht zuordnen, wo welche Kosten anfallen und wo welche Einnahmen entfallen. Die Besucherzahlen alleine, beispielsweise fürs Bad, sagen genauso nichts aus. Man werde heute wieder darauf zurückkommen. Es nütze nichts, wenn man Besucher habe, denen man den Eintritt finanziere. Was bringe das dann, wenn man denen Geld in die Hand drücken müsse, damit sie in dieses Hallenbad hineingehen? Dann brauche man es nicht und erspare es sich oder es gebe einen Bedarf, den er aber ermittelt haben möchte. Dann könnte man sagen, dass man so und so viel € 100.000 für das Hallenbad ausbebe. Beispiel: Laufbahn. Diese koste ungefähr € 300.000,--. Wieviele Leute nutzen regelmäßig diese Laufbahn? Die Fußballer brauche er nicht rechnen, weil diese können zum Aufwärmen besser auf einem Wiesenstreifen um den Platz laufen. Man tue immer so, die Bevölkerung wolle das. Wünsch' dir was, kenne man aus vielen Anträgen, wo aber nicht stehe, bereit zu sein, dafür zu zahlen. Er möchte kurz auf den Rechnungsabschluss eingehen, um den finanziellen Rahmen etwas abzustecken. Man habe einen Rechnungsabschluss gehabt mit einem ungefähren Überschuss von € 145.000,-- bis € 150.000,-- bei einem Budget von € 60.000,--. Der Überschuss sei u.a. auch deshalb zustande gekommen, weil man groß € 1 Mio. mehr bekommen habe aus den Ertragsanteilen, die nicht budgetiert gewesen seien. Diese seien zwar Einnahmen erhöhend. Hätte man diese nicht bekommen, hätte man ohnehin schon ein Defizit. Dafür habe man Rücklagen gebildet. Als Finanzstadtrat könne man das schon so hintimen, dass ein Überschuss heraus komme. Zweiter Faktor sei, dass man Kredite aufgenommen haben, deren Rückzahlung noch gar nicht begonnen habe, beispielsweise für den Straßenbau. Da seien also Millionenkredite offen, z.B. für Pater-Abel-Straße, Stadtplatz, deren Rückzahlung erst nächstes Jahr beginnen. Und da schaue es genauso aus. Man nehme zunächst einen Kredit auf und bei der nächsten Gemeinderatswahl sei man fesch und habe vielleicht auch einen Überschuss, weil die Rückzahlung erst 2017 beginne. Ähnlich schaue es auch bei der nächsten Kreditaufnahme aus – um vorzugreifen. Hier gehe es wieder um einen Straßenbau. € 1,2 Mio. werden da aufgenommen. Rückzahlungsbeginn ab März 2014. Das komme ihm so vor, wie „Kaufe jetzt – zahle später“. Irgendwann führe das aber zu unheimlichen Belastungen. Jetzt komme man wieder dazu, wie die Einnahmensituation in dieser Gemeinde ausschaue, weil das müsse ja irgendwie gezahlt werden. Die wesentlichsten Einnahmen dieser Gemeinde seien Ertragsanteile, die vom Bund kommen, die Erträge Kommunalsteuer, Grundsteuer seien – noch – nicht weltbewegend, und der zweite große Brocken seien die Gebühren, vor allem Müll und Abwasser. Bei den Ertragsanteilen könne man überhaupt nichts machen. Bei der Kommunal- und Grundsteuer werde sich nichts Wesentliches ändern, wenn nicht immense Betriebsansiedelungen stattfinden. Also werden die Mehrlasten über die Gebühren zu finanzieren sein – so wie es schon bisher geschehe. Man habe voriges Jahr aus den Gebührenüberschüssen € 2,4 Mio. praktisch für die Hoheitsverwaltung verwendet. Und das hier sei auch nichts Anderes als Hoheitsverwaltung. Nachdem man das haben wolle, werde das über Gebührenerhöhungen kommen. Es sei denn, es habe die ÖVP das Glück, dass ihre Vertreter im Nationalrat beschließen, dass die Einheitswerte für Grundstücke auf Verkehrswerte oder zumindest in Richtung der Verkehrswerte angehoben werden. Denn dann stehen diese Schwarzen fein da, können sagen, das sei der Nationalrat gewesen, wir dürfen nur diese Gesetze anwenden, sie bekommen dann einen höheren Einheitswert für die Grundstücke und abgeleitet von dem Einheitswert komme dann der Gebührenbeitrag und Grundsteuerbescheid. Da könne man auch wieder fest mitzahlen und da sei man wieder aus dem Schneider. Komme aber die Grundsteuererhöhung nicht, dann müsse man über die Gebührenerhöhung gehen. Anders werde es nicht gehen – und zwar auch dann, dass bis zu € 7 Mio. – so werde es kolportiert und hoffentlich auch bestätigt - angeblich das Land Zinsenzuschuss gewährt. Das hätte er auch gerne in dem Antrag stehen gehabt, weil dann könnte er sich auf etwas berufen und müsste sich nicht aufs Hörensagen verlassen. Dann hätte das eine gewisse offizielle Wirkung. € 14 Mio. bei einer angeblichen Zusage von € 2,5 Mio. Subvention durch das Land und € 11,5 Mio. Kreditaufnahme stelle sich aber die Frage, wofür man das brauche und ob das alles gerechtfertigt sei, was da alles gemacht werden solle. Es stimme schon, dass das alles nur der Rahmen sei. Nur sei er leider oft genug in diesem Gemeinderat gesessen und habe von Grundsatzbeschlüssen und Rahmenbedingungen gehört, doch habe am Schluss das Ganze eine

Eigendynamik bekommen und dann werde der Rahmen ausgeschöpft und einzelne Projekte, die die FPÖ ablehnen würde, würden dann doch gebaut, mit der Begründung, der Rahmen wäre da und die Finanzierung wäre gesichert. Weil sie schon gewitzt seien aus der Vergangenheit stimme die FPÖ den € 11,5 Mio. auch nicht zu, obwohl sie mit Sicherheit bei Vorhaben der Sanierung zustimmen werde.

STR KommR. Czerny beginnt mit dem Wort Verantwortung, dass GR Kehler so in den Vordergrund gestellt habe. Er möchte ein bisschen zurückblicken und versuchen, es emotionsloser und auf die sachliche Ebene zu bringen. Im Juni 2006 hatte er die Ehre, in den damaligen Aufsichtsrat der Sportstätten AG berufen zu werden. Wenn er hinüber schaue, dann sitzen da noch Leute, wie GR Kickmaier, STR Hava und auch STR Mag. Wimmer, die auch im Aufsichtsrat gesessen seien. Es seien unzählige Diskussionen geführt worden über Sanierungsmaßnahmen. Er erinnere nur, dass die Baubehörde der Stadtgemeinde Klosterneuburg grobe Mängel bei den Brandschutzbestimmungen festgestellt habe. Mit Verantwortung sollte man solche Sachen nicht auf die leichte Schulter nehmen. Es sei auch nicht so, dass man jetzt ein paar 1.000 Euro in die Hand nehme und ein paar Thujen auswechsle. Da gebe es Rohrdurchführungen und da komme man blitzschnell drauf, dass das nicht so schnell gehe. Dann habe man die Entscheidung im Aufsichtsrat getroffen, sich zu erkundigen, wer so etwas überhaupt und in Zahlen fassen könne, um was es da gehe bei der Sanierung. Damals habe es einen Architekt Lorenz gegeben, der gerade das Penzinger Bad neu umgebaut hatte. An den habe er sich gewandt und sei mit dem drei Tage herum marschiert. Dieser habe im Oktober 2007 eine wunderschöne Tabelle gemacht mit Kosten - hoch - mittel - geringfügig - notwendig - und man sei trotzdem 2007 auf wundersame € 8 Mio. gekommen, ohne irgendwo die Attraktivität zu steigern, sondern nur den Zustand zu sanieren, wo über 30 Jahre nicht bzw. nur das Notwendigste passiert sei. In den € 8 Mio. sei der Kunstrasenplatz enthalten gewesen. Seinerseits habe er mit dem damaligen Kammeramtsdirektor und zwei Mitgliedern des Aufsichtsrates und dem Vorstand große Ausflüge getätigt und sich angeschaut, welche Firmen überhaupt in Frage kämen. Man habe gesagt, man möge einmal eine Idee bekommen, was man überhaupt brauche, weil man mit einer Tabelle, was man alles sanieren müsse, nicht weit kommen werde. Es habe andere Preisauskünfte auch gegeben. GR DI Hofbauer verdrehe einfach die Tatsachen, und das sei erschütternd. Man habe die KPP nicht beauftragt, sondern einmal eingeladen, ein Angebot zu unterbreiten, weil es die Einzigen gewesen seien, die auch gesagt hatten, es mit einer nötigen Förderung zu schaffen von der Wirtschaftskammer Österreich. Das sei richtig und auch im Budget 2010 festgehalten. STR Mayer habe damals ganz lautstark bei der Budgetrede verkündet, dass man den Betrag von € 52.600,-- in das Budget hineinnehme für die Masterplanung. Diese Masterplanung sei ganz klar notwendig gewesen. Da seien auch die Abrechnungen der NÖ. Wirtschaftskammer, die das mitbezahlt habe von € 18.620,--. Somit habe uns der Masterplan € 33.980,-- gekostet. Zur Frage der Referenzliste sagt er, dass man natürlich die Verantwortung ernst genommen habe. Er zeigt GR DI Hofbauer die Referenzliste und sagt, dass er ihm mehrmals angeboten habe, das herzuzeigen, aber das habe dieser verweigert. Diese haben die besten Referenzen des Landes - und das sei einfach die Wahrheit. Da gebe es Mitglieder, die sich bemüht haben etwas zu bewegen und GR DI Hofbauer stelle alles in Abfrage. Es habe auch Besichtigungen anderer Bäder gegeben. Er persönlich sei im Solefelsenbad Gmünd gewesen und habe sich angeschaut, was die KPP dort mit der G1 - damals sei die Idee, das Bad auszulagern - überhaupt gemacht haben. Er sei dort einen Tag hingefahren, habe sich das angeschaut, im Aufsichtsrat berichtet und man habe darüber beraten. Vom 28.10.2009 gibt es ein Aufsichtsratssitzungsprotokoll, das er hier habe, aber nicht verlesen werde. Es gehe ganz klar hervor, dass man das Sanierungskonzept des Happylands beschlossen habe, und zwar unter der Bedingung, dass diese notwendige Förderung auch eingehalten werde. Und wie man sieht, sei sie auch eingehalten worden. Zur Definition Masterplan könnte man noch drei Tage reden. GR Dr. Schweeger-Exeli habe das ganz richtig gesagt: Das sei ein Rohkonzept, das eine umfassende Sanierung der einzelnen Bereiche und der Gebäudehülle umfasse und eine Attraktivierung des sportlichen Angebotes. Das beinhalte auch ein Energiekonzept, was zeitgemäß sei, das man sich

heute sich überlege, Das, was man vor 33 Jahren gebaut habe, sei nicht unbedingt mehr zeitgemäß, und der Energieverbrauch zeige das. Dieses Energiekonzept gebe es auch, und das mache keiner um € 500,-- wie es der Freund von GR DI Hofbauer gesagt habe. Er dürfe einmal die Wertigkeit darstellen. Wenn man einmal einen Grundsatzbeschluss entschieden habe, einen neuen Kindergarten zu brauchen, dann habe man sich einmal geeinigt, einen Kindergarten zu machen. Der nächste Schritt sei gewesen, einmal zu schauen, was dieser überhaupt kosten könne und man habe einen Entwurf beauftragt. Nachdem der Entwurf da gewesen sei, habe man eine Schätzung gemacht, einen Kostenrahmen gesteckt, sich um eine Finanzierung gekümmert und dann das hier im Gemeinderat beschlossen. Dann sei ausgeschrieben worden und es habe eine Vergabe und eine Baukontrolle gegeben. Was solle hier anders sein? Man habe einen Masterplan, der aufzeige, welche Möglichkeiten es gebe. Es stimme, dass es einen Tauchturm und ein Aerodeon gegeben habe, aber sei es in dieser Stadt verboten, über den Tellerrand zu schauen und zu schauen, wie weit das interessant wäre? Das könne es doch nicht sein! Natürlich sei man draufgekommen, dass diese Investitionen zu groß seien und man sie sich nicht leisten könne. Ganz klar sei, dass hier das Rohkonzept einmal auf dem Tisch liege und dass Schätzungen durchgeführt worden seien, nach bestem Wissen und Gewissen. GR Dr. Schweeger-Exeli habe sich sogar die einzelnen Zahlen angesehen und festgestellt, dass mit größter Vorsicht gerechnet worden sei. Man habe einmal die Zahlen eruiert, aber es sei klar gewesen, dass ohne Unterstützung des Landes es nicht gehen werde. Es brauche niemand glauben, dass weder er noch der Herr Bürgermeister den Hörer in die Hand nehmen und den Herrn Landeshauptmann anrufen könne und sagen, er kenne ohnehin das Happyland und dafür bräuchten wir Unterstützung. Da seien mehrere Verhandlungen notwendig gewesen. Er wisse nicht, wie oft er, der Bürgermeister und die KPP im Land gewesen seien. Es seien mehrere Verhandlungen notwendig gewesen. Er wisse nicht, wie oft alle Abteilungen die Unterlagen gefordert, geprüft und die Zahlen geprüft haben. Er fragt, ob jemand glaube, dass uns das Land einfach € 2,5 Mio. einfach so schenke?

Es kommt zu einer kurzen Debatte zwischen STR Mag. Wimmer, STR KommR. Czerny und GR Kehrner.

STR KommR. Czerny betont, dass da viele Verhandlungsschritte notwendig gewesen seien. In dem Land habe es 15 Abteilungen gegeben, die das auf das Genaueste geprüft haben, wo man einer Stadt € 2,5 Mio. schenken und für € 7 Mio. einen Zinsenzuschuss gewähren wolle. Vielleicht denke jeder der Kritiker einmal nach und überlege sich, dass Landtagswahlen vor der Tür stehen. Danke an Landeshauptmann Dr. Pröll, dass er uns heuer noch beschenken könne. Fürs nächste Jahre wisse er (Czerny) nicht, ob es das noch geben werde. Auch diese Komponente sei in Betracht zu ziehen, schließlich benutze man das Happyland für unsere Stadt. Zurück an den Start – noch zwei Jahre – würden bedeuten, dass da unten die Schwimmanlage eingehen werde und man noch € 300.000,-- in die Hand nehmen würde. Da sitze der Geschäftsführer, der sagen könne, was noch alles kaputt sei. Die Rohre werden kaputt gehen und dann müssen man € 300.000,-- investieren und keiner sehe etwas und man werde das Geld auch nicht haben. Er möchte zu den Zahlen ein wenig sagen. Er habe es sehr ernst genommen, dass STR Mag. Wimmer gesagt hatte, ob man nicht mit weniger auskommen könnte. Man habe ein kleines Szenario einer Sanierung ausgearbeitet. Mit € 7 Mio. sei es nicht ausgegangen, aber mit € 8,4 sei es sich ausgegangen. Man habe überall nur das absolute Mindestmaß genommen und auch die Sauna nicht erweitert und komme auf eine Investitionssumme von € 8,4 Mio. Da müsse man natürlich auch dazu sagen, wenn man keine Erweiterungen durchführe, dass es keinen Kapazitätsausbau gebe und auch keine Mehreinnahmen. Bei € 8,4 Mio. würde man eben vom Land nur € 1,5 Mio. bekommen und hätte einen Finanzbedarf von € 6,9 Mio. Das seien durchschnittlich rund € 414.000,-- Tilgung und Zinsen pro Jahr und der Betriebsabgang werde auf Grund der Berechnung € 662.000,-- ergeben plus das Darlehen der Kletterhalle von € 65.000,--, das entspreche Gesamtkosten für das Happyland einschließlich € 200.000,-- jährlich für Rücklagen für zusätzliche Investitionen von rund € 1.142.000,--. Jetzt habe er genau die gleiche Berechnung hergenommen, was man sich im Masterplan mit den einzelnen Posten vorstelle mit der

Summe von € 14 Mio. Da komme man abzüglich der € 2,5 Mio. auf € 11,5 Mio. Finanzbedarf und durchschnittlichen Rückzahlung und Zinsen von € 690.000,--, d.h. den Betriebsabgang dazu und die Darlehen der Kletterhalle, so komme man auf neu € 1.040.000,-- weil man höhere Besucherzahlen habe. Heute, 2012, zahle die Stadt bereits € 920.000,-- für den Abgang. Nach der großen Sanierung wären es € 1.142.000,--.

(Zwischenruf STR Mag. Wimmer: „Wenn Du mir die Hand darauf geben kannst, stimme ich sofort zu.“)

STR Czerny sagt zu den Besucherzahlen, dass im Jahr 2000 die Sauna umgebaut worden sei. 2001 habe man nach dem Umbau 17.645 Gäste gehabt. Ohne weitere Schritte zu setzen, habe man 2011 28.000 gehabt. Bei der Sauna sei der Kredit abgezahlt und die Raten getilgt. Im Bad und in der Sauna waren 2011 145.000 Gäste. Es sei bei diesen Zahlen eine Steigerung um 35.000 auf 180.000 geplant. Das sei keine Zahl, die visionär wäre. Er sei davon überzeugt, das erreichen zu können, und auch das sei mit kaufmännischer Vorsicht passiert. Man habe sehr lange sehr viel herumgerechnet, kontrollieren lassen, die KPP habe andere Bäder als Vergleichszahlen gebracht. Alles das, was hier zum Vorwurf gemacht werde, sei nicht passiert. Ganz klar sei, wenn heute ein Kostenrahmen beschlossen werde, was die weiteren Schritte seien. GR Dr. Schweeger-Exeli habe Recht. Es sei nicht so, dass der Geschäftsführer dann am Montag € 14 Mio. Kontokorrentkredit auf dem Konto habe. Der nächste Schritt sei, dass eine Ausschreibung für eine Generalplanung stattfinden werde. Die Generalplanung heiße Ausschreibung. Das bedeute, dass mehrere Architekten dazu eingeladen werden, die auf diesem Gebiet Erfahrung haben. Es werde eine Bestandsplanung, einen Vorentwurf, einen Entwurf – wie bei jedem anderen Bauvorhaben auch – geben. Der einzige Unterschied werde sein, dass es bei der Abwicklung oder bei der Beauftragung ausführender Gewerke, auch eine Veränderung werde geben müssen. Nämlich um Transparenz zu schaffen und Information zu geben, werde man den Beirat des Happylands, das sei der gesamte Stadtrat, hier sehr in die Pflicht nehmen müssen, ein Projektorganigramm zu erstellen - und man mache sich schon Gedanken. Der Beirat werde informiert, wenn es fertig sei und werde diskutieren können, aber es werden hier Instrumente eingesetzt, dass es zusätzlich noch neben der technischen und Rechnungskontrolle noch über eine etwaige Projektleitung darüber gesetzt ein hausinternes Controlling – und da könnte er sich den Herrn Kammeramtsdirektor mit einem zweiten Techniker vorstellen – gebe. Es sei einfach zu sagen, was der mache. Dieser schaue sich an, wie viel Leistung sei beauftragt worden, wie viele Zahlungen habe es gegeben, was sei das Gesamtbudget und wie viel sei noch zu leisten und zu zahlen. So werde jedes große Bauvorhaben abgewickelt. So könne sich die ÖVP auf jeden Fall - und sicher auch die SPÖ – eine Abwicklung und transparente Kostenkontrolle vorstellen, ohne dass es das Projekt mit ihm sicherlich nicht geben werde. Abschließend sagt er, dass es jedem klar sei, dort etwas tun zu müssen. Man habe dort die Schulen und die Vereine, die Jugend, die Pensionisten – alle Altersgruppen. Man habe dieses Freizeitzentrum und der Sanierungsbedarf stehe seit vielen Jahren an. Ein Schritt zurück oder zurück an den Start sei für ihn Mensch ärgere dich nicht spielen und nicht verantwortungsvolle Politik. Er denke, dass man diesen Weg weitergehen und sachlich und technisch mit Höchstleistung an einem sehr guten Projekt arbeiten sollte.

Am Ende seiner Wortmeldung hält die ÖVP-Fraktion Zettel, auf denen das Stift abgebildet ist, in die Höhe, mit Inhalt: „Für unsere(hier stehen verschiedene Zielgruppen) unser Happyland.“

(Herr Lung verlässt die Sitzung um 19:18 Uhr)

GR Mag. Zach dankt STR KommR. Czerny für seine sachliche Wortmeldung. Es sei ihm ein Anliegen gewesen, das wieder auf die Sachlichkeit zurückzuführen. Es seien heute schon sehr große Worte gefallen, und daher sei er sehr dankbar, wieder zurück zur Sache zu kommen. Diese Betonung: „Wir haben die Verantwortung, wir stehen zum Happyland.“ sei schon eine relativ große Aussage - als ob es manche nicht wären. Dass sie das nicht wären, möchte er klar zurückweisen,

und auch wenn GR Dr. Schweeger-Exeli auf die Volksgesundheit verweise, sei es doch klar, dass man dieses Happyland behalten müsse. Es habe niemand gesagt, dass irgendwer das Happyland zusperren wolle. Das sei schon ein tiefer Griff in die Unsachlichkeit, den er entschieden zurückweisen müsse. Wenn von der fetten Kröte, die man jetzt schlucken müsse gesprochen worden sei, so schaue er sich diese vorher an, bevor er sie schlucke – und genau darum gehe es den Grünen. Die Zahlen haben ihn ein bisschen verunsichert. Man habe € 8 Mio. für die kleine Variante und € 14 Mio. für die große und bei der großen Variante zahle man weniger als bei der kleinen. Wenn das so sei, so klinge das wie ein Märchen. Dass man da skeptisch werde, liege ganz sicher auch an den Prognosen der Besucherentwicklung. Es sei nichts Anderes, als dass die Grünen verlangen, dass sich das noch jemand anschau, ob das seriös sei. Das klinge schon ein bisschen wie aus 1.000 und eine Nacht, man gebe fast doppelt so viel aus und zahle weniger zurück. Das sei für ihn, der nicht vom Fach sei und auch diese Überprüfung nicht machen wolle, unglaublich. Er möchte, dass sich ein Fachmann das anschau – und nichts Anderes sei das Anliegen der Grünen. Auch wenn von „Schmalspurvariante“ um € 14 Mio. gesprochen worden sei, so sei es auch das Anliegen der Grünen, dass man sich alles anschau, was man wolle. Sie wollen unstrittig, dass das Happyland floriere und dort, wo es leistbar sei, selbstverständlich Attraktivitätssteigerungen, aber sie wollen sich genau anschauen, welche Bereiche man wirklich forcieren. Das, was STR Mag. Wimmer ausgearbeitet habe mit einem kleinen Plan, sei das, was möglich wäre. Das wäre eine erste Idee, ob diese so komme, sei nicht Inhalt des Antrages der Grünen. Es sei schon richtig, dass ein Rahmen beschlossen werden solle, aber einen bis zu € 14 Mio., abzüglich der Förderung € 11,5 Mio. Genau darüber machen sie sich Gedanken, indem sie sagen, es sei ein bisschen zu viel drinnen und man könne das oder die Kinder vielleicht nicht leisten. Es sei schon gewährt, daran zu denken. Wenn sie mit ihren Mitteln dazu kommen, auch mit einem geringeren Bedarf auch eine entsprechende Sanierung zu erhoffen, wollen sie, dass man sich das seriös anschau, und das wäre nicht zu viel verlangt. Man beschließe nur einen Rahmen und den Inhalt dieses Rahmen. Es werde doch noch gestattet sein, sich über das Ausmaß Gedanken zu machen, und das sei zulässig.

STR Dr. Eder möchte darauf eingehen, wozu das Happyland gebraucht werde als Stadträtin und auch als Privatperson und für die Schulen. Es sei eine wesentliche Bildungseinrichtung für die Schulen. Es sei Bildungsauftrag. Derzeit nutzen pro Woche mindestens 1.000 Kinder auch vormittags das Bad des Happylands - 300 aus den Volksschulen, 100 aus der Neuen Mittelschule Hermannstraße, 170 aus der Neuen Mittelschule Langstögergasse. Diese nutzen alle Einrichtungen, weil sie einen Sportzweig haben und zusätzlich das Gymnasiums mit 200 bis 300 Kinder, die voll dafür zahlen. Man habe einen großen Nutzungsbedarf auch beim Eislaufplatz. Das habe man zuletzt gesehen mit der großen Unterschriftenaktion, als angedacht gewesen sei, dass der Eislaufplatz geschlossen werden solle. Die Bevölkerung wünsche somit ein intaktes Happyland, und vor allem die Schulen sollen es haben. Wenn man aber ein intaktes Happyland haben wolle, dann müsse man als Politiker – zumindest sei das ihre Auffassung – agieren und nicht warten, bis etwas kaputt sei und dann darauf zu reagieren. Sie lebe lange genug in dieser Stadt – mehrere Jahrzehnte -, dass sie wisse, dass diese Kritik schon mehrere Jahrzehnte vorhanden sei. Wenn hier von alten, verrosteten Rohren gesprochen werde, die fotografiert worden seien – das haben Gutachter fotografiert -, dann heiße das, wenn das ein Diplomingenieur als Gutachter mache, dann lege der seine Hand ins Feuer, dass das wirklich nicht in Ordnung sei. Wenn die Anlage dann kaputt sei, könne man auch nichts Anderes machen als zu reparieren. Sie bitte, nicht alles, was an Fakten vorgebracht werde, irgendwie herunter zu spielen. Das Happyland habe auch die wichtige Aufgabe für die Familien. Von den Daten her haben 7.886 Kinder voriges Jahr über die Familycard, die Familienkarte Klosterneuburgs, das Happyland besucht. Dabei sei immer ein zahlender Erwachsener. Das müsse man alles einmal sagen. Die Wichtigkeit für die Volksgesundheit könne man nur unterstreichen. Am Nachmittag – diese Zahlen habe STR KommR. Czerny genauer – sei sie zwei oder dreimal in der Woche im Happyland – entweder persönlich oder es seien ihre Kinder dort, und jeder, der dort im Bad gewesen sei mit Kindern wisse, dass die Zustände dort – sie dürfe sie nicht so nennen, wie sie möchte – nostalgisch seien – so nostalgische, wie ihr manche Politiker hier vorkommen. Dauernd

umrechnen von Euro in Schilling sei unnötig. Man habe den Euro sei 12 Jahren. Ihr Appell sei, für unsere Klosterneuburger Jugend, für die Klosterneuburger Schulen, für unsere Klosterneuburger Familien, sprich, die gesamte Bevölkerung, zu agieren, etwas zu tun und es nicht immer aufzuschieben, weil sonst habe man das, das den Politikern immer vorgeworfen werde. Sie schieben und schieben und schieben und bringen keine Lösungen.

STR Mayrhofer freut sich, dass der Konsens da sei, zu sagen, das Happyland müsse saniert werden, aber man könne über die Höhe diskutiert. Das sei ein guter Ansatz und die Sachlichkeit sei auch wieder zurückgekommen. Die Höhe der Sanierung sei natürlich der Knackpunkt, wie man heute festgestellt habe. Er sei seit über zwei Jahren – vorher im Aufsichtsrat, jetzt im Beirat und er könne sagen, dass sich STR KommR. Czerny und das gesamte Team viel Arbeit gemacht und das Prozedere erklärt habe. Man habe es sich nicht leicht gemacht, sondern man habe wirklich ein tolles Konzept erstellt und so weit abgespeckt, wie es notwendig und sinnvoll sei. Er könne zu diesem Konzept 100 %ig stehen und habe dabei überhaupt kein schlechtes Gewissen - wie GR DI Hofbauer das in seiner einmaligen Art aufokktruieren wollte. Man müsse sich nämlich überlegen, was man mache, wenn man diese Sanierung nicht machte oder nur Teillösungen machte. Auch das sei heute schon angesprochen worden, Dann werde dort unten im Happyland auf einmal etwas kaputt gehen. Was das bedeuten würde, wäre, Einiges zu sperren und das stünde dann für die Kinder nicht zur Verfügung. Dann kämen teure Sanierungen, die auch nur Flickwerk und nicht nachhaltig wären. Man würde Tausende Euro investieren und hätte keinen Effekt, weil das Ganze dann in drei, vier, fünf Jahren als Gesamtes abgerissen werden müsste. Das wäre eine teure Lösung, die keine Nachhaltigkeit hätte. Deshalb sei er eindeutig dafür, eine Komplettsanierung zu machen, auch um diesen Betrag. Man habe eindeutig gehört, wenn man weniger ausbebe, dass man unter dem Strich auch weniger hätte, weil man auch keine Mehreinnahmen habe. Das sei auch eine logische Folge, wenn man das Bad attraktiver mache und die gesamte Anlage, dass dann mehr Einnahmen lukriert werden. Zu den Vorwürfen, es wäre kein Vergleichsangebot eingeholt worden, habe STR KommR. Czerny schon ausreichend geantwortet. Es sei doch so, wenn man mit einem Projekt anfangen, dass man zunächst schaue, ob man sich das Projekt überhaupt leisten könne. Das habe man hier gemacht. Hier stelle man einen Budgetrahmen fest - das solle man heute beschließen -, dann komme es zu einer Ausschreibung einer Generalplanung und dann komme es erst zur Ausschreibung der Gewerke und den Ausschreibungen im Einzelnen. Dann stimme man hier im Gemeinderat über jedes einzelne Projekt ab, so wie es bei Schulprojekten und anderen geschehe. Was daran nicht zu verstehen sei, entziehe sich seiner Kenntnis. Die Vorteile der Sanierung des Happylands seien in erster Linie für die Bevölkerung, die Benutzer, die Kinder, die Vereine, aber man dürfe auch nicht vergessen, für den Tourismus. Es lebe auch zu einem guten Teil vom Tourismus. Da rede er nicht vom benachbarten Hotel, sondern denke er hier insbesondere an den Campingplatz mit seinen vielen tausend Gästen jedes Jahr, die auch Möglichkeiten brauchen bei Schlechtwetter etwas in Klosterneuburg zu machen, um nicht sagen zu müssen, wenn es schlecht sei, fahre ich nicht mehr nach Klosterneuburg und komme mit dem Rad nicht mehr her. Auch Energiesparen sei ein Gebot der Stunde, die CO₂-Belastung zu reduzieren. Das sei auch ganz wichtig und nur bei einer Komplettsanierung möglich, diese Aspekte bestmöglich auszuschöpfen und zu erzielen. Wie GR Rochlitz ganz richtig gesagt habe, dürfe man auch den volkswirtschaftlichen Aspekt nicht vernachlässigen. Eine Investition koste natürlich etwas. Auf der anderen Seite schaffe es Werte, bringe Arbeitsplätze, nütze der Wirtschaft etwas, und es habe die lokale Wirtschaft hauptsächlich ihren Anteil. Für ihn sei das Fazit, dass man nicht halbe Lösungen machen dürfe, sondern man müsse den großen Wurf machen. Er sei für die Komplettsanierung und bitte daher den Gemeinderat um seine Zustimmung.

(OV Mag. Weiss verlässt die Sitzung um 19:30 Uhr.)

STR Mag. Wimmer betont, was für ihn die größte Überraschung in der Debatte gewesen sei. Das sei in der Debatte GR Dr. Schweeger-Exeli gewesen, der seinen Aussagen nach einer ökologischen

Bewegung angehöre und hier ein Wachstumsprojekt vertrete, was ganz klar nur funktionieren könne, wenn mehr Bereich geschaffen werde - und dann werde alles wieder „gut“. Das sei für ihn (Wimmer) unverständlich, aber er lerne immer wieder dazu. Wenn Vzbgm. Raz zu GR DI Hofbauer gesagt habe, es wäre leicht, sich herzustellen und den Lehrmeister zu stellen, so möchte er auf dieser Ebene nicht weiterreden, weil sonst könnte er sagen, es wäre noch leichter sich hier herzusetzen und das Geld auszugeben, das man nicht habe. Auf dieser Ebene sei er nicht. Zur sachlichen Ebene zurückkehrend, bemerkt er, dass es unterschiedliche Ansichten geben, was auch so sein und hier ausgetragen werden solle. STR KommR. Czerny habe es richtig skizziert, dass man im Aufsichtsrat versucht habe, Lösungen zu finden. Immer wieder sei angedacht worden, dass etwas geschehen müsse. Seine Kritik - und das habe er auch im Beirat gesagt -, sei, als die AG in die GmbH. übergeführt worden sei, was keine leichte Aufgabe gewesen sei und wo STR KommR. Czerny wieder viel gemacht habe, sei dieser Kommunikationsfluss verloren gegangen und auf einmal sei dieses € 14 Mio. Projekt auf dem Tisch gelegen. Dazu habe der Bürgermeister gesagt, es wäre alternativlos. Das sei ein Affront, weil dann bräuchte er sich nicht mehr hinsetzen und darüber zu diskutieren, wenn es alternativlos wäre. Worüber sich dieses Projekt entscheiden und ob es erfolgreich sein werde, seien genau die unterschiedlichen Annahmen der Zahlen, die STR KommR. Czerny, die KPP und Herr Konvicka in guter Hoffnung hier präsentieren und glauben, dass es so kommen könne. Die Grünen habe es auch durchgerechnet, für sie seien viele Fragezeichen offen. Auf der Seite 16, wo die Budgetgegenüberstellung von 2012 (Ist-Zustand) zum Budget nach Umbau 2015/16 stehe – und das sei jedoch einer der entscheidenden Punkte -, könne man nicht annehmen, dass die Budgets 2015/2016 genauso sein werden wie 2022. Man brauche einen viel längeren Terminus. Es müsse einem auch klar werden, dass man 2015/2016 noch keinerlei Instandhaltungskosten haben werde, weil noch alles neu sei. Das werde natürlich in der Zukunft kommen. In den Berechnungen haben die Grünen höhere Zahlen als die € 1,1 Mio.. Sie haben jetzt schon € 1,6 Mio., weil sie jetzt schon davon ausgehen, dass sich diese Beträge nicht in dem Maße refinanzieren könne und die Stadt das Geld in die Hand nehmen müsse. Eines müsse auch klar sein, dass kein einziger Bereich im Happyland nicht defizitär sei. Das sei so und das akzeptiere man, und das werde man auch nicht ändern können, denn es sei in der volkswirtschaftlichen Verantwortung, dass man diese Dinge der Bevölkerung zur Verfügung stelle. Aber eines müsse auch klar sein, wenn man die Bereiche vom Umfang mehr mache, mehr defizitäre Bereiche, dann werde das Defizit natürlich wieder größer, weil man keinen einzigen Bereich habe, der positiv sei und der die Defizite abdecke. D.h. man schaffe einen weiteren defizitären Bereich mit dem Kunstrasenplatz. Das sei klar und das wolle man auch und es könne nicht alles ausgeglichen sein. Es müsse aber auch klar sein, dass jeder Bereich zusätzlich das Defizit erhöhe. Daher sei aus der Sicht der Grünen halt zu sagen. Es könne nicht so sein, dass diese Defizitbereiche ausgedehnt werden. Daher sei diese Wachstumsphilosophie genau das, was sie als Grüne in ihrer grünen Ideologie ablehnen, indem sie sagen, es könne nicht der Glaube sein, dass es ein stetiges Wachstum geben werde, damit man dieses Gesellschaftssystem am Leben erhalten könne, und das werde auch nicht funktionieren. Daher werde es notwendig sein, einen Schritt zurück zu machen – was allen nicht leicht falle. Das Leichteste wäre, den Leuten das jetzt zu präsentieren – gezahlt werde es erst in 20 Jahren. Schwierig für alle Fraktionen sei, den Leuten zu sagen, es tue leid, aber man könne sich das nicht leisten. Diesen Mut in der volkswirtschaftlichen Verantwortung sollte man haben. Es wäre nichts leichter für sie als Grüne, als zu sagen, die ÖVP habe die absolute Mehrheit, sie präsentiere das € 14 Mio.-Verschuldungspaket und wir Grünen gehen mit, weil wir keine Verantwortung haben, aber wir stehen super toll da, weil wir es irgendwie mitverantwortet haben. Das sagen aber die Grünen nicht, weil sie Verantwortung haben und der Bevölkerung nicht immer alles geben können – auch wenn sie es wollten – und das sei das Problem, vor dem sie stehen.

STR DI Eigner vermerkt, dass STR Mag. Wimmer am Anfang seine Angst geäußert habe, dass uns die Kinder und Kindeskindern schimpfen werden, dass man heute diesen Beschluss gefasst habe. Als einer der Älteren in diesem Gemeinderat dürfe er ein bisschen die Zeit zurückdrehen und nachdenken, wie das früher gewesen sei. Es können sich einige erinnern, dass das Happyland in

Konkurs gegangen sei. Es sei ein Betreiber dagewesen, der das ständige Defizit, das eine Schwimmhalle mit sich bringe, nicht ausgehalten habe. Das Ding sei plötzlich stillgestanden. Was sei zu tun gewesen? Auch damals haben es sich die Verantwortlichen nicht leicht gemacht. Es habe damals einen Bürgermeister Resperger und einen Vzbgm. Schwarz gegeben – beide leben heute nicht mehr. Es sei ein Angebot da gewesen, S 50 Mio. zu zahlen, um es zu kaufen. Es sei dann verhandelt worden und über S 40 Mio. sei dann der Kaufpreis gewesen und die Stadtgemeinde Klosterneuburg habe es dann übernommen. Man brauche nicht sagen, es in Euro umzurechnen, sondern nur hochzurechnen, was damals diese S 40 Mio. heute für einen Wert hätten durch die Inflation. Das wären wahrscheinlich S 120 Mio. bei dieser langen Zeitspanne. Es sei sicherlich nicht einfach gewesen und man müsste es damit vergleichen, was die S 40 Mio. zum Jahresbudget der Stadt gewesen seien und was die S 40 Mio., die heute keine S 40 Mio. mehr seien, wären. Das seien Visionäre gewesen. Es gebe eigentlich keine Alternative dazu. Was hätte man für Möglichkeiten gehabt und wo hätte man die Kinder hingeschickt? Man habe die Möglichkeit gehabt, sie nach Langenrohr, ins Diana Bad oder ins Jörger Bad zu schicken – die Älteren können sich an die Bäder in Wien erinnern - Bäder, die es heute nicht mehr gebe. Wären diese Visionäre nicht gewesen, dann hätte GR DI Hofbauer dort in der letzten Zeit nicht schwimmen können, weil es keine privaten Betreiber gebe, der das normalerweise überlebe und finanziere. Auch GR DI Hofbauers Schwiegersohn schwimme dort unten, und es seien viele Kinder, die dort unten seien. Es sei somit alternativlos gewesen. Wenn er daran denke, dass vielleicht nur 20 oder 30 % das nutzen, dann müsse er dazu sagen, dass viele die Möglichkeit haben, woanders zu schwimmen und Sport zu betreiben, aber es gebe eben 20 oder 30 %, die das nicht haben – am wenigsten unsere Jugendlichen, weil die sich in Vereinen zusammenfinden, wo sie sich sportlich wertvoll betätigen können. Jeder Euro, den man dort hineinstecke, erspare in Zukunft viele Euros an vielleicht Rückführern am sozialen Bereich. Immer, wenn Kinder Sport betreiben, seien sie nicht auf der Straße und verloren. Er möchte noch auf die Ziele eingehen. Die Ziele seien in dem Masterplan schon relativ klar definiert. Das sei einmal die Sanierung des vorhandenen Altbestandes und die Erweiterung der Außenflächen. Er könne sich erinnern, als er beim KSV zum Fußball spielen angefangen hatte, habe man beim jetzigen OEAMTC-Platz auf einem Schlackenplatz gespielt. Sie seien ehrlich froh gewesen als sie dann ins Happyland durften und auf einem Rasenplatz zu spielen. Sie haben weniger Abschürfungen und Verletzungen gehabt als früher. Die Anlage sei in die Jahre gekommen. Damals seien drei Mannschaften gewesen. Es seien somit 40 bis 50 Jugendliche gewesen, die gespielt haben. Dank unserer beiden Vereine habe man an die 250 bis 300 alleine, die Fußball spielen. Der Masterplan sehe zumindest zwei volle Fußballplätze vor, und nicht eineinhalb, die in die Jahre gekommen seien sowie noch zusätzlich einen kleinen Spielplatz, der verwertet werden könne. Zurück zum Land NÖ: Es sei nicht so sagen zu können: „Lieber Erwin, gibst Du mir Geld für Klosterneuburg, das ist so super.“ Es habe viele Verhandlungen gegeben. Damals sei man ausgegangen von einer Gesamtsumme von € 18 Mio. Dazu habe das Land NÖ. gesagt, es werde sich nicht ausgehen. Es könne schon Förderungen geben. Wir sollten einen neuen Sportplatz machen und dafür würden wir 10 % und für die Dachsanierung 20 % erhalten, und wenn der Installateur etwas reparieren müsse für längere Zeit, bekämen wir auch 20 %. So sei man damals auf die € 1,5 Mio. gekommen. In der Zwischenzeit habe man abgespeckt, habe einige Sachen heraus genommen. Dann seien plötzlich € 14 Mio. da gewesen und jetzt sei es darum gegangen, wo diese € 14 Mio. förderungsmäßig seitens des Landes unterstützt werden können. Da werde ganz genau berechnet, ob die restliche Summe von € 11,5 Mio. von der Gemeinde zurückgezahlt werden könne. Er kenne viele Projekte, wo das nicht der Fall sei und die kein Geld bekommen haben., man würde so nicht diese € 2,5 Mio. aufgeteilt bis 2015 – je nach Baufortschritt – und die € 7 Mio. Zinsenstützung gewähren. Noch dazu sei zu sagen, dass es wichtig sei, dass dieser Plan als Rahmen beschlossen und umgesetzt werde im Detail. Es sei schon gesagt worden, dass das ein Rahmen sei, an dem jetzt gefeilt und geschaut werden müsse, was man wo machen könne. Da seien ein Plan und Ziele da. Er wisse nicht, warum GR Kehrner gesagt habe, es wären keine Ziele drinnen.

GR Kehrner meint, dass das Maßnahmen seien. Ziele und Maßnahmen seien nicht dasselbe.

STR DI Eigner betont, in diesem Sinne nur sagen zu können, dass die beiden Bürgermeister und Vizebürgermeister damals sehr visionär gewesen seien. Er könne nur eines bitten, auch heute visionär zu sein, die Grünen vielleicht deswegen, weil sie dann zwei Sportplätze, die grün seien, mehr haben und mehr Grüne in Klosterneuburg zum Schluss, und in diesem Sinne bitte er um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR DI Hofbauer stellt fest, dass schon sehr viel gesagt worden sei. Er möchte noch auf einige Punkte eingehen, weil auf die Geschichte eingegangen worden sei. Er könne sich genau erinnern, wie es gewesen sei. Das Happyland habe S 250 Mio. gekostet. Wenn man schon über Schilling rede, so schade es nicht, wenn man umrechne und das Gehirn trainiere. Es sei aber geplant gewesen, es in den Konkurs zu führen und um S 50 Mio. aufzukaufen durch eine Aktiengesellschaft, die dem Betreiber nahegestanden sei. Da habe aber einer nicht mitgespielt und das Ganze sei in die Hosen gegangen. Daher habe die Gemeinde das Glück gehabt, es um S 40 Mio. zu kaufen. Es sei dann einige Jahre zugesperrt gewesen. Er sei daraufhin zum Bürgermeister Resperger gegangen und gesagt, er möchte, dass der Arbeiterturnverein in der Albrechtstraße in den Saal hinein komme. Darauf habe der geantwortet, es ginge nicht, weil dort die Basketballer wären und man das Happyland wieder aufsperrten müsste. Daraufhin habe er gesagt, er werde schauen, um in seiner Fraktion einen Stimmungsumschwung zu erwirken, damit man wieder das Happyland aufsperre. Jetzt erklären ihm alle möglichen MandatarInnen, wie wichtig für die Kinder, die Pensionisten, die Schulen usw. das Happyland sei. Da seien sie nach 30 Jahren erst draufgekommen? Er wisse das bereits seit 30 Jahren. Warum habe die ÖVP nichts gemacht in der vorigen Periode, als er gesagt hatte, es gehörte etwas gemacht, weil es stinke und die Rohre verrostet seien? Er wolle jetzt die Antwort wissen. Die rostigen Rohre seien Teil des Masterplanes. Sprechblasen: Frühere Öffnungszeiten für die Schwimmer – barrierefreie Zugänge zu allen Angeboten. In diesem Zusammenhang möchte er STR Mayrhofer fragen, was er dazu gemacht habe. Er sei diesbezüglich auf der Titelseite vor drei oder vier Jahren gewesen. Geschehen sei in dieser Geschichte gar nichts, aber den Mund voll machen. Was GR Dr. Schweeger-Exeli anlangt, so habe er sich nicht alles aufgehoben, was dieser in der Vergangenheit gesagt habe, aber es sei ein beachtlicher Stimmungsumschwung zu erkennen. Worauf dieser zurückzuführen sei wisse er nicht, doch habe dieser gesagt, dass es beim Eislaufplatz ganz anders wäre, es sei nur kameralistisch. Das sei schon möglich, doch müsse das in einem Plan drinnen stehen. Im Plan stehe aber nur: 2010 – Rückbau. Dann habe er eine Unterschriftensammlung gemacht. Den Text für den Initiativantrag habe nachweislich er gemacht für die Sportler. Wenn er selbst den Antrag gemacht hätte, hätten vielleicht weniger unterschrieben. Die 1.400 Unterschriften seien sicherlich sein Werk gewesen. Ihm brauche man nicht erzählen, dass man einen Eislaufplatz brauche – nur wie das zustande gekommen sei, das sei das Beachtliche. Jetzt komme er noch einmal zu Vzbgm. Reg. Raz. Dieser erkläre ihm in Worthülsen – als ob er es nicht gewusst hätte. Diese hinterhältige Methode sei nichts Neues, die habe er schon mehrfach erlebt, z.B. als er vorgeschlagen hatte, einen Tunnel unter der Stadt zu machen, haben sie gesagt, man solle die Toten ruhen lassen. Dann sei die Diskussion gewesen, wo man das Rote Kreuz unterbringe. Da sei jemand aufgestanden und habe gesagt, man müsse dankbar sein, es habe das Leben gerettet – auch hinterhältig – so als ob man gegen das Rote Kreuz wäre. Das sei wie ein schwarzer Faden, der sich durch die Argumentationen ziehe. Das Letzte, was sie sich geleistet habe, sei vom Ortsvorsteher von Weidling gewesen, als er gesagt hatte, ob es nicht möglich wäre, dass die Leute im Kirchhof parkten, wenn sie ihre Kinder abholen. Da habe dieser gesagt, sie lassen sich nicht ihren Kirchhof verbetonieren. Das müsse einer Charakterart zuzuordnen sein. Wenn man selbst keine Einfälle habe, dann müsse man schauen, dass man den Anderen eine drüberziehe. Er fordere somit Schluss mit dem Blödsinn oder mit dieser hinterhältigen Unterstellung, dass die, die diesen Masterplan infrage stellen, etwas gegen die Sanierung des Happylands hätten – ganz im Gegenteil. Er betone noch einmal. Immer wieder haben sie es verlangt, und die, die nichts gemacht haben, sitzen jetzt da und erklären, wofür es gehöre. Und das sei unfassbar. Das, was in dem Buch über das Hirn stehe, das die ÖVP ihm geschenkt

habe, sei sehr interessant, aber das, was es moralisch leiste, stehe noch nicht drinnen. Moral und Fairness sei das, was hier geboten werde, absolut nicht – ganz im Gegenteil. Es sei eine hinterhältige Unterstellung, die immer wieder versucht werde. Was STR Dr. Pitschko anbelangt, dass man es zusperren solle und es wären nur ein paar, die dort schwimmen, so wolle man erreichen, dass diese Sportanlage noch mehr angenommen werde im Interesse der Volksgesundheit. Es sei vollkommen richtig, je mehr Leute Sport betreiben – das habe er schon in mehreren Diskussionen auch bei anderen Gelegenheiten immer wieder gesagt – desto mehr erspare man dann sich bei Streetworkern und der Suchtprävention - und das brauche man ihm auch nicht erklären. Er gehe davon aus, dass diese Sportanlage saniert gehöre, und das sage er seit 20 Jahren, aber dass natürlich das Angebot für die Sportler natürlich wesentlich erhöht sein müsse im Interesse der Sportausübung und im Interesse der Volksgesundheit. Was STR KommR. Czerny anbelangt, so fehlen ihm Sachargumente - und dann komme er immer zurück zur Sachlichkeit. Die Fragen, die er ihm gestellt habe, seien nicht beantwortet worden. Vielleicht lese er sich das noch einmal durch – zurück an den Start seien Zitate aus dem Masterplan. Die Antworten, einige Firmen seien befragt worden, aber welche, habe er noch nicht beantwortet. Prinzipiell sollte man zuerst das Ei legen und dann gackern, weil der Masterplan sei groß verkündet worden, ein Masterplan, um das Happyland zu retten. Daraufhin habe er gefragt, warum müsse es gerettet werden – weil man es verschlampt und verludert habe. Dann sei dieser Masterplan, dieses Fragment, gemacht worden. GR DI Hofbauer bekrittelt sodann die Inhalte des Masterplans und findet, dass das eigentlich nur Plattitüden seien und von einem Plan keine Rede sein könne. Ein Tauchturm oder Windkanal seien Visionen. Man könne sie schon machen, aber nicht, Tischtennis und Badminton als Randsportarten deklarieren. Wer so etwas behaupte, habe keine Ahnung und keine ordentliche Bestandsaufnahme gemacht. Wenn man den Eingangsbereich um € 600.000,-- saniere und keine Möglichkeit für Badminton und Tischtennis vorsehe, dann sei das ein Pfusch. Weil da hinterhältig die Wasserballer ins Spiel gebracht worden seien, so wissen alle, dass er ein Nahverhältnis zu den Wasserballern habe, und da sage man, dass er sogar „seinen“ Wasserballern das Wasser abgraben wolle. Er sage es noch einmal: STR Mag. Wimmer habe vor geraumer Zeit einen Antrag gestellt, man möge auf 10 % der Aufwandsentschädigung verzichten. Das sei aber nicht gegangen aus formalrechtlichen Gründen und dann habe man gesagt, es solle jeder 10 % für wohltätige Zwecke spenden. 9.6.2012 – DI Peter Hofbauer - € 500,-- für die Wasserballer gespendet. Hoffentlich machen diejenigen, die heute die Zettel hochgehalten haben, dasselbe und zahlen € 500,--.

Der Bürgermeister wirft ein, dass er mit € 500,-- das Becken auch nicht füllen werde, weil man über da über andere Summen spreche, aber es sei lobenswert.

GR Kehrer meint, dass in seiner Wortmeldung, dass Wort „Verantwortung“ besonders herausgestochen sei, doch sei das missverstanden worden, auch wenn er es gewissenreinigend nicht so verstanden habe, dass man Verantwortung hier groß ausgelassen hätte. Wenn gesagt worden sei, dass Mängel seien und es würde eine Gefahr sein, so könne es nicht so weit kommen, weil wenn Gefahr wäre, dann müsste man das Happyland zusperren. So weit könne es somit für die Benutzer nicht kommen, weil diese Verantwortung ohnehin wahrgenommen werde. Man habe auch immer wieder gehört, dass über Jahrzehnte nichts gemacht worden sei. Jetzt habe man den Grundsatzbeschluss, und jeder sei dafür und betone, dass das für die Bevölkerung sei. Da werden nur offene Türen eingerannt. Wenn Jahrzehnte lang nichts getan worden sei und es ohnehin den Grundsatzbeschluss gebe, dann komme es auf die paar Monate nicht an, um diesen Masterplan zu schärfen und konkretisieren. Größenordnungen – Dieses Vorgehen, da jetzt zu sagen, es liege in unserer Verantwortung und man könne nicht mehr länger warten, sei scheinheilig. Er betont, dass man 20 oder 30 Jahre gewartet habe und dass der Grundsatzbeschluss da sei. Zurück zum Start hieße, zu diskutieren, ob man das Happyland wolle oder nicht. Jetzt gehe es aber um diese Zieldefinition. Die Argumentation aller sollte auf die Bedenken eingehen. Es sollte Ziel im Gemeinderat sein, im besten Fall die Anderen zu überzeugen und nicht nach außen zu sagen, es für die Sportler zu tun und Zettel hochzuhalten. Außerdem seien im Masterplan die Ziele nicht

formuliert. Das hier seien Maßnahmen und keine Ziele. Es gehe natürlich und sei für die Bevölkerung ganz wichtig, doch für den wirtschaftlichen Erfolg sei es natürlich noch interessanter, nicht nur die Klosterneuburger Bevölkerung anzuziehen, sondern vielleicht auch Leute aus den umliegenden Gemeinden. Man wolle das Optimum. Natürlich klinge die Rechnung gut, und er glaube auch den Rechnungen, die er nicht kritisiert habe, aber vielleicht könnte man noch mehr herausholen. Da müsste man natürlich auch eine Konkurrenzanalyse machen, was die Bäder in der Umgebung seien und wie man sich da positioniere. Nur alles zu erweitern und zu vermehren sei jetzt das sogenannte Ziel. Das sei aber kein Ziel, sondern müsse man sich positionieren, was die Vision sei auf welchem Sektor, in welcher Nische und wo man etwas besonders lukrieren könne. Vielleicht schauten die Zahlen dann noch besser aus. Vielleicht vergebe man da jetzt eine große Chance. Vielleicht würde diese Nachplanung nochmals so viel kosten wie der Masterplan, und wenn das jährlich nur 20.000 verändere, dann sei das natürlich ein Gewinn über die ganze Zeit. Es sei von ihm keine persönliche Kritik gewesen, dass nicht genug Arbeit gemacht worden sei, sondern der Punkt, dass es die Zielformulierung sei, und darauf sei man nicht eingegangen. Das seien seine einzigen Bedenken. Es sei immer wieder gesagt worden, es wäre für die Bevölkerung. Das sei es für ihn auch. Darum hätte er gerne eine sachliche Antwort auf seine Frage gehabt, was das Ziel und warum da keine Vision da sei. Er glaube, dass er das doch von einem Gemeinderat erwarten könnte. Diese Antwort sei jedoch nicht gekommen, sondern sei eine Stunde lang erklärt worden, dass es gut für die Bevölkerung sei.

Der Bürgermeister geht ganz kurz auf den Rahmen des Masterplans ein. Es sei schon so, dass Ziel die Sanierung plus Mehreinnahmen durch Erweiterung sei.

GR Kehrer meint, ein Masterplan müsse auch eine Positionierung, eine Ausrichtung, enthalten. Natürlich könne man alles erweitern. Da sei keine Analyse der anderen Bäder im Umkreis und ein Fehler, bei so einem großen Projekt nicht auf die Konkurrenz zu schauen, schließlich gebe es marktwirtschaftliche Grenzen.

STR Dr. Pitschko meint, einen Kindergarten mit dem Happyland zu vergleichen, wäre nicht zulässig, weil man gerade bei Kindergärten vielleicht einen gesetzlichen Auftrag habe sie zu errichten und zweitens könne man sehr genau den Bedarf berechnen aus der Demografie heraus, und da mache man keinen Plan. Da wisse man genau, was man wolle und brauche, und man kenne den Bedarf. Beim Happyland sei die Bedarfserhebung zu gering ausgefallen, überhaupt mit einer Gesamtkostenstellenrechnung, damit man wisse, wo welche Kosten anfallen und welche Einnahmen man erreichen könne. Wenn man nämlich jeden Besucher des Happylands zusätzlich subventionieren müsse, dann habe das keinen Effekt. Da könne man sagen, es sei schön für Schulen und in 30 Jahren haben die Schüler ein gesundes Herz, aber irgendwo müsse man die Kosten schon gegenüber der Bevölkerung vertreten können. STR DI Eigner habe auf die visionären Bürgermeister verwiesen, aber soweit er sich erinnere, habe es damals einen Landeskredit gegeben für den Ankauf des Happylands mit der Verpflichtung, die Gewinne des Happylands zur Tilgung des Kredits zu verwenden, und nach 25 Jahren habe das Land den nicht getilgten Kredit erlassen. Das sei sicher 2000 gewesen. Wenn man aus einem Konkursunternehmen schon wesentlich billiger kaufen könne und dann am Schluss einen Kredit nicht zur Gänze zurückzahlen müsse, dann tue man sich leichter, als wenn man mit € 14 Mio. anfangen müsse. Es müsse ihm jemand erklären, was die Aussage eines hochgehaltenen Zettels der ÖVP bedeute: „Für die Wasserballer unser Happyland - ihr Freizeitzentrum.“ Nachdem das Stift abgebildet ist, fragt er, ob diese ins Stift Wasserball spielen gehen. Wenn das so sei, dann bräuchte man da unten ohnehin kein Bad - oder sei der Zustand wirklich schon so arg?

GR Dr. Schweeger-Exeli erzählt eine Anekdote, wenn man schon historisch zurückgehe, dass sein Sohn in den nächsten Tagen 40 Jahre alt werde. Er erinnere sich noch an die Zeit, wo seine Frau mit den zwei Kindern nach Königstetten mit einem VW-Bus gefahren sei. Für den ökologischen

Schaden, so viele Km mit einem VW-Bus zu fahren, entschuldige er sich noch nachträglich. Es sei offensichtlich nicht anders gegangen, weil der Individualverkehr nicht da gewesen sei. Er sei öffentlich zur Arbeit gefahren. Er finde es absurd, wenn hier immer wieder Sachlichkeit gefordert werde und dann kommen Sprüche wie hinausgeschoben und 1000 und eine Nacht. Da hätte er sich von GR Mag. Zach schon etwas Anderes vorgestellt. Zur Sachlichkeit: Ganz wesentlich sei, sich klarzumachen, dass Wachstum etwas Anderes sei als Nutzenerhöhung. Hier werde ständig im schwarzen Schatten gesagt, Wachstum könne man sich nicht leisten. Das halte er für einen Unsinn. Es gehe um Nutzenerhöhung, und zwar aus einem ganz simplen Grund. Warum verwende man heute nicht mehr die Handys von vor 15 Jahren? – Weil sie nicht mehr den Nutzen bringen, den man heute brauche. Es gebe die sogenannte berühmte Marketing-Kurve. Man beginne sozusagen in einem Tal der Tränen, dann gebe es einen Anstieg, Marktintegration und dann gebe es eine Saturierung und dann falle der Nutzen ab. Um das zu verhindern, vor allem bei einer Einrichtung, die so teuer sei und die von so vielen Leuten genützt werde, bleibe nichts Andere übrig, als den Nutzen zu erhöhen. Es müsse erhöht werden. Es interessiere keinen Menschen mehr in ein Bad zu gehen, wo die Konzepte von vor 30 Jahren

verwirklicht seien, und das müsse man sich klar machen. Daher glaube er, um die Aussage nachvollziehen zu können, dass es tatsächlich keine Mehrausgaben langfristig für die Gemeinde mit sich bringe, wenn man die große Lösung mache und nicht die kleine. Bei der kleinen Lösung gebe es keine zusätzlichen Einnahmen, weil keinen Menschen interessiere, dass die Rohre repariert worden und die Kosten ein bisschen herunter gegangen seien durch bessere Isoliermaßnahmen usw. Das erhöhe den Nutzen nicht. Es müssen daher Maßnahmen gesetzt werden, um den Nutzen zu erhöhen. Nach seinen ungefähren Berechnungen halte sich das die Waage. Wenn gesagt werde, man könnte um € 7 Mio. oder € 8 Mio. die Sanierung vornehmen, dann denke er, dass das genau die Ausgaben seien, die 35 Jahre nicht getätigt worden seien. Man brauche sich nur die Afa anzuschauen über die 28, 30 Jahre, dann komme man genau auf den Betrag, der einfach nur die Sanierung des Bestandes beinhalte. Man müsse sich klar machen, dass ein Mehr einer Investition in die Hand nehmen für einen verbesserten Bestand, dass dann vielleicht die Garderoben besser ausschauen, der Boden ein bisschen saniert worden sei und nicht mehr nostalgisch aussehe, das man natürlich verantwortungsvoll gegenrechnen müsse, sich die Waage halten. In Euro würde das in etwa übereinstimmen. Die Alternative, so wie in etwa vor 40 Jahren, dass vielleicht seine Enkel, so er vielleicht einmal welche bekommen sollte, auch nach Königstetten gekarrt werden müssen, um baden zu gehen, halte er nicht für besonders attraktiv. Es sei die Frage letztendlich, ob man diese Investition mache. Die Alternative wäre das Zusperrern - so simpel müsse man das sehen -, aber das wolle offiziell keiner. Es werde nicht billiger dadurch, dass man Minimalinvestitionen tätige. Wenn man sich beklage, eine Entscheidung über € 14 Mio. treffen zu müssen, so mache man alljährlich eine Entscheidung beim Budget von mindestens € 61 Mio. und mit einer weitaus größeren Tragweite aus seiner Sicht. Die Frage defizitärer Betriebe, dass jede zusätzliche Attraktivität noch ein paar Euro seitens der Stadtgemeinde kosten würde, sei einfach nicht nachvollziehbar und müsste wirklich an Hand von Zahlen bewiesen werden. Zu GR DI Hofbauer möchte er sagen, der jetzt gerade versuche, sich den Eislaufplatz unter seine Fittiche zu nehmen, dass er sich erinnere, dass das ganz anders abgelaufen sei. Herangetreten an fast alle Oppositionsparteien sei Manuela Scheruga und sie habe Hilfe von allen bekommen. Sie haben Anträge formuliert und dann habe man sich einfach geeinigt, ob eine der Formulierungen verwendet werde. In Wirklichkeit gebe es zwei parallel laufende Entwürfe von Hofbauer und Schweeger, wo von Sepp Wimmer eine ganze Reihe von Veränderungen drangehängt worden und dann kombiniert worden seien, und dann sei dieser Antrag im Gemeinderat letztendlich erfolgreich gewesen. Er sei auch jetzt nicht glücklich, wenn er hören müsse, dass der Eislaufplatz nicht Turniermaße haben werde. Er hoffe, dass das noch überlegt und unter Umständen eine andere Dimension festgelegt werde, um im Sinne der Nutzenerhöhung auch wieder eine andere Möglichkeit zu bieten. Er wisse nicht, ob das sehr viel mehr kosten würde, aber er glaube, dass es verdiene, überlegt zu werden, mit anderen Worten, diese betriebswirtschaftlichen Detailberechnungen natürlich noch verfeinert werden, aber er glaube, dass es ganz wesentlich sei, einen Rahmen zu haben, für den ein ziemlich

glaubhaftes Rückzahlungs- und Finanzierungskonzept vorhanden sei, damit man überhaupt in die Detailplanung gehen zu können. Diese müsse ehestmöglich erfolgen. Jeder Tag, der verloren sei, mache die Kosten wahrscheinlich teurer und würde bewirken, dass Teilbereiche des Happylands für eine bestimmte Zeit gesperrt werden müssten. Wahrscheinlich sei das ohnehin nicht vermeidlich in einer so groß angelegten Sanierung, aber so könne es wenigstens kurz gehalten werden, weil man noch so halbwegs auf eine funktionierende Infrastruktur zurückgreifen könne. Wenn man das hinauszögere, dann werde diese Infrastruktur komplett zusammenbrechen. Das sei etwas, was bedacht werden müsse und daher sei Eile angesagt. Dass er das sage, heiße nicht, dass er eine Generalabsolution für die Vergangenheit gebe, in der ganz offensichtlich die Instandhaltung vernachlässigt worden sei – wie auch immer verursacht -, aber jetzt sei es an der Zeit etwas zu tun, und er freue sich, dass etwas getan werde.

GR Spitzbart bekundet, dass man sich diesen Masterplan aus der Sicht der Energieeffizienz angeschaut habe. Wenn GR DI Hofbauer sage, Umweltschutz habe da keinen Platz, dann liege er etwas falsch. Allein bei der Wärme werden für das Jahr 2011 ca. 3,6 Mio. KWh für die Wärmegewinnung aufgewendet. Beim Strom seien es 1,9 KWh pro Jahr. Mit der Umsetzung des Masterplans sei zu rechnen, dass man alleine bei der Wärmegewinnung eine Einsparungsmaßnahme von 1,3 Mio. KWh erreichen könne. Das sei ein Drittel. Es sei damit ein ganz wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Wenn man das noch hinausschiebe und wieder hinausschiebe, so schleppe man auch diesen CO₂-Rucksack mit. In Euro ausgedrückt wären das Ersparnis von € 121.000 für die Wärme- und Energiegewinnung, die allein durch Sparmaßnahmen lukriert werden können. Wenn man das noch einmal zurück an den Start schicke und verschiebe, so glaube er nicht, dass man das dem Klima und der Umwelt zumuten könne. Er denke – um weitere Möglichkeiten aufzuzeigen -, dass auch das Dach der Tennishalle dringend saniert werden müsse, damit man dann darauf Photovoltaikanlagen oder sonstige Projekte entwickeln könne, die dann wieder dem Bad Einnahmequelle eröffnen oder eine Energiequelle bilde. Es sei schon klar, dass auch diese Energieeffizienz-Maßnahmen Geld kosten. Man rede heute über sehr hohe Beträge, aber man sei sich generell bewusst, dass man diese Klimaschutzmaßnahmen angehen wolle. Alleine aus dem Grund müsste man dafür sein, dass diese Masterplan-Maßnahmen umgesetzt werden, um sparsamer zu sein, und schon alleine aus dem Klimaschutz sollte man zustimmen.

GR DI Hofbauer fragt, warum ihm alle erklären, was er bereits seit 20 Jahren verlange?

GR Mag. Zach bemerkt, dass man auch unsachlich bei der Sachlichkeit sein könne. Was man stark merke, dass man wunderbare Argumente bringen könne, die nicht zum Thema seien. Es sei keiner dagegen, dass man bei einer Sanierung, und das seien sogar die Standards, auf eine entsprechende Energiekennzahl u.Ä. komme. Es sei schön, dass es gesagt werde, hänge aber nicht wirklich unmittelbar mit den € 14 Mio. zusammen. STR Dr. Eder habe auch Argumente gebracht, die nicht neu seien. Das seien lauter Dinge, die ohnehin klar seien. Es wäre eine der ersten Anforderungen. Die Frage sei schlicht und einfach, welche Sanierung mache man und wie viel Geld wolle man in die Hand nehmen. Es sei selbstverständlich, dass das Bad und die Sportstätten bleiben, und es brauche niemand die Grünen davon überzeugen, dass man die Sportstätte dort saniere. Es gehe nur um die Frage des Wie.

Es entsteht eine kurze Debatte zwischen einzelnen Mandataren/innen.

GR Mag. Zach fährt in seiner Wortmeldung fort. Was ihn ein bisschen skeptisch mache, seien Aussagen, es gebe keine Alternativen. Das stimme einfach nicht. Eine Premierministerin in England sei bekannt geworden als Mrs. Tiner – There ist not for returnity. Es gebe immer Alternativen! Solche Punkte machen ihn einfach skeptisch. Den Grünen gehe es darum, nicht auf ewig aufzuschieben - auch das sei eine böartige Unterstellung -, sondern, dass es da Dinge gebe, die unklar seien, und die hätten sie gerne noch einmal angeschaut sowie diesen Rahmenplan. Da müsse

man Verantwortung übernehmen und schauen, was für finanzielle Mittel man in der Zukunft habe.

STR Mag. Wimmer meint, es wäre schon untergriffig von der ÖVP, dauernd in Wortmeldungen zu sagen, dass man das jetzt machen müsse, weil sonst das Happyland zugesperrt würde. Auch bei GR Dr. Schweeger-Exeli stimme das mit, indem er gesagt habe, er wolle nicht irgendwann nach Königstetten fahren mit dem Bus. Auf dieser Ebene fehlen ganz wesentlich die Argumente. Das, was STR Dr. Eder gesagt habe, sei einfach nicht wahr. Es sei noch nie hier im Gemeinderat eine Beschlussfassung dazu gewesen, daher könne es noch nie zurück an den Start gegangen sein. Das sei jedoch das Problem, dass hier das € 14 Mio.-Paket alternativlos hergeknallt und gesagt werde, es gebe nichts zu verhandeln. Wenn es etwas zu verhandeln gegeben hätte, dann wäre das nicht alternativlos gewesen und dann hätte das mit den € 14 Mio. anders ausgesehen. STR DI Eigner habe eine sehr gute Wortmeldung gemacht. Er habe jedoch nicht berücksichtigt, dass die Stadt damals nicht den Verschuldungsgrad gehabt hatte, den sie heute habe. Wenn man den Verschuldungsgrad prozentuell heute hätte, den man damals gehabt habe, als diese S 40 Mio. aufgenommen worden seien, dann wären die Grünen sofort dabei. Es seien somit schon andere Rahmenbedingungen. Es wäre schön gewesen, wenn dieses € 8,4 Mio.-Minimalprojekt mit den Grünen kommuniziert worden wäre. Bei einer möglichen Förderung von € 1 Mio., wäre man dann bei € 7,4 Mio. und das sei schon ein Unterschied von € 4 Mio. im Beschluss. Mit € 4 Mio. könne man in einer Stadt wahnsinnig viel machen. Das wäre auch einmal zu bedenken gewesen. An GR Dr. Schweeger-Exeli gerichtet sagt er, dass es natürlich das klassische Wachstumsprinzip der Nutzenerhöhung sei. Ansonsten machte man kein Wachstumsprojekt, wenn man sich keinen Nutzen verspräche. Das sei verständlich, dass das so sei. Er würde ihm schon mitgeben, darüber nachzudenke, wenn es für ihn nur die große Lösung gebe und sich die kleine nicht rechne. Genau diese Frage stellen sich aber die Grünen, ob es nicht auch eine mittlere Lösung gäbe und ob man auch diese Varianten durchgerechnet habe. Alle in der Opposition wissen das nicht, und es seien diese Varianten nicht durchgerechnet oder sie seien nicht präsentiert worden. Es sei nur dieses € 14 Mio.-Paket hergelegt – jetzt – alternativlos.

GR Kehrner bittet, ob ihm jemand das betreffend den Zielformulierungen beantworten könne.

STR KommR. Czerny bemerkt, bereits das Ziel in seiner Wortmeldung gesagt zu haben, dass es ein Rohkonzept sei, das eine umfassende Sanierung der einzelnen Bereiche und der Gebäudehülle umfasse, einschließlich der Attraktivierung des sportlichen Angebots.

Es kommt zu einer kurzen Debatte, die der Bürgermeister unterbindet und STR Mag. Honeder das Wort erteilt.

STR Mag. Honeder findet, dass man viele Wortmeldungen gehört habe und es eine bis jetzt fair gehaltene Diskussion gewesen sei. Das Niveau der Diskussion bringe ihn dazu, dass er sich die eine oder andere Bemerkung verkneife, die ihm sonst Spaß gemacht hätte, und dabei solle es bleiben. Grundsätzlich möchte er ein paar Dinge sagen, und zwar zur KPP, weil immer die Kompetenz dieses Unternehmens angezweifelt werde. Die KPP sei im Endeffekt das Unternehmen, das in NÖ. in diesen Bereichen aktiv sei. Sie habe eine Referenzliste, die ellenlang sei. Sie habe extrem viele Gemeinden, und Bäder betreut, wie z.B. das Heubad auf der Wiese, das Moorbad, auch ECO Plus, St. Pölten, den Zu- und Umbau des Freibades Waidhofen an der Thaya etc. Die KPP wisse, wovon sie rede, sie habe die Benchmark-Projekte, sie habe sich das angesehen, wie es anschaue in anderen Bereichen. Natürlich hole man sich das Know how. Jeder kenne das Unternehmen Schömer – Baumax. Das sei sicherlich nicht ein Unternehmen, das sich jemanden hole und ein Know how erzielen wolle, den sie nicht für kompetent halte. Auch die Schömer-Gruppe sei von KPP betreut worden. Das seien wirklich Leute, die eine Ahnung haben, von dem, was sie tun und den Input und den Einsatz, den diese geliefert haben, bekomme man so schnell nicht. Er habe selbst mit denen kommuniziert und gearbeitet. Er habe ihre Berechnungen hinterfragt. Da sei es gegangen, 23:15

Uhr ein Mail bei ihm, 23:48 Uhr die Antwort darauf. Diese seien teilweise bis nach 1 Uhr gegessen und man konnte mit denen arbeiten, weil der Einsatz da gewesen sei. Das seien keine Leute gewesen, die irgendwann den Stift fallen gelassen haben, sondern diese haben sich da wirklich ins Zeug gehaut. Wenn man sich da diesen Masterplan anschau: Die Aufarbeitung der Ist-Situation – eine schwierige Situation beim Happyland; eine Nutzerbefragung, das Prüfen der Benchmark-Projekte, Vorkalkulationen erstellen, Preisauskünfte einholen, Vorgespräche mit potentiellen Betreibern im Bereich Bad, Tennis, Eislaufplatz, Fußball, dass man Lokalausweise gemacht habe und sich die Sachen angeschaut habe. Es sei somit ein enormer Input geleistet und dieses ganze Know how zusammengefasst worden. Dann habe das verschiedene Stufen durchlaufen. Ganz klar suche man verschiedene Möglichkeiten, was man machen könnte. Dann sei man vielleicht beim Stadium des Visionären. Da sei man am Anfang bei Zahlen von € 25 Mio. gewesen, die z.B. ein Bad kosten können. Dann habe es geheißen, € 25 Mio. mit allem Drum und Dran sei leider das, was man sich nicht vorstellen und was man sich nicht leisten wolle. Dann sei man im Endeffekt zu einer Situation gekommen, wo man bei € 14 Mio. liege, wo man schon ganz klar sehe, dass ein enormer Abstrich gemacht worden sei. Man habe über das Gutachten gehört, das es schon im Jahr 2007 gegeben habe, wo ganz klar festgehalten worden sei, im damaligen Geld – es sei schließlich schon fünf Jahre Inflation drüber gegangen - € 8 Mio. alleine für die Basisinvestition. Da sei noch nichts Neues dabei, keine Attraktivierung, einfach nur Sichern und Modernisieren des Ist-Standes. Man müsse ganz klar sagen, dass es eine teure Sache sei, ein Bad und eine Freizeitanlage zu haben, aber uns in Klosterneuburg sei es ganz wichtig, das zu haben. Die Gründe dafür seien in vielen Dingen bereits gehört worden, weil dieses Bad für die Klosterneuburger Vereine und die Klosterneuburger Bevölkerung eine enorme Bedeutung habe. Jetzt müsse man noch eines festhalten. Es sei in den Raum gestellt worden, vorbei an der Bevölkerung, sie sei nicht eingebunden in die Politik und altmodisches Denken. Das sei nicht der Fall gewesen. Man habe Befragungen gemacht über das Amtsblatt, das ausgeschickt worden sei und auch im Internet konnte man seine Meinung kundtun. Die gesamte Bevölkerung konnte sich beteiligen.

STR Mag. Wimmer wirft ein, dass davon der Beirat nichts wisse. Darauf antwortet STR Mag. Honeder, dass das nicht stimme, auch er wäre dabei gewesen im Aufsichtsrat, wo berichtet und das beschlossen worden sei. Es seien Hunderte Rückmeldungen gekommen, die alle eingebunden worden seien. Zu sagen, die Bevölkerung wäre nicht eingebunden, sei so nicht richtig. Klar habe man noch mit den Nutzern gesprochen und qualitative Interviews mit den Nutzern des Bades und des Freizeitzentrums Happyland geführt, weil diese ganz besondere Inputs liefern können. Hier zu sagen – wenn man schon auf dieser Ebene agiere – die Bevölkerung wäre nicht eingebunden worden, sei zu fragen, wie man sie noch einbinden solle, außer über Internet und Amtsblatt, wo jeder sagen könne, was der Punkt eigentlich sei. Es habe ganz klar die Einbindung der Bevölkerung gegeben und der Masterplan sein ein solides Werk. Man müsse sagen, wenn man sonst fragen sollte außer ausgewiesener Experte auf dem Gebiet. STR Mag. Wimmer habe im Beirat gesagt, die Grünen hätten einen Wirtschaftsprüfer gehabt, GR Mag. Zach habe gesagt, STR Mag. Wimmer hätte die Zahlen gemacht – Fakt sei, dass man diese Zahlen gerne zusammenführen könne. Man habe sich niemals verweigert. Man sage jedes Mal, das Input gerne gewünscht sei und setze das, wo es möglich sei, auch gerne um. Man sei in einer Situation, wo man über einen Rahmen abstimme, der € 11,5 Mio. betrage, wovon es für € 7,5 Mio. von Seiten des Landes noch einen Zinszuschuss gebe. Wegen dieses Zinszuschusses komme es zu einer Differenz bei den Projekten in den Größenordnungen. Wenn man anfangs bei € 1,5 Mio. an Förderungen und das Land sage, bei einem größeren Projekt würde es sich mehr engagieren, dann schaue das anders aus. Wenn es natürlich auch heiße, dass z.B. ein Zinszuschuss für € 7,5 Mio. gewährt werden, dann bedeute das natürlich, dass die Gemeinde auch relativ positiv dastehe. Man müsse auch einmal den Dank sagen an den Bürgermeister und an STR KommR. Czerny, die diese Verhandlungen geführt haben. Es sei nicht leicht, vom Land € 2,5 Mio. Förderung und nicht leicht, vom Land einen Zinszuschuss für € 7,5 Mio. zu bekommen. In der Beiratssitzung habe man gesagt, dass man bei einer Belastung, bei der man jetzt sei mit Zinszuschuss, die das Land gewähre, in der Höhe liege, wo die Grünen

gesagt haben, dass man wirtschaftlich genau bei dem gleichen Ergebnis sei und dort liege, wo die Grünen hinwollen. Offensichtlich haben die Grünen ihre Zahlen noch ein bisschen nach unten geschraubt und jetzt sagen sie, es wäre nicht in Ordnung. Fakt sei jedenfalls, dass die Situation so sei, und das es eine Sache sei, die ihn etwas nachdenklich stimme, wenn das hinterfragt werde. Es sei auch Aussage von STR Mag. Wimmer gewesen, dass quasi, wenn man in die verschiedenen Bereiche investiere, zwangsläufig das Defizit größer würde. Das sei aber nicht notwendigerweise der Fall. Weil wenn man in einen Bereich investiere und der attraktiver werde, dann kommen auch mehr Leute. Wenn man z.B. in die Hülle des Gebäudes investieren, wo man in Geld nachvollziehbar eine Situation habe, damit man weniger Energie- und Stromkosten habe, dann sei das auch etwas, was zu diskutieren sei. Eine andere Sache müsse man auch festhalten. Man stehe am Anfang, und das sei ein Rahmen und man werde jetzt in die Detailplanung gehen. Detailplanung heiße, dass man täglich gescheiter werde bei der Planung. Man werde sicherlich noch Probleme habe, aber diese auch lösen. In diese Detailplanung wolle man hin. Dort werde dann das gemacht, wo es wirklich hingehen solle, z.B. im Bereich Bad, Fußball, Basketball. Da werde man ganz genau schauen. Man brauche diese Detailplanung, um fundierte Entscheidungen treffen zu können, die im Beirat der GmbH., wo die Grünen, die Sozialdemokraten und auch die Freiheitlichen sitzen, kontrolliert werde. Da sitze der gesamte Stadtrat drinnen. Im Endeffekt werde alles kontrolliert. Man werde sich niemals Gesprächen verweigern auf dieser Ebene. Man habe hier ein Projekt, das in vielen Dingen positive Effekte haben werde, das in keinsten Weise für die Stadt wirtschaftlich der Sargnagel sei, so wie es angedacht sei – ganz im Gegenteil – durch die Unterstützung des Landes sei man sicherlich in einer sehr positiven Situation, dass man etwas bekomme, was € 14 Mio. wert sei und wofür man wesentlich weniger dafür zahlen als man aufwenden müsse. Man habe ein attraktives Bad, einen attraktiven Fußballplatz, eine attraktive Basketballhalle nachher und sonst eine attraktive Freizeiteinrichtung. Das wolle man den Klosterneuburgern bieten. Es sei leider Gottes an der Zeit. Man könne sich die Zeiten, in denen man lebe, nicht aussuchen, jede habe seine Herausforderungen. Jetzt stehe man vor der Herausforderung, dass man dieses Freizeitzentrum renovieren und die Entscheidung treffen müsse, ob man das vernünftig in einem vernünftigen Rahmen mache, mit den Möglichkeiten und so gestaltet, dass man für die nächsten 30 Jahren den Klosterneuburgern ein attraktives Angebot schaffen könne. Aus diesem Grund würde er bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

STR Dr. Pitschko bemerkt, bisher mit den Grünen einer Meinung gewesen zu sein, was dieses Thema betreffe. Doch was ihn ein bisschen irritiere, sei die Aussage, wenn man nur € 7,5 Mio. investieren, dann blieben € 4 Mio. übrig und wer weiss, was man mit denen machen könnte.

STR Mag Wimmer erklärt es wäre so gemeint gewesen, dass man € 4 Mio. weniger von den allgemeinen Dingen nehmen müsste.

STR Dr. Pitschko warnt davor, Geld, das man nicht habe, für andere Zwecke auszugeben und dann praktisch für das Gleiche noch einmal Schulden zu machen. Das komme ihm so vor wie in den seligen Zeiten, als diese Abfangjäger gekauft wurden, was alles um diese Abfangjäger hätte passieren können. Das seien sieben verschiedene Sachen gewesen, die alle mit dem gleichen Geld finanziert hätten werden können – für die Universitäten, die Pflege, die Forschung und Bildung, die Erhöhung der Pensionen usw. Jetzt habe man da genauso kein Geld und man müsse Schulden aufnehmen. Es könne nicht der Sinn sein, weniger Schulden für das Happyland aufzunehmen, aber Schulden für etwas Anderes.

GR Essl richtet die Frage an STR DI Eigner, ob er als Aufsichtsratsmitglied der Hypo in dem Angebotsprozess involviert gewesen wäre. Er werde noch im Impressum geführt.

STR DI Eigner antwortet, nicht mehr im Aufsichtsrat zu sein.

STR Hava hält fest, dass man sehr viele technische Details über diesen Masterplan gehört habe. Er möchte noch auf das Budget zurückkommen. Man habe in der Vergangenheit bei diesem Happyland € 600.000,-- oder € 700.000,-- Abgang gehabt plus dazugehörige Instandhaltungsinvestitionen und sei da auf € 1,1 Mio. oder € 1,2 Mio. jährlich gekommen. Wenn man überhaupt nichts mache, dann werde man genauso bei dem Betrag von € 1,2 Mio. jährlich sein und habe keine Attraktivierung und gar nichts. Wenn er den Ziffern glaube und dem Masterplan und den Berechnungen Glauben schenken dürfe, dann werde es weiterhin so sein, dass man auch in der Zukunft die € 1,2 Mio., € 1,3 Mio. Abgang haben werde, aber man habe ein attraktiviertes Bad und ein attraktiviertes Sportzentrum zur Verfügung. Das sei natürlich mehr wert. Der öffentliche Verkehr koste der Stadtgemeinde € 1 Mio. Der Blumenschmuck das Gleiche. Man gebe in verschiedenen Bereichen viel Geld aus, und das sei einem auch wert. Man müsse sich einmal die Meinung bilden, ob einem das Happyland das wert sei. Es werde immer ein Abgangsbereich sein – und das müsse allen klar sein. Daher müsse für ihn die Frage sein, wie weit er sich bei dem Happyland „hinauslehnen“ wolle, seien es € 1 Mio., € 1,2 Mio. oder € 1,5 Mio.? Und diese Entscheidung müsse man treffen, weil sonst könne man das Bad nicht sanieren und man müsse es zusperren, weil keiner mehr kommen würde. In ein Flair einer Bahnhofshalle werde sich keiner mehr hineinbewegen und hygienisch wäre es dann auch nicht mehr, und ob man eine Betriebsgenehmigung bekommen würde für manche Dinge, sei dahingestellt. Er bittet zu überlegen, ob man mit € 1,2 Mio. bis € 1,5 Mio. Abgang jährlich zufrieden sei oder nicht, und in diese Richtung müsse man denken und darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis über Ö 6: 7 Gegenstimmen (Die Grünen, STR Dr. Pitschko, GR DI Hofbauer) und 1 Enthaltung (GR Kehrner)

mit Mehrheit angenommen.

Zusatzantrag (GR Dr. Schweeger-Exeli):

Der Masterplan ist Rahmen für Detailplanungen. Diese Detailplanungen sind im Gemeinderat als Projektvorschlag zur Freigabe vorzulegen und zu genehmigen.

Der Bürgermeister meint, dass dieser Antrag mit der Gesellschaftsform nicht einhergehe. Er bringe ihn aber trotzdem zur Abstimmung. Er bittet jedoch GR Dr. Schweeger-Exeli mit STR KommR. Czerny Kontakt aufzunehmen, wie der Kontrollmechanismus aufgebaut sein solle.

Abstimmungsergebnis : 32 Gegenstimmen (ÖVP, Die Grünen, STR Dr. Pitschko, GR DI Hofbauer, GR Kehrner)

mit Mehrheit abgelehnt.

(Herr Konvicka verlässt die Sitzung um 20:44 Uhr.)

Mehrheitlich beschlossen.

7	Nachtragsvoranschlag 2012 Vorlage: GA II/1/0042/2012
----------	---

Zur Erfüllung von politischen Zielvorgaben und kommunalen Aufgaben haben die zuständigen Verwaltungsabteilungen um Nachtragskredite angesucht.

Im außerordentlichen Haushalt kommt es überwiegend zu einer Umschichtung der Finanzierung durch Darlehensaufnahmen bzw. Rücklagenentnahmen aber auch zu Mehrausgaben.

Der Nachtragsvoranschlag lag in der Zeit vom 11. bis 25. Juni 2012 zur öffentlichen Einsicht gemäß § 75 bzw. § 73 der NÖ. Gemeindeordnung auf. Vor Beginn der Auflagefrist wurde jeder im Gemeinderat vertretenen Wahlpartei ein Nachtragsvoranschlagsentwurf ausgefolgt.

Beschluss:

Eckdaten des Nachtragsvoranschlages 2012 samt Haushaltsbeschluss und Beilagen:

<u>Ordentlicher Haushalt:</u>	Einnahmen	Ausgaben
Gesamtsummen bisher	60 834.500,--	60 834.500,--
Mehreinnahmen/-ausgaben	+ 331.900,--	+ 844 900,--
Mindereinnahmen/-ausgaben	0,--	- 513 000,--
<u>Gesamtsummen neu</u>	<u>61 166 400,--</u>	<u>61 166 400,--</u>

<u>Außerordentlicher Haushalt:</u>	Einnahmen	Ausgaben
Gesamtsummen bisher	28 737 300,--	28 737 300,--
Mehreinnahmen/-ausgaben	+ <u>3 520 800,--</u>	+ 300 000,--
Mindereinnahmen/-ausgaben	- <u>8 370 800,--</u>	- <u>5 150 000,--</u>
<u>Gesamtsummen neu</u>	<u>23 887 300,--</u>	<u>23 887 300,--</u>

<u>"Maastricht-Ergebnis":</u>	bisher:	neu:
	- 4 872 700,--	- <u>3 284 400,--</u>

<u>Prognose Schuldenstand 31.12. 2012 (SOLL-Stand):</u>	
	<u>88 441 500,--</u> <u>76 488 300,--</u>

Auf den nachfolgenden angeführten Voranschlagsstellen ergeben sich folgende Änderungen:

Ordentlicher Haushalt - Erfordernis

Mehrausgaben **Alle Beträge in €**

Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

<u>1/000000</u>	<u>Gewählte Gemeindeorgane</u>	
- 721100	Anrechnungsbeitrag DGB	27 900,00
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	600,00

<u>1/010000</u>	<u>Zentralamt</u>	
- 510000	Vertragsbedienstete Angestellte	150 000,00
	<u>Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft</u>	

<u>1/210000</u>	<u>Allgem. Pflichtschulen gemeinsame Kosten</u>	
- 728250	Gebäudereinigung	15 000,00
<u>1/211000</u>	<u>Volksschulen</u>	
- 043000	Betriebsausstattung	5 000,00
- 050000	Sonderanlagen	17 000,00
<u>1/212000</u>	<u>Neue Mittelschule (ab 2011)</u>	
- 614000	Instandhaltung Gebäude	155 000,00
<u>1/240000</u>	<u>Kindergärten</u>	
- 043000	Betriebsausstattung	7 800,00
- 702320	Finanzierungsleasing Kindergarten u. Ortszentrum Höflein	7 700,00

Gruppe 3 - Kunst, Kultur, Kultus

<u>1/360000</u>	<u>Heimatmuseum</u>	
- 614000	Instandhaltung Gebäude	20 000,00

Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

<u>1/400000</u>	<u>Sozialamt</u>	
- 702300	Finanzierungsleasing EDV-Hardware	300,00
<u>1/480000</u>	<u>Allgemeine Wohnbauförderung</u>	
- 690000	Ausfall v. Einnahmerückständen (u.a. Haftungen)	8 000,00

Gruppe 5 - Gesundheit

<u>1/520000</u>	<u>Natur- und Landschaftsschutz</u>	
- 042000	Amtsausstattung	2 500,00
- 400000	Geringw. Wirtschaftsgüter	100,00
- 456000	Büromittel	100,00
- 457000	Druckwerke	800,00
<u>1/530000</u>	<u>Rettungsdienst</u>	
- 757800	Subvention Rotes Kreuz (Lfd. Tr. an pr. Org.)	5 000,00
<u>1/561200</u>	<u>Errichtung und Ausgestaltung (Krankenhaus Personalverrechnung)</u>	
- 751300	Personalkostenvergütung (Lfd. Tr. an Land)	101 300,00

Gruppe 6 - Straßen- und Wasserbau, Verkehr

<u>1/612000</u>	<u>Gemeindestraßen</u>	
- 043000	Betriebsausstattung	1 900,00
<u>1/649100</u>	<u>AST Sammel-Anruftaxi</u>	
- 620300	Anruf-Sammeltaxi (Transporte)	107 700,00

Gruppe 8 - Dienstleistungen

<u>1/817000</u>	<u>Friedhöfe</u>	
- 728000	Sonst. Firmenleistungen	5 000,00
<u>1/831000</u>	<u>Strandbad Klosterneuburg</u>	
- 610100	Schlägerungen und Pflanzungen	8 000,00
- 614000	Instandhaltung Gebäude	20 000,00
- 619000	Instandhaltung Sonderanlagen	23 000,00
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	15 000,00
<u>1/831100</u>	<u>Strombad Kritzensdorf</u>	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	5 000,00
<u>1/841000</u>	<u>Grundstücksgleiche Rechte</u>	
- 710000	Öffentliche Abgaben	32 100,00
<u>1/842000</u>	<u>Waldbesitz</u>	
- 420000	Pflanzen und Sämereien (Pflanzl. Rohstoffe)	4 900,00
- 710000	Öffentliche Abgaben	200,00
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	5 300,00
<u>1/853000</u>	<u>Betriebe f. d. Erricht. Verw. v. Wohn-u. Geschäftsgeb.</u>	
- 346900	Schuldenrückzahlungen an Finanzuntern.	85 500,00
<u>1/870000</u>	<u>Photovoltaikanlagen</u>	
- 642000	Beratungskosten	3 000,00
- 670000	Versicherungen	1 000,00
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	100,00
<u>1/882000</u>	<u>Werbebetriebe</u>	
- 710000	Öffentliche Abgaben	400,00

Gruppe 9 - Finanzwirtschaft

<u>1/916000</u>	<u>Schadenersätze</u>	
- 690100	Schadenersatz an Dritte	2.700,00

Zwischensumme Mehrausgaben

844 900,00

Summe Erfordernis o.H.

844 900,00

Ordentlicher Haushalt - Bedeckung

Minderausgaben

Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

<u>1/029000</u>	<u>Amtsgebäude</u>	
- 614000	Instandhaltung Gebäude	100 000,00
- 702320	Finanzierungsleasing Kindergarten u. Ortszentrum Höflein	9 100,00

<u>1/070000</u>	<u>Verfügun</u> gsmittel	
- 729200	Verfügungsmittel Bgm.	600,00

Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit

<u>1/131000</u>	<u>Bau- und Feuerpolizei</u>	
- 400000	Geringw. Wirtschaftsgüter	800,00
- 456000	Büromittel	100,00
- 457000	Druckwerke	100,00

<u>1/180000</u>	<u>Zivilschutz</u>	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	2.500,00

Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft

<u>1/240000</u>	<u>Kindergärten</u>	
- 614000	Instandhaltung Gebäude	60 000,00

<u>1/259000</u>	<u>So. Einricht. u. Maßn. d. Jugenderziehung</u>	
- 757510	Zuschüsse für Heimbauten	5 000,00

Gruppe 3 – Kunst, Kultur, Kultus

<u>1/362000</u>	<u>Denkmalpflege</u>	
- 619100	Instandh. Sonderanlagen	15 000,00

Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

<u>1/400000</u>	<u>Sozialamt</u>	
- 618100	Instandh. Amtsausstattung (Sonst. Anlagen)	300,00

Gruppe 5 – Gesundheit

<u>1/522000</u>	<u>Reinhaltung der Luft</u>	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	80 000,00

Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr

<u>1/612000</u>	<u>Gemeindestraßen</u>	
- 618200	Instandh. Betriebsausstattung (Sonst. Anlagen)	1 900,00

<u>1/649000</u>	<u>Sonst. Einrichtungen und Maßnahmen</u>	
- 620300	Anruf-Sammeltaxi (Transporte)	106 700,00

Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung

<u>1/789000</u>	<u>So. Einricht. u. Maßn. d. Wirtschaftsförder.</u>	
- 755600	Sonst. Wirtschaftsförderung (Lfd. Tr. an so. Untern.)	7 000,00

Gruppe 8 - Dienstleistungen

<u>1/817000</u>	<u>Friedhöfe</u>	
- 610000	Instandhaltung Grund und Boden	5 000,00
<u>1/831100</u>	<u>Strombad Kritzendorf</u>	
- 614000	Instandhaltung Gebäude	26 000,00
- 619000	Instandhaltung Sonderanlagen	50 000,00
<u>1/850000</u>	<u>Betriebe der Wasserversorgung</u>	
- 650000	Kreditzinsen	2 000,00
<u>1/851000</u>	<u>Betriebe der Abwasserbeseitigung</u>	
- 346900	Schuldenrückzahlungen an Finanzuntern.	20 000,00
- 650000	Kreditzinsen	19 500,00
<u>1/853000</u>	<u>Betriebe f.d. Erricht. Verw. v. Wohn- u. Geschäftsgebäuden</u>	
- 650000	Kreditzinsen	<u>1 400,00</u>
	Zwischensumme Minderausgaben	513 000,00

Mehreinnahmen**Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft**

<u>2/211000</u>	<u>Volksschulen</u>	
+ 871110	Beitrag Sch. u. KG-Fonds (Kap. Tr. d. L.)	53 200,00
+ 877000	Kapitaltransf. Zahlungen v. Priv. Inst. o. erw. Char.	16 200,00

Gruppe 3 – Kunst, Kultur, Kultus

<u>2/323000</u>	<u>Kellertheater</u>	
+ 809000	Gegenwert Sachbezugsleistg. (Dienstwhg.)	3 100,00

Gruppe 5 – Gesundheit

<u>2/561100</u>	<u>Errichtung u. Ausgestaltung (Darlehensverr., Baubeiträge)</u>	
+ 861260	Zinsenzuschuss Land NÖ (Betriebsmittelkredit Krankenh.)	1 400,00

Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr

<u>2/612000</u>	<u>Gemeindestraßen</u>	
+ 817000	Kostenbeitrag f. sonst. Verwaltungsleistungen	1 600,00
<u>2/649100</u>	<u>AST Sammel-Anruftaxi</u>	
+ 810810	Fahrausweise (Leistungserlöse)	14 000,00

Gruppe 8 – Dienstleistungen

<u>2/815300</u>	<u>Parkanlage Aupark</u>	
+ 828000	Rückersätze von Ausgaben	7 700,00
<u>2/816000</u>	<u>Öffentl. Beleuchtung u. Uhren</u>	
+ 861500	Subventionen d. Landes NÖ. (Lfd. Tr. v. Land)	2 500,00
<u>2/831000</u>	<u>Strandbad Klosterneuburg</u>	
+ 298000	Allgem. Ausgl. Rücklage, Entnahme	11 700,00
+ 824003	Miet- u. Pachtzinse – Parz. Umkleidek. 20 % USt	11 000,00
+ 824100	Bootsstegmieten und Bootslagerung	1 600,00
+ 860400	Mittel d. Ausgleichtaxfonds (BEEinstG, lf. Tr. v. B-fonds)	1 200,00
<u>2/831100</u>	<u>Strombad Kritzendorf</u>	
+ 824002	Miet- u. Pachtzinse – Wohnkabinen 10 % USt	1 800,00
+ 824003	Miet- u. Pachtzinse – Parz. Umkleidek. 20 % USt	32 200,00
<u>2/839010</u>	<u>Freizeit- u. Sportzentr. gemeinsame Kosten</u>	
+ 828000	Rückersätze von Ausgaben	5 900,00
<u>2/842000</u>	<u>Waldbesitz</u>	
+ 807110	Erlös Holzverkauf (Erzeugnisse)	25 100,00
<u>2/850000</u>	<u>Betriebe der Wasserversorgung</u>	
+ 860400	Mittel d. Ausgleichtaxfonds (BEEinstG, lf. Tr. v. B-fonds)	1 600,00
<u>2/852000</u>	<u>Betriebe der Müllbeseitigung</u>	
+ 860400	Mittel d. Ausgleichtaxfonds (BEEinstG, lf. Tr. v. B-fonds)	1 200,00
<u>2/870000</u>	<u>Photovoltaikanlagen</u>	
+ 810000	Leistungserlöse	5 000,00

Gruppe 9 - Finanzwirtschaft

<u>2/916000</u>	<u>Schadenersätze</u>	
+ 862010	Abgeltung f. Bodenschatzförderung (Lfd. Tr. Bund NÖ. Erdöl-/gasgemeinden)	1 300,00
<u>2/920000</u>	<u>Ausschließliche Gemeindeabgaben</u>	
+ 838000	Hundeabgabe	2 100,00
+ 850000	Aufschließungsabgabe	66 000,00
+ 850100	Abstellplatzausgleichsabgabe	22 500,00
<u>2/925000</u>	<u>Ertragsanteile an gemeinschaftl. Bundesabgaben</u>	
+ 859550	Ertragsanteile, Vorausanteil § 11 Abs. (5) FAG 2008	9 500,00
+ 859560	Ertragsanteile, Vorausanteil § 11 Abs. (6) FAG 2008	12 600,00
<u>2/941000</u>	<u>Sonst. Finanzzuweisungen nach FAG</u>	
+ 860202	Sonst. Finanzzuweisung Bund FAG	19 900,00
Zwischensumme Mehreinnahmen		<u>331 900,00</u>
Summe Bedeckung		<u>844 900,00</u>

Außerordentlicher Haushalt - Erfordernis

Mehrausgaben

<u>5/870000</u>	<u>43. Vorhaben - Photovoltaik</u>	
- 050000	Sonderanlagen	300 000,00
Zwischensumme Mehrausgaben		300 000,00

Mindereinnahmen

<u>6/612000</u>	<u>13. Vorhaben – Gemeindestraßen</u>	
+ 346000	Darlehensaufnahme von Finanzunternehmen	100 000,00
+ 871150	Bedarfszuweisungen	50 000,00
<u>6/850000</u>	<u>14. Vorhaben – Betr. d. Wasserversorgung</u>	
+ 346000	Darlehensaufnahme von Finanzunternehmen	143 700,00
<u>6/851000</u>	<u>15. Vorhaben – Betr. d. Abwasserentsorgung</u>	
+ 346000	Darlehensaufnahme von Finanzunternehmen	577 100,00
<u>6/839020</u>	<u>42. Vorhaben – Sportstättenbau (Generalsanierung Happyland)</u>	
+ 346000	Darlehensaufnahme von Finanzuntern.	6 500 000,00
+ 871100	Invest. Beitrag Land (Kap. Tr. d. L.)	1 000 000,00

Zwischensumme Mindereinnahmen **8 370 800,00**

Summe Erfordernis **8 670 800,00**

Außerordentlicher Haushalt - Bedeckung**Mehreinnahmen**

<u>6/850000</u>	<u>14. Vorhaben – Betr. d. Wasserversorgung</u>	
+ 298810	Rücklage WVA-Invest - Entnahme (Zuführg. bzw. Rückführg.)	143 700,00
<u>6/851000</u>	<u>15. Vorhaben – Betr. d. Abwasserentsorgung</u>	
+ 298940	Rücklage ABA-Invest Entnahme	577 100,00
<u>6/839020</u>	<u>42. Vorhaben – Sportstättenbau (Generalsanierung Happyland)</u>	
+ 871150	<u>Bedarfszuweisungen</u>	<u>1 270 000,00</u>
+ 871160	<u>Bedarfszuweisungen (BZ III)</u>	<u>450 000,00</u>
+ 871300	<u>Invest-Beitrag Land, Sportförderung</u>	<u>540 000,00</u>
+ 871350	<u>Invest-Beitrag (RU3)</u>	<u>240 000,00</u>
<u>6/870000</u>	<u>43. Vorhaben - Photovoltaik</u>	
+ 298000	Allgem. Ausgleichsrücklage Entnahme	300 000,00

Zwischensumme Mehreinnahmen **3 520 800,00**

Minderausgaben

<u>5/612000</u>	<u>13. Vorhaben – Gemeindestraßen</u>	
<u>002000</u>	<u>Straßenbauten</u>	<u>150 000,00</u>
<u>5/839020</u>	<u>42. Vorhaben – Sportstättenbau (Generalsanierung Happyland)</u>	
<u>779100</u>	<u>Investitionszuschüsse (Kap. Tr. an eigene Unternehmungen)</u>	<u>5 000 000,00</u>

Zwischensumme Minderausgaben **5 150 000,00**

Summe Bedeckung a. o. H. **8 670 800,00**

Anlage: Nachtragsvoranschlag 2012

Zum Antrag sprachen: STR Mayer, STR Dr. Pitschko,

Wortmeldungen:

STR Mayer bringt zur Kenntnis, dass der Nachtragsvoranschlag deshalb notwendig sei, weil sich im a.o. Haushalt Veränderungen ergeben haben, ansonsten wäre die Angelegenheit auch mit einer Überschreitungsgenehmigung zu behandeln gewesen. Hier sei natürlich die Aufnahme des Darlehens von € 11,5 Mio. bzw. die Finanzierung mit € 14 Mio., wobei hier der Sportstättenbau als Namensgebung notwendig sei. Das sei vom Land so verlangt, dass das so genannt werde. Man habe auch die Einnahmenseite Subventionen, die durch das Land kommen, den Wünschen des Landes entsprechend angepasst, damit die Genehmigungen für die Subventionen auch laufen können. Man könne hier Darlehensaufnahmen auch einsparen. Wenn man das 14. Vorhaben der Wasserversorgung und das 15. Vorhaben der Abwasserversorgung anschau, dann habe man sich ca. € 700.000,-, die von der Rücklage entnommen werden können, an Darlehensaufnahme erspart.

Ebenso komme ein neues Vorhaben – die Photovoltaik um € 300.000,-- für die Errichtung einer Photovoltaikanlage im Bereich des Kanals dazu, die ebenfalls durch eine Rücklagenzuführung bedeckt werde. Die Bewegung des Schuldenstandes sei positiv. Er habe schon bei der Budgetrede gesagt, dass heuer € 660.000,-- an Schulden abgebaut werden. Vorsichtige Prognosen ergeben, dass das beim Rechnungsabschluss schon zu sehen sein werde, dass sogar noch mehr an Einsparungen möglich sein werden.

STR Dr. Pitschko sagt zur Prognose des Schuldenstandes von € 88 Mio., dass sie jetzt bei € 76 Mio. sei. Das sei auch darauf zurückzuführen, dass man nicht den ganzen Kredit auf einmal aufnehme. Wenn er jetzt diesem Nachtragsbudget zustimme, könnte da der Trugschluss passieren, dass er vorher zum Darlehen für das Happyland nicht zugestimmt bzw. es abgelehnt habe, aber hier zustimme, und das wäre widersprüchlich. Grund seiner Ablehnung sei die Höhe des Darlehens gewesen. In diesem Nachtragsvorschlag habe man nur € 6,5 Mio. drinnen, daher habe er keine Bedenken, diesem zuzustimmen, weil die FPÖ auch für die Sanierung des Happylands sei, aber nicht in dem Ausmaß.

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (GR Dr. Schweeger-Exeli) und
1 Enthaltung (GR DI Hofbauer)

Mehrheitlich beschlossen.

8	Aufnahme eines Kommunalдарlehens; Straßenbau 2012 Vorlage: GA II/1/0043/2012
----------	---

Zur Finanzierung des Straßenbaues 2012 ist ein Kommunalдарlehen von EUR 1 200 000,-- aufzunehmen.

Die Anbotseinholung erfolgte am 07.05.2012, die kommissionelle Anbotsöffnung fand am 30.05.2012 statt. Als Bestbieter wurde die Hypo NOE Gruppe Bank AG, 3100 St. Pölten, Kremser Straße 20, ermittelt.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg nimmt bei der Hypo NOE Gruppe Bank AG, 3100 St. Pölten, Kremser Straße 20, als Bestbieter zur Finanzierung des Straßenbaues 2012 ein Kommunalдарlehen von EUR 1 200 000,-- zu folgenden Bedingungen auf:

Laufzeit: 24 3/4 Jahre, davon 1 3/4 Jahre tilgungsfrei (Bauphase)
 Zuzählung: 100 % je nach Baufortschritt. Endzuzählung auf Grund der Endabrechnung.
 Tilgungsart: nachschüssig
 Tilgungszeitraum: 23 Jahre
 Rückzahlung: halbjährlich ab 31. März 2014 in fallenden Annuitäten mit gleichbleibender Kapitaltilgung. Der Stadtgemeinde Klosterneuburg wird die Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung (ganz oder teilweise) unter Einhaltung einer dreiwöchigen Kündigungsfrist zu den Fälligkeitsterminen eingeräumt.
 Zinsenverrechnung: halbjährlich, dekursiv kal/360.
 Verzinsung: Variabler Zinssatz mit Bindung an den unter <http://www.euribor-ebf.eu/euribor-org/euribor-rates.html> veröffentlichten 6-Monats-EURIBOR. Für die jeweilige Zinsperiode (Kalenderhalbjahr) gilt ein Zinssatz (3 Dezimale) in Höhe des zwei Bankarbeitstage vor dem jeweiligen Zinsanpassungstermin geltenden 6-Monats-EURIBOR zuzüglich eines Aufschlages von 1,19 % Punkten (ohne Rundung, 3 Dezimale), das ergibt zur Zeit 2,182 % (Stand 02.05.2012). Als Zinstermine gelten der 31.03. und 30.09., als Zinsanpassungstermine gelten der 01.04. und 01.10. eines jeden Jahres.

Sonstige Kosten, Gebühren und Spesen werden keine verrechnet.

Zum Antrag sprachen: GR DI Hofbauer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, GR Rochlitz,

Wortmeldungen:

GR DI Hofbauer erklärt, sich nicht gegen diesen Antrag auszusprechen, wie man es vielleicht erwarten könnte, aber er sei nur dafür, dass die Mittel für den Straßenbau auch zweckmäßig eingesetzt werden und nicht für eine Fortsetzung der Asphaltierung von Sackgassen. Das jüngste Beispiel an Widersinnigkeiten für das Buch der Rekorde sei die Haitingergasse. Er würde diejenigen GemeinderätInnen bitten, die es noch nicht gemacht haben, nach Weidling zu fahren und sich anzuschauen, was dort gemacht worden sei. Man hätte die Sackgasse belassen können bis zum Haus Nr. 4, und die Anderen, die oben wohnen, könnten über die Babogasse zufahren. Dort habe man deswegen gesagt, weil man die anderen Ausreden, die man bei der Waisenhausgasse verwendet habe, nicht mehr verwenden könne, es wären Hangrutschungen, was ein Unsinn sei. Es sei dort ein Anschnitt gewesen und was vom festen Material weggenommen worden sei, sei angeschüttet worden, daher seien Risse aufgetreten. Diese wären aber zu sanieren. Wenn dort die Geologie so wäre, dass dort Hangrutschungen auftreten, dann stünde dort kein Haus, weil dort Risse entstünden und man müsste ganz andere Maßnahmen treffen. Von Hangrutschungen könne

überhaupt keine Rede sein. Er werde keinen Antrag machen diesbezüglich, aber eine Anregung, die er, wenn sie nicht befolgt werde, vielleicht in einem Antrag formulieren werde. Es gebe keine geologische Kartierung für Klosterneuburg. Wahrscheinlich sei sie gar nicht notwendig, weil sie zu kostenaufwändig wäre und es gebe auch – abgesehen von den Hochwasserabzugsgebieten – keinen Gefahrenzonenplan. Es gebe auch keine Hangrutschungen, weil sonst hätte man das längst gemacht. Das Thema sei aber jetzt aus einem anderen Grund aktuell, nämlich wegen dieses Wohnbaus. Er rege Folgendes an: Wenn in Hinkunft Bautätigkeiten, Einfamilienhäuser und andere Bauwerke, seien, bei denen Erdaushub gemacht werde, dann sollte ein Geologe herangezogen werden, damit er dort hingehe und feststelle, welche Geologie dort vorherrsche. Auf diese Weise könnte man im Laufe der Zeit doch eine annähernde Kartierung für Klosterneuburg machen. Wenn dort nicht kompakter Fels wäre, wäre das schon längst hinunter gerutscht. Es gebe kleinräumige Abrutschungen von Erdmaterial. Was man dort um € 140.000.—hingebaut habe, müsse man sich einmal anschauen – eine Zyklopenmauer, eine Leitlinie, als ob man dort mit 120 km/h fahren würde und, damit man das Gelände erreiche, wenn man zu Fuß gehen wollte, müsste man sich über diese Leitschiene noch drüber beugen. Er fände es sogar noch lustig, was dort geschehen sei, wenn es nicht so viel Geld kosten würde. Immer, wenn er Kritik an dem äußere, was man als Sanierung bezeichne, dann heiße es immer, es geschehe im Interesse der Sicherheit. Man wisse aber nicht, welche Sicherheit es sein solle. Vielleicht könne ihm das einmal jemand sagen – für die Sicherheit der Firma Pittel + Brausewetter? Dass dort oder da ein kleiner Riss in der Straße sei, sei noch nicht eine Beeinträchtigung der Sicherheit. Wenn es so wäre, dann würde die NÖ. Landesregierung in höchstem Maße verantwortungslos handeln, weil vor drei Monaten Risse in der Brandmayerstraße aufgetreten seien, aus denen für einen Techniker erkennbar gewesen sei, dass sich dort etwas bewege. Man habe aber nichts gemacht. Die Gemeinde hätte eigentlich in Vorlage treten müssen, aber offensichtlich sei die Landesregierung wesentlich weniger auf die Sicherheit bedacht als in Klosterneuburg die Gemeinde, obwohl dort 8.000 Autos fahren, und in der Haitinger Gasse fahren 10 Autos. Diese Reihung der Prioritäten sei ihm absolut unverständlich. Wenn man schon von der Sicherheit spreche, so sei das einer der wesentlichsten Faktoren. In die Sicherheit sollte man Investitionen tätigen, und zwar in die Sicherheit der Schulwege. Dazu habe er zwei Sachen. Zunächst habe er gesagt, warum man nicht in der Weidlinger Enge eine Geschwindigkeitsbeschränkung mache. Da sei ihm erklärt worden, man könne ohnehin nicht schneller fahren, weil meistens ein Stau wäre. Nur dürfe man nicht die Durchschnittsgeschwindigkeit rechnen, sondern die Geschwindigkeiten, die gefahren werden, wenn Platz sei. Das Lustige sei, dass eine Verkehrsverhandlung stattgefunden habe und man tatsächlich 30 km/h angestrebt worden seien, was aber abgelehnt worden sei. Das müsse er jedoch ein bisschen weiterverfolgen. Da stehe zu lesen, dass durch eine ziffernmäßige Beschränkung die Gefahr entstände, dass den Fahrzeuglenkern psychologisch das falsche Signal gesetzt würde. D.h. dass man überhaupt keine Geschwindigkeitsbeschränkungen verhängen dürfe, weil da die Gefahr bestehe, dass den Autofahrern psychologisch das falsche Signal gesetzt würde. Er fragt, ob ihm das jemand erklären könne und stellt fest, dass das ein hanebüchener Blödsinn sei. Beim Straßenbau werde ihm gesagt, dass alles im Sinne der Sicherheit gemacht werde, und daher sei er dafür, dass alles im Sinne der Sicherheit sei, aber in erster Linie der Fußgänger und nicht der Autofahrer, weil die Fußgänger gefährdet seien. Diese seien gefährdet in der Kritzendorfer Enge, in der Weidlinger Enge und wenn man den Siedersgraben und die Kirchmayergasse hinunter gehe. Da sei auf der einen Seite ein Gehsteig und auf der anderen Seite ein Gehsteig oder überhaupt kein Gehsteig und da sei der Brunnenstubenweg und da gebe man eine Tafel hin „Betreten auf eigene Gefahr“, was gar nicht stimme, weil dort die Schulkinder von Pro Juventute oder seine Enkerl gehen. Da pfeife man sich nichts um die Sicherheit, aber in einer Sackgasse, wo irgendwo ein Riss sei, nur dass jemand einen Auftrag bekomme, mache man das im Interesse der Sicherheit. Die Intentionen zur Sicherheit der Schulwege von STRin Dr. Eder werden von ihm voll unterstützt, aber sie könne auf etwas zurückgreifen, was ihre Arbeit erleichtern würde. Er liest sodann einen Artikel vor: „Mehr als 350 Hinweise besorgter Eltern brachte die kürzlich vom Land NÖ. ins Leben gerufene Aktion „Sicherheit für unsere Kinder im Straßenverkehr“. Anlass für diese Aktion war die traurige

Unfallbilanz von mehr als 370 Verkehrsunfällen in NÖ. mit Kindern als Beteiligte. Ein Viertel dieser Unfälle passierte auf dem Schulweg. Nachdem die Bevölkerung in der letzten Ausgabe des Amtsblattes zur aktiven Mithilfe aufgerufen war, kamen mehr als 350 Einsendungen besorgter Eltern. Die aufgezeigten Gefährdungen im Straßenbereich wurden bereits von der zuständigen Stelle des Rathauses untersucht. Dabei kristallisierten sich Schwerpunkte heraus, die von den Einsendern als potentielle Gefahrenstellen erkannt wurden. Besonders markante Stellen, die häufig aufgezeigt wurden, waren im Bereich des Gymnasiums und im Bereich der Buchberggasse. Rund die Hälfte aller Rücksendungen betrifft Gemeindestraßen, die in Eigenregie verändert werden können, und die Entschärfungsmaßnahmen reichen von zusätzlichen Zebrastreifen bis zur Geschwindigkeitsbeschränkung und Fußgängerampeln.“ Eigentlich stehe da alles drinnen, nur sei das aus dem Amtsblatt Nr. 5 aus 1995 - vor 17 Jahren. Da stehe auch, dass sich der Bürgermeister spontan bereit erklärte, gefährliche Straßenstellen zu entschärfen. Gemacht sei nichts geworden. Er halte das für ganz wichtig, weil STRin Dr. Eder jetzt nichts Anderes mehr machen brauche, als ins Rathaus zu gehen und zu sagen, dass es eine Basis geben müsse, auf der sie ihre Arbeit weiter machen möchte – und diese wolle er auch sehen. Außer einer großen Ankündigung sei nichts gewesen. Alle Ankündigungen: Sofort - spontan – gemacht - sei ein Schmarrn geworden.

Der Bürgermeister wirft ein, dass es mehr als das gebe und GR DI Hofbauer könne das gerne sehen.

GR Rochlitz stellt fest, dass die Straßenschäden und –senkungen nicht in der Brandmayerstraße, sondern in der Weidlingerstraße gewesen seien.

Abstimmungsergebnis: 2 Gegenstimmen (GR Kehrner, GR Dr. Schweegee-Exeli) und
5 Enthaltungen (Die Grünen)

Mehrheitlich beschlossen.

9	Behandlung der Dringlichkeitsanträge, die in die Tagesordnung aufgenommen wurden
---	--

9.1	Dringlichkeitsantrag PUK - Bestellung eines/einer "Fahrradbeauftragten" Vorlage: Bgm-Amt/0116/2012
-----	---

Sachverhalt

- 1) Ein Antrag ähnlichen Inhalts – Einrichtung eines Fahrradbeauftragten nach Feldkircher Modell – wurde bereits 2005 von der PUK dem Gemeinderat vorgelegt.
- 2) Obwohl die Stadtgemeinde Klosterneuburg innerhalb der letzten Jahre Einiges für die Errichtung von Radwegen getan hat, ist dies überwiegend dem touristischen Radfahrer, nicht aber dem „Alltagsradfahrer“ zugute gekommen. Innerstädtisch gibt es kaum ausgeschilderte Radrouten, Hinweistafeln u.ä.m., die vor allem zu öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Krankenkasse, Verwaltungsgebäude, Kultureinrichtungen...) hinführen.
- 3) Es dürfte als bekannt vorausgesetzt werden, dass ein Ersatz des motorisierten Individualverkehrs nur durch die Schaffung einer geeigneten Infrastruktur für das Rad durch die Gemeinde (natürlich auch den Öffentlichen-Personen-Nah-Verkehr – ist in diesem Antrag jedoch nicht Thema) gelingen kann. Unzählige Städte – von kleinen Dorfgemeinschaften bis zu Großstädten – geben Beispiele von „best practice“ und Umdenken.
- 4) Es geht im Wesentlichen um die **Umorientierung der Verkehrsplanung** vom Schwerpunkt des motorisierten Individualverkehrs hin zu „Muskelmobilität“ (Fußgehen, Radfahren) bzw. zu einer multimodalen Mobilität unter Einbeziehung des Öffentlichen Verkehrs.
- 5) Zur Erreichung dieses Ziels hat sich die Bestellung eines/r Fahrradbeauftragten bewährt. Aus Sicht der PUK macht diese Funktion aus Gründen der Kompetenz und Verfügbarkeit **nur in der Beamtenschaft Sinn** (wir haben zwar für diese Rolle einen Favoriten, wollen aber dem Herrn Bürgermeister nicht vorgreifen).

Agenden dieser Funktion sind (unter anderem):

- a) Entgegennahme der **Anliegen** von BürgerInnen betreffend Radwegführung, Gestaltung, Abstellplätzen, Umstiegsmöglichkeiten zum öffentlichen Verkehr, Schäden an Fahrbahnen, Netzerweiterungen, Meldung von „Fahrradfallen“/Gefahrenstellen. Erstellen **Konzepte von Verbesserungen** und Unterstützung der Durchführungsplanung.
- b) **Marketing** der sanften Mobilität (Information, Routenpläne, Fahrradtreffs, ...). Schwerpunkt auch – aber nicht nur – Schulen. Unterstützung von betrieblichem Mobilitätsmanagement. Unterstützung diverser Aktionen (z.B. 2-Rad/Freirad, Verkehrssparen Wienerwald, Leihradsystem...)
- c) Information über **Fördermöglichkeiten** beim Einsatz von Elektrofahrrädern
- d) So erforderlich **Berichte** an den Verkehrsausschuss und **Vorbereitung von Anträgen** an den Gemeinderat.

Beschluss:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bürgermeister wird ersucht im Rahmen seiner Personalhoheit eine/n Fahrradbeauftragte/n zu ernennen und mit den o.a. Agenden zu betrauen.

1. Der „Modal Split“ (Aufteilung auf verschiedene Verkehrsträger) ist in Klosterneuburg weiterhin ökologisch ungünstig (Schadstoffbelastung, klimaverändernden Substanzen, Stau) und bedarf einer Verschiebung in Richtung sanfter Mobilität.
2. Das Umstiegspotenzial ist durch technische Entwicklung von Pedelecs/Elektrofahrrädern trotz bisher unverträglicher Klosterneuburger Topographie signifikant erhöht worden.

Zum Antrag sprachen: GR Dr. Schweeger-Exeli, STR Mag. Honeder, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, GR Kehrner, STR Hava, GR Mag. Zach, GR DI Hofbauer

Wortmeldungen:

GR Dr. Schweeger-Exeli bringt ausführlich den Inhalt des Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis. Er bittet auch im Sinne der Möglichkeit, dass dadurch ein Beitrag geleistet werde, den „modal split“, d.h. den Umweltverbund etwas mehr in den Vordergrund zu rücken und zu verbessern zu Ungunsten des motorisierten Individualverkehrs, dass man hier tatsächlich einen Fahrradbeauftragten positioniere, der die entsprechende Funktion habe.

STR Mag. Honeder stellt den **Gegenantrag**, diesen Antrag dem Verkehrsausschuss zuzuweisen.

GR Dr. Schweeger-Exeli erwidert, dass er im Verkehrsausschuss bereits diese Diskussion angestoßen hatte. Da sei gesagt worden, es wäre keine politische Lösung, sondern letztendlich eine Management- und Personalentscheidung des Bürgermeisters, die gemeinsam mit seinen MitarbeiterInnen getroffen werden könne. Das sei der Grund, warum es ein Wunsch, der an den Bürgermeister gerichtet sei und nicht an die Politik.

Der Bürgermeister sagt, dass ihm das so mitgeteilt worden und es grundsätzlich richtig sei. Trotzdem habe er in Vorberatung mit dem Stadtrat für Verkehr und den Mitgliedern gemeint, das zu besprechen und auszuformulieren und dem zuständigen Mitarbeiter, der hierfür ins Auge falle, das Thema abzustechen. Er würde sich daher wünschen, dass das Profil der Verkehrsausschuss festlege mit der Aussage, dass das auch machbar wäre aus der Beamtenschaft, und dann könne man das so einsetzen.

GR Kehrner erklärt, dem in allen Punkten zuzustimmen, und er halte das auch für wichtig. Wie alle wissen, sei er jetzt in Holland in einer Modellstadt für Radfahren gewesen, wo man sehen könne, was alles möglich sei. Das könne man alles im Verkehrsausschuss klären. Selbst Rad zu fahren sei die größte Expertise, die man haben könne.

STR Hava meint, nachdem alle den gleichen Bediensteten meinen, der dafür in Frage käme, traue er sich ihn nennen. Er habe diesbezüglich mit dem Referatsleiter des Tiefbaureferates Email-Verkehr gehabt und ihn als Radfahrer erkannt. Dieser habe auch am Dreitäler-Radwegekonzept mitgearbeitet. Er erachtet diesen durchaus für geeignet, so einen Fahrradbeauftragten zu machen, stimme aber auch mit STR Mag. Honeder überein, das nochmals im Verkehrsausschuss zu beraten und zu präzisieren, was das sein sollte. Da könne sich auch der Mobilitätsbeauftragte, GR Trat und auch GR Mag. Zach einbringen, der auch die Ausbildung in diese Richtung habe. Dann könne man etwas Gescheites basteln und auch den Aufgabenbereich genau definieren, um das mit dessen normalen Tagesablauf auch in Einklang zu bringen. Die SPÖ unterstütze daher den Antrag, das in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

GR Mag. Zach betont, dass auch die Grünen diesen Antrag unterstützen, und sie seien auch dafür, das im Verkehrsausschuss zu klären, und es entspreche auch ganz ihren Intentionen. Das einzige „Bauchweh“, das sie haben, sei, dass es ressourcenmäßig und zeitmäßig ganz rar sei. Daher haben

sie im letzten Antrag ihre Mitarbeit angeboten, was aber abgelehnt worden sei. Ihnen gehe es darum, dass irgendeine Person in einer Form da sei. Wenn das von der Verwaltung möglich sei und die Bereitschaft bestehe, dann sei es ihnen sehr recht.

GR DI Hofbauer meint, es wäre in der letzten Gemeinderatssitzung darum gegangen, dass diese Funktion ein Politiker ausüben solle. Da habe er sich dagegen ausgesprochen. Er sei aber dafür, dass der Bürgermeister auf Grund der Fakten, die hier vorliegen, sage, der Baudirektor solle zu ihm kommen und sagen, wer diese Aufgabe übernehmen könnte. Wenn dieser sagte, er wäre ausgelastet, dann sollte dieser die Wochen- und Monatsberichte bringen und schauen, was man zurückstellen könnte. So einfach wäre das, schließlich habe der Bürgermeister das Weisungsrecht oder er sage, es sei falsch, was da drinnen stehe. GR DI Hofbauer fragt, wozu man da den Verkehrsausschuss braucht. Wenn das die Kapazität der Beamten übersteige, müsse man sagen, dass es leider nicht gehe, weil diese so ausgelastet seien.

Der Bürgermeister wirft ein, dass man es deshalb in den Verkehrsausschuss geben wolle, weil die Auslastung so hoch sei.

Gegenantrag (STR Mag. Honeder):

Der Dringlichkeitsantrag wird dem Verkehrsausschuss zugewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

An Ausschuss verwiesen.

9.2	Dringlichkeitsantrag PUK - Vorfinanzierung eines barrierefreien Zugangs zum Bahnsteig Richtung Wien im Bahnhof KlbG-Weidling Vorlage: Bgm-Amt/0117/2012
-----	--

- 1) Es gibt zwar auf beiden Seiten des Bahngeländes einen barrierefreien Zugang zur Unterführung unter dem Bahnhof Klosterneuburg-Weidling (Aufzüge), jedoch keinen barrierefreien Zugang zum Bahnsteig Richtung Wien.
- 2) Bisherige Protestbriefe und Interventionen an die ÖBB/BMVIT haben keine befriedigenden Ergebnisse erbracht.
- 3) Trotz etwas unklarer gesetzlicher Regelung („Etappenregelung“) gibt es Fristen zur Herstellung von barrierefreien Zugängen zu ALLEN Anlagen und öffentlichen Verkehrsmitteln (die ursprüngliche Frist 2013 wurde vorerst auf 1.1.2016 verlängert, nun ist aber sogar 31.12.2019 in Diskussion – siehe Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz/BGStG, das seit 1.1.2006 in Kraft ist). Die Investition wird also unbedingt erfolgen müssen!
- 4) Betroffen von der Säumigkeit der Umsetzung der Barrierefreiheit sind nicht nur
 - a. Behinderte Menschen (jede Art der Einschränkung),
 - b. Mütter mit Kinderwägen,
 - c. Menschen mit schwer transportierbaren Gütern, sondern
 - d. die ganze Klosterneuburger Bevölkerung, die unter dem Mangel an Akzeptanz des Öffentlichen Verkehrs leidet, weil die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs von vielen als höher eingeschätzt wird, mit allen bekannten Folgen wie erhöhte Umweltschadstoffe und Lärmbelastung, und – nicht zuletzt
 - e. ein beschämendes Image für unsere Stadtverwaltung (Verantwortlichkeiten der Bevölkerung nicht bekannt).
- 5) Wir betrachten die Situation am Weidlinger Bahnhof als unwürdig einer Stadt, die allen Menschen eine gleichwertige Teilnahme am öffentlichen Leben zu bieten hat.
- 6) Während einer Veranstaltung der Arbeiterkammer Wien „Öffentlicher Verkehr hat Zukunft!“ am 20. Juni 2012 wurde mir von einem (nicht genannt werden wollendem) Teilnehmer der Tipp gegeben, die Stadtgemeinde möge doch mit der ÖBB einen Vorfinanzierungsvertrag abschließen. Das würde den Druck, die Barrierefreiheit in diesem Bahnhof herzustellen, stark erhöhen.

Beschluss:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bürgermeister wird ersucht

1. der Bauabteilung den Auftrag zu erteilen, eine grobe Kostenschätzung der Herstellung eines Aufzugs und barrierefreien Zugangs am Bahnsteig Richtung Wien beim Bahnhof Klosterneuburg-Weidling zu erstellen (wenn eine solche nicht ohnehin vorliegt), und
2. mit diesen Unterlagen unverzüglich in Vertragsverhandlungen mit der/den verantwortlichen Stelle/n der ÖBB einzutreten und Modalitäten einer Vorfinanzierung dieser Investition durch die Stadtgemeinde Klosterneuburg, sowie deren Rückzahlung festzulegen.

Begründung der Dringlichkeit:

Moralische Verpflichtung, den unbefriedigenden Zustand ehestmöglich zu beenden.

Zum Antrag sprachen: GR Dr. Schweeger-Exeli, STR Dr. Pitschko, GR Mag. Zach, GR Enzmann, GR Rochlitz, GR DI Hofbauer, STR Mag. Honeder, STR DI Eigner

Wortmeldungen:

GR Dr. Schweeger-Exeli betont, dass es ihn schon seit Jahren, seit die Umfahrung gebaut worden sei, wurme, dass es nicht der Stadtgemeinde möglich gewesen sei, die ÖBB zu zwingen, dass sie auf dem mittleren Bahnsteig nach Wien einen barrierefreien Zugang mit einem Aufzug. schaffe. Daher freue es ihn umso mehr, dass von Seiten des Bürgermeisters und von STR DI Eigner gegenüber der ÖBB Druck gemacht worden sei, aber zu weich, und das Ergebnis sei „Schmeck`s“ gewesen, es komme irgendwann, in einer unverbindlichen Weise, die man einfach nicht akzeptieren könne. Er geht sodann in den Sachverhalt ein, den er ausführlich zur Kenntnis bringt.

STR Dr. Pitschko vermerkt, dem Antrag nicht zuzustimmen, vor allem, weil das sicher so nicht gehen werde, weil offensichtlich weder die ÖBB noch das Ministerium für Verkehr Willens und geneigt seien, unverzüglich, um den Wünschen der PUK zu entsprechen, Maßnahmen zu setzen. Wenn nicht die Absicht bestehe, von dem, der eigentlich dafür zuständig wäre, das zu machen, dann glaube er nicht, dass man mit einer Vorfinanzierung da erfolgreich tätig sein könne, zumal man ohnehin schon auf Sparflamme laufe und alles über Schulden finanziere.

GR Mag. Zach meint, es zeige, dass es noch nicht klar sei, ob das überhaupt machbar sei, auch wenn ein Tipp aus dem Hintergrund da sei. Er würde es nicht als Kulturschande bezeichnen, weil das doch sehr starke Worte seien, aber er wünsche sich auch schon sehr lange, dort einen Zugang mittels eines Aufzugs zu ermöglichen. Die ÖBB habe das schon lange zugesagt, aber nach dem Umbau nicht gemacht. Es sei aber schon eine gesetzliche Verpflichtung, das zu tun, auch wenn der Gesetzgeber merke, dass kein Geld da sei und es immer wieder aufschiebe. Er halte das für einen sehr sinnvollen Antrag. Die Frage sei, welche Konditionen damit verbunden seien. Das müsste man näher prüfen. Er stelle daher den **Antrag, das im Verkehrsausschuss zu prüfen.**

GR Enzmann stellt die Frage, weil auch einmal ein Rollstuhlfahrer in Weidling aussteigen wollte und sie den Hinweis bekommen hatte, dass das eigentlich nur in Tulln möglich wäre, wie weit man damit sei, weil Weidling ein nicht besetzter Bahnhof sei. Sie fragt weiters, wie viele Züge in Prozentsätzen barrierefrei verlassbar seien? Es nütze nichts, einen Lift zu bauen - sie sei nicht gegen den Liftbau, um es nicht falsch zu verstehen –, wenn aber nicht alle Züge verlassbar seien.

GR Rochlitz gibt Auskunft, dass es planmäßig so sei, dass im Grundtakt nur Züge der Reihe 4024 fahren, die völlig barrierefrei seien. In der Früh gebe es einen Doppelstockzug, der es ebenfalls sei und ein Rollstuhlteil habe. Es komme aber immer noch vor, nachdem technische Defekte auftreten, dass gelegentlich eine 4020 fahre, die relativ hohe Stufen habe, oder noch schlimmer sei, wenn eine Ersatzgarnitur aus den sog. Schnellzugloks gebildet werde. Da seien sogar die Eingänge zu schmal. Bei einer 4020 könnte man theoretisch einen Rollstuhl hineingeben.

GR Enzmann bemerkt, dass auch da die ÖBB säumig sei, weil gesetzlich hätte sie den Auftrag, barrierefrei zu sein.

GR DI Hofbauer möchte bei dieser Gelegenheit STR Mayrhofer ersuchen, der großspurig ein barrierefreies Klosterneuburg angekündigt hatte – er habe die diesbezüglichen Zeitungen noch -, dem Gemeinderat einen schriftlichen Bericht über die Erfolge, die er damit gehabt habe, zu geben und auch eine Begründung, warum manche Sachen nicht gegangen seien. Wenn man so großspurig etwas ankündige, dann solle man auch dazu stehen und sagen, sich bemüht zu haben bzw. das oder jenes sei erledigt worden.

Der Bürgermeister bekundet, dass dieser Montari-Bericht auch Gemeinderatsbeilage gewesen sei.

STR Mag. Honeder betont, dass die ÖVP inhaltlich zustimme. Es sei ein Ziel, dass sie schon längere Zeit verfolgt habe. Er erinnere an Resolutionen, Vorsprachen bei der ÖBB etc. Man könne daher nicht sagen, dass sie dieses Projekt nicht verwirklichen wolle. Sie werde jedoch diesem Antrag nicht zustimmen aus dem einfachen Grund, dass sie der Vorfinanzierung eines Projektes der ÖBB kein Präjudiz setzen wolle. Druck aufzubauen und zu sagen, es zu zahlen, werde relativ schwierig sein. Zu diesem wichtigen Ziel stehe sie, und es werden sich der Bürgermeister und alle Verantwortlichen weiter dafür einsetzen und hoffentlich auch einmal Erfolg haben mit dem Thema, aber in Richtung Vorfinanzierung wolle sie nicht gehen, weil das zur Folge hätte, dass man der ÖBB sehr vieles, was man haben wolle, vorfinanzieren könnte. Das wäre nicht im Sinne des Erfinders und auch nicht im Interesse der Stadtgemeinde.

STR DI Eigner glaubt auch nicht, dass man die ÖBB so unter Druck setzen könne, dass man das sofort herstelle. Es habe eine Bahnhofsoffensive gegeben, wo geplant gewesen sei, sie für 2015 zu beenden. Da wäre Klosterneuburg auch dabei. Es wissen jedoch alle, dass auch die ÖBB dem Sparpaket zum Opfer gefallen sei und dort weniger Ressourcen zur Verfügung stehen. Das habe man auch im Land NÖ. gemerkt, weil man einfach unrentable Bahnlinien ersatzlos gestrichen habe. Hätte man nicht einige übernommen – die Mariazellerbahn zur Gänze -, dann würden viele Züge nicht mehr fahren. Als relativ kleine Gemeinde zur großen ÖBB hin habe man kein Druckmittel. Man werde weiter versuchen nachzubohren, das zu bekommen. Man habe einen Finanzvorstand hier in Klosterneuburg wohnhaft, mit dem er schon einmal darüber gesprochen habe. Er habe sich daraufhin erkundigt und gesagt, dass das in der Prioritätenliste noch nicht vorne stehe, aber vielleicht könne man ihn noch einmal anbohren, dass er das einmal hinauf reihe.

Der Bürgermeister wirft ein, dass dessen Vertrag vor Kurzen verlängert worden sei und dass das vielleicht ein guter Zeitpunkt wäre.

GR Dr. Schweeger-Exeli macht eine kurze Ergänzung. Seinem Wissen nach sei es bei jeder ÖBB-Fahrt möglich, sich entsprechend anzumelden, auch wenn dort Garnituren eingesetzt werden, die nicht behindertenfreundlich seien, dass dort mit Rampen u.Ä.m. eine Unterstützung stattfinde. Er glaube, dass das durchaus möglich sei. Das Zweite sei, dass er auch nicht daran glaube, das vorfinanzieren zu müssen. Wenn es jedoch in einer Gemeinde von Seiten des Gemeinderates eine Avance in diese Richtung gebe, dann könne das bis zu einem gewissen Grad als Drohung verstanden werden. Genau in dem Sinn sei der Tipp von dem ÖBB-Menschen gekommen. Man müsse klarmachen, dass man das wahrscheinlich nicht vorzufinanzieren hätte, aber durch eine entsprechende Avance sei die Vorreihung dieses Vorhabens vor anderen Vorhaben vielleicht doch möglich. Man gehe davon aus, dass die ÖBB massivst in zwei Richtungen investiere, in den Fernverkehr und dann versuche sie, den Personen-Regional- und Nahverkehr einzuschränken, weil er für sie aus irgendwelchen Gründen defizitär sei. Es werde sehr viel Geld in die Hand genommen, um vor allem den Fernverkehr zu verbessern. Daher denke er, dass das eine politische Richtung sei, die ihm nicht besonders gut gefalle, vor dem Hintergrund, dass es zu unglaublichen Agglomerationen kommen werde im städtischen Bereich. Da werde man gar nicht mehr vom Speckgürtel reden. Der Speckgürtel werde irgendeinmal in 25, 30 Jahren bis Tulln reichen. Da brauche man leistungsfähige Verkehrsmittel. Der Antrag sei nicht ernsthaft im Sinne einer Vorfinanzierung gedacht, weil er nicht glaube, dass es dazu kommen werden, aber irgendwie müsse man den Druck erhöhen, wovon er glaube oder zumindest hoffe, dass das der richtige Weg sei, das zu tun.

Gegenantrag (GR Mag. Zach):

Der Dringlichkeitsantrag wird zwecks Prüfung in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis über den Gegenantrag: 25 Gegenstimmen (ÖVP, STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis über Dringlichkeitsantrag 2: 27 Gegenstimmen (ÖVP, STR Dr. Pitschko, GR DI Hofbauer, GR Kehrner) und 11 Enthaltungen (SPÖ, Die Grünen)

Mehrheitlich abgelehnt.

9.3	Dringlichkeitsantrag PUK - Inanspruchnahme eines Urbanisierungsexperten Vorlage: Bgm-Amt/0118/2012
-----	---

- 1) Durch die angekündigte Auflassung der Magdeburgkaserne und dadurch mögliche Nachnutzungen/Umnutzungen eröffnet sich **einzig- und letztmalig für die Stadtgemeinde die Chance, einen neuen Bereich wirklich zu „urbanisieren“ und damit einen hochwertigen Stadtteil zu schaffen**, also gezielt „Stadterweiterung“ statt „Zersiedelung“ zu betreiben. Das Gelände (inkl. Freiflächen) hat ein geschätztes Ausmaß von 10 ha.
- 2) Das voraussichtliche endgültige **Schließungsdatum soll angeblich noch im Juni 2012 bekanntgegeben** werden. Die derzeit sistierten Verhandlungen mit der SIVBEG könnten daraufhin unverzüglich wieder aufgenommen werden (siehe Pkt 9).
- 3) Urbanisierung heißt in unserem Verständnis vor allem eine **polyfunktionale Nutzung von Gebäuden und öffentlichen Räumen**. Leider sind heutzutage Architekten, Wohnbauträger und Immobilienentwickler eher geneigt, monofunktionale Strukturen zu errichten (also z.B. nur Wohnen, nur Einkauf, nur Büros, nur Gewerbe oder nur Verkehr). Das erzeugt in der Folge eine vorstädtische Melange mit hoher Autoaffinität. Der Nutzen liegt zwar in der leichteren Planbarkeit und Verwertbarkeit, jedoch geht dies auf Kosten von Urbanität. Negativindikatoren, welche sozialen Folgen diese monokulturelle Verödung haben kann, sind Bereiche, die in den Nachtstunden nur von Security-Personal frequentiert werden. **Einen wesentlichen Negativbeitrag haben öffentliche Räume, die diesen Namen nicht verdienen: es fehlen Geschäfte, Freizeiteinrichtungen, „möblierte“ Räume zum Verweilen, zum Flanieren und zu Sozialkontakten und das alles praktisch ohne Grünräume**. Dies gilt gleichermaßen für monofunktionale Handelsagglomerationen (selbst mit gutem Branchenmix), Bürosilos und Wohnparks.
- 4) Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass sowohl die Nutzung von Altbestand als auch die Neukonzeption „auf der grünen Wiese“ sich dafür eignen, Wohnungen, Arbeit, Gewerbe, Büros, Schulen, FHs, Sozialeinrichtungen, Kultureinrichtungen, Geschäfte, Gastronomie, generell Gassenlokale, Kommunaleinrichtungen und Parks etc. in einem Gebiet unterzubringen. **Die Schaffung einer Stadt oder eines Stadtteils der kurzen Wege bedeutet auch die Rückbesinnung auf Stadtentwicklungsprinzipien, die seit 1000 Jahren Gültigkeit haben (Durchmischungsprinzip der Daseinsgrundfunktionen), die aber radikal vernachlässigt wurden**. Straßenbilder spiegeln die Kultur einer Gemeinde! Es geht darum, städtebauliche Werte und Leitbilder gemeinsam neu fest- und dann auch umzusetzen.
- 5) Es wird immer kritisiert, dass durch die starke Bautätigkeit der letzten Jahre im Gemeindegebiet von Klosterneuburg die vorhandenen gewachsenen Strukturen zerstört wurden und daher kein Zusammengehörigkeitsgefühl mehr bei der Bevölkerung besteht.
Wenn bei der Nutzung der Kasernegründe neben den wirtschaftlichen Aspekten besonderer Wert auf die Gestaltung des öffentlichen Raums gelegt würde, könnte das zu der –schon lange gesuchten und gewollten – **Identitätsstiftung** mit unserer Stadt beitragen.
Identität kommt durch öffentlichen Raum! Öffentlicher Raum ist Raum der allen BürgerInnen gehört. Im öffentlichen Raum können **wechselnde, sich laufend verändernde Projekte von BürgerInnen initiiert und verwirklicht werden** (Beispiel Museumsquartier in Wien). Öffentlicher Raum darf nicht nur für einmalige, unveränderbare Projekte, wie Bänke, Brunnen, Skulpturen etc. zur Verfügung stehen.
- 6) **Klosterneuburg verfügt streng genommen über keine/n erfahrene/n Experten/Expertin der Stadtentwicklung**. Unerlässlich scheint nach meiner bisherigen Beschäftigung mit Fragen der Urbanisierung, dass **nicht nur Eigentümer,**

Interessenten, Beamtenschaft, lokale Politik, die Palette der Immobilienentwickler (Wohnbaugenossenschaften, Gewerbeparkagenturen, Bauträger) sowie ExpertInnen in diesen Prozess eingebunden werden müssen, sondern eine breite Beteiligung der Bevölkerung anzustreben ist. Die Moderation durch die Stadtgemeinde ist dabei unerlässlich! In der späteren Folge hat sich die Bildung einer Entwicklungsgesellschaft bewährt, in der die Stadtgemeinde Anteilseignerin ist.

- 7) **Positivbeispiele:** stellvertretend für andere: Seestadt Aspern, teilweise Monte Laa, München Gelände Flughafen Riem, Hamburg Elbe-Entwicklungsgebiet, Oerestadt bei Kopenhagen, Zürich „Nachrüsten“ eines Stadtteils um die ETH; Graz West (Smartcity), Sargfabrik in Wien, diverse „Industriebrachen“ (Textil, Gießerei) in Dornbirn mit breiter Nutzungsdurchmischung inkl. dem bis in die Schweiz bekannten Kulturzentrum „spielboden“, teilweise Wien Ankerfabrik (Loft City), auch die Hummel-Kaserne in Graz wird voraussichtlich eine Mischnutzung erhalten. Ziemlich positiv auch etwa der neue Stadtteil Kabelwerk in Wien 12 (<http://www.kabelwerk.at/info/lage>).
- 8) **Negativbeispiele:** Großfeldsiedlung, missglückte Gasomercity und angrenzendes St. Marx, wo Architektur mit Städteplanung verwechselt wird (T-Mobile-Gebäude) und ein Überangebot an Büroflächen zur Leerständen führt; unzählige Beispiele der „Schuhschachtelarchitektur“ von Fachmarkt- und Einkaufszentren und –leider auch – die bisherige Entwicklung des Klosterneuburger Gewerbegebiets, das raumplanerisch als „Zentrumszone“ ausgewiesen wurde, um Genehmigung und Bau über 1000m² großer Märkte zu ermöglichen, das aber den Kriterien einer Zentrumszone in keiner Weise entspricht.
- 9) Die Verhandlungen mit der SIVBEG (Strategische Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft) über den Verkauf der Kasernengründe sind derzeit ruhend. Kolportierte Kernaussagen der ersten Verhandlungsrunden waren geprägt durch eine stark einschränkende Auslegung des Begriffes des „öffentlichen Interesses“, die der Gemeinde ein Vorkaufsrecht ohne Teilnahme am Bieterverfahren zu einem relativ günstigen Preis sichern würde. Ausschließlich einen Bauhof oder andere kommunale Einrichtungen als im öffentlichen Interesse liegend zu betrachten greift zu kurz. **Der Begriff des öffentlichen Interesses der Stadtgemeinde muss sich daher an dem einer gesamthaften städtebaumäßigen Planungsperspektive orientieren, deren Elemente sich aus dem bisherigen Sachverhalts ergeben.**
- 10) Die rechtliche Situation in Bezug auf Flächenwidmungen ist in Österreich sehr heterogen: so wird z.B. in NÖ genossenschaftlicher Wohnbau anders bewertet als in Salzburg oder der Steiermark, wo es Zwischenstufen gibt zwischen reinem kommunalen sozialen Wohnbau und frei im Wettbewerb stehenden Wohnbaugenossenschaften. Trotzdem ist anzustreben in Klosterneuburg Ähnliches zu erreichen wie in Graz, wo es offenbar bei den Hummel-Gründen gelungen ist, eine **breitere Auslegung des „öffentlichen Interesses“ zugrunde zu legen.** Dies umso mehr, als finanzielle Transfers ohnehin nur von einer Tasche der öffentlichen Hand in eine andere erfolgen würden (weil Steuergeldtransfers oft nicht nach Bedarfsbedarf, sondern nach rigiden Verteilungsschlüsseln erfolgen. Nicht einzusehen wäre, dass die Finanzprokuratur als Bundesstelle einer bundesländerabhängigen Ungleichbehandlung von Gemeinden Vorschub leisten müsste).
- 11) **Handlungsmöglichkeiten** sind dafür laut Andeutungen eines Vertreters der BIG (Wolfgang Sturm) in einem persönlichen Gespräch in Dornbirn und Aussagen in einem Telefonat mit einem Vertreter der SIBGEB (Hannes Smolnik) das **Vorlegen eines Masterplans oder Umwidmungsentwurfes, der die derzeitige Sondernutzungsfläche „Kaserne“ mit einer entsprechenden Umwidmung mit Mischnutzung verbindlich darstellt.**

Allerdings muss ein solcher Umwidmungsentwurf **eine Detailqualität haben, die unmittelbar in eine rechtskräftige Widmung erlauben würde. Auch muss dieser Entwurf bereits vom Gemeinderat abgesegnet sein und öffentlich dargelegt werden.** Ziel ist **Rechtssicherheit** in Bezug auf eine **klare Abgrenzung bzw. Unterscheidung von Gebieten zu schaffen, welche in einem Direktverfahren („öffentliches Interesse“) und welche in einem Bieterverfahren vergeben werden müssten.**

- 12) Der aus 2008 stammende „Masterplan“ über die Schütttau, der bis jetzt in den Verhandlungen mit der SIVBEG Basis war, erfüllt diese Anforderungen wohl nicht (mehr) und ist auch nicht im Gemeinderat beschlossen worden. **Daher ist ein modernen Gesichtspunkten der Stadtentwicklung folgender neuer Masterplan zu erarbeiten.** Neben üblichen Fördermöglichkeiten wird eine solche Konzeptentwicklung meist auch EU-gefördert, wenn der innovative Charakter der Nachnutzung im Vordergrund steht.
- 13) Um in Verhandlungen mit der durch die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und den Bund (vertreten durch das Landesverteidigungsministerium) beauftragten SIVBEG mit schlagkräftigen Argumenten begegnen zu können und in der Folge eine hochwertige Stadtentwicklung zu ermöglichen erscheint es mir unerlässlich, **einen (oder mehrere) Spezialisten der Stadtentwicklung beizuziehen, mit folgenden Zielen:**
- a) **Know-How-Erweiterung** in punkto Stadterweiterung vor dem Hintergrund der Nachnutzung von freierwerdenden Flächen und der Schaffung eines hochwertigen Stadtteils
 - b) Initiieren eines **breit aufgesetzten Prozesses der Konzeptbildung** unter Teilnahme wichtiger Akteure inkl. BürgerInnenbeteiligung (siehe Sachverhalt Pkt 6)
 - c) Generieren von **Begleitmaßnahmen** (u.a. Marketing, Werbung, Akquisition) um die Konzepte mit Leben zu füllen.
 - d) (Mit-)Kompilieren eines im Gemeinderat **beschlussfähigen, detaillierten Umwidmungsplan/Masterplan**, basierend auf dem Konzeptbildungsprozess, der allen **Kriterien der Rechtssicherheit** entspricht.
 - e) Mittelfristig nach erfolgreichem Verhandlungsergebnis der Stadtgemeinde mit der SIVBEG **Unterstützung bei der Schaffung einer Entwicklungsgesellschaft**, an der die Stadtgemeinde Klosterneuburg mit anderen Stakeholdern, die sich aus dem Konzept ergeben, beteiligt ist.
- 14) Gute mir bekannte erste **Ansprechpartner** wären etwa:
Mag. Roland Jörg, Amt der Stadt Dornbirn, über die Erfahrungen/Exkursionen beim Städtetag in Dornbirn oder **Dr. Reinhard Seiß**, Stadtplaner, Buchautor, Konsulent, Wien

Beschluss:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadtgemeinde sucht eine/n externe/n Experten/Expertin der Stadterweiterung mit nachweislicher Erfahrung in der Nachnutzung bzw. Umnutzung brachliegender Areale sowie Erfahrung mit den niederösterreichischen Raumordnungseinheiten, um die in Pkt 13 (a-e) des Sachverhalts genannten Ziele zu erreichen.

Begründung der Dringlichkeit:

2013 ist es zu spät, einen solchen Prozess zu beginnen.

Zum Antrag sprachen: GR Dr. Schweeger-Exeli, GR DI Hofbauer, Vzbgm. Reg.Rat Raz, STR Dr. Mann, STR Dr. Pitschko

Wortmeldungen:

GR Dr. Schweeger-Exeli hält fest, dass es immer ganz wertvoll sei, sich anzuschauen, wie es anderswo ausschaue. Das sei in Göppingen und in Dornbirn zu sehen gewesen. Er möchte es kurz machen, obwohl der Antrag sehr lang sei und nicht auf alle Details eingehen. Hier sei er der Meinung, dass dieser Antrag genau im Planungsausschuss besprochen werden solle und Vzbgm. Raz das unter seine Fittiche nehmen werde. GR Dr. Schweeger-Exeli bringt sodann den Sachverhalt zur Kenntnis und kommentiert ihn.

GR DI Hofbauer meint, es wären deshalb Mandatare zum Städtetag geschickt worden, um die gesellschaftlichen Aspekte nicht zu vernachlässigen. Dass diese mit Ideen zurückkommen und damit den Gemeinderat belästigen, damit habe man offensichtlich nicht gerechnet. Der Antrag sei sehr interessant, doch habe ihn das überfordert, sich in der kurzen Zeit das zu Gemüte zu führen. Er sei diskussionswürdig. Es gebe, was städtebauliche Konzepte in Klosterneuburg anbelangt, auch Unterlagen, die schon in Vergessenheit geraten seien oder sein könnten. Diese habe er nicht bei sich zu Hause. Er weise nur darauf hin, dass er aus dem Amtsblatt aus dem Jahr 1995 entnommen habe, dass ein Weisenrat über Altstadterhaltung tagte. Er würde bitten, dass man sich mit dem Inhalt dieses Antrags auseinandersetze. Er wisse nicht, ob das jetzt in den Ausschuss komme, aber er würde vorschlagen, das auf die Tagesordnung des nächsten Gemeinderates zu setzen, damit man sich eingehend damit beschäftigen könne.

Vzbgm. Reg.Rat Raz freut sich, wenn der Gemeinderat zustimme, das im Planungsausschuss behandeln zu können. Er möchte nur darauf verweisen in Zusammenhang mit Konsulenten, die man brauche, auch einen ausgezeichneten Spitzenmann für Stadtplanung zu haben. Das wäre DI Schmid, der für die Stadtgemeinde Klosterneuburg arbeite. Er könnte sich vorstellen, diese Persönlichkeit in die Beratung einzubeziehen. **Er stellt offiziell den Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag in den Planungsausschuss zu verweisen.**

STR Dr. Mann hält fest, dass man mit dem Kasernengelände die einmalige Chance habe, hier ein neues Stadtgebiet für Klosterneuburg zu schaffen. Diese Chance sollte man sich nicht entgehen lassen, und man müsse sie nutzen im Sinne der Klosterneuburger Bevölkerung. Es gehe um erschwingliche Wohnungen, Arbeitsplätze, nahe Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz und um Infrastruktureinrichtungen, wie Schulen und Seniorenbetreuungseinrichtungen. All das brauche man in unserer Stadt, und es gebe nicht viel Platz in unserer Stadt. Hier habe man ein Gelände, auf dem man Platz habe, ein Gelände, das man nützen müsse. Wenn diese Chance nicht genutzt werde, dann sei sie für Jahrzehnte vorbei. Dann habe die Stadt wirklich einen schweren Verlust und eine riesige Chance nicht genutzt. Man habe auch ein Vorbild dafür. Die Seestadt im 22. Bezirk sei ein solches Vorbild. Das Gelände der Seestadt sei zwar viel zu groß, aber ein Modell, wie man das mache. Die Seestadt berge 22.000 Einwohner. Am Kasernengelände werden 2.000 bis zu 4.000 wohnen, arbeiten, leben können. Das müsse man im Sinne der Jugend von Klosterneuburg nützen. Man müsse den Jungen, die in Klosterneuburg keine erschwinglichen Wohnungen mehr finden, denen, die keine Arbeitsplätze in Klosterneuburg finden und nach Tulln oder Wien auspendeln müssen, man die Chance geben, in unserer Stadt zu arbeiten und zu leben. Daher sehe er diesen Antrag als einen sehr wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Er würde manches nicht so formulieren und anders sehen, aber er denke trotzdem, dass dieser Antrag ein richtiger und wichtiger Schritt sei, um etwas vorzubereiten, wie man so eine Stadtentwicklung mache. In diesem Sinne danke er dem Antragsteller Vzbgm. Raz und dem Antragsteller GR Schweeger. Er denke, dass man in einem Planungsausschuss die entsprechende Umsetzung eines solchen Beschlusses vom GR Dr. Schweeger-Exeli machen könne und dann wirklich das Projekt Stadtentwicklung Kasernengelände angehen. Wenn man es jetzt nicht angehe, dann sei diese Chance vorbei, eine Chance, die Klosterneuburg brauche.

STR Dr. Pitschko bemerkt, dass die Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und der SIVBEG angelaufen seien. Unter Punkt 10 im Antrag stehe, dass eine breitere Auslegung des öffentlichen Interesses zugrunde zu legen wäre. Zur Klarstellung fragt er, wer hier das öffentliche Interesse definiere und wer die Feststellung bestimme, ob das, was wir als öffentliches Interesse bezeichnen, als öffentliches Interesse gewertet werden könne?

Antwort des Bürgermeister: „Letztendlich die Finanzprokurator.“

STR Dr. Pitschko hält fest, dass man das auslegen könne wie man wolle, aber der, der es verkaufe, müsse erklären, dass das, was man vorhabe, öffentliches Interesse sei. Da gebe es keine Wünsch-dir-was-Veranstaltung, sondern den Nachweis des öffentlichen Interesses. Er habe nichts dagegen, wenn es im Ausschuss besprochen werde, nur warne er vor übertriebenen Erwartungen.

Gegenantrag (Vzbgm. Reg.Raz):

Der Dringlichkeitsantrag ist in den Planungsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

An Ausschuss verwiesen.

9.4	Bausperre für erhaltenswerte Gebäude im Grünland (Geb) - KG Kierling Nr. 14* & Nr. 47 und KG Klosterneuburg Nr. 45* & Nr. 46, KG Klosterneuburg Vorlage: GAIV-BD/0423/2012
------------	---

Der Auflageentwurf des Flächenwidmungsplanes des Änderungsverfahrens 01/2012 sieht die Streichung von vier erhaltenswerten Gebäuden im Grünland (Geb), Nr. 14*, Gdst.Nr. 821/2 und Nr. 47, Gdst.Nr. 791/22, KG Kierling sowie Nr. 45*, Gdst.Nr. 1164 und Nr. 46, Gdst.Nr. 2664/2 KG Klosterneuburg, vor.

Diese Geb's verfügen über eine ursprüngliche Baubewilligung auf Widerruf und eine oder mehrere unbefristete Baubewilligungen für Zu- und/oder Umbauten.

Bei einer Besprechung am 21.06.2012 im Amt der NÖ Landesregierung wurde mit dem zuständigen Abteilungsleiter entschieden, dass diesen Gebäuden aufgrund der derzeitigen Situation und Bescheidlage die Festlegung als erhaltenswertes Gebäude im Grünland (Geb) auch weiterhin zusteht.

Die Änderungspunkte des Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 151, 152, 154 und 155 werden daher nicht vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Klosterneuburg beschlossen.

Mit dieser Auflage wurden gleichzeitig alle bisher als Geb oder Geb* verordneten Gebäude im Grünland als Geb+ festgelegt. Es wäre daher sinnvoll, im nächsten Änderungsverfahren des Flächenwidmungsplanes die erhaltenswerten Gebäude im Grünland Nr. 14* und Nr. 47, KG Kierling sowie Nr. 45* und Nr. 46, KG Klosterneuburg in Geb+ abzuändern.

Zur Sicherung der Durchführung dieser Änderung des Flächenwidmungsplanes ist für die Grundstücke Gdst.Nr. 821/2 und 791/22, KG Kierling sowie Gdst.Nr. 1164 und 2664/2, KG Klosterneuburg eine Bausperre gem. § 23 NÖ Raumordnungsgesetz 1976 zu erlassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Klosterneuburg erlässt gem. § 23 des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 (NÖ ROG 1976) mit nachstehender Verordnung wegen der beabsichtigten Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes, und zwar des Flächenwidmungsplanes, eine Bausperre für die im § 2 dieser Verordnung festgelegten Grundstücke des Gemeindegebiets.

Anlage:

- Verordnung

Begründung der Dringlichkeit:

Für die Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes, und zwar des Flächenwidmungsplanes, ist eine ausführliche Grundlagenerhebung erforderlich. Es ist sicherzustellen, dass während der Vorbereitungszeit der Unterlagen zur Änderung des Flächenwidmungsplanes keine baulichen Erweiterungen für die erhaltenswerten Gebäude im Grünland (Geb), die nicht den Zielen der Bausperre entsprechen, bewilligt werden müssen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.5	Dringlichkeitsantrag Die Grünen - 14 Mio. Sanierung Happyland Vorlage: Bgm-Amt/0120/2012
-----	---

Auch die Klosterneuburger GRÜNEN halten eine umfangreiche Sanierung des Freizeitentrums „Happyland“ für unumgänglich. Eine Sanierung im Umfang von kreditfinanzierten 11,5 Millionen Euro, wie es die ÖVP plant, wird aber bei einer derzeitigen Rekordverschuldung der Stadt von 62 Millionen, Klosterneuburg auf Jahrzehnte fast jeder anderen Möglichkeit von maßgeblichen Zukunftsinvestitionen berauben. Für 2 ½ Jahrzehnte wird Klosterneuburg für diese Kreditaufnahme für das Happyland jährlich ca. 800.000,- an Kreditrückzahlungen leisten müssen. Aus GRÜNER Sicht bedeutet eine derartige Kreditbelastung für die kommenden 2 ½ Jahrzehnte den Verzicht auf andere notwendige Zukunftsinvestitionen und insbesondere für junge Generationen eine enorme finanzielle Belastung und eine Einschränkung ihrer zukünftigen Lebensgestaltung.

Das 14 Millionen Sanierungspaket wurde von der, mit absoluter Mehrheit regierenden ÖVP, ohne Einbindung der Klosterneuburger Bevölkerung oder der anderen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, noch des zuständigen Beirates des „Happylands“, erstellt. Eine Mitsprache oder Änderungen waren nicht möglich, die Sanierung lt. Aussage des Bürgermeisters alternativlos sei. Dieser Sichtweise treten die GRÜNEN entschieden entgegen.

Die GRÜNEN schlagen daher vor, das vorliegende Happyland Sanierungspaket hinsichtlich

- + des finanziellen Umfanges, der geplanten inhaltlichen Ausgestaltung,
- + des vorliegenden Konzeptes
- + sowie der terminlichen Reihenfolge (Prioritätensetzung) der Sanierungsbereiche

einer externen Überprüfung zu unterziehen. Dabei ist besondere Beachtung darauf zu nehmen, ob die darin enthaltenen Prognosen (Zunahme Besucherzahlen, Steigerung Umsätze um 50%, etc.) auf wirtschaftlich fundierten Prognosen beruhen.

Weiter ist unter breiter Einbindung der Klosterneuburger Bevölkerung (Infoveranstaltungen Bürgermeister im Ort, etc.) ein bürgerorientiertes Sanierungspaket zu erarbeiten.

Bezüglich der terminlichen Abfolge der Arbeiten an den betroffenen Sanierungsbereichen solle eine Prioritätenliste erstellt werden. So sollen etwa die Fußballbereiche, alleine auf Grund der derzeit schon ständigen Überbelegung der Spielplätze vorgezogen werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass auf Grund der schlechten Gesamtbudgetsituation Klosterneuburgs die Möglichkeit besteht, dass gegen Ende des Sanierungszeitraumes, Einsparungen vorgenommen werden müssen die dann vor allem den Fußballbereich treffen könnten.

Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung des Sanierungspaketes gibt es von den GRÜNEN nachstehend eine Diskussionsgrundlage:

Restaurant: Mit einer Investition von € 200.000,- ist es möglich für ein städtisches Hallenbad einen adäquaten Restaurationsbetrieb bereit zu stellen, € 400.000,- sind in Sparzeiten überzogen.

Sauna: Der Saunabereich wurde in den letzten Jahren um Millionen saniert, derzeit bezahlen wir noch diese Kreditraten zurück. Die Sauna ist somit auf einem Top Standard, eine Erweiterung kein „Muß“.

Eingang, Foyer, Mall, Laubengang: Der große Finanzaufwand von 800.000,- für diesen Bereich ist nicht vorrangig.

Schwimmbad: Die Sanierung der Schwimmbäder im Happyland umfasst im ÖVP Vorschlag ein Finanzvolumen von € 5 Mio. und ist damit der größte „Brocken der Sanierung. Aus Grüner Sicht braucht Klosterneuburg natürlich ein Hallenbad, in unserm Fall sind es zwei, das Sportbecken und das „Wellenbad“. Diese beiden Becken sollen saniert werden, das Freibecken soll aufgelassen werden, da es einerseits mit dem einige Meter entfernten Strandbad eine mehr als attraktive Sommerbademöglichkeit gibt und es andererseits in Zeiten der Rekordverschuldung der Stadt wirtschaftlich unverantwortlich ist, dass zwei defizitäre öffentliche Bäder in unmittelbarer Nähe geführt werden.

Sporthalle (Schulsport, Basketball, Badminton, Hallenfußball, etc.): Mit der Investition von 1,8 Mio. soll eine moderne

Sporthalle geschaffen werden. **Büro, Garderoben, KG:** Hier kann mit € 200.000,- das Auslangen gefunden werden.

Eislaufplatz : Da die Standortverlegung einen enormen Finanzaufwand bedarf, ist eine Sanierung des Eislaufplatzes mit € 300.000,- am Standort kostengünstiger.

Neues Club und Kabinengebäude: Durch den Verzicht auf diese neue Club- und Kabinengebäude können 1,2 Mio. eingespart werden.

Tennishalle: Der finanzielle Aufwand für die Sanierung bleibt mit 300.000,- Euro unverändert.

Tennis –Traglufthalle: Auf diese mit € 900.000,- budgetierten neu zu bauenden Halle ist zu verzichten.

Sanierung Fußball Rasenplatz, Neuer Kunstrasenplatz, Kleinfeld Platz: Auf Grund der enormen Nachfrage, sowie der derzeit schon nicht ausreichenden Platzzeiten, sind alle drei geplanten Investitionen vorzuziehen und in dem geplanten Gesamtumfang von 1,6 Mio. Euro zu realisieren.

Der finanzielle Aufwand für die Sanierung der Bereiche Leichtathletik/Laufbahn (€ 300.000,-), Tennisfreiplätze (€ 150.000,-) und allgemeine Infrastruktur (€300.000,-) bleiben unverändert zum ÖVP Konzept!

Beschluss:

Vor der endgültigen Beschlussfassung eines umfangreichen kreditfinanzierten Sanierungspaketes für das Freizeitzentrum Happyland wird, mit dem Ziel eine wesentliche finanzielle Reduzierung des Sanierungspaketes und eine breite Einbindung der Klosterneuburger Bevölkerung zu erreichen, folgende Vorgangsweise gewählt:

- 1) das Sanierungspaket wird unter breiterer Einbindung der Klosterneuburger Bevölkerung (Infoveranstaltungen) und der GR-Fraktionen überarbeitet.
- 2) das Sanierungspaket wird von einer unabhängigen Unternehmensberatung hinsichtlich seines wirtschaftlichen Prognoseplans und dessen Plausibilität überprüft.
- 3) da jedes Sanierungspaket der Sportstätten GmbH auf Grund der Rekordverschuldung Klosterneuburgs über Millionenkredite finanziert werden muss, und die entsprechenden Kreditrückzahlungen den Handlungsspielraum für andere städtische Investitionen über Jahrzehnte enorm einschränken, wird vor Beschlussfassung eine Befragung der Bevölkerung Klosterneuburgs abgehalten.

Begründung der Dringlichkeit

Die Klosterneuburger Bevölkerung wird in den nächsten 2 1/2 Jahrzehnten neben den bisherigen Schulden von 62 Millionen Euro auch für die Refinanzierung der kreditfinanzierten 11,5 Millionen der Happyland Sanierung, aufkommen müssen. Alleine diese Kreditaufnahme erfordert jährlich einen Finanzaufwand von ca. 800.000,- Euro. Dies bedeutet für die kommenden 25 Jahre für die Bevölkerung den Verzicht auf viele andere notwendige städtische Zukunftsinvestitionen. Insbesondere für die jungen Generationen wird dies eine finanzielle Belastung und eine Einschränkung ihrer zukünftigen Lebensgestaltung über Jahrzehnte bedeuten. Es ist daher selbstverständlich, dass auch die Bevölkerung Klosterneuburgs in die Entscheidung, ob sie diese Belastung übernehmen will, eingebunden wird.

Dieser Dringlichkeitsantrag wird gemeinsam mit TOP Ö6 behandelt.

Zum Antrag sprachen: STR Mag. Wimmer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, GR DI Hofbauer, GR Dr. Schweeger-Exeli. STR Dr. Mann, Vzbgm. Reg.Rat Raz, GR Rochlitz, GR Kehrner, STR Dr. Pitschko, STR KommR. Czerny, GR Mag. Zach, STRin Dr. Eder, STR Mayrhofer, STR DI Eigner, GR Spitzbart, STR Mag. Honeder, GR Essl

Wortmeldungen siehe TOP Ö6

Der Bürgermeister lässt über die drei Punkte einzeln abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1): 32 Gegenstimmen (ÖVP, SPÖ, STR Dr. Pitschko, GR Dr. Schweeger-Exeli)

Punkt 2): 31 Gegenstimmen (ÖVP, SPÖ, GR Dr. Schweeger-Exeli)

Punkt 3): 32 Gegenstimmen (ÖVP, SPÖ, STR Dr. Pitschko, GR Dr. Schweeger-Exeli) und
1 Enthaltung (GR Kehler)

Mehrheitlich abgelehnt.

9.6	Dringlichkeitsantrag Die Grünen - Golfplatzprojekt: Städtische Nachhaltigkeitsprüfung Vorlage: Bgm-Amt/0119/2012
------------	---

Da die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (SUP) nur die Umweltauswirkungen eines Projekts bewertet, hat der Stadtrat, um den berechtigten Widerständen der Klosterneuburger Landwirte gerecht zu werden beschlossen, dass auf Kosten der Klosterneuburger SteuerzahlerInnen zusätzlich zur SUP eine landwirtschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben wird. Die GRÜNEN Klosterneuburg unterstützen jede zusätzliche Prüfung des von großen Teilen der Klosterneuburger Bevölkerung abgelehnten Golfplatzprojektes. Da sich mehr als 2.000 KlosterneuburgerInnen öffentlich gegen das Golfplatzprojekt ausgesprochen haben und eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität befürchten, ist es daher mehr als berechtigt, dass neben der SUP (welche nur umweltrelevante Fragen behandelt) und dem zusätzlichen landwirtschaftlichen Gutachten auch eine gesamtstädtische Nachhaltigkeitsstudie erstellt wird. Daher beantragen wir hiermit neuerlich (ein Grüner GR-Antrag vom 2.März 2012 in diese Richtung wurde von der ÖVP im zuständigen Planungsausschuss abgelehnt), dass wie für den landwirtschaftlichen Bereich auch die gesamtstädtischen Auswirkungen des Golfplatzprojektes, also Vor- und Nachteile für die Stadt und seine Bevölkerung im Gesamten, wie z.B. wirtschaftliche und soziale Aspekte (Konflikte innerhalb der Bevölkerung, Erholungswert, Ersatz von Naherholungsflächen, Hundeauslaufzonen) etc., im Rahmen einer gesamtstädtischen Nachhaltigkeitsprüfung untersucht werden.

Es gibt verschiedene Organisationen, die sich mit solchen Fragen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit beschäftigen, eine davon ist die „denkstatt“ <http://www.denkstatt.at>

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Beauftragung einer umfassenden Studie, die sich mit der Frage beschäftigt, welche Auswirkungen das Golfplatzprojekt „Weißer Hof“ über die im ökologischen Bereich, und durch die SUP bereits abgedeckten Fragen hinaus gehend, hinsichtlich der ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit auf die Stadt in ihrer Gesamtheit hat.

Begründung der Dringlichkeit:

Der aktuelle Beginn des SUP Verfahrens.

Zum Antrag sprachen: STR Mag. Wimmer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, STR Dr. Pitschko, GR Kehrner, GR Dr. Schweeger-Exeli, GR Enzmann, GR Mag. Zach, GR DI Hofbauer, Vbzgm Reg.Rat Raz, STR Dr. Mann, STR Dr. Pitschko,

Wortmeldungen:

STR Mag. Wimmer erinnert, schon vor einiger Zeit einen Antrag zu diesem Thema eingebracht zu haben. Dieser sei dann im Planungsausschuss behandelt worden mit der Stellungnahme, da dieser Antrag in der SUP enthalten sein müsste, werde er nicht weiter behandelt. Nun sei die SUP da und die Punkte, die sie betreffend Nachhaltigkeitsprüfung sehen, seien in der SUP nicht enthalten, wie, welche Bevölkerungsgruppen gewinnen – welche verlieren, die Frage, wie sich das auf die Kommunalsteuer auswirken werde, welche Betriebe profitieren werden. Daher bringen die Grünen noch einmal diesen Antrag ein, eine Gesamtstudie für die Stadtgemeinde zu erstellen, die über die SUP hinausgehe. Die Stadt habe das schon in kleinen wirtschaftlichen Bereichen gemacht, und Bereiche, die nicht von der SUP erfasst werden, sollen in einer eigenen Studie erfasst werden. Das sei durchaus legitim, dass man diese weitreichenden Auswirkungen auf die Stadt in einer eigenen Studie erhebe.

Der Bürgermeister führt kurz an, warum es nicht in der SUP enthalten sei. Es sei deshalb, weil es nicht SUP-relevant sei. Auch möchte er ganz kurz erwähnen, dass das Inhalt des Initiativantrages sei, der zur Zeit in Unterschriftenlisten aufliege.

STR Dr. Pitschko meint, dass man sich schon eine Meinung gebildet haben sollte, ob man für oder gegen den Golfplatz sei. Die FPÖ lehne alle Untersuchungen ab, so wie sie auch im Stadtrat schon das landwirtschaftliche Gutachten abgelehnt habe. Er sehe gar nicht ein, warum man € 5.000,-- in die Hand nehmen sollte oder genommen habe, weil es schon beschlossen sei, um ein landwirtschaftliches Gutachten zu erstellen. Er sei sowieso dagegen und brauche daher das nicht. Wenn er dagegen sei, dann brauche er auch keine Gutachten, keine Studien und gar nichts. Es sei interessant und er müsse fragen, wer in diesem Gutachten die Bauern vertrete. Genau das, was Herr Neidl eingangs gesagt habe, sei die Argumentation der FPÖ gewesen, warum sie gar nicht prüfen wollen, ob dort ein Golfplatz wirtschaftlich sinnvoll sei. Das sei eine landwirtschaftliche Fläche, die landwirtschaftlich zu nutzen sei, aus bestimmten Gründen im Interesse für die Bauern und wenn die AUVA das Grundstück nicht mehr haben wolle, dann solle sie es uns zum Kauf anbieten und wir werden es kaufen zum Agrarlandpreis. Dann könne man es noch immer an die Bauern verpachten. Daher lehne er auch diesen Antrag ab. Immer diese Wirtschaftlichkeit, die Nachhaltigkeit und die Arbeitsplätze – es komme ja auch keiner auf die Idee, den Wienerwald abzuholzen, weil es wirtschaftlich sehr interessant wäre, das Holz verkaufen könnte und wertvolles Bauland erschließen und hätte dadurch für die Wirtschaft viele Aufträge. Diese Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit interessiere ihn nicht in diesem Zusammenhang. Wenn er sage, dort oben sei landwirtschaftliche Fläche und diese sei für die Landwirtschaft zu nutzen, dann brauche er keine Gutachten, und der Wienerwald habe der Wienerwald zu bleiben. Da sei ohnehin schon zu viel hineingesiedelt worden, und dort werde auch nicht abgeholzt. Man würde nie eine Diskussion anfangen über die Widmung Grünland Forst gegenüber Bauland. Er fragt, was diese ständige Gutachten-Beauftragung solle?

Der Bürgermeister wirft ein, dass der Wienerwald forstwirtschaftliche genutzt werde, und mit dem Bauen sei es in den letzten Jahrzehnten ein bisschen weniger geworden. Die Prüfungswünsche aber seien sehr breit in der Bevölkerung, weil sonst würden nicht einige Hundert zunächst einmal diesen Initiativantrag unterschreiben.

GR Kehrner vermerkt, dass er diesem Antrag zustimmen werde, weil er denke, dass eine SUP und die Folge daraus Voraussetzung sei, dass ein solches Projekt durchgesetzt werde. Das sollte Entscheidungsgrundlage sein, ob es gut oder nicht gut für die Stadt wäre. Er könne sich nicht vorstellen, dass dieses Gutachten positiv für den Golfplatz ausginge, wenn es unabhängig und sorgfältig gemacht würde. Allerdings möchte er das Gutachten habe.

GR Dr. Schweeger-Exeli glaubt, dass der Antrag bis zu einem gewissen Grad deshalb entbehrlich sei, ohne die Absicht dahinter schlecht machen zu wollen, weil die Stadtgemeinde im Wesentlichen verpflichtet sei, einen Motivenbericht zu schreiben. Ein Motivenbericht sei Bestandteil der SUP und heiße, dass gezeigt werden müsse, warum die Stadtgemeinde Interesse habe an einem solchen Projekt. Das müsse nachvollziehbar dokumentiert werden. Zu diesem Motivenbericht gehöre auch die Motivation, ob es Gewinner oder Verlierer gebe. Es gehöre dazu, ob es sonstige Profiteure gebe, ob die Stadtgemeinde etwas für die Nachhaltigkeit mache. Im Grunde genommen dürfe die Stadtgemeinde einem solchen Antrag nur zustimmen, wenn sie ein Interesse nachweisen könne für sich selbst und für ihre Bevölkerung. Das heiße mit anderen Worten, dass das entbehrlich sei. Er warte schon sehr gespannt darauf, was in diesem Motivenbericht alles drinnen stehen werde. Um den werde die Stadtgemeinde nicht herumkommen, und er sollte wahrscheinlich kein Wischi-waschi-Bericht sein, weil dieser Motivenbericht an das Land geliefert werden und dementsprechend formuliert sein müsse – nachvollziehbar, warum wir das wollen. Dass man sich so lange Zeit lasse und sage, zunächst ein paar Prüfungen zu machen und zu warten und man lasse die SUP ablaufen und dann je nach den Ergebnissen der SUP bastle man den Motivenbericht noch hintennach. Das erinnere ihn an die Methode, dass ein völlig Betrunkener in einem Wirtshaus durch die Gegend schieße und dann male man um die Einschusslöcher eine

Zielscheibe, damit dieser das phantastische Gefühl habe, auch betrunken getroffen zu haben.

GRin Enzmann bemerkt – was es hier nur selten gebe –, dass man heute schon im Umweltbericht von GR Fanta gehört habe, dass drei Landwirte wegen der Artenvielfalt und des Wiesenpflegens ausgezeichnet worden seien beim Tag der Artenvielfalt. Sie wisse nicht, wie weit sich GR Fanta exponiere beim Golfplatz, bei Neidl und Vitovec wisse sie, dass sie gegen den Golfplatz seien. Diese seien bei den Ausgezeichneten für die Artenvielfalt und die Wiesen, die sie pflegen und die Schmetterlinge und die Blumenvielfalt, und man sei dabei, das tot zu machen. Dann sei es da zwar grün, aber kein Leben mehr drinnen. Da werde mit Pestiziden gearbeitet – sie wisse schon, dass das viel besser sei als vor 100 Jahren –, aber trotzdem, das seien engagierte Landwirte und das mache man kaputt. In der letzten Sitzung habe ein Herr, dessen Namen sie nicht mehr wisse, über das Bienensterben aufgeklärt. Die Golfer werden sich freuen, wenn die Bienen kommen und summen, aber die komme dann nicht mehr. Sie habe sich das angeschaut und in ihrer beruflichen Laufbahn als Journalistin – sie sei keine Golferin – einige Geschichten über Golfplätze geschrieben. Es gebe diesen Initiativantrag und die Unterschriftenliste an den Gemeinderat, die auch in dem Antrag der Grünen erwähnt sei, wo man über 2.000 Unterschriften gesammelt habe. Hut ab! 2.000 KlosterneuburgerInnen sagen: „Nein, danke.“ In ganz Österreich gebe es 100.000 Golfspieler. Zur Relation: 2.000 haben da Nein gesagt, 100.000 gebe es nur in ganz Österreich. In Wien gebe es 2.000, in NÖ. rund 20.000. Die Jugendarbeit sei, was sie aus ihrer journalistischen Tätigkeit wisse, sehr zäh. Es sei nicht dieser Trendsport schlechthin. Warum das in Klosterneuburg auf einmal anders sein sollte als in Adamsthal oder Goldegg bei St. Pölten oder Krems wisse sie nicht. Man mache Natur kaputt aufgrund von Phantasiezahlen – so wie beim Happyland, wo 35.000 mehr kommen sollen. Es werden beim Golfplatz auf einmal 100.000 mehr sein, die die Stadt, den Golfplatz, unsere Gastronomie und Shops – welche wisse sie nicht, aber es werde dann schon welche geben, wo man Golfplätze kaufen könne – bevölkern. Es werde die Klosterneuburger Wirtschaft ungeheuer hinauftreiben. Dafür sage sie, dass die politische Absichtserklärung in der Mehrheit scheine, weil die SPÖ-Fraktion auch fürs Kaputtmachen von Natur sei, weil sie auch für Golfplatz sei.

Daraufhin kommt es zu einer kurzen Debatte zwischen STR Hava und GRin Enzmann.

Ihre Bitte sei, jedes Mittel zu ergreifen, um dieses Projekt zu prüfen bis in die letzte Ecke hinein. Da könne sie sich leider nicht wie STR Dr. Pitschko verhalten, einfach dagegen zu sein. Weil die Mehrheit dafür sei, müssen die Leute, die dagegen seien, kämpfen, dass wirklich jeder kleinste Grashalm dieses Wahnsinns für die Natur geprüft werde.

GR Mag. Zach meint, wenn STR Dr. Pitschko es wirklich ernst meine mit seiner Gegnerschaft, dann müsste er zustimmen aus einer strategischen Überlegung heraus. Auch die Grünen – wie Andere in diesem Gemeinderat – seien ganz klar gegen dieses Projekt. Nur, wenn man merke, dass es sich zu einer Befürwortung in der Entscheidungsebene zusammenbraue, dann möchte er er als politisch Aktiver, der hier Möglichkeiten habe, jedes Mittel ausgenutzt wissen. Das möchte er dazu sagen, warum sie diesen Antrag und auch diese Prüfung für so wichtig halten. GR Kehrner habe es gesagt, dass er sich gar nicht vorstellen könne, dass etwas Positives herauskäme. Das würde ihn (Zach) sehr freuen würde, aber er wisse es nicht, weil es auch den Gegnern und den Anderen ein Argument gebe, dass eben nichts gewesen sei. Es sei klar, dass jede Prüfung durchzuführen sei. Zum Antrag selbst sei im Ausschuss und auch von GR Dr. Schweeger-Exeli erklärt worden, es würde ohnehin das alles in der Scopingliste enthalten sein und es wäre daher nicht notwendig, weil es ohnehin Teil der Scopingprüfung sei. Sie haben aber gemerkt, dass es nicht so sei. Jetzt sage GR Dr. Schweeger-Exeli, dass alles im Motivenbericht stehen würde. Wenn es den gebe und wenn es drinnen stehen solle, dann hätte er gerne, dass ihn ein qualifizierter externer Dritter mache, um sich ein klares Umfragebild machen zu können. Aus dem heraus abzuleiten, sei ein netter Versuch, aber nicht notwendig, und er finde es eigenartig. Er hätte das gerne klar und von einer kompetenten

Firma geprüft, dass es Grundlage für alle, die da sitzen sei und nicht nur für die, die schon wissen, dass sie dagegen seien – als Grundlage für alle, die diese Entscheidung zu treffen haben.

GR DI Hofbauer möchte zum Thema Golfplatz nur am Rande etwas sagen, und zwar deshalb, weil die gesamte Diskussion bisher in der Öffentlichkeit nicht so geführt werde, wie sie geführt werden sollte. Den meisten Leuten fehlen die wichtigen und wesentlichen Informationen. Da werde über Dinge gesprochen, die hanebüchen seien. Daher werde er dazu nichts sagen. Er möchte darauf hinweisen, weil vom Wienerwald die Rede gewesen sei, dass es zwei Broschüren von Dr. Wonka gebe um € 35,--. Er würde empfehlen, vor allem denen, die sich damit auseinander setzten wollen und den Umweltgemeinderäten, diese Broschüren zu kaufen und zu studieren. Bei der Angst, dass bei diesem Golfplatz die Artenvielfalt zu kurz käme, wünschte er sich, dass alle Gegner sich in ihren Gärten da oben um die Artenvielfalt mehr annehmen würden. Er habe das schon mehrfach gesagt, dass dort oben eine Artenvielfalt mit Millionen Schmetterlingen, Insekten und ein paar Buben, die Indianer gespielt haben, gewesen sei. Jetzt stehen dort Villen mit Rasen, und alle Maulwürfe, soferne sie noch da seien, werden ermordet und Gift werde gespritzt, aber wenn es gegen den Golfplatz gehe, da werde unterschrieben. Er wünschte sich wirklich, dass die Leute mehr ihr Gewissen erforschen und vielleicht sagen, die Artenvielfalt in ihren Gärten ein bisschen erhalten zu wollen. Sie können zu ihm kommen und schauen, wie es bei ihm sei. Da oben werde in den Gärten jede Woche der Rasen gemäht und drei Stunden mache ein Rasenmäher einen Wirbel und stinke, aber wenn es gegen den Golfplatz gehe, dann unterschreiben sie. Vielleicht käme in diese Richtung etwas Positives heraus und sein schon Jahrzehnte langer Appell würde gehört, ein bisschen mehr Naturwiesen in den eigenen Gärten zuzulassen, das Schützen der Artenvielfalt und bei sich selbst anzufangen. Diesen Appell richte er mit Nachdruck an die Golfplatzgegner, die Angst haben, dass damit die Natur zerstört werde. Er habe sich nicht für den Golfplatz ausgesprochen, sondern nur gesagt, es sollten alle ihr Gewissen erforschen und die Artenvielfalt schützen.

GR Kehrner meint, dass das natürlich gut wäre, was GR DI Hofbauer gesagt hatte, dass das alle Leute machten, aber ein Sympathisieren mit Befürwortern oder Gegnern sollte überhaupt nichts für die Entscheidung zu tun haben. Das sei viel zu subjektiv und so sollte man auf dieser Ebene überhaupt nicht denken. Dieser Motivenbericht sollte genau auf so etwas beruhen, weil sonst wäre dieser auch subjektiv. Um die Motive zu formulieren, müsste zunächst so eine Studie erstellt werden. Es sei die Frage, wie man zu einem ausgewogenen Motiv komme, wenn man nicht einen Nutzen oder die Auswirkung prüfe.

GR Dr. Schweeger-Exeli erklärt, dass das seines Wissens nach Bestandteil des SUP-Ablaufes sei. Dort sei ein Motivenbericht vorzulegen. Man könne ihm widersprechen, wenn das nicht zutreffend sei, dass das Bestandteil des Motivenberichtes sein sollte, sei für ihn klar.

Der Bürgermeister bestätigt, dass ein Motivenbericht Bestandteil jeder SUP sei.

GR Kehrner vermerkt, dass ihm das mit dem Motivenbericht klar sei, doch wie man zu dem komme. Der Motivenbericht sollte Bestandteil der gesamten Entscheidung sein und auf den müsse man sich konzentrieren. Der Motivenbericht sei der, auf dem die Entscheidungen des Gemeinderates getroffen werden sollen. Wenn man etwas formuliere, weil man nur etwas formulieren müsse, dann sei das nicht genug, sondern man müsse sich auf diesen Punkt spezialisieren, auf Grund dessen man die Entscheidung fällen solle.

Vzbgm. Reg.Rat Raz hält fest, dass der Bürgermeister zu Beginn gesagt habe, dass dieser Sachverhalt Bestandteil eines Initiativantrages sei, der im Herbst in die Sitzung kommen werde. Dazu möchte er sagen, dass die ÖVP dieses Votum sehr ernst nehme. Ein Initiativantrag mit Unterschriftenliste sei ein Votum. Deshalb schlage er vor, dieses Votum abzuwarten. Insoferne

wäre es interessant und gut, wenn es sich von der Zeitfolge ausginge, wenn man bis dahin schon in ein Ergebnis der SUP vom Land Einsicht nehmen könnte. Der Antrag gehe ohnehin in verschiedenen Punkten auf Grund der Scopingliste nicht zu beschließen. Man würde die Möglichkeit schaffen, beim Initiativantrag, der im Gemeinderat behandelt werden müsse, diesen Antrag mitzubehandeln und auf der anderen Seite hätte man schon eine Grundlage.

STR Dr. Mann bemerkt, traurig zu sein, weil er über die Wortmeldung von GRin Enzmann verwundert sei. Wäre eine solche Wortmeldung von jemand Anderen gekommen, dann hätte er gedacht, dass der es nicht besser wisse oder dass der der SPÖ etwas unterstellen möchte. Er kenne jedoch GRin Enzmann als jemand, der sehr seriös in den Ausschüssen arbeite und eine hervorragende Arbeit leiste. Es bleibe da nur die Schlussfolge, dass ihnen im Gemeinderat nicht zugehört worden sei, was sie gesagt haben. Sie von der SPÖ haben gesagt, nicht für das Projekt Golfplatz, aber auch nicht dagegen zu sein. Sie nehmen diesen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag, den sie mit der ÖVP eingebracht haben, durchaus ernst. Ihnen gehe es darum, für Investoren klare Regeln zu setzen, Regeln nach denen sich der Investor richten könne und die Bevölkerung zu schützen und berechnete Ängste der Bevölkerung aufzugreifen. Die Biotop-Kardierung sei z.B. ein Punkt, der von GRin Höng vehement bei der Partei eingebracht und von ihr in diesen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag mit der ÖVP eingebracht worden sei. Sie von der SPÖ seien daher weder Golfplatzgegner noch –befürworter. Sie wollen ein faires Verfahren, rechtlich korrekte Bedingungen, und er sei traurig, wenn man ihnen unterstelle, dass sie für oder gegen den Goldplatz a priori seien. Das seien sie nicht. Er möchte das im Protokoll und hier ausdrücklich feststellen, dass das ein Verfahren ohne vorgezeichneten und vorgegebenen Ausgang sei. Das sei ein Verfahren, das auf das Genaueste geprüft werden müsse, bei dem alle rechtlichen Bedingungen eingehalten werden und das korrektes abgeführt werde. Man habe hier einen Antrag – und das mache ihn auch traurig -, der relativ ungenau sei. Er sei deshalb relativ ungenau, weil er nicht wirklich auf die Punkte eingehen könne, die hier in der Prüfung seien. Man wisse, dass jemand plane, hier einen Golfplatz zu bauen. Daraus konkrete soziale und wirtschaftliche Folgen für die Stadt abzuleiten gehe in Richtung Kaffeesud lesen. Das könne es nicht sein, dass hier ein Verfahren einer wirtschaftlichen Prüfung eingeleitet und Geld für ein Verfahren ausgegeben werde, wo einfach die Grundlagen und die Fakten nicht vorhanden seien. Was der SPÖ wichtig sei, dass in einem SUP-Verfahren sämtliche Punkte dieses Dringlichkeitsantrages berücksichtigt seien und sämtliche Punkte des angekündigten Initiativantrages der Golfplatzgegner, mit Ausnahme des Punktes Wirtschaftlichkeit. Der Punkt Wirtschaftlichkeit sei deshalb im Moment nicht zu überprüfen, weil die Daten, um eine seriöse Prüfung durchzuführen, einfach nicht vorliegen. Was solle man prüfen, wenn man wisse, dort oben wolle jemand etwas bauen? Dafür brauche man Daten und selbst dann sei die Auswirkung des Projekts auf die Stadt nicht absehbar. Daher sei dieser Antrag zwar gut gemeint, aber er gehe im Moment am Ziel vorbei.

STR Dr. Pitschko erörtert, dass sich ein Klosterneuburger Bauer hier im Gemeinderat herstellt und die Existenzängste der letzten in Klosterneuburg verbliebenen Bauern geschildert habe. Wem so eine Schilderung im Gemeinderat nicht bewege nachzudenken, wem hier der Vorzug einzuräumen sei, der Klosterneuburger Bauernschaft oder irgendeinem Investor, der von irgendwo herkomme und ein Geschäft machen wolle, dann wisse er nicht, wofür dieser Gemeinderat von der Klosterneuburger Bevölkerung gewählt sei.

STR Mag. Wimmer meint, dass ihn schon seit Jahren nichts mehr traurig mache, was er von der SPÖ höre, als das heute, dass er die Interessen der Investoren gesichert haben wolle, dass sie wissen, worauf es bei dem Golfplatzprojekt ankomme..

STR Dr. Mann ruft dazwischen, ob STR Mag. Wimmer schon wieder nicht zugehört haben. Er bittet, das nächste Mal zuzuhören.

STR Mag. Wimmer sagt, (Wortprotokoll): „Wenn Kollege Mann nicht fähig ist, in einer vernünftigen ..., das kann er beim ÖGB machen oder sonst wo, da hat er einen sicheren Platz im Endeffekt. (Die gesamte Wortmeldung ist in der der Aufzeichnung nicht zu verstehen) „Die SPÖ, das behaupte ich hier, wird bei diesem Golfplatz schlussendlich zustimmen. So wird es sein. Wir werden es sehen, wer Recht behält. Er unterstelle nichts, er behaupte es.“

Der Bürgermeister ruft STR Mag. Wimmer zur Sache. Ob die SPÖ hier zustimme oder nicht, könne man hier gar nicht beschließen. Die Behauptung gegenüber STR Dr. Mann sei unnötig gewesen.

STR Mag. Wimmer bittet, dass er nicht unterbrochen werde. Die Behauptung sei nicht unnötig gewesen, weil er sich von STR Dr. Mann nicht sagen lasse, was er gesagt habe.

Dem Vorschlag von Vzbgm. Reg.Rat Raz werde er zustimmen. Es wäre einfacher für die Bürgerinitiative, sie müssten nicht diese Unterschriften sammeln, sondern hätten das mit dem Antrag, den die Grünen eingebracht haben, klar erreicht. Die Grünen haben grundsätzlich nichts dagegen, wenn klar zugesagt werde, wenn der Initiativantrag vorliege, dass das behandelt werde. Es könne in diesem Antrag eben nicht klar vorliegen, was sie geprüft haben wollen, weil man es eben nicht wisse und dafür die Studie beauftragen wolle. Wenn man es schon konkret wüsste, dann bräuchte man diese Studie nicht. Sie wollen ganz klar das, das und das beantwortet haben. Daher haben sie diesen Antrag eingebracht, und das sei ihr Zugang dazu.

STR Mag. Wimmer entschuldigt sich bei STR Dr. Mann, dass er sich persönlich angegriffen gefühlt habe. Er habe sich auch persönlich angegriffen gefühlt. Er verstehe aber die SPÖ nicht, warum sie diesem Antrag nicht zustimmen werden und das nicht wolle, dass eine zusätzliche Prüfung in einem Bereich erwirkt solle. Er schaue sich das schließlich auch an, ob da etwas dabei sei. Es wäre für alle ein Vorteil, dass zusätzliche Dinge geprüft werden – und da verstehe er die Haltung der SPÖ nicht. Es sei durchaus legitim, das in Frage zu stellen. Wenn die SPÖ diese Fragen nicht behandelt haben wolle, dann denke er, dass sie gar nicht so interessiert sei, alle wirklich relevanten Dinge auf dem Tisch zu haben, und das irritiere ihn. Das müsse er respektieren und so hinnehmen. Die Grünen stimmen dem Vorschlag von Vzbgm. Reg.Rat Raz zu, den Initiativantrag abzuwarten, wollen aber, dass der Antrag dann in dem Maße behandelt werde.

GR Mag. Zach bekundet, dass es jetzt einen fraktionsinternen Konflikt gebe. Er würde dem, was Vzbgm. Reg.Rat Raz gesagt habe, nicht so ohne Weiteres zustimmen. Er würde das gerne präzisieren. Er sehe das schon als Aufschieben und gehe davon aus, dass man die entsprechenden Unterschriften im Herbst haben werde. Er halte jedoch diesen Antrag oder das, was da vorliege für so wichtig, dass er es nicht abhängig machen wolle von etwas Anderen. Er würde dafür plädieren. Den Gegenantrag, abzuwarten, was im Herbst komme, könne er sich nicht anschließen und dadurch seinen eigenen Antrag abzulehnen. Womit er sich anfreunden könnte wäre, die Entscheidung über den Antrag aufzuschieben. Eine Ablehnung halte er für nicht seriös. Dazu müsse er noch sagen, dass es selbstverständlich genau solche Studien gebe für Golfplätze. Man könne daher nicht sagen, das nicht prüfen zu können, gehe es doch hier um die Grundfrage, ob es unserer Stadt bräuchte – abgesehen von den Umweltauswirkungen, die ganz relevant seien, was dieses Megaprojekt dort oben bedeute. Wenn Frank Stronach seine Kugel irgendwo hinbauen wolle, dann überlege sich die betroffene Gemeinde - hoffentlich - auch, was das ganz allgemein heiße - ökonomisch, sozial, was mit den Leuten passiere, wenn auf einmal 100.000 Leute kommen und alle diese Dinge. Hier bei einem Golfplatzprojekt, das schon so weit gediehen sei, von Experten zu prüfen, gehe selbstverständlich. Da herzugehen und zu sagen, man könne es nicht machen, sei nicht ganz seriös. Den Antrag jetzt abzulehnen, in der Hoffnung, dass er im Herbst ohnehin komme, könne er jetzt nicht zustimmen. Wo er sich einverstanden erklären könnte, wäre, die Entscheidung darüber bis zum Herbst aufzuschieben.

GRin Enzmann betont, es treffe sie sehr, dass die SPÖ traurig sei. Sie wollte das nicht. Sie nehme zur Kenntnis, dass sie weder für noch gegen einen Golfplatz sei und noch keine Meinung dazu habe und das abwarte. Wenn ihr jedoch Vertreter der Sozialdemokraten etwas über die Chancen von Arbeitsplätzen und die seltenen Orchideenarten, die auf Golfplätzen seien, erzählt haben, dann habe sie den Fehler begangen herzuleiten, die SPÖ wäre dafür. Es tue ihr leid, dass sie Aussagen einiger ihrer Mitglieder falsch interpretiert habe.

Gegenantrag (Vzbgm. Reg.Rat Raz):

Der Antrag wird bis zum Einlangen des Initiativantrages der Golfplatzgegner zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

(STR Mag. Wimmer verlässt die Sitzung um 22:10 Uhr.)

Zurückgestellt.

9.7	Dringlichkeitsantrag GR DI Hofbauer - Installierung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens Vorlage: Bgm-Amt/0121/2012
-----	--

Wie in anderen Gemeinden und Gebietskörperschaften auch, gab es und gibt es nach wie vor bei den GemeindebürgerInnen unterschiedliche bzw. gegensätzliche Auffassungen über kommunale Entscheidungen, bzw. kommunale Entscheidungen, die oft wesentlichen Einfluss auf private Vorhaben beinhalten. Die Diskussionen werden vielfach, sowohl von Gegnern als auch von Befürwortern, eines Projektes sehr emotional und unter Vernachlässigung sachlicher Argumente geführt. Subjektive Interessen einzelner Personen werden leider von diesen zu generellen Bürgeranliegen hoch stilisiert. Vielfach nehmen Bürgerinitiativen für ihr Anliegen ein Alleinvertretungsrecht in Anspruch. („Die Bürger wollen das nicht bzw. wollen es nicht!“)

Es besteht hingegen kein Zweifel daran, dass dem durchaus berechtigten Ruf nach Demokratiereformen und Mitspracherecht der BürgerInnen bei öffentlichen Anliegen bzw. Anliegen und Projekten, die öffentliches Interesse berühren, Rechnung getragen werden muss.

Beim 62.Österreichischen Städtetag 2012 in Dornbirn widmete sich der Arbeitskreis „Zivilgesellschaftliche Partizipation – neue Wege des Politischen Engagements“ diesem Thema. Dem gegenständlichen Antragsteller stehen zunächst nur die schriftlichen Unterlagen zur Verfügung, da er am Arbeitskreis „Zukunft Stadtregion“ teilgenommen hatte.

Aus dem Arbeitskreis „Bürgerinnenbeteiligung“ sollte dem Referat des Bürgermeister der Stadtgemeinde Schwechat zum Thema Bürgerinnenbeteiligung in Schwechat besonderes Augenmerk zugewendet werden. (Kernaussage: Wenn man Entscheidungen FÜR die Bürgerinnen treffen möchte und nicht GEGEN sie, ist ihre Einbindung in wichtige Entscheidungsprozesse der Stadt von elementarer Bedeutung.)

Als beispielhaft und im Grundsatz zu berücksichtigen sollte auch die Feststellung des Referenten Univ.-Prof. Dr. Bruno Kaufmann gesehen werden. „Traditionell spielt Transparenz in der Schwedischen Verwaltung eine wichtige Rolle. Seit dem 17.Jahrhundert gibt es in Schweden ein Öffentlichkeitsrecht auf nationaler Ebene und damit einen Grundsatz, der das Amtsgeheimnis zur begründungspflichtigen Ausnahme macht.

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat fasst den folgenden Grundsatzbeschluss:

1.) Es wird ein für Klosterneuburg geltendes „BürgerInnen- Mit-Wirkungskonzept erarbeitet, durch welches den BürgerInnen Mitwirkung bei öffentlichen Anliegen in kommunale Entscheidungsprozesse gewährleistet.

Begründung der Dringlichkeit: Aktuelle Projekte werden bzw. wurden) in der Öffentlichkeit diskutiert bzw. daran Kritik geübt, wobei wegen der vielfach einseitigen Information durch Befürworter und Gegner die Möglichkeit objektiver und sachlicher Beurteilung für die BürgerInnen leider in den Hintergrund gerät. Objektive Information über alle Pro-und Kontra -Argumente und zur Mitwirkung der BürgerInnen auf Grundlage dieser Information und auf dem Wege demokratischer Meinungsfindung sollte so rasch als möglich umsetzbar sein.

Zum Antrag sprachen: GR DI Hofbauer, GR Dr. Schweeger-Exeli, STR Mag. Honeder

Wortmeldungen: (MD II)

GR DI Hofbauer bemerkt, obwohl er beim Städtetag nicht in diesem Ausschuss gewesen sei, dass er sich die Unterlagen zu Gemüte geführt habe, weil ihn das sehr interessiere, und da gebe es Beispiele in den Referaten. Der Vortrag von NAbg. Facekas, Bürgermeister von Schwechat, habe ihn sehr beeindruckt. Es gebe dort die Möglichkeit eines Bürgerbeteiligungsverfahrens, obwohl er nicht genau wisse, wie sich das abspiele, aber es wäre interessant, sich mit dieser Frage auseinander zu setzen. Das, was man heute diskutiere und schon früher diskutiert habe, Golfplatz, Happyland, früher Umfahrung, dazu fehlen bzw. fehlten in den ganzen Diskussionen in der Öffentlichkeit den meisten Menschen die wirklichen Informationen. Diese fallen auf Schlagworte ein – berechtigt – dass man dann z.B. kein Wasser in der Sahel-Zone habe und dann müsse man denen erklären, dass das nicht stimme. Er könnte sich vorstellen, auch wenn das nicht 100 %ig ausformuliert sei, und das wäre sein Anliegen, dass man auf diesem Wege vielleicht erreichen könnte, dass man bei Projekten, die die Bevölkerung besonders bewegen und sie betreffen, ein anderes Verfahren zu einer Meinungsbildung finde, als es jetzt sei und nicht diese Streitereien. Es sollten seiner Meinung nach allen Gegnern und Befürwortern alle Argumente zur Kenntnis gelangen. Sie sollten untermauert werden können – man könne dazu im Internet nachschauen und entsprechende Erfahrungen woanders dazu sammeln – und dann könnte man vielleicht in Zukunft dazu kommen, dass solche Diskussionen in einer etwas kultivierteren Form durchgeführt werden, wozu es Beispiele gebe. Z.B. habe ein Bruno Kaufmann zu einem schwedischen Modell gesprochen, und zwar – er zitiere: „Traditionell spielt Transparenz in der schwedischen Verwaltung eine wichtige Rolle. Seit dem 17. Jahrhundert gibt es in Schweden ein Öffentlichkeitsrecht auf nationaler Ebene und damit einen Grundsatz, der das Amtsgeheimnis zur begründungspflichtigen Ausnahme macht.“ Das wäre auch anzuwenden gewesen, was man lange im Ausschuss von Vzbgm. Reg.Rat Raz diskutiert habe. Er habe einmal einen Antrag gestellt, es sollte grundsätzlich beschlossen werden, es gelte für Klosterneuburg, dass BürgerInnen Mitwirkungskonzepte erarbeiten, durch welches die

Mitwirkung von BürgerInnen bei öffentlichen Anliegen Entscheidungsprozesse gewährleiste. Ob das jetzt in einen Ausschuss komme ob man einen Arbeitskreis bilde, stehe frei. Vor allem sollte man einmal nach Schwechat fahren und sich erkundigen, wie das dort sei. Er bittet im Interesse einer Demokratisierung und einer kultivierten Diskussion in Zukunft, diesem Antrag grundsätzlich die Zustimmung zu erteilen.

GR Dr. Schweeger-Exeli meint, dass man nicht mit allzu großem Optimismus an die Sache herangehen sollte. Er denke, es habe sich in Dornbirn gezeigt, dass ein großes Maß an Skepsis vorhanden sei. Er befürworte selbstverständlich BürgerInnenbeteiligung in sehr hohem Ausmaß. Der Antrag sei hier ein bisschen „schleißig“ formuliert – er hätte ihn anders gemacht. Österreich habe da einen ziemlich weiten Weg vor sich und sei nicht so weit wie die Schweiz, die Erfahrung habe mit BürgerInnenbeteiligungsprozessen. Was ihm sehr wesentlich erscheine, sei, dass es nicht darum gehe, eine indirekte Demokratie (über VolksvertreterInnen) zu ersetzen, sondern sie zu erweitern. Deshalb, weil bei Projekten die Beteiligung von BürgerInnen das Know how von BürgerInnen, von Spezialisten, die schließlich in der Bevölkerung angesiedelt seien, beizuziehen. Es gehe darum, Modelle zu finden, ein passendes Modell, das gerade in Klosterneuburg Sinn machen würde. Er sei striktest dagegen, dass man ein fremdes Modell aus Wien oder aus Schwechat nehme und es 1 : 1 übertrage. Es gehe darum, dass man sozusagen einen Prozess auf die Beine stelle, der unter Teilnahme von MandarInnen und BürgerInnen, die an dem Projekt interessiert seien, tatsächlich etwas erarbeite. Hier gehe es nicht darum, dass das in einen Ausschuss delegiert werde, weil der Ausschuss könne allerhöchstens etwas tun, indem er eine überparteiliche, überfraktionelle Gruppierung auf die Beine stelle, ähnlich wie einen Klimabündnisarbeitskreis. Dort könnte ein Konzept erarbeitet werden. Das dürfe nicht ein Konzept sein, das nur von politischen Vertretern gemacht werde, sondern das wirklich bis zur Graswurzel zu gehen habe. Man sollte realistisch am Boden bleiben und nicht versuchen, Entscheidungen und politischer Verantwortung, sei es im Gemeinderat oder der Stadtverwaltung auszuweichen und eine wirkliche Mitbestimmung machen, die mehr sei als die sog. Information. An Informationsveranstaltungen sage jemand etwas, was ein Anderer schon längst beschlossen habe, und das könne es nicht sein. Das sei nicht Mitbestimmung, sondern es seien Modelle auf die Beine zu stellen, wo sehr früh die Willensbildung und Beteiligung unter Teilnahme und Mitwirkung der Betroffenen stattfinden könne.

GR DI Hofbauer betont, dass ihm das ein Anliegen sei. Er habe bereits um 7:00 Uhr in der Früh begonnen, diesen Antrag zu formulieren, und GR Dr. Schweeger-Exeli habe dazu gesagt, es wäre schleißig. Dass dieser seine Anträge geschwollener formuliere als er seine, wisse man – nur seien seine meistens besser verstanden und wirkungsvoller. Die Vorträge, die in Dornbirn gehalten wurden, seien sehr interessant gewesen und es habe auch Diskussionen darüber gegeben. Sie werden im Internet sicherlich abrufbar sein, er werde dann mitteilen, wann und wo. Das sollte zumindest eine Basis einer diesbezüglichen Diskussion sein, dass zumindest eine bessere Gesprächskultur bei der Behandlung solcher Projekte herauskomme.

STR Mag. Honeder meint, dass es natürlich BürgerInnenbeteiligung und Einbindung der BürgerInnen geben solle. Doch habe es GR Rochlitz heute schon gesagt, dass man heute nur hier und gewählt sei, weil sich BürgerInnen eingebracht und ihren Willen bekundet haben. Man müsse schon sagen, dass man versuche, BürgerInnen in vielen Projekten einzubinden, in Befragungen, dem Zulassen von BürgerInnenbeteiligung im Rahmen eines Speakerscorners usw. Es werden somit definitiv Initiativen gesetzt zu den verschiedensten Projekten. Im Sinne einer sachlich seriösen Diskussion, die als Ziel dieses Antrags gelte, müsse man erstens verweisen auf die Informationspflicht eines jeden Einzelnen. Information sei nicht immer eine Bringschuld, sondern sei auch eine Holschuld. D.h. es gebe heutzutage die Möglichkeit, sich definitiv zu fast jedem Thema zu informieren, auch auf lokaler Ebene. Man habe Homepages auch von den Parteien, wo die verschiedenen Sichtweisen dargestellt werden. Man habe die Homepage der Stadtgemeinde. Es gebe genügend andere Initiativen, die sich mit diesem Medium präsentieren können. Natürlich gebe

es nicht zu Letzt die Zeitungen, die informieren können. Die Information sei somit da, man müsse sie sich nur holen. Wenn hier von einer Demokratisierung gesprochen werde, halte er diese Aussage für nicht ok., denn es seien alle hier demokratisch legitimiert. Demokratischer als sie sei die Frage, wie das dann gehe? Wenn man noch mehr Leute befrage bei einem Projekt, ob das dann demokratischer werde und ob das im Sinne der Allgemeinheit und im Sinne vom Treffen von Entscheidungen sei, sei die Frage? Die Position der ÖVP sei– es gebe auch auf Bundesebene von Staatssekretär Kurz Initiativen -, dass man abwarten werde, was auf der Bundesebene gebracht und schauen werde, wie das Ganze dort verankert werde. Man werde sich das Projekt in der Zwischenzeit anschauen. Es werden Initiativen gesetzt in diese Richtung - und nicht wenige – und das könne man belegen. Insofern werde die ÖVP den Antrag in der Form ablehnen, wobei sie aber grundsätzlich dem Ansinnen nicht negativ gegenüber stehe.

GR DI Hofbauer betont, nicht Demokratisieren, sondern Demokratiereformen gemeint zu haben. Das Zitat vom Staatssekretär sei vollkommen richtig. Diese Diskussion sei jetzt einmal – vollkommen zu Recht – im Gange. Es sei vom Staatssekretär auch gesagt worden, dass die Verwirklichung von Demokratiereformen auf Gemeindeebene sehr wohl am ehesten machbar sein werde. Wenn das Thema bei einem Städtetag sei, wo ein paar Hundert Leute seien und ein Arbeitskreis gebildet werde, dann dürfe man nicht sagen, abzuwarten und zu schauen, was passiere. Es sei ein wohlgemeinter Vorschlag von ihm gewesen. Er werde ihn weiter verfolgen, aber auch sagen, dass er leider abgelehnt worden sei. Man wolle das offensichtlich nicht.

Abstimmungsergebnis: 28 Gegenstimmen (ÖVP, Die Grünen) und 1 Enthaltung (GR Kehrner)

Mehrheitlich abgelehnt.

10	ÖTK Klosterneuburg Zuschuss f. Markierung u. Instandhaltung der Wanderwege 2012 Vorlage: GA I/0036/2012
----	--

Dem Österr. Touristenklub - Sektion Klosterneuburg erwachsen alljährlich für die Markierung und Instandsetzung der rd. 500 km umfassenden Wanderwege im Gebiet Klosterneuburg Kosten zwischen € 4.000,-- und € 6.000,--. Die Arbeitszeit wird von den Mitgliedern kostenlos zur Verfügung gestellt, die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährte alljährlich einen Zuschuss zur Durchführung der Markierungs- und Instandsetzungsarbeiten.

Mit Förderungsansuchen vom 3.3.2012 ersucht der Vereinsvorstand um Zuerkennung einer Subvention in der Höhe von € 2.500,-- für die Markierung und Instandhaltung des Wanderwegnetzes und den Ankauf von Markierungsfarbe, Tafeln und Stangen für das Jahr 2012. Die Förderung der letzten vier Jahre betrug jeweils € 2.500,--.

Beschluss:

Dem Österreichischen Touristenklub - Sektion Klosterneuburg - wird für die Markierung und Instandhaltung des Wanderwegnetzes im Jahr 2012 sowie für den Ankauf von Markierungsfarbe, Tafeln und Stangen ein Zuschuss von € 2.500,-- gewährt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/771000-757811

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

11	Allgemeiner Sportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0254/2012
-----------	---

Der Allgemeine Sportverein Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 4.2.2012, GZ I/1-827-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 1.600,-- für Benützungskosten im Gymnasium an. Der Jahresaufwand beträgt € 7.000,--, an Eigenmitteln stehen € 5.400,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 7.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 5.400,--
Differenz	€ 1.600,--

Der Allgemeine Sportverein Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 2.550,-- 2010: 1.050,-- 2011: 1.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Allgemeinen Sportverein Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.000,-- für Benützungskosten im Gymnasium.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Der Allgemeine Sportverein Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

12	ASKÖ ATUS Turn- und Sportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung für 100-Jahrfeier Vorlage: GA I/1/0255/2012
-----------	---

Der ASKÖ ATUS Turn- und Sportverein Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 23.12.2011, GZ I/1-8851-061/1, um eine Subvention in Höhe von € 2.000,-- für die 100 - Jahrfeier des Vereins am 27.4.2012 im Kellertheater an. Der Aufwand für dieses Projekt beträgt € 4.500,--, an Eigenmitteln stehen € 2.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012 (Projekt)	€ 4.500,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 2.000,--
Differenz	€ 2.500,--

Der ASKÖ ATUS Turn- und Sportverein Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 4.000,-- 2010: 3.000,-- 2011: 500,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem ASKÖ ATUS Turn- und Sportverein Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 402,-- für die Miete des Kellertheaters für die 100 – Jahrfeier des Vereins.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Der ASKÖ ATUS Turn- und Sportverein Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

13	ASKÖ ATUS Turn und Sportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0256/2012
-----------	--

Der ASKÖ ATUS Turn und Sportverein Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 19.12.2011, GZ I/1-8716-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 1.500,-- für die Förderung des Breitensports des Vereins an. Der Jahresaufwand beträgt € 7.000,--, an Eigenmitteln stehen € 4.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 7.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 4.000,--
Differenz	€ 3.000,--

Der ASKÖ ATUS Turn und Sportverein Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 4.000,-- 2010: 2.100,-- 2011: 500,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem ASKÖ ATUS Turn und Sportverein Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.000,-- für die Förderung des Breitensports des Vereins.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Der ASKÖ ATUS Turn und Sportverein Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

14	Sportunion Basketballklub Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0257/2012
-----------	---

Die Sportunion Basketballklub Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 5.3.2012, GZ I/1-1532-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 23.000,-- für den laufenden Spielbetrieb an. Der Jahresaufwand beträgt € 399.000,--, an Eigenmitteln stehen € 372.400,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 399.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 372.400,--
Differenz	€ 26.600,--

Die Sportunion Basketballklub Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren für den Vereinsbetrieb folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 22.000,-- 2010: 15.400,-- 2011: 0,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Sportunion Basketballklub Klosterneuburg eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 23.000,-- für den laufenden Spielbetrieb.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Die Sportunion Basketballklub Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

15	Sportunion Basketballklub Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung für Mieten Vorlage: GA I/1/0258/2012
-----------	--

Die Sportunion Basketballklub Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 5.3.2012, GZ I/1-1531-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 88.583,25 für Mieten im Happyland (€ 88.271,25) und in der Babenbergerhalle (€ 312,--) aus dem Jahr 2011 an.

Die Sportunion Basketballklub Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren für Mieten folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 78.400,-- 2010: 103.857,14 2011: 128.758,48,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Sportunion Basketballklub Klosterneuburg eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 88.583,25 für Mieten im Happyland und in der Babenbergerhalle aus dem Jahr 2011.

Die Beträge werden direkt auf das Konto der Sportstätten Klosterneuburg AG und der Babenbergerhalle überwiesen.

Die Sportunion Basketballklub Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 17269000-757100

Zum Antrag sprachen: STR Dr. Pitschko

Wortmeldung:

STR Dr. Pitschko sieht das in Zusammenhang mit dem Happyland, das ein typisches Beispiel sei. Bei denen kommen die Einnahmen aus Mitteln und nicht aus öffentlichen Geldern. In Wahrheit zahle man sich das auch selbst. Wenn man die Attraktivität nur deshalb steigere, dass man es sich wieder selbst zahle, dann müsse er davor warnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

16	HSV Zillenfahren Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0259/2012
-----------	--

Der HSV Zillenfahren Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 29.12.2011, GZ I/1-7-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 800,-- für die Durchführung von Wettkämpfen und Jugendarbeit an. Der Jahresaufwand beträgt € 3.900,--, an Eigenmitteln stehen € 2.800,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 3.900,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 2.800,--
Differenz	€ 1.100,--

Der HSV Zillenfahren Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 500,-- 2010: 350,-- 2011: 300,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem HSV Zillenfahren Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 600,-- für die Durchführung von Wettkämpfen und Jugendarbeit.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Der HSV Zillenfahren Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

17	Kraftsportverein Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0262/2012
----	--

Der Kraftsportverein Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 14.2.2012, GZ I/1-1009-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 8.000,-- für Mieten in der Babenbergerhalle aus dem Jahr 2011 an. Der Jahresaufwand beträgt € 10.000,--, an Eigenmitteln stehen € 2.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 10.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 2.000,--
Differenz	€ 8.000,--

Der Kraftsportverein Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:
2009: 5.800,-- 2010: 5.800,-- 2011: 5.800,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Kraftsportverein Klosterneuburg eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 5.800,-- für Mieten in der Babenbergerhalle aus dem Jahr 2011. Der Betrag wird direkt an die Babenbergerhalle überwiesen.

Der Kraftsportverein Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Zum Antrag sprachen: GRin Enzmann, STR KommR. Czerny, GR Kickmaier, GR DI Hofbauer

Wortmeldungen:

GRin Enzmann stellt fest, dass man genau dort sei, wo man beim Prüfungsbericht der Babenbergerhalle gewesen sei. Da gebe es einen Verein. Sie habe bei der Begehung der Babenbergerhalle gehört, dass dieser Kraftsportverein sogar ganz gut aufgestellt sei mit Landesmeistern und Regionalmeistern. Das sei somit nicht ein sehr in der Öffentlichkeit agierender, aber ein durchaus sportlicher Verein, der dort unten ein großes Zimmer habe, mit all seinen Geräten und jedes Jahr schleppe man Rückstände, die der Verein nicht aufbringen könne, mit. Das werde im Prüfbericht kritisiert, das werde im Gemeinderat diskutiert und kritisiert und jetzt habe man schon wieder für den Verein € 5.800,--, die er nur für die Miete brauche. Das finde sie blöd, weil man gerade das heute im Prüfbericht habe. Man habe auch im Prüfungsausschuss davon gesprochen, dass man versuche, den Verein woanders unterzubringen, weil die Babenbergerhalle diesen Raum gerne anders nützen würde, aber offensichtlich werde das heuer nicht der Fall sein. Daher stelle sie den **Antrag, es solle die tatsächliche Miete für dieses Jahr gewährt werden**, damit sie auf der anderen Seite nicht fehle. Es sei ohnehin egal, wo man das Loch im Sack stopfe, ob in der Babenbergerhalle oder beim Verein.

STR KommR Czerny bemerkt, es stimme, dass die Erfolge des Vereins da seien, doch sei das Problem, dass diese Sportart nicht besonders attraktiv sei, weil der Zustrom nicht mehr da sei. Es sei aber so, dass vor zwei oder drei Jahren eine internationale Veranstaltung gewesen sei, wo Teilnehmer aus Kroatien, Italien etc. da gewesen seien. GRin Enzmann habe Recht, dass man das irgendwann abstellen müsse. Budgetär sei das heuer jedoch nicht möglich. Sobald ein Ausweichquartier gefunden werde, werde man sich über diese Differenz einmal Gedanken machen

müssen. Man werde die Räumlichkeiten in der Babenbergerhalle dann anders verwenden.

GR Kickmaier berichtet, dass es der Mietrückstand aus dem Jahr 2011 sei. Sie seien natürlich immer ein Jahr hintennach und daher komme es zu solchen Beträgen. Im Prüfungsausschuss sei besprochen worden, mit dem Verein zu reden, dass man das einmal auf gleich bekomme. Woanders werde man ihn wahrscheinlich nicht unterbekommen, weil nirgends Platz sei.

GR DI Hofbauer würde jedem Gemeinderat empfehlen, im Internet nachzuschauen, welche Sportarten es gebe, was als Randsportarten angesehen werden und was olympische Disziplinen seien, wobei er grundsätzlich dagegen sei, auch wenn es eine Randsportart sei, weil nur 20 das machen, zu sagen, es interessiere ihn nicht.

Zusatzantrag (GRin Enzmann):

Die tatsächliche Miete soll für dieses Jahr gewährt werden.

Abstimmungsergebnis über den Zusatzantrag: 34 Gegenstimmen (ÖVP, SPÖ, GR Mag. Zach, GR DI Hofbauer, GR Kehrner GR Dr. Schweeger-Exeli) und 1 Enthaltung (STR Dr. Pitschko) **mehrheitlich abgelehnt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

18	Männer Turnverein in Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0263/2012
-----------	--

Der Männer Turnverein Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 14.1.2012, GZ I/1-284-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 4.500,-- für das Turnerheim Jahngasse und die Kosten der Turnplätze an. Der Jahresaufwand beträgt € 35.150,--, an Eigenmitteln stehen € 19.150,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 35.150,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 19.150,--
Differenz	€ 16.000,--

Der Männer Turnverein Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 4.000,-- 2010: 2.800,-- 2011: 2.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Männer Turnverein Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 4.000,-- für das Turnerheim Jahngasse und Kosten für die Turnplätze.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Der Männer Turnverein Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Zum Antrag sprachen: GR Enzmann

Wortmeldungen:

GRin Enzmann findet, dass da € 2.000,-- seien, die man sofort in unseren eigenen Betrieb stecken könnte. Sie sei natürlich gegen diesen Antrag.

Abstimmungsergebnis: 3 Gegenstimmen (GRin Enzmann, GR Essl, GRin Feistauer) und 2 Enthaltungen (GRin Höng, GR Kehrner)

Mehrheitlich beschlossen.

19	Ruderverein Normannen - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0264/2012
-----------	--

Der Ruderverein Normannen sucht mit Schreiben vom 21.2.2012, GZ I/1-1251-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 7.000,-- für die Modernisierung des Geräteparks in der Kraftsporthalle an. Der Jahresaufwand beträgt € 65.000,--, an Eigenmitteln stehen € 55.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 65.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 55.000,--
Differenz	€ 10.000,--

Der Ruderverein Normannen hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:
2009: 6.500,-- 2010: 3.850,-- 2011: 2.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Ruderverein Normannen - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 4.000,-- für die Modernisierung des Geräteparks in der Kraftsporthalle.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Der Ruderverein Normannen weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

20	Österreichischer Touristenklub Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0265/2012
-----------	--

Der Österreichische Touristenklub Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 3.3.2012, GZ I/1-1434-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 730,-- für die Aufwendungen für die wöchentlichen Kletterabende in der NMS Langstönergasse an. Der Jahresaufwand für dieses Projekt beträgt € 6.500,--, an Eigenmitteln stehen € 5.770,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 6.500,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 5.770,--
Differenz	€ 730,--

Der Österreichische Touristenklub Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 730,-- 2010: 511,-- 2011: 365,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Österreichischen Touristenklub Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 730,-- für die Aufwendungen für die wöchentlichen Kletterabende in der NMS Langstönergasse.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Der Österreichische Touristenklub Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

21	ULC Klosterneuburg Road Runners - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0266/2012
-----------	--

Der ULC Klosterneuburg Road Runners sucht mit Schreiben vom 24.1.2012, GZ I/1-592-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 14.300,-- für Mieten im Happyland und Jugendarbeit an. Der Jahresaufwand beträgt € 27.300,--, an Eigenmitteln stehen € 12.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 27.300,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 12.000,--
Differenz	€ 14.300,--

Der ULC Klosterneuburg Road Runners hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 8.000,-- 2010: 6.300,-- 2011: 4.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt den ULC Klosterneuburg Road Runners - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 4.000,-- für Mieten im Happyland und Jugendarbeit.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Die ULC Klosterneuburg Road Runners weisen in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

22	SC Klosterneuburg 1912 - finanzielle Unterstützung für Mieten Vorlage: GA I/1/0267/2012
----	--

Der SC Klosterneuburg 1912 sucht mit Schreiben vom 5.3.2012, GZ I/1-1445/1446-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 16.571,11 für Mieten im Happyland (€ 11.709,70) und der Presslerwiese (€ 4.861,40) aus dem Jahr 2011 an. Der Jahresaufwand exklusive Mieten beträgt € 124.310,--, an Eigenmitteln stehen € 120.310,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 124.310,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 120.310,--
Differenz	€ 4.000,--

Der SC Klosterneuburg 1912 hat in den letzten 3 Jahren für Mieten folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 17.765,71 2010: 15.472,55 2011: 15.471,55

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem SC Klosterneuburg 1912 eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 16.571,11 für Mieten im Happyland und der Presslerwiese aus dem Jahr 2011.

Der Betrag wird direkt an das Happyland und die Bäderverwaltung überwiesen.

Der SC Klosterneuburg 1912 weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

23	1. Union Schwimm Club Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0268/2012
----	---

Der 1. Union Schwimm Club Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 6.3.2012, GZ I/1-1449-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 3.090,71 für Eintritte der Mitglieder für das Schwimmtraining im Happyland aus dem Jahr 2011 an. Der Jahresaufwand beträgt € 28.000,--, an Eigenmitteln stehen € 19.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 28.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 19.000,--
Differenz	€ 9.000,--

Der 1. Union Schwimm Club Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 5.085,27 2010: 2.100,-- 2011: 2.446,80

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem 1. Union Schwimm Club Klosterneuburg eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 3.090,71 für Eintritte der Mitglieder für das Schwimmtraining im Happyland aus dem Jahr 2011.

Der Betrag wird direkt an die Sportstätten Klosterneuburg AG überwiesen.

Der 1. Union Schwimm Club Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Zum Antrag sprachen: STR Dr. Pitschko, STR KommR. Czerny

Wortmeldungen:

STR Dr. Pitschko bemerkt, dass das auch wieder so ein Beispiel sei, wie man die Einnahmen im Happyland steigern könne. Er liest sodann den Beschluss vor. D.h. in Summe habe man an das Happyland € 120.000,-- beschlossen an Zuschüssen für Vereine, die dort Miete zahlen. Er fragt, was im Ergebnis der echte Eintritt sei, der nicht subventioniert werde, weil man auch diese Zuschüsse zu den Familienkarten habe?

STR KommR. Czerny antwortet, dass diese Sachen in den Berechnungen des Masterplans gar nicht beinhaltet seien. Es gebe auch Vereine, die wirklich zahlen, wie z.B. dieser Verein. Er bekomme das als Jugendförderung refundiert.

STR Dr. Pitschko stellt somit fest, dass es letztlich wieder die Gemeinde zahle über Subvention, Jugendförderung oder Sonstiges. Jetzt müsse man sagen, dass man die Investitionszuschüsse, die Abgangsdeckungen und das, was an Subventionen nur an die Vereine gehe, zahle, und das sei in dem Fall ca. € 120.000,--.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

24	FC Olympique Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0269/2012
-----------	--

Der FC Olympique Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 5.3.2012, GZ I/1-1533-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 18.218,56 für Mieten im Happyland (€ 12.440,50) und am Sportplatz Kritzendorf (€ 5.778,06) aus dem Jahr 2011 an. Der Jahresaufwand beträgt € 137.850,--, an Eigenmitteln stehen € 69.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 137.850,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 69.000,--
Differenz	€ 69.850,--

Der FC Olympique Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:
 2009: 9.846,-- 2010: 11824,50 2011: 9295,77

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem FC Olympique Klosterneuburg eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 15.778,06 für Mieten im Happyland (€ 10.000,--) und Sportplatz Kritzendorf (€ 5.778,06) aus dem Jahr 2011.

Der Betrag wird direkt an die Sportstätten Klosterneuburg AG und die Bäderverwaltung überwiesen.

Der FC Olympique Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

25	Klosterneuburger Schützenverein - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0270/2012
----	--

Der Schützenverein Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 24.2.2012, GZ I/1-1253-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 3.000,-- für die Sanierung der Außenfassade des Vereinshauses an. Der Jahresaufwand beträgt € 14.634,--, an Eigenmitteln stehen € 10.987,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 10.987,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 14.634,--
Differenz	€ 3.647,--

Der Schützenverein Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:
2009: 2.400,-- 2010: 1.500,-- 2011: 0,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Schützenverein Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.500,-- für die Sanierung der Außenfassade.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Die weisen in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis: 1 Enthaltung (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

26	Claudia Hecher - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0271/2012
----	---

Frau Claudia Hecher sucht mit Schreiben vom 10.1.2012, GZ I/1-471-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 600,-- für die Miete von Trainingsräumlichkeiten im Gymnasium für Basketballcamps im Juli an. Der Aufwand für dieses Projekt beträgt € 5.600,--, an Eigenmitteln stehen € 5.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 5.600,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 5.000,--
Differenz	€ 600,--

Frau Hecher hat in den letzten 3 Jahren keine Unterstützungen von der Stadtgemeinde erhalten.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt Frau Claudia Hecher - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 400,-- für die Miete von Trainingsräumen im Gymnasium für NBL Basketballcamps im Juli.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Frau Hecher weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Zum Antrag sprachen: GR Kickmaier, STR KommR. Czerny

Wortmeldungen:

GR Kickmaier bemerkt, dass es ihm peinlich sei, im Gemeinderat zu fragen, aber er sei nicht dazugekommen, sich das anzuschauen. Er nehme an, dass dieses Camp nicht gratis sei.

STR KommR. Czerny erklärt, dass das über die Schule gehe. Da kommen Basketballstars, die mit Kindern trainieren und das sei ein finanzieller Zuschuss, weil sich das Ganze nicht ausgehe.

GR Kickmaier schlägt vor, eine Ausfallhaftung zu machen im Höchstausmaß von € 400,--.

Der Antrag wird insofern abgeändert, dass die Förderung umgewandelt wird in eine Ausfallhaftung bis zu € 400,--.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

27	Union Racketlon Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0272/2012
----	---

Die Union Racketlon Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 9.3.2012, GZ I/1-1559-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 5.000,-- für Hallenkosten und Jugendtraining an. Der Jahresaufwand beträgt € 20.000,--, an Eigenmitteln stehen € 15.000,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 20.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 15.000,--
Differenz	€ 5.000,--

Die Union Racketlon hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:
 2009: 3.000,-- 2010: 5.000,-- 2011: 4.971,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Union Racketlon Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 3.000,-- für Hallenkosten und Jugendtraining.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg AG bestehen.

Die Union Racketlon Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269000-757100

Zum Antrag sprachen: GR DI Hofbauer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager

Wortmeldungen:

Auf die Frage von GR DI Hofbauer, ob alle wissen was Racketlon sei, antwortet der Bürgermeister, dass Squash, Tischtennis und Tennis enthalten sei. Squashhallen werden momentan stark reduziert und überall rückgebaut.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

28	Pfarre St. Leopold - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0273/2012
-----------	---

Die Pfarre St. Leopold sucht mit Schreiben vom 26.02.2012 (GZ I-1301-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 1.000,-- an. Die Förderung soll für die Finanzierung eines Autobusses für die Fahrt auf das Jungscharlager nach Ulrichsberg und wieder nach Hause dienen.

Geschätzte Ausgaben:	€ 7.850,--
Eigenmittel:	€ 6.600,--
Differenz:	€ 1.250,--

Die Differenz aus geschätzten Ausgaben, Eigenmitteln und erzielten Subventionseinnahmen muss vom Verein selber beglichen werden.

Bereits erhaltene Förderungen:	
2009	€ 11.000,--*
2010	€ 10.560,--*
2011	€ 10.300,--*

* inkludiert jeweils € 10.000,-- für Sanierungsarbeiten des Pfarrheimes, der sanitären Einrichtungen und der Heizung

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Pfarre St. Leopold gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 200,--.

Die Pfarre St. Leopold weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/259000-757100

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimmen (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

29	Bibliothek St. Martin - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0274/2012
-----------	--

Die Bibliothek St. Martin sucht mit Schreiben vom 29.02.2012 (GZ I-1334-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 6.000,-- an. Die Förderung soll die Aktualität des Medienbestandes gewährleisten und diverse Kosten für Veranstaltungen unter anderem im Bereich der Leseförderung abdecken.

Geschätzte Ausgaben:	€ 13.500,--
Eigenmittel:	€ 7.500,--
Differenz:	€ 6.000,--

Bereits erhaltene Förderungen:

2009	€ 5.100,--
2010	€ 3.570,--
2011	€ 1.750,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Bibliothek St. Martin gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 2.500,--.

Die Bibliothek St. Martin weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/279000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

30	Hans Peter Binder - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0276/2012
-----------	--

Herr Hans Peter Binder sucht mit Schreiben vom 26.03.2012 (GZ I-2029-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 11.472,00 an. Die Förderung soll die Druckkosten für das Buch „Ein Künstlerleben in Klosterneuburg“ decken. Das Buch wird ein Bildband mit zusätzlichen Textteilen und besteht aus ca. 200 Seiten, Auflage 1000 Stück.

Geschätzte Ausgaben:	€ 13.472,--
Eigenmittel:	€ 2.000,--
Differenz:	€ 11.472,--

Hans Peter Binder hat bisher keine Förderungen von der Stadtgemeinde Klosterneuburg erhalten.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt Herrn Hans Peter Binder gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 600,--.

Herr Hans Peter Binder weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin und überlässt der Stadtgemeinde 3 Exemplare des Buches zu Dokumentationszwecken.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/330000-757100

Zum Antrag sprachen: STR Dr. Pitschko, STR Mag. Eckl, GR DI Hofbauer

Wortmeldungen:

STR Dr. Pitschko meint, dass sich da offensichtlich jemand selbst verwirklichen und ein Buch schreiben wolle, das wahrscheinlich nicht von großem Verkaufserfolg gekrönt sei. Er fragt, was mit der hohen Differenz sei. Entweder er habe das Geld oder er habe es nicht. Dann wäre das Projekt zum Scheitern verurteilt, und dann brauche man ihm die € 600,-- auch nicht geben.

STR Mag. Eckl stimmt zu, dass das vollkommen richtig im Ansatz sei. Man habe Kontakt aufgenommen, da die angegebenen Budgetmittel auch als zu hoch erschienen seien. Er habe sehr hohe Druckkosten angegeben. Es seien ihm vom Referat verschiedene Möglichkeiten genannt worden, billiger zu drucken gemeinsam mit der Aktion Vabene, die in Klosterneuburg ansässig sei. Es seien ihm Möglichkeiten genannt worden, wie man die Kosten sehr deutlich reduzieren könne, sodass es sich schon ausgehen würde.

GR DI Hofbauer erinnert, dass schon einmal ein Buch subventioniert worden sei, das „Endlich Ruhe“ heiße (GR Enzmann: „Ewald Baringer ist der Autor“). Wenn man ein Buch schreiben wolle, dann müsse man sich vorher überlegen, ob man einen Verleger finde oder ob man den Verleger zahlen könne, aber man könne nicht hergehen und sagen, jetzt schreibe ich ein Buch und suche um Subvention an. Und dann stehen interessanterweise drinnen, wer das aller fördere. Das könne mitunter ein großes Geschäft sein. Er würde lieber das Buch zuerst sehen und dann fördern.

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (STR Dr. Pitschko, GR DI Hofbauer)

Mehrheitlich beschlossen.

31	Komitee zur Kritzendorfer Heimatpflege - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0277/2012
-----------	---

Das Komitee zur Kritzendorfer Heimatpflege sucht mit Schreiben vom 02.04.2012 (GZ I-2353-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 1.200,00 an. Die Förderung soll für die Reparatur des Denkmals „Dreifaltigkeit“ (die Pflasterung muss restauriert und die Sockel für drei Kreuze erneuert werden) und die Sanierung des Schifferkreuzes (Verunreinigung durch Vandalen) dienen. Ebenso soll durch die Förderung die Kosten für die Erhaltung und Pflege der Räume des Museums und Pflege der Ruhebänke gedeckt werden.

Geschätzte Ausgaben:	€ 3.000,--
Eigenmittel:	€ 1.500,--
Differenz:	€ 1.500,--

Die Differenz aus geschätzten Ausgaben, Eigenmitteln und erzielten Subventionseinnahmen muss vom Verein selber beglichen werden.

Bereits erhaltene Förderungen:	
2008	€ 1.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Komitee zur Kritzendorfer Heimatpflege gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 800,--.

Das Komitee zur Kritzendorfer Heimatpflege weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/362000-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

32	Kammermusikverein Niederösterreich - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0278/2012
----	---

Der Kammermusikverein Niederösterreich sucht mit Schreiben vom 21.03.2012 (GZ I-1904-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 2.000,00 an. Die Förderung soll die Kosten für eine Kammerkonzertreihe decken. Die Konzertreihe besteht aus sechs Konzerten, die in der Evangelischen Kirche, Kirche St. Martin und im Festsaal der Raiffeisenbank Klosterneuburg gespielt werden.

Geschätzte Ausgaben:	€ 17.850,--
Eigenmittel:	€ 15.850,--
Differenz:	€ 2.000,--

Bereits erhaltene Förderungen:

2011	€ 400,--
------	----------

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Kammermusikverein Niederösterreich gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 500,--.

Der Kammermusikverein Niederösterreich weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/329000-757100

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

33	Kompanie Freispiel - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0279/2012
----	---

Der Verein Kompanie Freispiel sucht mit Schreiben vom 06.04.2012 (GZ I-2477-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 2.000,00 an. Die Förderung soll die Kosten für das Stationen-Theater-Projekt „Der Name der Rose“ in Höflein an der Donau decken. Das Theater-Projekt soll mit Schwerpunkt auf ältere sowie jüngste Kirchengeschichte und generationenübergreifende Diskussionsbasis aktueller Ereignisse, stimmungs- und eindrucksvoll umgesetzt werden.

Geschätzte Ausgaben:	€ 14.500,--
Eigenmittel:	€ 12.500,--
Differenz:	€ 2.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Verein Kompanie Freispiel gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.200,--.

Der Verein Kompanie Freispiel weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/329000-757100

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

34	Verein Strombaden - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0281/2012
-----------	--

Der Verein Strombaden sucht mit Schreiben vom 30.04.2012 um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 1.500,00 an. Die Förderung soll die Kosten für die Kulturveranstaltungsreihe „strombaden“ im Strombad Kritzendorf decken. Es sollen 6-8 Veranstaltungen bei freiem Eintritt mit einem Programm für alle Altersschichten stattfinden.

Geschätzte Ausgaben:	€ 23.120,--
Eigenmittel:	€ 21.620,--
Differenz:	€ 1.500,--

Der Verein hat bisher keine Förderung von der Stadtgemeinde erhalten.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Verein Strombaden gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 500,--.

Der Verein Strombaden weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/329000-757100

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

35	Pfarre St. Leopold - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0282/2012
----	---

Die Pfarre St. Leopold sucht mit Schreiben vom 25.04.2012 um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 2.160,00 an. Die Förderung soll die Miete der Babenbergerhalle für das Benefizkonzert am 24. Juni 2012 decken. Die Einnahmen des Benefizkonzertes kommen dem neuen Pfarrheimes der Pfarre St. Leopold zu Gunsten.

Geschätzte Ausgaben:	€ 3.860,--
Eigenmittel:	€ 1.700,--
Differenz:	€ 2.160,--

Bereits erhaltene Förderungen:

2009	€ 11.000,--*
2010	€ 10.560,--*
2011	€ 10.300,--*

* € 10.000 vom Konto 1/390000-757300 (Beitrag-Kircheninstandsetzung) für die Sanierung der Pfarrkirche.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Pfarre St. Leopold gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.800,--.

Die Pfarre St. Leopold weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/381000-757100

Zum Antrag sprachen: STR Dr. Pitschko, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, GRin Enzmann

Wortmeldungen:

STR Dr. Pitschko hält fest, dass das auch so etwas sei. Zuerst habe man über die Mieteinnahmen Happyland gesprochen, jetzt spreche man über die Mieteinnahmen der Babenbergerhalle. Er liest aus dem Sachverhalt vor und meint, nachdem das Benefizkonzert ein großartiger Erfolg gewesen sei, müssten die Einnahmen alle Mietkosten decken, aber die Gemeinde gewähre eine Subvention, damit die Einnahmen der (Stifts-)Pfarre St. Leopold bleiben. Da könnte man ihnen gleich das Geld geben. Er fragt, warum da keine Mieten eingehoben werden, was das für ein Betrieb sei? Da habe man Defizite in Höhe von € 180.000,-- pro Jahr und da sei man großzügig. Laut Medien sei es ein großartiger Erfolg gewesen und die Gemeinde zahle die Miete, weil es für das neue Pfarrheim gehöre. Da habe er gehört, dass das € 1 Mio. gekostet habe. Das müsse der Pfarrgemeinderat mitgetragen haben. Sie investieren da € 1 Mio. in ein Pfarrheim und kommen dann zur Gemeinde, weil sie sich die Miete für die Babenbergerhalle nicht leisten können und kommen um € 200,-- für die Jungschar für den Autobus. Das werde alles schon absurd, was sich da abspiele – und das in Zeiten, wo man stundenlang diskutiere über Kreditaufnahmen und dass man möglicherweise die Kredite gar nicht zurückzahlen könne.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass es grundsätzlich der Gemeinde auch was bringe, wenn da etwas veranstaltet werde.

GRin Enzmann meint, dass das Pfarrheim wunderschön geworden sei und auch genutzt werde. Sie stellt die Frage, ob man wisse, wie viele Leute das Konzert in der Babenbergerhalle besucht haben? Ihr habe ein sehr aktives Kirchenmitglied von St. Leopold gesagt, dass es bei freiwilliger Spende gewesen sei, aber die Vorgabe für Erwachsene € 20,-- und für Kinder € 15,-- gewesen sei, und da haben sie schon, wenn 200 Erwachsene in der Halle gewesen seien, € 4.000,-- eingenommen. Sie sei daher skeptisch, ob man ihnen das in der Höhe geben solle. Beim Ferienlager sei sie allemal dafür. Sie würde vorschlagen zu eruieren, was lukriert worden sei und dass man das noch einmal zurückstellt.

STR Mag. Eckl pflichtet bei, die Einnahmen bis zur Septembersitzung noch zu klären.

Zurückgestellt.

36	Verein Kunst Vergnügen – finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0285/2012
-----------	---

Der Verein KunstVergnügen sucht mit Schreiben vom 08.05.2012 (GZ I3752-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 7.500,-- an. Die Förderung soll für die Durchführung des „6. Klosterneuburger Höfefestes 2012“ am 8.09.2012 dienen, bei dem verschiedene Klosterneuburger Innenhöfe zugänglich gemacht werden und bei freiem Eintritt Kultur- und Unterhaltungsprogramm mit Musik, Kabarett und Literatur geboten wird. Geplant sind wie in den letzten Jahren Auftritte von namhaften Künstlern sowie die Zusammenarbeit mit verschiedenen Klosterneuburger Kulturinstitutionen (z.B. Adi Hirschal, Werner Brix, Boring Blues Band, Die Strottern, Gary Lux, Compania Complica Dos, Blue Note Six, Schrumplpati, female azz art u.v.m.). Insgesamt stehen 2012 acht große Veranstaltungsbereiche zur Verfügung, der im Vorjahr erstmals eingebundene Stadtplatz ist auch in diesem Jahr als Eventort vorgesehen und wird verkehrsfrei gehalten.

Geschätzte Ausgaben:	€ 28.041,--
Eigenmittel:	€ 16.500,--
Differenz:	€ 11.541,--

Die Differenz aus Ausgaben, Eigenmitteln und angesuchter Förderung durch die Stadtgemeinde muss vom Verein selber aufgebracht werden!

Bisher bereits ausbezahlte Förderungen:

2010	€ 1.200,--
2011	€ 1.500,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Verein KunstVergnügen laut Sachverhalt für die Unterstützung des künstlerischen Programms gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 3.000,--.

Der Verein KunstVergnügen weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/329000-757100 und 1/381000-757100

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

37	Sportclub Klosterneuburg 1912 - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0286/2012
----	--

Der Sportclub Klosterneuburg 1912 sucht mit Schreiben vom 15.5.2012, GZ I/1-3289-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 5.000,-- für die Durchführung des Spiels gegen Rapid Wien anlässlich des 100 – Jahr – Jubiläums des Vereins an. Der Aufwand für dieses Projekt beträgt € 13.000,--, an Eigenmitteln stehen € 8.000,-- zur Verfügung.

Der Verein sucht außerdem 2012 um Abdeckung der Mieten 2011 im Happyland und der Presslerwiese in Höhe von € 16.571,11 an. Der Sportclub Klosterneuburg 1912 hat in den letzten 3 Jahren für Mieten folgende Unterstützungen erhalten: 2009: 17.765,71, 2010: 15.472,55 2011: 15.471,55.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Sportclub Klosterneuburg 1912 - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 5.000,-- für die Durchführung des Spiels gegen Rapid Wien anlässlich des 100 – Jahr – Jubiläums des Vereins. Der Betrag wird direkt an die Sportstätten Klosterneuburg GmbH überwiesen. Der Sportclub Klosterneuburg 1912 weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis: 1 Enthaltung (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

38	Julius-Raab-Stiftung - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0288/2012
-----------	---

Die Julius Raab Stiftung sucht mit Schreiben vom 17.04.2012 (GZ I-2599-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 300,-- an. Die Förderung soll zur Vergabe von Stipendien für junge und begabte, aber sozial bedürftige Niederösterreicher dienen.

Bereits erhaltene Förderungen:

2009	€ 300,--
2010	€ 210,--
2011	€ 75,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Julius Raab Stiftung gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 75,--.

Die Julius Raab Stiftung weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/282000-757000

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (STR Dr. Pitschko)

Mehrheitlich beschlossen.

39	ARGE Streuobst - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0290/2012
-----------	---

Die ARGE Streuobst sucht mit Schreiben vom 21.05.2012 (GZ I-3427-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 5.130,-- an. Die Förderung soll für die Durchführung einer internationalen Obstsortenausstellung (EUROPOM 2012) im Zeitraum vom 26. bis 28. Oktober in der Babenbergerhalle dienen. Die Obstsortenausstellung beinhaltet den Schwerpunkt Österreich-Süddeutschland und in diesem Zusammenhang erfolgt eine Zusammenarbeit mit der Partnerstadt Göppingen, die eine bedeutende und bekannte Streuobstregion ist. Die finanzielle Unterstützung soll die Mietkosten der Babenbergerhalle decken. Zusätzlich wird ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Vorträgen und Präsentationen auch für Schulen angeboten.

Geschätzte Ausgaben:	€ 37.150,--
Eigenmittel:	€ 8.000,--
Differenz:	€29.150,--

Der Verein hat bisher keine Förderung erhalten.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der ARGE Streuobst gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.500,-- vom Konto 1/063000-723100 und € 2.000,-- vom Konto 1/369000-757100.

Die ARGE Streuobst weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/369000-757100 und 1/063000-723100

Zum Antrag sprachen: GR DI Hofbauer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager

Wortmeldungen:

GR DI Hofbauer bittet, ihm zu erläutern, was das sei.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass es um eine europaweite Veranstaltung in Klosterneuburg gehe. Durchführer sei die Wein- und Obstbauschule Klosterneuburg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

40	Literaturgesellschaft Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0291/2012
-----------	---

Die Literaturgesellschaft Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 28.05.2012 (GZ I-3623-061/1) um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde in der Höhe von € 2.500,00 an. Die Förderung soll für die Durchführung diverser Veranstaltungen 2012 (Gemeinschaftsveranstaltung mit dem ARGE Komponisten KlbG, Lesungen mit Gabriele Kögl, Lesung mit Erwin Uhrmann, Young Poets Festival, Leseprojekt mit Patricia Brooks u.a.) dienen.

Geschätzte Ausgaben:	€ 7.200,--
Eigenmittel:	€ 3.890,--
Differenz:	€ 3.310,--

Die Differenz aus geschätzten Ausgaben, Eigenmitteln und erzielten Subventionseinnahmen muss vom Verein selber beglichen werden.

Bereits erhaltene Förderungen:	
2009	€ 3.000,--
2010	€ 2.100,--
2011	€ 1.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Literaturgesellschaft Klosterneuburg gegen Verwendungsnachweis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.500,--.

Die Literaturgesellschaft Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung der Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/330000-757100

Zum Antrag sprachen: GR DI Hofbauer, GRin Enzmann

Wortmeldungen:

GR DI Hofbauer bemerkt, nach wie vor die Frage zu stellen, was sich Leute denken, die um Subvention ansuchen für ihr Hobby, das vom Steuerzahler mitfinanziert werden müsse. Das sei nicht anständig. Er erinnere, dass es einen Vortrag gegeben habe, dem er skeptisch gegenübergestanden sei. Es sei die Veranstaltung von Dr. Spitzer gewesen, wo er nachträglich sagen müsse, er habe sich ausnahmsweise geirrt, sie sei sehr interessant gewesen, habe er gehört. Immerhin habe er ein Buch geschenkt bekommen. Aber da habe man € 25,-- Eintritt verlangt. Wer sich solche Sachen anhören möchte, Kögl, Ewin Uhrmann, der müsse das eben zahlen. Es sei unanständig zu sagen, das sollen die Anderen zahlen oder seien das die einzigen Menschen in Klosterneuburg, die Literatur pflegen - das könne doch nicht sein - wenn er im Gemeinderat frage, ob er gerade ein Buch lese oder wie sein Deutschprofessor gefragt hatte, welches Buch er lese. Jeder Mensch habe sich mit Literatur zu beschäftigen. Ihm würde auch interessieren, ob die werten Mitglieder der Literaturgesellschaft bei der Veranstaltung des Gymnasiums „Viel Lärm um nichts“, eine Aufführung der Theatertruppe (nicht gerade burgtheaterreif), gewesen seien. Er verstehe einfach nicht, dass man die Unverfrorenheit habe und sage, für sein Hobby eine Subvention von € 1.500,-- zu wollen. Er sehe das nicht ein. Er appelliert an die Damen und Herren der Literaturgesellschaft, endlich darüber nachzudenken und zu sagen, darauf zu verzichten und die €

1.500,-- gebe man für wohltätige Zwecke, so wie der Lionsclub, wo sich die Mitglieder vier Tage hinstellen, wie die Wahnsinnigen arbeiten, damit man ein wenig Geld zusammenbringe und Bedürftigen das Geld zukommen zu lassen. Eigentlich müsste er von der Literaturgesellschaft erwarten, dass die genau so etwas machen, ein Spanferkelessen oder Ähnliches und spenden – und nicht kassieren. Das sei unanständig.

GRin Enzmann empfiehlt GR DI Hofbauer, sich einmal bei der Literaturgesellschaft zu informieren, wofür das Geld, das sie von der Gemeinde bekomme aufwende. Diese € 1.500,- gehen fast 1 : 1 in den Jugendliteratur-Wettbewerb, der von ihr mit Patricia Brooks 2004 ins Leben gerufen worden sei. Das seien die Preisgelder und die Honorare für die Jury und da seien auch ein paar kleine Honorare für Autoren auch dabei, aber 80 % gehen an den Jugendliteraturpreis, den man damit subventioniere.

GR DI Hofbauer spricht sich dafür aus, den Jugendliteraturwettbewerb zu fördern und nicht die Literaturgesellschaft.

Abstimmungsergebnis: 2 Gegenstimmen (STR Dr. Pitschko, GR DI Hofbauer)

Mehrheitlich beschlossen.

41	Suburban Productions - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0293/2012
-----------	---

Abgesetzt.

42	TRI Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0294/2012
-----------	---

Der TRI Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 5.6.2012, GZ I/1-3955-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 6.000,-- für die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit an. Der Jahresaufwand beträgt € 34.000,--, an Eigenmitteln stehen € 28.500,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 34.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 28.500,--
Differenz	€ 5.500,--

Der TRI Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:
 2009: 4.000,-- 2010: 5.000,-- 2011: 6.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem TRI Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 5.000,-- für die Kinder- und Jugendarbeit.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg GmbH bestehen.

Der TRI Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

43	Volleyball Club Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA I/1/0296/2012
-----------	---

Der Volleyball Club Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 4.6.2012, GZ I/1-3894-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 10.000,-- für Trainer- und Hallenkosten an. Der Jahresaufwand beträgt € 27.833,50,-- an Eigenmitteln stehen € 17.500,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012	€ 27.833,50
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 17.500,--
Differenz	€ 10.333,50

Der Volleyball Club Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren folgende Unterstützungen erhalten:

2009: 4.000,-- 2010: 4.000,-- 2011: 4.000,--

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt dem Volleyball Club Klosterneuburg - gegen Verwendungsnachweis - eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 3.000,-- für Betreuer- und Hallenkosten.

Dieser Betrag wird nur dann direkt ausbezahlt, wenn keine Forderungen von Seiten der Stadtgemeinde direkt bzw. der Sportstätten Klosterneuburg GmbH bestehen.

Der Volleyball Club Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

44	Sportunion Basketball Klosterneuburg - finanzielle Unterstützung für Miete der Babenbergerhalle Vorlage: GA I/1/0297/2012
-----------	--

Die Sportunion Basketball Klosterneuburg sucht mit Schreiben vom 5.6.2012, GZ I/1-3849-061/1 um eine Subvention in Höhe von € 1.440,-- für die Miete der Babenbergerhalle für die Meisterschaftsfeier am 9.6.2012 an. Der Aufwand für dieses Projekt beträgt € 3.000,--, an Eigenmitteln stehen € 1.560,-- zur Verfügung.

Voraussichtliche Ausgaben 2012 (Projekt)	€ 3.000,--
Voraussichtliche Eigenmittel 2012	€ 1.560,--
Differenz	€ 1.440,--

Der Verein sucht außerdem 2012 um Abdeckung der Mieten 2011 im Happyland und in der Babenbergerhalle in Höhe von € 88.583,25 an. Die Sportunion Basketball Klosterneuburg hat in den letzten 3 Jahren für Mieten folgende Unterstützungen erhalten: 2009: 78.400,--, 2010: 103.857,14, 2011: 128.758,48.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gewährt der Sportunion Basketball Klosterneuburg eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.440,-- für die Miete der Babenbergerhalle für die Meisterschaftsfeier am 9.6.2012.

Dieser Betrag wird direkt an die Babenbergerhalle überwiesen.

Die Sportunion Basketball Klosterneuburg weist in sämtlichen Veröffentlichungen und Publikationen auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde hin.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/269-757100

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

45	NMS Hermannstraße, Langstögergasse und Sonderschule - Finanzielle Unterstützung für das Projekt X-Point (Schulsozialarbeit) Vorlage: SD/2/0188/2012
----	--

In der Sitzung des Gemeinderates am 11.12.2009 wurde die finanzielle Unterstützung für das Projekt „X-Point Schulsozialarbeit“ für die Schuljahre 2009/10 und 2010/11 beschlossen und in der Sitzung des Gemeinderates am 1.7.2011 die Unterstützung für das Schuljahr 2011/12.

Der Verein Young (Verein für Kinder und Jugendliche), der dieses Projekt leitet und durchführt, berichtet über Einzelhilfe, Elternarbeit, Gruppenarbeit im Klassenverband und Kleingruppenarbeit, bei welchen v.a. Themen wie Konfliktregelung, Klassenklima, Mobbing, Freundschaft, familiäre Probleme, psychische Auffälligkeiten behandelt werden. (Jahresbericht folgt im September 2012).

Die DirektorInnen der beteiligten Schulen haben durchwegs positive Stellungnahmen abgegeben und bitten um Verlängerung des Projektes und um weitere finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde Klosterneuburg.

Der Verein Young teilte dem Schulreferat der Stadtgemeinde Klosterneuburg mit, dass die Konditionen und auch die Kosten im Schuljahr 2012/13 unverändert bleiben. Die Kosten betrugen im Schuljahr 2011/12 € 7.148,50,--. Es erfolgt lediglich eine Anpassung an die tatsächlichen Schülerzahlen.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg übernimmt die weitere finanzielle Unterstützung des Projektes „X-Point Schulsozialarbeit“ für das Schuljahr 2012/13, sofern das Land NÖ den 2/3 Kostenanteil weiterhin zusichert und vorbehaltlich der Genehmigung des Voranschlags 2013 durch den Gemeinderat.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/232-7684

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

46	Kindergärten - Anpassung des Kostenbeitrages für Spiel- und Fördermaterial Vorlage: SD/2/0191/2012
-----------	---

Gemäß § 25, Absatz 6, des NÖ Kindergartengesetzes 2006 darf der Kindergartenerhalter für die Anschaffung von Spiel- und Fördermaterial einen höchstens kostendeckenden Beitrag von den Eltern (Erziehungsberechtigten) einheben.

Die eingehobenen Beiträge werden pro Monat an die Kindergärten überwiesen und die benötigten Materialien direkt angeschafft. Die monatliche Abrechnung mittels Kassabuch belegt die Ausgaben.

In einer Besprechung mit den Kindergartendirektorinnen im April 2012 teilten diese mit, dass der derzeit eingehobene Beitrag in Höhe von € 10,-- nicht mehr ausreicht, um die nötigen Materialien anzukaufen.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 3. Mai 2002 den Kostenbeitrag in Höhe von € 10,-- (incl. 10% Mwst.) pro Kind und Monat festgelegt; seit diesem Zeitpunkt gab es keine Erhöhung!

Aufgrund der inflationsbedingten notwendigen Anpassung wird seitens der Mitglieder des Ausschusses für Familien, Frauen, Jugend, Schulen und Kindergärten eine Erhöhung des Kostenbeitrages für Spiel- und Fördermaterial auf € 13,-- (incl. 10% Mwst.) vorgeschlagen. Eine allfällige weitere Erhöhung wird bei Bedarfsmeldung durch die Kindergartenleiterinnen neu behandelt.

Beschluss:

Ab dem Kindergartenjahr 2012/13 (September 2012) wird der Kostenbeitrag für Spiel- und Fördermaterial pro Kind und Monat auf € 13,-- (incl. 10% Mwst.) angehoben.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/240-400300

2/240+810110

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

47	Klosterneuburger Tierschutzverein - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA II/5/0073/2012
-----------	---

Der Klosterneuburger Tierschutzverein, p.A. 3400 Klosterneuburg, Kardinal Piffl Platz 2, hat mit Förderungsansuchen vom 16.2.2012 um eine finanzielle Unterstützung über EUR 10.000.-- angesucht und begründet dieses Ansuchen mit der Tätigkeit des Vereines für den örtlichen Tierschutz. Der Förderungsbetrag soll zur Bezahlung von Tierarztkosten, Tierversorgungs- u. -versorgungskosten für kurzfristig übernommene Tiere sowie für bauliche Investitionen verwendet werden. Dem Klosterneuburger Tierschutzverein wurde in den Jahren

2009	EUR 14.500.—
2010	EUR 10.150.--
2011	EUR 10.000.--

an Unterstützung ausbezahlt.

Beschluss:

Dem Klosterneuburger Tierschutzverein wird eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von
EUR 10.000.--

zur Bezahlung von Tierarztkosten, Tierversorgungs- u. -versorgungskosten sowie für bauliche Investitionen gegen Verwendungsnachweis gewährt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben:
1/581000-757801

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

48	Rotes Kreuz Klosterneuburg - Wartungskosten Haustechnik Vorlage: GA II/5/0077/2012
-----------	---

Für die Instandhaltung und Wartung der haustechnischen Einrichtungen in der Rot-Kreuz-Station Parkdeck wurden vom Roten Kreuz im Jahr 2011 folgende Beträge aufgewendet:

Brandmeldeanlage	Fa. Schrack	EUR 1.730,96
Lüftungsanlage	Fa. Wolf	EUR 318,40__
CO-Warnanlage	Fa. Moldrich	EUR 651,26
Fenster	<u>Fa. Actual-Berger</u>	<u>EUR 681,25</u>
	Gesamtbetrag (excl. USt.)	EUR 3.381,87

Mit Förderungsansuchen vom 17.4.2012, eingelangt bei der Stadtgemeinde Klosterneuburg am 24.4.2012, hat die Bezirksstelle des Roten Kreuzes Klosterneuburg um Abdeckung dieser Beträge ersucht.

In den letzten Jahren wurden folgende Wartungs- und Instandhaltungskosten refundiert:

2009	EUR 3.098,51
2010	EUR 3.105,28
2011	EUR 3.300.--

Im VA 2012 ist auf der bedeckenden VA-Stelle ein Betrag von EUR 3.400.-- vorgesehen.

Beschluss:

Der Bezirksstelle des Roten Kreuzes Klosterneuburg wird zur Abdeckung der Kosten für die Instandhaltung und Wartung der haustechnischen Anlagen im Jahr 2011 eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von EUR 3.381,87 gewährt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/530000-757220

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

49	Rotes Kreuz - finanzielle Unterstützung Vorlage: GA II/5/0078/2012
-----------	---

Der Rettungsdienstbeitrag gemäß der NÖ Rettungsdienstbeitragsverordnung wurde zuletzt in der Sitzung des Gemeinderates am 26.2.1999 in der höchstmöglichen Höhe festgesetzt und beträgt seit 1.1.1999 EUR 4,80 (ATS 66.--).

Das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband für Niederösterreich, Bezirksstelle Klosterneuburg, 3400 Klosterneuburg, Kreutzergasse 11, hat mit Förderungsansuchen vom 17.4.2012, eingelangt bei der Stadtgemeinde Klosterneuburg am 24.4.2012, um eine Inflationsabgeltung des Rettungsdienstbeitrages angesucht und begründet dieses Ansuchen mit der notwendigen Abdeckung der laufenden Betriebskosten aus dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst und der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes. Der Verbraucherpreisindex betrug lt. Statistik Austria von 1999 bis 2012 insgesamt 25,7%. Der Rettungsdienstbetrag müsste aufgrund dieser Steigerungen aktuell € 6,19 betragen.

Im abgelaufenen Jahr 2011 betrug der Abgang aus dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst EUR 143.524.--. Der budgetierte Abgang aus dem Rettungs- und Kranken-beförderungsdienst für das Jahr 2012 beträgt EUR 97.772,04.

In den vergangenen Jahren wurde dem Roten Kreuz an Inflationsabgeltung ausbezahlt:

2009	EUR 26.050.--
2010	EUR 26.800.--
2011	EUR 29.530.--

Beschluss:

Dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband für NÖ, Bezirksstelle Klosterneuburg, 3400 Klosterneuburg, Kreutzergasse 11, wird als Inflationsabdeckung des Rettungsdienstbeitrages eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von EUR 34.490,-- gewährt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/530000-757800

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

50	Rotes Kreuz - finanzielle Unterstützung des Projektes FIRST RESPONDER Vorlage: GA II/5/0079/2012
-----------	---

Das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband für NÖ, Bezirksstelle Klosterneuburg, 3400 Klosterneuburg, Kreutzergasse 11, hat mit Förderungsansuchen vom 17.4.2012, eingelangt bei der Stadtgemeinde Klosterneuburg am 24.4.2012, um eine finanzielle Unterstützung für den Ankauf von 5 Stk. First Responder-Rucksäcken mit entsprechender Notfallausrüstung in der Höhe von EUR 5.000.-- angesucht. Mit diesen 5 Rucksäcken sollen in einem ersten Schritt First Responder in Kierling, Maria Gugging, Höflein und Weidlingbach als Startfinanzierung ausgerüstet werden. First Responder sind Rettungs- oder Notfallsanitäter mit spezieller Ausbildung, die außerhalb ihrer Dienstzeit in ihrem Wohnort parallel zum Rettungsdienst zu lebensbedrohlichen Notfällen alarmiert werden. Sie sollen die Zeit zwischen dem Notfallszeitpunkt bzw. Notruf und der ersten medizinischen Versorgung verkürzen. Je schneller qualifizierte Maßnahmen durchgeführt werden, desto günstiger ist der Heilungsablauf und umso kürzer ist die nachfolgend notwendige Behandlungszeit.

Beschluss:

Dem Österreichischen Rote Kreuz, Landesverband für NÖ, Bezirksstelle Klosterneuburg, 3400 Klosterneuburg, Kreutzergasse 11, wird als Startfinanzierung des Projektes FIRST RESPONDER für den Ankauf von 5 Responder-Rucksäcken mit entsprechender Notfallausrüstung eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von EUR 5.000.-- gegen Verwendungsnachweis gewährt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/530000-757800

Der Beschluss gilt vorbehaltlich des Beschlusses des Nachtragsvoranschlags.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

51	Verlängerung Rahmenvereinbarung Straßenneubau und Künetteninstandsetzung Vorlage: GA IV/0101/2012
----	--

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 11.12.2012 TOPkt.:I/50 wurde mit der Fa. Pittel+Brausewetter eine Rahmenvereinbarung für den Straßenbau und Künetteninstandsetzung für die Jahre 2010 bis 2012, zu veränderlichen Preisen (Lohnanteil und sonstiger Anteil gemäß Baukostenindex valorisiert), abgeschlossen. Die Firma ging damals mit großem Abstand (37,79% zum Zweitgereihten) als Best- und Billigstbieter aus einem 2 stufigen offenen Verfahren gemäß Bundesvergabegesetz hervor. Mit Schreiben vom 2. März 2012 ersucht die Fa. Pittel+Brausewetter um Vertragsverlängerung für die Jahre 2013 bis 2014 zu nachstehenden Konditionen:

- Nachlass in der Höhe von 3% auf den Anteil „Lohn“ für die Jahre 2013 und 2014
- Bei Nichterreicherung der vertraglich vereinbarten Gesamtmengen werden keine Nachforderungen gestellt.

Da für die Jahre 2010 bis 2012 aufgrund der anstehenden Großbauvorhaben (z.B.: Wienerstraße mit Kreisverkehr) die ausgeschriebenen Massen sehr hoch waren, konnte auch ein sehr guter Preis erzielt werden. Dies ist auch dadurch bestätigt, da sich das Land NÖ bei Bauvorhaben (Ortsdurchfahrt Weidling, Wienerstraße) aufgrund des niedrigen Preisniveaus an die Rahmenvereinbarung der Stadtgemeinde Klosterneuburg angehängt hat. Aufgrund der zu erwartenden Budgetentwicklung wären bei einer Neuausschreibung die auszuschreibenden Massen erheblich geringer anzusetzen. Dies bewirkt erfahrungsgemäß eine höhere Anbotsumme, da gewisse Synergien bei geringen Auftragsvolumen nicht schlagend werden.

Es wird daher empfohlen die Vertragsverlängerung für die Jahre 2013 bis 2014, zu den o.a. Konditionen, zu beschließen.

Beschluss:

Die mit der Fa. Pittel + Brausewetter, 3430 Tulln, Porschestraße 15 bestehende Rahmenvereinbarung Straßenbau und Künetteninstandsetzung 2010 bis 2012 wird zu den im Sachverhalt beschriebenen Konditionen um die Jahre 2013 und 2014 verlängert.

Bedeckung:

Bei den Beschlüssen für die einzelnen Bauvorhaben

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (GR Dr. Schweeger-Exeli) und 2 Enthaltungen (GR DI Hofbauer, GR Kehrner)

Mehrheitlich beschlossen.

52	Transparentwerbung im Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Klosterneuburg Vorlage: GA IV/0104/2012
----	---

In den letzten Jahren kam es immer öfters vor, dass Transparente für Veranstaltungen verkehrsbehindernd oder an verbotenen Standorten montiert wurden. Da es sehr wenig legale Plätze für derartige Ankündigungen gibt, sollen Rohrrahmensysteme an stark frequentierten Punkten im gesamten Gemeindegebiet von Klosterneuburg errichtet werden, um die Montage von Transparenten zu ermöglichen. Da dies keine hoheitliche Aufgabe ist muss diese Tätigkeit gewerberechtlich angemeldet werden und eine Person namhaft gemacht werden. Dies soll durch den Kammeramtsdirektor Mag. Schwarz abgedeckt werden.

Die künftig zum Mieten zur Verfügung stehenden Flächen werden vom Abgabnamt verwaltet. Zu welchen Bedingungen ein solches Mietverhältnis abgeschlossen werden kann, ist aus den beiliegenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die von der Stadtgemeinde Klosterneuburg angebotenen Flächen für Transparentwerbung“ zu entnehmen.

Beschluss:

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die von der Stadtgemeinde Klosterneuburg angebotenen Flächen für Transparentwerbung sind ab 1. Juli 2012 anzuwenden.

Zum Antrag sprachen: GR Dr. Schweeger-Exeli,

Wortmeldungen:

GR Dr. Schweeger-Exeli betont, nicht besonders glücklich über diesen Antrag zu sein, was er schon gegenüber Mag. Duscher erwähnt habe. Im Grunde genommen könne man das als Verhinderungsantrag ansehen. Denn mit den Bedingungen, die hier im Zusatz des Vertrags dieses Antrages seien, sei es fast unmöglich, dass jemand mit gutem Gewissen Ja sage zur Transparentwerbung. Es gehe da um die Nutzung dieser Metallgestelle, 4 m breit, 3 m hoch, bei denen die Transparente, die ohnehin schon teuer sein werden, weil sie auf Planen gedruckt werden müssen, was nicht gerade geschenkt werde. Der oberste Bereich, das was 5 m über dem Boden sei, dürfe nur von der Stadtgemeinde aufgehängt werden, wofür der „lächerliche“ Betrag von € 180,-- verrechnet werde, ebenso wie für die Abnahme und dürfe nicht vom User, vom Auftraggeber gemacht werden. Er bittet die Juristen um Aufmerksamkeit bei § 4 – Montage. Dass sozusagen die Bespannung der obersten Fläche ausschließlich aus Sicherheits- und Haftungsgründen zu erfolgen habe, sei aus seiner Sicht ein ziemlicher Widerspruch mit dem ungefähr 7 cm unterhalb liegenden Paragraphen für Schäden, Folgeschäden und Drittschäden, dass der Auftraggeber hafte und nicht die Stadtgemeinde. Er würde so etwas nicht unterschreiben. Das sei etwas außerhalb seines Einflussbereiches und daher könne man gleich sagen, man wolle keine Transparentwerbung etc. von der Stadtgemeinde haben. Sehr viel besser gehe es auch weiter hinten nicht weiter. Dass das vom Auftragnehmer abzunehmen sei, wenn es weiter unten hänge und wenn das nicht passiere, koste es auch wieder € 180,--. Das seien stolze Preise. Ebenso werden die Gesamtpreise, die auf den ersten Blick billig erscheinen, weil die Dauer und die Miete nicht gar so hoch seien, relativiert wegen der Herstellung solcher Transparente. Er wisse nicht, was so etwas koste, aber unter € 200,-- pro Transparent einseitig bedruckt, werde nichts sein. In § 14, den er zitiert, gehe es ähnlich weiter. Das würde er mit Sicherheit nicht unterschreiben. Das alles seien Sachen, bei denen er schlicht nicht zustimmen könne.

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (GR Dr. Schweeger-Exeli) und 1 Enthaltung (GR DI Hofbauer)

Mehrheitlich beschlossen.

53	Förderrichtlinien für das Radroutenoptimierungsprogramm Eco Plus Vorlage: GA IV/3/0772/2012
----	--

Für die Attraktivierung des Donauradweges werden im Rahmen von „eco plus“ (Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich) bauliche Maßnahmen gefördert. Das Förderprogramm sieht eine Förderung in der Höhe von 66% (2/3) für einen 2,5m breiten Radweg vor. Die Planungskosten werden zur 100% vom Land Niederösterreich getragen. Um die Förderabwicklung zu vereinfachen ist durch die Projektgemeinden eine ARGE zu gründen. Die Stadtgemeinde Klosterneuburg hat für den Donauradwegabschnitt im Zuge der Strandbadstraße beginnend ab Au Park (Durchstich) bis zur Donaustraße um Förderung angesucht. Gemäß den Förderrichtlinien ist von den jeweiligen Projektgemeinden ein Gemeinderatsbeschluss zur Kostenübernahme von 33% (1/3) der förderungswürdigen Maßnahmen vorzulegen.

Beschluss:

Die vorliegende ecoplus Richtlinie für die regionale Infrastrukturförderung in Niederösterreich wird anerkannt und die Kostenübernahme von 33% (1/3) der förderungswürdigen Maßnahmen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

54	Projektsänderung ÖBB Lärmschutz Vorlage: GA IV/3/0775/2012
----	---

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 24.04.2009 wurde der Vertrag über die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen entlang der Franz Josef Bahn beschlossen. Im Durchführungsvertrag sind die einzelnen Lärmschutzwände und deren Streckenabschnitte genau definiert. Die Lärmschutzwand 1 ist von Bahn-km 7,4 bis 9,1 (Wienerstraße ONr.49-51 bis Donaustraße) vorgesehen und größtenteils bereits errichtet. Nach ca. 40Meter von der Wienerstraße ONr. 35 – 37 (Fa. Sun Systems GmbH) verläuft die FJB unmittelbar entlang der B14 Wienerstraße. Die Straße ist in diesem Abschnitt durch eine Stützmauer zur Bahnstrecke abgegrenzt. Nach einem Lokalaugenschein hat sich gezeigt, dass sich die bestehende Stützmauer auf einer Länge von rd. 230 Meter in einem nicht mehr so guten Zustand befindet. Die ursprünglich angedachte Lösung die LSW 1 seitlich an die Stützmauer zu befestigen, ist aufgrund der geringen Betonfestigkeit nicht möglich. Seitens dem Ingenieur Büro Neukirchen Ziviltechniker GesmbH wurden mehrere Variante zur Errichtung der Lärmschutzwand ausgearbeitet. Eine Variante sieht die Errichtung von Fertigteil – Betonleitwänden mit aufgesetzter Lärmschutzwand vor. Bei dieser Variante muss der oberste Bereich der Stützmauer für die Fundamentierung entfernt werden. Die Kosten für diese Variante wurden auf ca. € 100.000,-- geschätzt. Eine weitere Möglichkeit stellt eine Ortbetonleitwand mit aufgesetzter Lärmschutzwand dar. Diese Variante entspricht jedoch nicht den Richtlinien für den Straßenbau (RVS) und wird auch seitens der Asfinag nicht akzeptiert. Die Kostenschätzung für eine Ortbetonleitwand liegt bei ca. € 71.500,--.

Seitens der ÖBB wird mitgeteilt, dass gemäß dem Schalltechnischen Projekt 2008 mit der LSW an den Immissionspunkten eine Pegelminderung von 1-3dB ersichtlich ist. Im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wird daher den Vertragspartnern ÖBB und der NÖ Landesregierung vorgeschlagen die Lärmschutzwand im gegenständlichen Bereich (ab der Wiener Straße 35-37 bis zur Bahnüberführung) nicht zu errichten und den betroffenen Liegenschaften den Einbau von Lärmschutzfenstern zu fördern. In diesem Abschnitt (Bahn km 7,664 bis km 7,896) sind rd. 10 Liegenschaften betroffen.

Beschluss:

Im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wird das ÖBB Lärmschutzprojekt dahingehend geändert, dass die Lärmschutzwand 1 zwischen Bahn-km 7,664 und km 7,896 unterbrochen wird und den jeweiligen betroffenen Liegenschaften der passive Lärmschutz (Einbau von Lärmschutzfenster, -türen und -lüfter) gefördert wird.

Zum Antrag sprachen: GR Dr. Schweeger-Exeli

Wortmeldungen:

GR Dr. Schweeger-Exeli bemerkt, eine Meinung dazu zu haben. Es gehe darum, dass hier eine Lärmschutzwand, die bereits beschlossen und projektiert gewesen sei, nicht durchgeführt werde. Dass die Schallreduktion, die möglicherweise nur 1,5 bis 2 oder sogar noch weniger Dezibel bedeuten solle, klinge nicht nach sehr viel, wenn eine enge Parabolwand angebracht werde, sei aber etwas, das wirklich wirke. Alternativ werde dazu empfohlen, dass man passive Lärmschutzmaßnahmen mache, d.h. es werden Lärmschutzfenster eingebaut. Im Raum habe man es dann ruhig, die Gärten seien weiterhin der Belastung ausgesetzt und in keiner Weise entlastet und man werde in der Wohnqualität eingeschränkt. Er persönlich würde sagen, dass man zunächst mit den ungefähr 10 Anrainern sprechen und sie befragen sollte, wie das ausschaue, was ihnen lieber wäre und wie das Ganze sein könnte, als sie vor vollendete Tatsachen zu stellen, bevor man mit denen überhaupt gesprochen habe. Das halte er für eine Frechheit. Was ihm eigentümlich erscheine, sei, dass die Kostenvariante mit Ortsbetonleitwand, die einen Mehraufwand bedeute gegenüber den

ursprünglichen Plan, dass dieser nicht vorhandene Sockel offenbar nicht fest genug sei, um die Lärmschutzwände zu halten. Dieser müsste ersetzt und erneuert werden um € 71.000,--. Wenn man bei diesen 10 Häusern die Lärmschutzfenster mitfinanziere, dann könne er sich vorstellen, dass das weit mehr betragen würde. Er würde diesen Antrag nochmals zurück an den Ausschuss verweisen, und das ist sein persönlicher **Gegenantrag** dazu.

Gegenantrag (GR Dr. Schweeger-Exeli)

Der Antrag ist zurück an den Ausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis über den Gegenantrag: 34 Gegenstimmen (ÖVP, SPÖ, GRin Enzmann, GR Essl, GRin Feistauer, STR Dr. Pitschko) und 1 Enthaltung (GR Mag. Zach) mit Mehrheit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Gegenstimmen (GR DI Hofbauer, GR Kehrner, GR Dr. Schweeger-Exeli)

Mehrheitlich beschlossen.

55	Brückeninstandsetzungen 2012 Vorlage: GA IV/3/0780/2012
----	--

Aufgrund der von Büro DI Endl durchgeführten Brückenhauptprüfungen im Jahr 2011, wurden bei mehreren Brückenobjekten unbedingt notwendige und empfohlene Erhaltungsmaßnahmen vorgeschrieben. Bei den Instandsetzungsarbeiten sind größtenteils Betonierarbeiten an den Widerlagern und Tragwerken der Brücken notwendig. Um etwaige Frost- und Wasserschäden zu vermeiden sind teilweise Beton- und Asphaltoberflächen zu erneuern. Einige Brückenobjekte sind Holz- und Stahlkonstruktionen. Bei diesen Brücken sind vorrangig die Stahlhauptträger zu entrostern und neu zu konservieren. Die Geländer sind bei allen Brücken instandzusetzen (teilweiser Austausch, Entrosten, neu streichen). Bei den Holzbrücken sind hauptsächlich die Bodenbeläge und Geländer zu sanieren. Die Holzarbeiten werden in Eigenregie durch die GA IV/7 Straßenverwaltung durchgeführt. Für den geplanten Steg in der Stegleiten (ehemaliger Steg über den Weidlingbach in Verlängerung der Aufeldgasse) ist ebenfalls der Austausch des Holzbelages beabsichtigt. Die Gerinne Sanierungen werden laufend durch die Lawinen und Wildbachverbauung bzw. durch die NÖ Landes Regierung Abteilung Wasserbau vorgenommen. Um die Verkehrssicherheit der Brücken zu gewährleisten und dabei das Entstehen von Mehrkosten durch den Aufschub von Sanierungsmaßnahmen zu vermeiden, ist es erforderlich, an folgenden Brücken alle Erhaltungsmaßnahmen so rasch als möglich durchzuführen:

Objekt	über	im Zuge	KG
Fußgängersteg	Weidlingbach	der Promenade	Weidling
Dehmgassenbrücke	Weidlingbach	Südtirolergasse	Weidling
Fußgängersteg	Weidlingbach	Steinriegelstraße	Weidlingbach
Fußgängersteg	unbenannter Graben	Wanderweg	Weidlingbach
Fußgängersteg	Gerinne zu Tafelberg	Steinriegelstraße	Weidlingbach
Fußgängersteg	Unbek. Gerinne	Südtirolerweg	Weidling
Wallnerbrücke	Dombach	Steinriegelstraße	Weidling
Lenaugassensteg	Kierlingbach	Lenaugasse	Kierling
Steinbrunngrabenbrücke	Dietschengraben	Steinbrunngrasse	Kierling
Lourdesgrottensteg	Rambach	Wallfahrtsweg	Maria Gugging
Eindeckung Neudauerbach	Neudauerbach	Neudauerstraße	Kritzendorf
Fußgängersteg	Kierlingbach	Stegleiten	Kierling

Eine Kostenberechnung über die Beton- und Asphaltierungsarbeiten (auf Basis des Bestbieterangebotes nach öffentlicher Ausschreibung der Fa. Pittel + Brausewetter vom 19.10.2009) ergab einen Betrag von € 32.320,-- inkl. MwSt. Für die Entrostungs- und Streicharbeiten der Stahlteile liegt eine Kostenschätzung der Fa. Peter Urteil, Maler- und Anstreicher, Gschwendt 77 in der Höhe von € 5.000,-- inkl. MwSt. vor. Die Reparatur- und Schweißarbeiten an den Stahlteilen würde die Fa. Carl F. Weinberger Schlossereibetriebsges.m.b.H, Geschäftsführer Peter Eidherr, Zweigniederlassung Hauptstraße 39/1, 3400 Klosterneuburg-Weidling zu einem geschätzten Betrag von € 1.500 inkl. MwSt. durchführen. Die Abrechnungen erfolgen jeweils nach tatsächlichem Aufwand. Für die Lieferung von Holz liegt von der Fa. Raab ein Anbot zu einem Betrag von € 4.500,- inkl. MwSt. vor. Für die Konservierung von den

Holzteilen ist beabsichtigt bei der Fa. Farbenwahl Holzschutzmittel zu einem Betrag von € 800,- inkl. MwSt. anzukaufen.

Beschluss:

- 1) Die Firma Pittel + Brausewetter GmbH, Porschestraße 15, 3430 Tulln, wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit den Brückeninstandsetzungsarbeiten (Betonier- und Asphaltierungsarbeiten) zu einem Betrag von € 32.320,-- inkl. MwSt. beauftragt.
- 2) Die Firma Peter Urteil, Maler- und Anstreicher, Gschwendt 77, 3400 Klosterneuburg wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit den Entrostungs- und Streicharbeiten an den Brückenstahlteilen zu einem Betrag von € 5.000,- inkl. MwSt. beauftragt.
- 3) Die Firma Carl F. Weinberger Schlossereibetriebsges.m.b.H, Geschäftsführer Peter Eidherr, Zweigniederlassung Hauptstraße 39/1, 3400 Klosterneuburg-Weidling wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit den Reparatur- und Schweißarbeiten an den Brückenstahlteilen zu einem Betrag von € 1.500,- inkl. MwSt. beauftragt.
- 4) Die Fa. Raab Holzbau GmbH, Wienerstraße 76, 3433 Königstetten, wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit der Lieferung von Holzmaterial zu einem Betrag von € 4.500,- inkl. MwSt. beauftragt.
- 5) Die Firma Farbenwahl GmbH, Stadtplatz 28, 3400 Klosterneuburg wird mit der Lieferung von Holzschutzmittel zu einem Preis von € 800,- inkl. MwSt. beauftragt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/612-611200

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

56	Herstellung einer Radwegquerung und Ankauf einer Radroutenbeschilderung Vorlage: GA IV/3/0774/2012
-----------	---

Ein weiterer Meilenstein für das lückenlose 3 Täler Radroutennetz ist die Herstellung der Radüberfahrt von der Gemeindestraße Maital über die B14 Hauptstraße zur Lenaugasse in Kierling. Um in diesem Bereich das sichere Queren mit Fahrrädern zu gewährleisten, sind bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbeziehungen erforderlich. Konkret ist der Gehsteig am südlichen Fahrbahnrand der B14 auf einer Länge von ca. 120 Meter durchschnittlich um 1Meter zu verbreitern. Auf der gegenüberliegenden Seite (Lenaugasse) ist eine Aufstellfläche / Vorziehung für die Weiterführung des Radweges herzustellen. Weiters ist beabsichtigt den Bereich der Lenaugasse ONr.2, Hauptstraße ONr.190-194 so umzugestalten, dass künftig eine Haltestellenbucht, eine Auftrittfläche für Fußgänger sowie ein Fundament für ein künftiges Wartehaus zur Verfügung steht. Eine Kostenschätzung (auf Basis des Bestbieterangebotes nach öffentlicher Ausschreibung der Fa. Pittel + Brausewetter vom 19.10.2009) für die Straßenbauarbeiten ergab einen Betrag von € 79.600,-- inkl. MwSt. Neben den straßenbaulichen Maßnahmen sind Arbeiten für die Ausleuchtung der Radüberfahrt nötig. Seitens der Fa. Elektro Gutenthaler liegt eine Kostenberechnung für die elektrotechnischen Arbeiten sowie für das Aufstellen der Beleuchtungskörper zu einem Betrag von € 2.470,-- inkl. MwSt. vor. Die Beleuchtungsmasten inklusive der Leuchteinheiten werden von der Fa. Philips zu einem Betrag von € 1.950,-- inkl. MwSt. geliefert.

Gemäß dem 3 Täler Radroutennetz und dem Fördervertrag von klima:aktiv ist eine einheitliche Radroutenbeschilderung vorgesehen. Mit der Errichtung der Radüberfahrt ist bis auf den Abschnitt von der Schauergasse bis zur Gemeindestraße Stegleiten die Radroute Kierling abseits der Hauptverkehrswege befahrbar. Die Radroute Weidling kann vom Donauradweg bis ins Ortszentrum durchgehend abseits oder baulich getrennt der stark befahrenen Verkehrsachsen benützt werden. Am Donauradweg soll 2013 und 2014 der letzte Radroutenschluss im Bereich Sammlung Essl erfolgen. Daher ist beabsichtigt noch 2012 die Radroutenbeschilderung anzukaufen und zu errichten. Die Kosten für die Verkehrszeichen, Halterungen und Verkehrszeichensteher betragen gem. Anbot der Fa. Forster Verkehrs- und Werbetechnik GmbH € 4.950,-- inkl. MwSt.

Beschluss:

- 1) Die Fa. Pittel+Brausewetter GmbH, 3430 Tulln, Porschestraße 15, wird – wie im Sachverhalt beschrieben - mit den Straßenbauarbeiten für die Radwegquerung zu einem Betrag von € 79.600,-- inkl. MwSt. beauftragt.
- 2) Fa. Gutenthaler Elektroinstallationen GmbH, 3400 Kierling, Hauptstraße 159, wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit den elektronischen Arbeiten sowie der Aufstellung der Beleuchtungskörper zu einem Betrag von € 2.470,-- inkl. MwSt. beauftragt.
- 3) Fa. Philips Austria GmbH, 1100 Wien, Triester Straße 64, wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit der Lieferung der Masten und Leuchteinheiten zu einem Betrag von € 1.950,-- inkl. MwSt. beauftragt.
- 4) Fa. Forster Verkehrs- und Werbetechnik GmbH, 3340 Waidhofen/Ybbs, Weyrerstraße 135, wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit der Lieferung der Verkehrszeichen, Halterungen und Verkehrszeichensteher zu einem Betrag von € 4.950,-- inkl. MwSt. beauftragt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/616 - 002400

Zum Antrag sprachen: STR Hava, GR DI Hofbauer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, GR Dr. Schweeger-Exeli

Wortmeldungen:

STR Hava vermerkt, dass das Dreitäler-Radwegenetz in seiner Zeit entstanden und er froh sei, dass jetzt die schwierige Stelle an der B14 angegangen werde und dass das soweit auch budgetär über die Bühne sei, dass man es bauen könne. Dafür danke er dem Ausschuss, dass das jetzt fertiggestellt werde. Man habe somit einen durchgehenden Lückenschluss. Problematisch sei, was weiterhin im Stollhof passiere, doch sei man in Verhandlungen. Er könne jedoch nur empfehlen, dort weiter zu machen und das dementsprechend umzusetzen.

Auf die Frage von GR DI Hofbauer, wie weit die Verhandlungen seien, antwortet der Bürgermeister, dass sich da nichts Neues tue, weil es keine Anträge oder Ideen seitens der AUVA gebe.

GR Dr. Schweeger-Exeli findet es auch erfreulich, dass beim Radweg etwas weitergehe. Eine kleine Spitze gehe jedoch in Richtung STR Hava, dass das, was dieser geleistet habe, vor allem eine neue Etikette sei, weil ein Dreitäler-Radweg eine wunderschöne Bezeichnung sei, die zeige, dass es in Klosterneuburg etwas gebe für die Radfahrer. Es sei leider nur ein winziger Teil von dem, was notwendig wäre. Wenn er Jahre zurückschäue, ins Jahr 2001, da gebe es ein Radwegekonzept, das die Stadt in Auftrag gegeben hatte, das in der Schublade verkümmere und inzwischen an Aktualität verloren habe und das etliche Zugänge von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Querungen der Oberen Stadt usw. und selbstverständlich auch den von STR Hava so hochgelobten Dreitäler-Radweg zum Inhalt gehabt habe. Jetzt zu sagen, es wäre die SPÖ gewesen, die das gemacht habe, halte er für ziemlich eigentümlich. Es sei ein Jammer, dass die Stadtgemeinde und die politisch Verantwortlichen sich dazu entschlossen haben, lauter vergoldete Lösungen auf die Beine zu stellen, anstatt etwas, was bereits vor über 10 Jahren hätte realisiert werden können. Es sei keine Frage, dass es schön sei, dass etwas passiert sei und er stimme natürlich auch diesem Antrag zu, aber auf der anderen Seite müsse man schon die Kirche im Dorf lassen.

STR Hava bemerkt, dass GR Dr. Schweeger-Exeli nicht bei allen Sitzungen im Ausschuss gewesen sei, aber dass es schon so gewesen sei, dass man dieses Radwegekonzept als Beratungsgrundlage genommen habe. Er habe es vorangetrieben, dass ein Konzept erstellt werde, das Lückenschlüsse in den drei Tälern und Verbindungen schaffe. Es sei eines der besten Beispiele, dass es bei der pestigsten Stelle beim Donauweitwanderweg zwischen der Kaserne in der Donaustraße bis zur Wiener Stadtgrenze gelungen sei, den Radweg sicher zu machen durch eine Einbahnlösung. Wenn man das als vergoldete Lösung betrachte, so solle GR Dr. Schweeger-Exeli einmal schauen, wie viele Radfahrer dort im Sommer fahren und er könne das selbst bestätigen und wie zufrieden diese seien, dass das funktioniere. Dass nicht überall ideale Lösungen herauskommen, sei auch klar. Aber auch die Förderstelle habe diese Konzepte goutiert. Es sei natürlich nicht alles auf seinem Mist gewachsen. Es sei auch die Beamtenschaft mit dabei gewesen, aber die Initiative dafür sei sehr wohl von den Sozialdemokraten gekommen. Dazu habe GR Dr. Schweeger-Exeli nichts beigetragen, sondern nur kritisiert. Damals habe es die PUK noch nicht einmal gegeben.

GR Dr. Schweeger-Exeli hält Replik. Es gehe ihm selbstverständlich um den Alltagsradverkehr und nicht um den touristischen Radverkehr. Der Donauradweg, so wie er ausgestattet sei, sei ausschließlich dem touristischen Radverkehr vorbehalten. Dagegen sei nichts einzuwenden, aber wenn man Klosterneuburg entlasten wolle von dem vorwiegend motorisierten Individualverkehr, so müsse man Alternativen vor allem für die sanfte Mobilität schaffen. D.h., dass man das gesamte Gemeindegebiet erschließbar mache, ohne Gefahr für die Leute.

GR DI Hofbauer fragt nach dem Verhandlungsstand beim Stollhof, weil jeder Bürger wünsche, dass seine Kinder mit dem Rad in die Schule fahren können. Man sollte annehmen können, dass ein durchgehender Radweg bestehe und nicht, dass man auf der Straße fahren müsse. Daher möchte er den Verhandlungsstand wissen.

Der Bürgermeister erklärt, es sei so, dass man immer in Aussicht gestellt hatte, nachdem ein Retentionsbecken in den Bereichen eingeplant gewesen sei und den Radweg in den Liegenschaften Stollhof unterzubringen, weil es anderswo nicht gehe und der AUVA anzubieten, wenn sie Entwicklungen anstreben, weil der hintere Trakt verfallen und schmal sei und anzunehmen sei, dass dort etwas entwickelt werden solle, in die Planungen einzugehen und das mitzuverhandeln. Logischerweise stelle sich dann auch die Widmungsfrage.

GR DI Hofbauer ersucht, schon ein bisschen Dampf dahinter zu setzen. Er sei Radfahrer und habe das Vergnügen, von der Ziegelofengasse hinunter und vom Durchstich weg bis in die Freudenau durch eine 2 Mio. Stadt und auf der Donauinsel zurück zu fahren und kein einziges Mal auf einer öffentlichen Straße zu sein - und das Mitten in Wien. Daher wäre es auch schön, wenn man von Kierling wegfahren könnte ohne öffentlichen Verkehr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

57	Fertigstellung des Radweges Wienerstraße Vorlage: GA IV/3/0776/2012
-----------	--

Mit der Errichtung des Radweges „Niedermarkt“ ist es nunmehr möglich auf einem baulich getrennten Radweg entlang vom Stift Klosterneuburg und der Weinbauschule bis zur Leopoldstraße mit dem Fahrrad zu fahren. Nach bereits erfolgter Grundabtretung bei der Wienerstraße ONr.78 kann der Radweg daher bis zur bestehenden VLSA auf Höhe der Donaustraße baulich getrennt weitergeführt werden. Hierfür ist eine Gehsteigverbreiterung auf der Leopoldsbrücke und bei der Liegenschaft ONr.78 notwendig. In diesem Zuge soll der bestehende Stiegenabgang neu hergestellt werden. Neben der Gehsteigverbreiterung und der Stiegen Herstellung umfassen die Arbeiten teilweise einen Mauerabbruch, Anpassung der Entwässerung sowie die Herstellung von Fundamenten für die neue Verkehrstechnik. Für diese Arbeiten liegt eine Kostenberechnung (auf Basis des Bestbieterangebotes nach öffentlicher Ausschreibung der Fa. Pittel + Brausewetter vom 19.10.2009) zu einem Betrag von € 50.100,-- inkl. MwSt. vor. Da für den Geh- und Radweg das Brückengeländer versetzt und auf 1,20m erhöht werden muss ist aus wirtschaftlichen Gründen ein Neubau des Geländers empfehlenswert. Zusätzlich wäre das Brückengeländer auf der gegenüberliegenden Seite zu sanieren. Es ist daher beabsichtigt das Brückengeländer analog dem Design am Niedermarkt und der Agnesbrücke herzustellen. Von der Fa. Schinnerl Metallbau GmbH liegt für die Herstellung und Lieferung der neuen Brückengeländer ein Anbot in der Höhe von € 25.750,-- inkl. MwSt. vor. Der bestehende Schaltschrank der VLSA muss zur neuen Grundstücksgrenze versetzt werden. Weiters sind zwei neue Signalsteher mit Druckknopfschalter neu herzustellen. Von der Fa. Gesig Gesellschaft für Signalanlagen GmbH liegt für diese Arbeiten eine Kostenschätzung in der Höhe von € 4.930 inkl. MwSt. vor.

Beschluss:

- 1) Die Fa. Pittel+Brausewetter, 3430 Tulln, Porschestraße 15, wird – wie im Sachverhalt beschrieben - mit den Straßenbauarbeiten zu einem Betrag von € 50.100,-- inkl. MwSt. beauftragt.
- 2) Die Fa. Schinnerl Metallbau GmbH, wird – wie im Sachverhalt beschrieben – mit der Herstellung und Lieferung des Brückengeländers zu einem Betrag von € 25.750-- inkl. MwSt. beauftragt.
- 3) Die Fa. Gesig Gesellschaft für Signalanlagen GmbH, wird – wie im Sachverhalt beschrieben mit den Arbeiten an der VLS Anlage zu einem Betrag von € 4.930,--inkl. MwSt. beauftragt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben:

Fa. Pittel + Brausewetter GmbH: 1/616 - 002400	Fa. Schinnerl Metallbau GmbH: 1/612 - 611200	Fa. Gesig Signalanlagen GmbH: 1/640 - 619300
--	--	--

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

58	Grundeinlösungen öffentliches Gut Vorlage: GAIV-BD/0422/2012
----	---

Von den nachstehend angeführten Liegenschaften sind infolge des Straßenausbaues Grundeinlösungsverfahren gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz durchzuführen. Die zur Straße entfallenden Grundflächen sind gemäß den Festlegungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes in das öffentliche Gut zu übernehmen.

KG Klosterneuburg, Kollersteig, Straßenkorrektur durch Grundübernahmen in das öffentliche Gut, dargestellt im Teilungsplan des Ing. Konsulenten für Vermessungswesen Dipl. Ing. Peter Schmid, GZ. 32386;

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg führt die im Sachverhalt beschriebenen Grundeinlösungen durch und übernimmt die abzutretenden Grundflächen in das öffentliche Gut.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/612000-002200

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

59	Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes - Auflage 01/2012 Vorlage: GAIV-BD/0419/2012
-----------	---

Die vom Gemeinderat in der Sitzung am 17.12.1987 erlassenen Verordnungen des örtlichen Raumordnungsprogrammes, und zwar des Flächenwidmungsplanes, und des Bebauungsplanes bedürfen aufgrund der Entwicklungen und Änderungen von Grundlagen und Gesetzesbestimmungen sowie zur Verwirklichung der Ziele des örtlichen Entwicklungskonzeptes einer neuerlichen teilweisen Überarbeitung bzw. Ergänzung.

Aufgrund einzelner Novellen zum NÖ Raumordnungsgesetz und zur NÖ Bauordnung wurde der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan der Stadtgemeinde Klosterneuburg seit 1987 mehrmals überarbeitet. Infolge des Umfanges dieser Änderungen (z.B. Einschränkung der Wohneinheiten bei Widmung Bauland Wohngebiet, Festlegung der Bebauungsdichte "0.00", Freiflächenfestlegungen, Offenlandflächen, etc.) sind in einigen Fällen Nachbearbeitungen notwendig.

Darüber hinaus ist der Wortlaut des Bebauungsplanes, die Bebauungsvorschriften der Stadtgemeinde Klosterneuburg, dahingehend ab zu ändern, dass die Verordnung sprachlich überarbeitet werden soll, Festlegungen die ohnehin gesetzlich geregelt sind entfallen sollen, für Altortgebiete und Schutzzonen die Ortsbildverträglichkeit durch ein Ortsbildgutachten verpflichtend nachzuweisen ist, die Anbringung von Werbeanlagen in Altortgebieten und Schutzzonen eingeschränkt wird und an die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Zusätzlich ist es in weiteren Fällen erforderlich, die Straßen- und Baufluchtführungen an den Ausbaubestand und die inzwischen erfolgten Endvermessungen im Zuge des Straßen- und Kanalausbauprogrammes anzupassen.

Die geplanten Änderungen wurden der NÖ Landesregierung als Umweltbehörde hinsichtlich der strategischen Umweltprüfung zur Kenntnis gebracht. Nach Abwägung der als relevant erkannten Kriterien hat die Stadtgemeinde Klosterneuburg in Absprache mit dem Land NÖ entschieden, dass keine strategische Umweltprüfung bei der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes durchgeführt wird.

Der Entwurf der Ordnungsänderungen des Flächenwidmungs- und des Bebauungsplanes wurde vom Ausschuss für Stadtplanung und -entwicklung beraten und schließlich in der Zeit vom 23. April 2012 bis 04. Juni 2012 gem. NÖ ROG 1976 und NÖ BO 1996 öffentlich kundgemacht sowie das Amt der NÖ Landesregierung, die Grundeigentümer, die angrenzenden Gemeinden, die Wirtschaftskammer Niederösterreich, die Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ, die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer und die Interessentenvertretungen gem. NÖ ROG 1976 verständigt.

Innerhalb der Auflagefrist langten nachstehend angeführte Stellungnahmen ein. (siehe Anlage)

Der Auflageentwurf des Flächenwidmungsplanes sieht die Streichung von vier erhaltenswerten Gebäuden im Grünland (Geb), Nr. 14* und Nr. 47, KG Kierling sowie Nr. 45* und Nr. 46, KG Klosterneuburg, vor. Diese Gebes verfügen über eine ursprüngliche Baubewilligung auf Widerruf und eine oder mehrere unbefristete Baubewilligungen für Zu- und/oder Umbauten. Bei einer Besprechung am 21.06.2012 im Amt der NÖ Landesregierung wurde mit dem zuständigen Abteilungsleiter entschieden, dass diesen Gebäuden aufgrund der derzeitigen Situation und Bescheidlage die Festlegung als erhaltenswertes Gebäude im Grünland (Geb) auch weiterhin zusteht. Die Änderungspunkte 151, 152, 154 und 155 sind daher nicht zu beschließen.

Beschluss:

Die eingebrachten Stellungnahmen werden gemäß dem beiliegenden Vorschlag behandelt.

Die diesem Antrag angeschlossenen Verordnungen der Änderung des

- a) örtlichen Raumordnungsprogrammes mit dem Flächenwidmungsplan
- und
- b) der Bebauungsvorschriften mit dem Bebauungsplan

werden erlassen.

Dem Bebauungsplan liegt das örtliche Raumordnungsprogramm zu Grunde.

Daher wird die Verordnung des Bebauungsplanes am Tag nachdem die zur öffentlichen Einsicht vom 23. April 2012 bis 04. Juni 2012 aufgelegten Änderungen des örtlichen Raumordnungsprogrammes 01/2012 die Rechtskraft erlangt haben, kundgemacht und erlangt somit die Rechtskraft.

Anlagen:

- Behandlung der Stellungnahmen
- Verordnung örtliches Raumordnungsprogramm, Flächenwidmungsplan
- Verordnung Bebauungsplan

Abstimmungsergebnis: 1 Enthaltung (GR Dr. Schweeger-Exeli)

Mehrheitlich beschlossen.

60	Sonderschule - Nutzungsvereinbarung Vorlage: SD/2/0184/2012
-----------	--

Die Kindersozialdienste St. Martin möchten aufgrund der vielfachen Anfragen eine Ferienbetreuung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen in der Zeit von 2. bis 20. Juli 2012 anbieten. Dazu ist die Nutzung der Räumlichkeiten in der Sonderschule Albrechtstraße erforderlich, da sie einerseits den besonderen Herausforderungen von Kindern mit besonderen Bedürfnissen entsprechen und andererseits einen barrierefreien Zugang haben.

Die Kindersozialdienste werden sich um das Personal, die Administration, die Kontakte zu den Eltern und die Gestaltung der Betreuung kümmern, die Stadtgemeinde Klosterneuburg stellt die Räumlichkeiten der Sonderschule und die Nutzung des Schulgartens kostenlos zur Verfügung.

Eine Betreuerin für diese Ferienbetreuung wird eine Sonder- und Heilpädagogin, die auch während des Unterrichtsjahres in der Sonderschule tätig ist, sein. Diese ist auch mit den Örtlichkeiten des Gebäudes vertraut.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg schließt mit den Kindersozialdiensten St. Martin, Martinstraße 40, 3400 Klosterneuburg, beiliegende Nutzungsvereinbarung zwecks Abhaltung einer Ferienbetreuung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen im Gebäude der Sonderschule ab. Es wird kein Nutzungsentgelt verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

61	Pflegevereinbarung für den Jüdischen Friedhof Vorlage: Sta-Dion/0046/2012
-----------	--

Abgesetzt.

62	Bestellung zum Leiter des Klimabündnisarbeitskreises Vorlage: Sta-Dion/0047/2012
-----------	---

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2007 unter TOPkt. I/37 die Einsetzung eines kommunalen Klimabündnisarbeitskreises, die Ernennung eines Arbeitskreisleiters sowie Richtlinien für den Arbeitskreis beschlossen. In der Sitzung des Gemeinderates am 16. April 2010 wurde unter TOPkt. I/14 Frau UGR Waltraud Balaska mit der Leitung des Klimabündnisarbeitskreises betraut.

In einer Anfragebeantwortung zum Thema Klimabündnisarbeitskreis hat Bgm. Mag. Stefan Schmuckenschlager in der Sitzung des Gemeinderates am 25.11.2012 festgehalten:

„Seit Jahren führt der Klimabündnisarbeitskreis ein schwieriges Dasein im Spannungsfeld zwischen der Beteiligung engagierter Bürger und dem Wirkungskreis politischer Mandatare.

Egal unter welchem Vorsitz der Arbeitskreis geleitet wurde, fanden Debatten über Personalia und Inhalt immer wieder Einzug bei Gemeinderatssitzungen. Diese Debatten zielten auf die Besetzung des Arbeitskreises und die Kompetenzaufteilung zwischen den involvierten Politikern, in fast jedem Fall die Umweltgemeinderäte, und dem Umweltstadtrat.

Diese energieraubende Absteckung von parteipolitischen Betätigungsfeldern führte seit Jahren zu einer Lähmung des Arbeitskreises und Demotivierung der engagierten Bürger. Nachdem auch durch den personellen Wechsel der UmweltgemeinderätInnen nicht von diesen parteipolitischen Vorstößen Abstand genommen wurde, bat ich Frau Umweltgemeinderätin Balaska und Herrn Umweltgemeinderat Fanta zu einem Gespräch über die zukünftige Arbeit des Arbeitskreises. Dabei zeigten beide Mandatare Verständnis für die für die Stadtgemeinde schwierige Situation und erklärten sich bereit, auf diese Funktion zugunsten einer Besetzung aus einer Auswahl von engagierten Bürgern, die nicht dem Gemeinderat angehören, zu verzichten.

Damit solle dem Arbeitskreis wieder mehr Handlungsfreiheit zukommen und die Bürgerbeteiligung über die Gruppe der gewählten Mandatare hinaus erhöht werden.“

In Folge wurde der Vorsitz für den Klimabündnisarbeitskreis öffentlich ausgeschrieben und die vier BewerberInnen zu einem Hearing in den Ausschuss für Verwaltung, Organisation und Umweltschutz am 12.6.2012 eingeladen.

Die Mitglieder des Ausschusses haben einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat den Bewerber Herrn DI Andreas Zbiral, Ludwig Anzengruber-Gasse 3, 3420 Kritzensdorf, als neuen Leiter des Klimabündnisarbeitskreises vorzuschlagen.

Beschluss:

- 1) Die Betrauung von Frau UGR Waltraud Balaska zur Leiterin des Klimabündnisarbeitskreises (GR 16.4.2010/TOPkt. I/14) wird widerrufen.
- 2) DI Andreas Zbiral, Ludwig Anzengruber-Gasse 3, 3420 Kritzensdorf, wird mit der Leitung des Klimabündnisarbeitskreises bis zum Ende der Funktionsperiode dieses Gemeinderates betraut.

Dieser TOP wurde vorgezogen und nach den Umweltberichten TOP Ö4.1 und 4.2 behandelt.

Zum Antrag sprachen: STR Mag. Wimmer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, GR Dr. Schweeger-Exeli, STR Mag. Honeder, STR Dr. Pitschko, GR DI Hofbauer, GR Kehrner, STR DDr. Herbrüggen

Wortmeldungen:

STR Mag. Wimmer bedankt sich beim Bürgermeister, dass eine Lösung gefunden werden konnte.

Das Problem sei schon sehr alt und es sei nicht einfach, einen Arbeitskreis zu führen im Bereich Umwelt, wo viele unterschiedliche Vorstellungen aus der Bevölkerung manchmal direkt diametral aufeinander prallen und die weitere Zusammenarbeit und Weiterentwicklung nicht sehr einfach sei. Daher sei es notwendig gewesen, hier jemand zu finden, der nicht parteipolitisch eingebunden sei. Es sei ausgeschrieben worden und bei einem Hearing einen sehr guten Leiter gefunden. STR Mag. Wimmer begrüßt Herrn DI Zbiral, der sich im Publikum befindet. Dieser werde ab Herbst versuchen, diesen Klimabündnisarbeitskreis (KBA) mit Struktur zu versehen und – was alle wünschen – einen größeren Kreis der Bevölkerung miteinzubinden. Er wünscht alles Gute und sichert die Unterstützung seitens der Stadt, des Bürgermeisters sowie seiner Person zu. Man werde schauen, was dabei herauskomme. Man könne es nur probieren. Dass man das wolle, habe man in dieser Vorgangsweise gezeigt.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass sich Herr DI Andreas Zbiral im Rahmen eines Einladungsverfahrens an alle Klosterneuburger und eines anschließenden Hearings im Umweltausschuss durchgesetzt und sich einstimmig als der Qualifizierteste erwiesen habe. Diesem Beschluss sollte jetzt der Gemeinderat folgen. Mit diesem Schritt werde erstmals der Leiter des KBA außerhalb des Gemeinderates stehen. Das sei auch ein Ansinnen vieler gewesen, die mitmachen möchten und auch eine gewisse Unabhängigkeit gewahrt haben wollen. Dem sei man nachgekommen.

GR Dr. Schweeger-Exeli freut sich, dass DI Zbiral das Rennen gemacht habe. Er sichere ihm seitens der PUK volle Unterstützung zu. Sie freue sich auf die gemeinsame Arbeit. Der einzige Wermutstropfen, den er nicht unerwähnt lassen möchte, sei, dass die Kritik an den KBA oftmals mündlich, sehr oft persönlich in Form einer Dringlichen Anfrage an den Bürgermeister im Oktober, der dann mit einer Lösung gekommen sei, wo vollkommen klar gewesen und auch durchgeschlagen habe und es fast ein dreiviertel Jahr gedauert habe, bis es zu diesem Ergebnis gekommen sei. Dafür fehle ihm das Verständnis. Ein KBA, so wie ihn sich DI Zbiral vorstellt, werde nicht nur zweimal im Jahr tagen, sondern häufiger, was Voraussetzung sei, dass man für vernünftige Lösungen erziele, damit man hier Vorschläge machen könne. Heuer habe bis jetzt überhaupt keiner stattgefunden, was er schade finde, weil rundum genau die Sachen passieren, wozu der Arbeitskreis deutlich Stellung nehmen könne und solle. Er möchte gerne, dass diese politische Verantwortung deutlich in den Raum gestellt werde. Er wisse nicht, wer dafür verantwortlich sei, dass es so lange gedauert habe, aber von einer Zusage, die im November erfolgt sei, bis jetzt Ende Juni sei ein ziemlich breiter Weg, eine Person zu finden, die genau diese Rolle vernünftig beanspruchen werde.

STR Mag. Wimmer meint, dass ein politischer Prozess des Findens eines Leiters von GR Dr. Schweeger-Exeli Verständnis finden müsste. Das dauere Zeit. Da werde ausgeschrieben. Es dauere Zeit, bis sich jemand melde. Dann müssen Termine vereinbart werden. Es sei eben eine vorbildliche Vorgangsweise. Man sei nicht, um so schnell wie möglich jemand zu finden, über das Ganze drüber gefahren. Man habe die Bevölkerung informiert und gewartet, was zurückkomme, die Leute angehört, und das Resultat könne sich durchaus sehen lassen.

STR Mag. Honeder stimmt auch in diesem Fall STR Mag. Wimmer zu. Kein Weg sei zu weit, wenn man was Bestimmtes suche. Die ÖVP sei sehr glücklich mit dieser Entscheidung. Er möchte nicht verabsäumen, nachdem Energieeffizienzfragen auch sehr entscheidende Themenstellungen auch im Bereich Klima seien, die Zusammenarbeit anzubieten. In den vergangenen Jahren habe man schon einiges weitergebracht und Initiativen gesetzt. Man habe mittlerweile ein sehr gutes Datenmaterial und stehe für eine offene Zusammenarbeit gerne zur Verfügung, worauf er sich schon freue.

STR Dr. Pitschko hält fest, dass dieses Klimabündnis schon seit Jahren einer seiner Kritikpunkte sei. Der KBA sei nur ein Ausfluss zum Verein Klimabündnis, wo die Stadtgemeinde Klosterneuburg € 7.000,-- (rund S 100.000,--) pro Jahr Mitgliedsbeitrag zahle. Was in diesem

Gemeinderat schon diskutiert worden sei, über Vorsitz bzw. Verweigerung einer Vorsitzführung! Nicht der Umweltstadtrat – der Umweltgemeinderat solle ihn machen etc. Endlich finde man einen, der diesen Vorsitz übernehmen wolle, dieses nicht existente Gremium eines Arbeitskreises scheinbar ins Leben zurückzuführen. Ob er es könne, daran habe er seine Zweifel aufgrund seiner Erfahrung in diesem Gemeinderat. Weniger als bisher könne es nicht sein. Insofern könne es nur besser werden. Ob man das umsetzen könne, was von diesem KBA dem Gemeinderat empfohlen werde, werde man dann sehen.

Der Bürgermeister betont, wenn es auch nicht viele gewesen seien, die in den KBA gekommen seien, denen danken zu müssen.

GR DI Hofbauer meint, nachdem er nicht wisse, wer den Antrag geschrieben habe, ob es ein Beamter getan habe, weil da zu lesen sei: „Nachdem auch durch den personellen Wechsel der UmweltgemeinderätInnen nicht von diesen parteipolitischen Vorstößen Abstand genommen wurde, ...“, dass diese parteipolitische Qualifikation nicht zulässig wäre. Er habe immer daran Kritik geübt, dass man außer einem Umweltstadtrat zwei Umweltgemeinderäte haben und begründet, dass das sehr kostenaufwändig sei und dass das nach seinen Recherchen in keiner anderen Stadt so gehandhabt würde. Die Umweltberichte mögen so anerkannt sein, seien aber das Geld nicht wert, das die Umweltgemeinderäte dafür kassieren. Die Umweltgemeinderäte haben ganz andere Aufgaben. Das sollten sie einmal lesen und entsprechend wahrnehmen. Er halte das für ganz wichtig, nachdem da mehr oder weniger hervorgehe, dass alles, was parteipolitisch sei, pfui gack wäre. Dann sollte man sich gleich auflösen, hinausgehen und alles gleich von den Anderen machen lassen. Er glaube, dass man im Zuge der Diskussion über die Demokratiereform, die jetzt zu Recht stattfinde, überlegen sollte, ob nicht bei der nächsten Gemeinderatswahl BewerberInnen, die sich um ein Mandat bewerben, von Vorneherein sagen, welche Qualifikation sie haben und was sie machen werden. Dann bräuchte man nicht hergehen und suchen und sagen, der mache das und der das. Das sei zu wenig. Er sei der Meinung, dass jemand, der sich um Gemeinderatsmandat bewirbt, sage, weil er das und das machen möchte und diese oder jene Qualifikation habe. Dann könne es nicht sein, dass es einen Arbeitskreis gebe und es sage dazu einer, das nicht zu können. Er bittet, das zur Kenntnis zu nehmen und begrüße auch, dass DI Zbiral diese Aufgabe übernehmen wolle. Er sei schon sehr gespannt darauf und werde auch hingegen, zumindest interessiere es ihn immer mehr.

Der Bürgermeister klärt auf, dass er das selbst geschrieben habe. Es sei jedoch das Datum falsch. Richtig sei 25.11.2011. Es sei genau beschrieben, worum es gehe. Heute erlebe man das auch wieder. So falsch sei es nicht gewesen, es ein bisschen aus der Parteipolitik hinaus zu nehmen, da sich scheinbar genau darum die meisten Debatten entzündeten.

GR Kehrner dankt DI Zbiral für seine Bereitschaft, das zu machen. Er werde auch wieder an den Sitzungen teilnehmen. Er habe auch den Niedergang des KBA miterlebt. Er appelliere an jedoch, den GemeinderätInnen, die wahrscheinlich doch ganz zahlreich daran teilnehmen, nicht so viel Bedeutung zu schenken und nur den inhaltlichen Aussagen, weil dort am Ende nur mehr GemeinderätInnen anwesend gewesen seien. Er hoffe, dass es ein Brainstorming sein werde und nicht umweltpolitisches Geplänkel stattfinde. Er freue sich schon auf die nächste Sitzung.

STR DDr. Herbrüggen möchte als einer, der einmal einen KBA geführt hatte, es nicht als erfolgreich zu bezeichnen, erwähnen, dass an den Sitzungen, an denen er DI Zbiral gewinnen konnte, immer sehr wohl etwas weitergegangen sei. Dieser habe eine sehr sachliche Art und ein sehr gutes Wissen und ein sehr gutes Organisationstalent. Probleme werde es in diesem Arbeitskreis immer geben, weil es immer Menschen gebe, die den drohenden oder schon eingetretenen Klimawandel auf verschiedene Art lösen wollen. Manche wollen nur auf der Verbraucherseite einsparen, Andere sehen mehr die Chancen auf der Entwicklung von Alternativenergie und Stromerzeugung auf andere Art und Weise. Er wünsche ihm, dass er ihm gelinge, dass beide Kräfte,

die da zusammenarbeiten, an einem Strang in dieselbe Richtung ziehen. Auch er möchte wieder daran teilnehmen. Er gratuliere DI Zbiral zu dieser Entscheidung und hoffe, dass es ihm gefalle.

Der Bürgermeister hofft, dass DI Zbiral bei seiner Entscheidung bleibe. STR Mag. Wimmer und er werden in den nächsten Tagen einen Termin koordinieren, um die Abwicklung zu besprechen, wo die Unterstützung liege und dass man das ins Berichtswesen des Gemeinderates einbauen könne. Durch die Stadtamtsdirektion werde dieser Termin koordiniert. Er dankt und gratuliert schon jetzt zur Bestellung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

63	Kindersozialdienste St. Martin - finanzielle Unterstützung zur Ferienbetreuung behinderter Kinder Vorlage: Umwelt/0071/2012
----	--

Die Kindersozialdienste St. Martin führen in den Sommerferien 2012 vom 2. - 20. Juli 2012 im sonderpädagogischen Zentrum Klosterneuburg eine Ferienbetreuung für Kinder mit körperlicher, geistiger oder mehrfacher Behinderung durch. Die Gesamtkosten für dieses Projekt betragen € 7.100,--. Der Kostenbeitrag der Eltern beträgt € 70,-- pro Kind und Woche, maximal 12 Kinder pro Woche können teilnehmen.

Um diese besondere Ferienbetreuung durchführen zu können, ersuchen die Kindersozialdienste St. Martin mit Schreiben vom 11.4.2012 um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde Klosterneuburg in der Höhe von € 1.400,--.

Beschluss:

Für die Ferienbetreuung für behinderte Kinder im Jahre 2012 wird den Kindersozialdiensten St. Martin ein Betrag in der Höhe von € 1.400,-- zur Verfügung gestellt.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/259000-757500

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

64	Finanzielle Unterstützung Verein Naturpark Eichenhain Vorlage: Umwelt/0074/2012
-----------	--

Mit Schreiben vom 23.04.2012 ersucht der Verein Naturpark Eichenhain um Gewährung einer finanziellen Unterstützung in der Höhe von € 2.000,- für die Betreuung und Instandhaltung des Naturparkareals im Bereich von Klosterneuburg.

Auf der vorgesehenen VA-Stelle sind jedoch dafür nur € 1.600,- verfügbar.

Dem Verein Naturpark Eichenhain wurden in den Jahren

2007 - € 1.200,00

2008 - € 1.200,00

2009 - € 2.500,00

2010 - € 1.750,00 und

2011 - € 750,00

an finanzieller Unterstützung gewährt.

Beschluss:

Es wird eine finanzielle Unterstützung für den Verein Naturpark Eichenhain, Hilbertpromenade 9a, 3400 Maria Gugging, in der Höhe von € 1.600,- für die Betreuung des Naturparkareals im Bereich von Klosterneuburg, gegen Verwendungsnachweis beschlossen.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle gegeben: 1/520000-757164

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

65	Mentaler Gesundheitstag - "Balance für Körper, Geist & Seele" Vorlage: Umwelt/0078/2012
----	--

Die NÖGKK präsentiert mit Partner/innen am 22.9.2012 einen „mental Gesundheitstag“ in der Babenbergerhalle.

Männer, Frauen und Kinder sollen sensibilisiert und aktiviert werden, sich mit ihrem Körper, ihrem Geist und ihrer Seele bewusst und individuell auseinander zu setzen.

Im Zuge der Organisation und Durchführung dieses Aktionstages wird ein Netzwerk mit Vereinen, Organisationen und Instituten aufgebaut, die im Bereich psychosoziale Gesundheit tätig sind. Der Kontakt mit der Bevölkerung rund um das Thema Gesundheitsförderung und Prävention soll durch dieses Highlight im Herbst 2012 in Klosterneuburg verstärkt werden.

Das Programm stellt eine Mischung aus leicht verständlichen Vorträgen, und Aktivitäten dar, deren Ausprobieren die Hemmschwelle verringern, bzw. deren Informationen den Zugang erleichtern sollen. Um möglichst viele Besucher zu gewinnen, soll der Eintritt frei sein.

Die NÖGKK ersucht mit Schreiben vom 23.5.2012 um finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde Klosterneuburg. Diese soll einen Anteil von € 1.000,-- an der Miete der Babenbergerhalle übernehmen.

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg übernimmt für die Veranstaltung „Mentaler Gesundheitstag – Balance für Körper, Geist & Seele“ in der Babenbergerhalle einen Anteil von € 1.000,-- an den Hallenmietkosten.

Bedeckung:

Die Bedeckung ist auf folg. VA-Stelle(n) gegeben: 1/420000-757255

Zum Antrag sprachen: GRin Enzmann, STR DDr. Herbrüggen

Wortmeldungen:

GRin Enzmann sagt, dass sie gegen diesen Antrag stimmen werde, weil es nicht sein könne, dass die NÖ. Gebietskrankenkasse, die ihre Veranstaltung in der Babenbergerhalle abhalte, dafür € 1.000,-- Subvention haben möchte. Die Krankenkasse finanziere sich durch Pflichtmitgliedschaften von uns allen. Trotz allem, was dort Positives gezeigt werde und wenn die Gebietskrankenkasse das machen möchte, dann solle sie die Miete selbst zahlen.

STR DDr. Herbrüggen betont, dass das eine sehr gute Aktion sei und man froh sein müsse, wenn für Prävention Maßnahmen gesetzt werden, denn letzten Endes komme das allen BürgerInnen zugute. Der Eintritt sei frei und es sei kein Gewinn für die Krankenkasse, außer der Gesundheit aller Leute, wo natürlich wieder die Krankenkassen profitieren. Es sei sehr wenig, was auf diesem Gebiet von der Gemeinde aus passiere, und daher glaube er, dass man froh sein könne, dass jemand so etwas organisiere. Im Ausschuss habe man es auch einstimmig angenommen und auch das grüne Mitglied habe im Sozialausschuss das gemacht. Daher bitte er auch den Gemeinderat, da zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 4 Gegenstimmen (GR DI Hofbauer, GR Dr. Schweeger-Exeli, GRin Enzmann, GRin Feistauer) und 2 Enthaltungen (GR Essl, GR Mag. Zach)

Mehrheitlich beschlossen.

66	Strandbad Klosterneuburg - Eintrittsermäßigung bei Sportland NÖ Veranstaltungen Vorlage: GA I/2/0143/2012
----	--

Dieser TOP 8 des nicht öffentlichen wird im öffentlichen Teil nach TOP 65 behandelt.

Die alljährlich in Zusammenarbeit mit dem Jugendreferat der Stadtgemeinde Klosterneuburg stattfindende von **Sport.Land.NÖ** veranstaltete Bädertour soll auch heuer wieder im Strandbad Station machen. Ziel dieser Veranstaltung ist die Förderung regionaler Strukturen für ein erweitertes Bewegungsangebot und die Aktivierung der NÖ Bevölkerung zu mehr Bewegung und Sport für die Erhaltung der Gesundheit bzw. zur Vorbeugung gegen Krankheiten.

Im Zuge dieser Veranstaltung finden u.a. ein Mixed Beachvolleyball-Turnier, ein Staffelschwimmwettbewerb und viele andere Geschicklichkeitsspiele (Hindernisparcours, Torschusswand, Segways, Sicherheitstipps, etc.) statt. Die Bewerbung erfolgt überregional durch Medienpartner des Amtes der NÖ Landesreg. (ORF NÖ, NÖN, Plakate, Raiffeisenbanken, etc.).

Die Bädertour findet in Klosterneuburg am 19. August sowie an insgesamt 20 weiteren Orten in ganz NÖ statt und wird dabei Kindern und Jugendlichen bis 14 Jahren freier Eintritt gewährt.

Beschluss:

Für die heuer und auch künftig von Sport.Land.NÖ veranstaltete NÖ-Bädertour wird der freie Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Debatte über die Baurechtsverträge, die im nicht öffentlichen Teil zu beschließen sind

Zu den Anträgen N18, N19, N20, N21 sprachen: GR Mag. Zach, STR Mag. Honeder

Wortmeldungen:

GR Mag. Zach bemerkt, die Debatte deshalb im öffentlichen Teil führen zu wollen, weil eine Baurechtsgeschichte nicht die Gegenliebe der Betroffenen gefunden habe. Das habe bei den Grünen auch zum Nachdenken geführt, auch wenn STR Mag. Honeder im Ausschuss von einem Erfolg gesprochen hatte und er sich darüber gefreut habe. Man sollte daher noch ein bisschen mehr schärfen, was die Verantwortung der Gemeinde sei. Sie habe Liegenschaften, die man bestmöglich verwerten wolle. Andererseits habe man in diesem Bereich auch eine Verantwortung, die darüber hinausgehe, den bestmöglichen Baurechtszins zu erhalten, sondern dass man auch darauf schaue, dort für die Bevölkerung Vertretbares zu bieten. Wie auch immer es dort weiter ausschauen möge, ob diese Vorwürfe und Ängste berechtigt seien oder nicht, so sollte man doch einen Weg finden, wenn man in sensiblen Bereichen Liegenschaften habe und sie verwerten möchte, auf irgendeinen Weg vorab die Leute dort zu informieren, einzubeziehen, damit sie dort wissen, was dort passiere und dass man sich als Stadtgemeinde nicht den Vorwurf habe, sie vergebe ein Baurecht und kümmere sich dann nicht mehr. Auf einen Zwischenruf, es wäre beim Verkauf dasselbe, sagt er, dass er nicht verkaufen möchte, sondern es sehr schätze, dass es im Eigentum bleibe, doch habe man ihn nicht ganz verstanden. Es gehe immer um die Verantwortung, die man als Stadtgemeinde mit den ihr gehörenden Liegenschaften habe. Es sei auch nicht im Guten, wenn man Privater sei und eine Liegenschaft bestmöglich verkaufe, sondern man habe auch Verantwortung als Stadt für seine BürgerInnen. Es sei nicht überall, dass es heikle Grundstücke gebe, aber wenn man eines habe, dann habe man dafür die Verantwortung. Auf das werde er persönlich im Ausschuss noch mehr achten.

STR Mag. Honeder betont, dass von den Grundstücken, die die Stadtgemeinde habe, das Grundstück absehbar derzeit das einzige sei, wo solche Dinge auftreten. Grundsätzlich nehme man die Verantwortung in sehr vielen Dingen sehr wohl wahr. Erstens im wirtschaftlichen Bereich und zweitens im sozialen. Man schaffe in diesem fraglichen Bereich Sozialwohnungen für bedürftige KlosterneuburgInnen. Das müsse man auch ganz klar sagen, dass man das tue. Man habe mit dem Bauträger vereinbart, dass er energieeffiziente Heizkonzepte dort verwende. Es sei jedoch nicht Standard, das zu tun. Der Plan sei, das Einfachste, das Billigste, das, was die Leute gewohnt seien – eine Gasheizung, zu nehmen. Wenn man sie überzeugt, dass sie etwas Anderes tun – und das sei Überzeugungsarbeit –, dann sei auch schon etwas gelungen. Was man noch schaffe, sei leistbarer Wohnraum in Klosterneuburg. Wohnungen in Klosterneuburg seien wertvolles Gut. In den Baurechtsverträgen zahlen die Leute im Endeffekt einen Baurechtszins, der unter dem liege, was sie ansonsten an Zinsen zahlen würden für den Grundanteil, den sie ansonsten erwerben müssten. Z.B., wenn ein Grundanteil für eine 60 m² große Wohnung in Klosterneuburg € 25.000,-- koste, das ganze fremdfinanziert, dann habe man dafür die Zinsen, in der Regel zwischen 4 und 5 % und da sei man beim Baurecht definitiv darunter. Auch müsste man das Darlehen einmal tilgen. Das heißt, dass man in Wirklichkeit bei der Stadtgemeinde ungefähr 75 bis 80 % davon bezahle, was man alleine an Zinsen zahlen würde. Wohnen in Klosterneuburg werde daher für Klosterneuburger Benutzer dieser Wohnungen leistbarer. Insofern habe man ein Konzept, wo man sehr viele Punkte berücksichtige, soziales Wohnen, energieeffiziente Heizsysteme, leistbares Wohnen und eine gewisse Wirtschaftlichkeit. Es sei nicht verboten und er sei dafür dankbar, wenn es mehrere Hinweise und Sichtweisen gebe, dass man an andere Dinge denken könne. Das nehme er gerne auf und bitte, das im Ausschuss zu äußern. Grundsätzlich denke er, dass man sehr stark eine Verantwortung im Sinne der Menschen dieser Stadt wahrnehme.

GR Mag. Zach betont, das nicht in Abrede gestellt zu haben. Das Thema der großen Bauten sei in Klosterneuburg ein Thema, und das sollte man auch im Hinterkopf haben, wenn man von Seiten der Gemeinde so etwas ins Auge fasse, und darum gehe es ihm.

Zum TOP N35 sprachen: GR Dr. Schweeger-Exeli, GR Ing. Weber

Wortmeldungen:

GR Dr. Schweeger-Exeli spricht zur Geschäftsordnung. Er hätte gerne beantwortet, warum der Antrag N 35, den er für positiv halte, nicht im öffentlichen Teil besprochen werden könne und welche Anteile das seien, die das bewirken.

GR Ing. Weber antwortet, dass in diesem Antrag eine Kostenschätzung enthalten sei, durch die man das Vergabeverfahren nicht negativ beeinflussen wolle.

GR Dr. Schweeger-Exeli möchte zu dem Antrag grundsätzlich etwas sagen. Es freue ihn, dass Photovoltaikanlagen jetzt gebaut werden. Es sei budgetiert worden. Der ungefähre Kostenrahmen sei allgemein bekannt und im öffentlichen Teil festgelegt worden. Es freue sich, dass das passiere. Das sei der Schritt in die richtige Richtung. Es würde nicht die Energieautoarkie von Klosterneuburg mit einem Schlag dadurch erreicht, aber es werde gut sichtbar dokumentiert, dass auch die Stadtgemeinde Klosterneuburg etwas für Alternativenenergie tue.

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Sitzungsprotokoll Gemeinderat Öffentlich	1
Inhaltsverzeichnis	159